

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

MÄRZ 1950

Inhalt:	Seite
Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets Februar — März 1950	1
Geld und Kredit	1
Öffentliche Finanzen	10
Produktion, Absatz, Beschäftigung	16
Preise und Löhne	23
Außenwirtschaft	27
Zusammenfassung und Ausblick	33
Statistischer Teil	37

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets Februar — März 1950¹⁾

Geld und Kredit

Kreditschöpfung, Geldbewegungen und Bankenliquidität

Die Expansion der kurzfristigen Bankkredite an die Wirtschaft scheint im März nahezu zum Stillstand gekommen zu sein. Wenigstens hatten die 112 wöchentlich berichtenden Banken, zu denen die Zentralen fast sämtlicher größeren Institute zählen, in diesem Monat keinerlei Ausdehnung ihrer Wirtschaftskredite mehr zu verzeichnen, sondern im Gegenteil eine leichte Abnahme. Ob die Entwicklung bei der Gesamtheit der Banken völlig gleichartig verlaufen ist, läßt sich allerdings noch nicht mit Gewißheit sagen. Seit einer Reihe von Monaten ist nämlich der Anteil der wöchentlich berichtenden Banken am gesamten Kreditvolumen ständig leicht rückläufig, was den Repräsentationswert ihrer im Vergleich zu dem 10-Milliarden-Kreditvolumen aller Geschäftsbanken nur noch geringfügigen monatlichen Kreditzunahme stark mindert. Auch im Februar hat sich dies bemerkbar gemacht, denn die gesamte Kreditausweitung er-

wies sich nach Vorliegen der monatlichen Bankenstatistik mit 380 Mill. DM doch größer als auf Grund der Ergebnisse der — nur einen Teil der Geldinstitute erfassenden — Wochenstatistik zunächst angenommen werden konnte. Die im wesentlichen aus der Entwicklung bei den Repräsentativinstituten hergeleitete Feststellung, daß die Wirtschaftskredite der Geschäftsbanken im März, wenn überhaupt, so nur noch leicht zugenommen haben, gilt also zunächst nur mit Vorbehalt.

Die Kredite an öffentliche Stellen — zu denen neben den Gebietskörperschaften hier auch die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen, Sozialversicherungen, Stiftungen usw. gerechnet werden — sind im März dagegen eindeutig wieder gewachsen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß ihr Volumen im Vergleich zu dem der Wirtschaftskredite nur gering ist. Bei den wöchentlich berichtenden Geldinstituten beläuft sich die Zunahme von Ende Februar bis Ende März auf etwas über 80 Mill. DM, wobei ein gegen Monatsende gewährter Kredit an eine Landesregierung eine besondere Rolle spielt. Auch die Kredite des Zentralbanksystems an die

¹⁾ Abgeschlossen am 8. April.

öffentliche Hand haben in der letzten Märzwoche nach einem vorübergehenden Abbau in den Vorwochen wieder zugenommen, so daß sie um etwa 30 Mill. DM über dem Stand von Ende Februar lagen. Neben den ersten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms an die Bundesbahn gegebenen Krediten war hierfür ebenfalls der Kreditbedarf einiger Länderregierungen maßgebend.

Was die Ursachen der gegenwärtigen Stagnation der Wirtschaftskredite anbetrifft, so dürfte unter ihnen einmal der Einstrom von Krediten aus counterpart funds eine Rolle spielen. Im ersten Vierteljahr 1950 sind aus dieser Quelle immerhin fast $\frac{1}{2}$ Mrd. DM effektiv an die Wirtschaft ausgeliehen worden. Es ist möglich (wenn auch auf Grund des verfügbaren Materials nicht einwandfrei zu belegen), daß ein Teil dieser Mittel zur Abdeckung vorher aufgenom-

mener Kurzkredite verwandt wurde und die Banken demgemäß im März höhere Kreditrückzahlungen als sonst zu verzeichnen hatten, ganz abgesehen davon, daß der Einstrom der counterpart funds die Wirtschaft teilweise der Notwendigkeit enthebt, auf den normalen Bankkredit zurückzugreifen. Ferner mag von Einfluß gewesen sein, daß der März keine großen Steuertermine aufwies und insbesondere für die Soforthilfe in diesem Monat keine hohen Abgaben mehr zu entrichten waren. Schließlich dürfte die Minderung des Kreditbedarfs mit der Abnahme des Einfuhrüberschusses in Zusammenhang stehen. War es doch gerade dem Finanzierungsbedarf für Importe zuzuschreiben, daß im zweiten Halbjahr 1949 monatelang eine besonders starke Kreditexpansion stattgefunden hatte. Es wäre darum nur natürlich, wenn die Verminderung der Einfuhren im Februar und März auf

Die Geldschöpfung der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems

in der Zeit vom 1. Juli 1949 bis 31. März 1950

(nach den zusammengefaßten Ausweisen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken sowie der monatlichen Bankenstatistik)

in Mill. DM

	1. 7. bis 30. 9. 1949	1. 10. bis 31. 12. 1949	1. 1. bis 31. 3. 1950 ¹⁾	1. 7. 1949 bis 31. 3. 1950
I. Kurzfristige Kredite an Nichtbanken	(Zuwachs [+] bzw. Abnahme [-])			
1. an Wirtschaft und Private beim Zentralbanksystem bei den Geschäftsbanken	+ 5 +1 332	+ 26 +1 443	+ 11 -840	+ 42 +3 615
2. an die öffentliche Hand beim Zentralbanksystem bei den Geschäftsbanken	- 144 - 5	+ 158 + 338	- 39 + 50	- 25 + 383
Gesamt	1 188	1 965	862	4 015
II. Mittel- und langfristige Kredite an Nichtbanken				
Statistische Gesamtzunahme	+ 401	+ 631	+ 760	+1 792
Hiervon ist zwecks Ermittlung der Geldschöpfung abzuziehen die Kreditgewährung				
a) aus Absatz von Schuldverschreibungen	- 80	- 134	- 77	- 291
b) aus weitergeleiteten counterpart funds	- 111	- 207 ⁴⁾	- 476 ⁴⁾	- 794 ⁴⁾
c) aus sonstigen aufgenommenen und eigenen Mitteln, die nicht zum Geldvolumen gehören ²⁾	- 50	- 100	- 50	- 200
so daß verbleiben:	+ 160	+ 190	+ 157	+ 507
III. Gesamtzunahme der bankmäßigen Geldschöpfung³⁾	+1 348	+2 155	+1 019	+4 522

¹⁾ Die Zahlen der monatlichen Bankenstatistik für März 1950 wurden geschätzt.

²⁾ Geschätzt.

³⁾ Geldschöpfung und Niederschlag (Tab. S. 5) stimmen wegen statistischer Unzulänglichkeiten, und weil nicht alle Positionen der Bankbilanzen erfaßt sind, nur annäherungsweise überein.

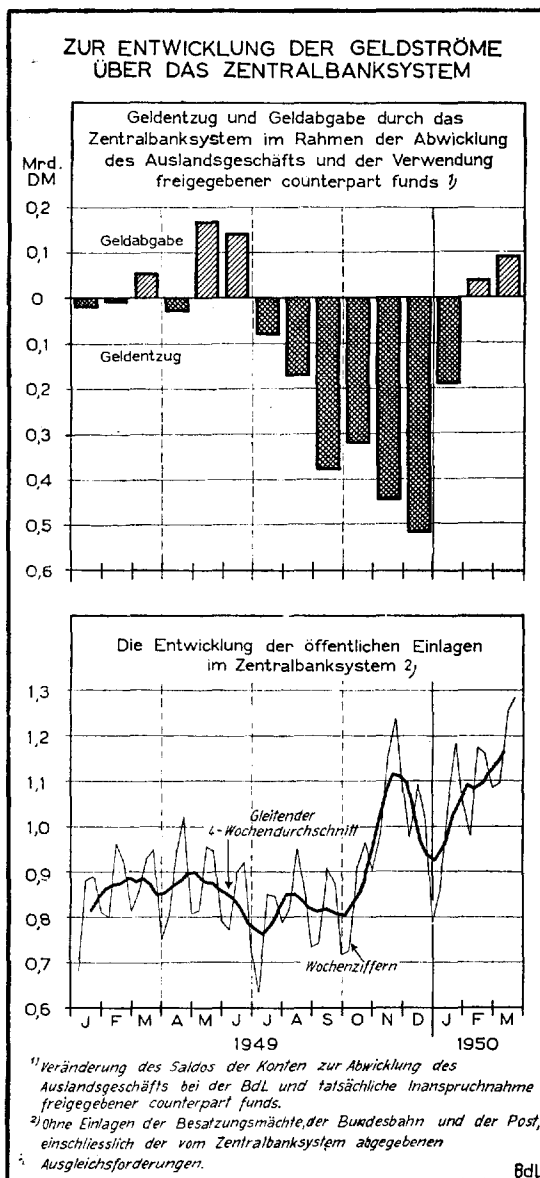
⁴⁾ Einschließlich Vorfinanzierung von counterpart funds-Ausleihungen durch die Bank deutscher Länder bzw. deren Abdeckung.

die Kreditentwicklung ebenfalls einen Einfluß ausgeübt hätte, zumal sich erwiesen hat, daß durchaus nicht mehr alle Importwaren zu den bisherigen Preisen absetzbar sind und daher auch die Banken zu einer gewissen Vorsicht bei der Finanzierung gemahnt werden.

Wie eng der Zusammenhang zwischen Kreditausweitung und gewissen Finanzierungsbedürfnissen ist, wird deutlich, wenn man einmal zusammenfassend die Kreditschöpfung der Banken und ihren Niederschlag während eines größeren Zeitraums überblickt. In den beiden Übersichten auf S. 2 und 5 ist das für das dritte und vierte Vierteljahr 1949 und für das erste Vierteljahr 1950 geschehen. Insgesamt nahmen in diesem Zeitabschnitt die kurzfristigen Kredite aller Banken einschließlich der des Zentralbanksystems an die Nichtbankenkundschaft um etwa 4 Mrd. DM zu. Außerdem wuchsen die mittel- und langfristigen Kredite, soweit sie der Geldschöpfung zuzurechnen sind, um ungefähr 0,5 Mrd. DM¹⁾. Die gesamte Geldschöpfung der Banken und des Zentralbanksystems betrug also in dem genannten Zeitraum rd. 4,5 Mrd. DM. Dieser Betrag entstand fast zur Hälfte im vierten Vierteljahr 1949, während auf das dritte Vierteljahr 1949 nur ein knappes Drittel und auf das erste Vierteljahr 1950 nur ein gutes Fünftel des Gesamtbetrages entfielen. Die kreditäre Geldschöpfung der Banken hat sich also vom dritten zum vierten Vierteljahr 1949 sehr beschleunigt, während sie im Verlaufe des ersten Vierteljahrs 1950 zunehmend nachließ und im März — wie erwähnt — zumindest der Wirtschaft gegenüber wahrscheinlich nur noch ganz gering war.

Untersucht man nun, wo das durch diese Kreditexpansion geschaffene Geld geblieben ist — vgl. hierzu die Übersicht auf S. 5 —, so ist vor allem der überragende Anteil der durch die Importfinanzierung absorbierten Beträge (vgl. IV. der Übersicht) bemerkenswert. Rund 1,7 Mrd. DM oder wesentlich mehr als ein Drittel der gesamten bankmäßigen Geldschöpfung der drei Vierteljahre von Juli 1949 bis März 1950 sind durch Einzahlungsüberschüsse im Rahmen der Außenhandelsfinanzierung (einschließlich

¹⁾ Vgl. hierzu Abschnitt II der Zahlenübersicht über „Die Geldschöpfung der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems“.

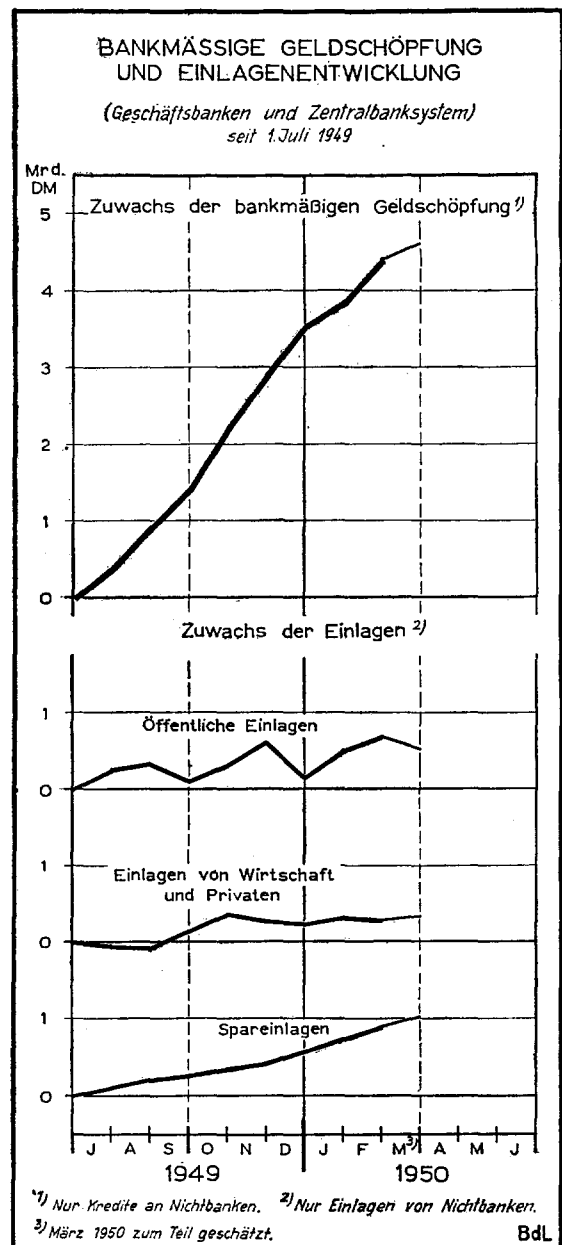


der Geldbewegungen über die counterpart-Konten) absorbiert worden. Allerdings ist diese Ziffer nur die Resultante von zum Teil gegenläufigen Komponenten, die sorgfältig auseinandergehalten werden müssen, weil sie wichtige Veränderungen in der Geldpolitik widerspiegeln. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Bildung und Freigabe von counterpart funds. In der zweiten Hälfte von 1949 war der Einzahlungsüberschuß im Rahmen des Auslandsgeschäfts nicht zuletzt deshalb so stark, weil in dieser Zeit nur wenig counterpart funds freigegeben wurden. Die für die devisenmäßig gestundeten Importe geleisteten Einzahlungen wurden in dieser Periode also größtenteils sterilisiert

und verstärkten damit den Geldentzug, dem die Wirtschaft im Rahmen der Außenhandelsfinanzierung schon dadurch ausgesetzt war, daß seit Mitte 1949 nicht nur die Gesamteinfuhr Westdeutschlands, sondern auch die kommerzielle, d. h. die gegen Devisen getätigte Einfuhr beträchtlich über der Ausfuhr lag und daher erhebliche Geldbeträge durch Devisenkäufe absorbiert wurden. Erst im Verlauf des ersten Vierteljahrs 1950 hat sich in diesen Geldbewegungen ein Wandel vollzogen. Seit Beginn dieses Jahres sind nämlich die Freigaben aus den zum großen Teil schon im Vorjahr angesammelten counterpart funds so groß, daß dadurch nicht nur die Einzahlungen für die laufend hereinkommenden GARIOA- und ERP-Importe, sondern auch die Einzahlungsüberschüsse, die sich aus der anhaltenden, wenn auch wesentlich verminderten Passivität des kommerziellen Außenhandels ergeben, mehr oder weniger kompensiert werden. Faßt man die laufende Außenhandelsfinanzierung im engeren Sinne des Wortes mit den Geldausgängen auf den counterpart-Konten (die mit der eigentlichen Außenhandelsfinanzierung im wesentlichen nichts zu tun haben) zusammen, so ergibt sich daher in diesem Bereich für das gesamte erste Vierteljahr 1950 annähernd ein Gleichgewicht zwischen Einzahlungen und Auszahlungen und für Februar und März sogar ein Auszahlungsüberschuß von je etwa 80 Mill. DM, der auf der Mobilisierung von früher auf den Gegenwert-Konten stillgelegten Mitteln beruht. Über diesen Bereich ist der Wirtschaft also in letzter Zeit kein Geld mehr entzogen worden; soweit die früher angesammelten Bestände an Gegenwertmitteln reduziert und effektiv in die Wirtschaft weitergeleitet wurden, floß dieser unabhängig von der Kreditschöpfung der Banken sogar zusätzliches Geld zu.

An die Stelle des Geldentzugs durch die Außenhandelsfinanzierung und der Nichtfreigabe von counterpart funds ist im ersten Vierteljahr 1950 jedoch in nicht unbeträchtlichem Umfang ein — zum größten Teil wohl auf den hohen Steuerzahlungen, besonders den Soforthilfeabgaben, beruhender — Anstieg der öffentlichen Einlagen getreten. Im zweiten Halbjahr 1949 hatten die öffentlichen Guthaben im gesamten Banksystem (einschließlich der von den Landeszentralbanken und der Bank deutscher Länder an

den Bund bzw. das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und die Länder abgegebenen Ausgleichsforderungen) nur um rd. 175 Mrd. DM zugenommen, wobei gleichzeitig die Kredite an öffentliche Stellen, besonders an die Eisenbahn, um 347 Mill. DM gestiegen waren. Ohne die Mittelansammlung bei den Soforthilfebehörden wäre dabei schon im vierten Vierteljahr ein Rückgang der öffentlichen Einlagen um rd. 130 Mill. DM zu verzeichnen gewesen. Im ersten Vierteljahr 1950 dagegen nahmen die öffentlichen Guthaben um rd. 360 Mill. DM zu, während die Kredite an öffentliche Stellen annähernd unverändert blie-



**Der Niederschlag der Geldschöpfung der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems
in der Zeit vom 1. Juli 1949 bis 31. März 1950**

(nach den zusammengefaßten Ausweisen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
sowie der monatlichen Bankenstatistik)
in Mill. DM

	1. 7.—30. 9. 1949	1. 10.—31. 12. 1949	1. 1.—31. 3. 1950 ¹⁾	1. 7. 1949— 31. 3. 1950
I. Bankeinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten einschl. Spareinlagen (Zuwachs [+] bzw. Abnahme [—])				
1. Sicht- und Termineinlagen (ohne Spareinlagen)				
beim Zentralbanksystem	— 88	+ 18	— 59	— 129
bei Geschäftsbanken	+ 203	+ 188	— 30	+ 361
Gesamt (1)	+ 115	+ 206	— 89	+ 232
2. Spareinlagen	+ 282	+ 309	+ 440	+ 1 031
Gesamt (1+2)	+ 397	+ 515	+ 351	+ 1 263
II. Bankeinlagen der öffentlichen Hand einschl. öffentl. Unternehmungswirtschaft (Zuwachs [+] bzw. Abnahme [—])				
beim Zentralbanksystem	+ 17	— 99	+ 363	+ 281
darunter vom Zentralbanksystem abgegebene Ausgleichsforderungen	(+ 220)	(— 9)	(+ 223)	(+ 434)
bei den Geschäftsbanken	+ 94	+ 164	—	+ 258
Gesamt	+ 111	+ 65	+ 363	+ 539
III. Notenumlauf (Zunahme)				
	+ 476	+ 301	+ 90	+ 867
Wachstum des ausgewiesenen Geldvolumens ²⁾				
I + II + III	+ 984	+ 881	+ 804	+ 2 669
IV. Zahlungsabwicklung des Auslandsgeschäfts (einschl. Geldbewegungen auf counterpart-Konten)				
1. Einzahlungsüberschuß bei BdL und Geschäftsbanken (Geldvolumen vermindern)	+ 497 ³⁾	+ 1 371	+ 584	+ 2 452
2. Tatsächlicher Abfluß freigegebener counterpart funds (Geldvolumen erweiternd) ⁴⁾	— 111	— 207	— 476	— 794
Netto-Ergebnis (1—2) (Geld absorbierend)	+ 386	+ 1 164	+ 108	+ 1 658
Niederschlag der bankmäßigen Geldschöpfung insgesamt etwa ⁵⁾	+ 1 370	+ 2 045	+ 912	+ 4 327

¹⁾ Die Zahlen der monatlichen Bankenstatistik für März wurden geschätzt.

²⁾ Das auf S. 70 dieses Berichts errechnete Geldvolumen hat stärker zugenommen. Die Differenz erklärt sich daraus, daß die nicht berichtspflichtigen Geldinstitute, ferner die Guthaben der KfW und die Berliner Industriebank bei der BdL sowie die Fest- und Anlagekonten in der obigen Übersicht nicht enthalten sind.

³⁾ Der Einfluß der technischen Umgestaltung des Importzahlungsverfahrens ab 15. Juli 1949 wurde mit einem geschätzten Betrag ausgeschaltet.

⁴⁾ Die Freigaben betragen in den drei Vierteljahren insgesamt 941 Mill. DM. Die Differenz war Ende März noch nicht ausgeglichen, sondern noch auf den Girokonten der KfW und der Berliner Industriebank bei der BdL vorhanden.

⁵⁾ Geldschöpfung (Tab. S. 2) und Niederschlag stimmen wegen statistischer Unzulänglichkeiten, und weil nicht alle Positionen der Bankbilanzen erfaßt sind, nur annäherungsweise überein. Im dritten Vierteljahr 1949 war überdies die gesetzliche Geldschöpfung durch Umwandlung von RM-Einlagen noch von einiger Bedeutung.

ben. Von der aus der Kreditaufnahme von Wirtschaftsunternehmen und Privaten resultierenden Geldschöpfung in Höhe von etwa 1,0 Mrd. DM ist also wesentlich mehr als ein Drittel durch die Guthabenbildung der öffentlichen Hand absorbiert worden, wobei wiederum die Entwicklung der Soforthilfeaktion eine besondere Rolle spielte. Nähere Angaben hierüber sind in dem Abschnitt über die öffentlichen Finanzen enthalten.

Unter diesen Umständen schlug sich nur ein Teil der gesamten Krediterweiterung in einer Vergrößerung des frei verfügbaren Geldvolumens der Wirtschaft und der Privaten nieder: In der Gesamtperiode von Juli 1949 bis März 1950 waren es nur etwa 2,1 Mrd. DM bei einer Kreditexpansion von etwa 4,5 Mrd. DM, und im ersten Vierteljahr 1950 nur rd. 440 Mill. DM bei einer Kreditexpansion von ungefähr 1,0 Mrd. DM. Dabei ist die Erhöhung des Bargeldumlaufs

um 867 Mill. DM in der Gesamtperiode (1. Juli 1949 bis 31. März 1950) und von 90 Mill. DM im ersten Vierteljahr 1950 sogar in vollem Umfang dem Geldvolumen der Wirtschaftsunternehmen und Privaten zugeordnet worden, da eine einwandfreie Aufteilung zwischen öffentlicher und privater Sphäre nicht möglich ist. Von dem Einlagenzuwachs wieder, der in den obigen Zahlen für die „private Wirtschaft“ enthalten ist (rd. 1,3 Mrd. DM für die Zeit vom 1. Juli 1949 bis 31. März 1950 und 350 Mill. DM für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1950), entfällt, wie der Übersicht auf S. 5 entnommen werden kann, im zweiten Halbjahr 1949 nur ein sehr kleiner Teil auf den Zuwachs an Sicht- und Termineinlagen, während im ersten Vierteljahr 1950 die Sicht- und Termineinlagen der privaten Wirtschaft sogar zurückgingen. Der übrige Teil kam den Spareinlagen zugute, die insbesondere in den letzten Monaten sehr beachtlich angestiegen sind. Noch einmal übersichtlich zusammengefaßt, dürfte also die seit Juli 1949 bzw. seit Januar 1950 vollzogene kreditäre Geldschöpfung etwa folgenden Niederschlag gefunden haben:

	1. Juli 1949 bis 31. März 1950	1. Jan. 1950 bis 31. März 1950
Kreditschöpfung	4,5 Mrd. DM	1,0 Mrd. DM
davon absorbiert durch:		
1. Devisenkäufe, Ansammlung nicht wieder ausgeliehener counterpart funds und schwebende Posten der Außenhandelsfinanzierung	37 v. H.	11 v. H.
2. Zunahme der öffentlichen Einlagen	12 "	35 "
3. Zunahme des Bargeldumlaufs	19 "	9 "
4. Zunahme bzw. Abnahme (—) der privaten Sicht- und Termineinlagen	5 "	— 8 "
5. Zunahme der Spareinlagen	23 "	43 "
6. Rest	4 "	10 "

Angesichts dieser Zahlen wird es verständlich, daß die Wirtschaft über „Liquiditätsschwierigkeiten“ klagt, obwohl die Kreditexpansion bis zum Februar d. J. im ganzen noch relativ hoch war.

Auch die Liquidität der Banken wurde durch den starken Geldabzug, der mit der Außenhandelsfinanzierung, der Guthabenanreicherung der öffentlichen Hand und der Steige-

rung des Bargeldumlaufs seit Mitte 1949 für sie zum großen Teil verbunden war (wobei sich, wie dargelegt, die Bedeutung der einzelnen Faktoren im Verlauf der Zeit allerdings erheblich veränderte) zwangsläufig aufs stärkste beeinträchtigt. Liquiditätsmäßig neutral für die Geschäftsbanken blieben die genannten Geldbewegungen jedenfalls nur insoweit, als die für die Außenhandelsfinanzierung benötigten Mittel und der Zuwachs der öffentlichen Einlagen bei den Geschäftsbanken blieben. Das war jedoch nur zu einem kleinen Teil der Fall. Hatten daher die Reserveguthaben der Banken im Bundesgebiet am 30. Juni 1949 den Betrag ihrer gleichzeitigen Verschuldung an das Zentralbanksystem noch um rd. 50 Mill. DM übertroffen, so waren die Banken bereits drei Monate später, trotz einer etwa 180 Mill. DM ausmachenden Herabsetzung der Reservesätze, mit rd. 1 100 Mill. DM netto an das Zentralbanksystem verschuldet. Bis zum Jahresende hat sich diese Nettoverschuldung dann nochmals um rd. 1 400 Mill. DM erhöht und für das erste Vierteljahr 1950 ist insgesamt eine weitere Zunahme um rd. 453 Mill. DM zu verzeichnen. Im Verlauf des letztgenannten Vierteljahrs hat sich dabei der Verschuldungsanstieg allerdings zunehmend verlangsamt.

Die Hauptursachen dieser Verlangsamung sind die wachsende Auszahlung von counterpart funds und die ziemlich starke Verringerung des laufenden Einzahlungsüberschusses auf den Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts infolge der abnehmenden Passivität des Außenhandels. Auch die in der letzten Märzwoche zu verzeichnende Abnahme der öffentlichen Einlagen im Zentralbanksystem spielte in diesem Zusammenhang eine Rolle. Zusammengenommen hätte sich auf Grund dieser Veränderungen im März sogar schon eine nicht unbedeutliche Reliquidisierung des Bankenapparats ergeben, wenn nicht in der letzten Märzwoche der Zahlungsmittelumlauf verhältnismäßig stark, nämlich um 712 Mill. DM, gestiegen und damit um 139 Mill. DM über den Stand von Ende Februar hinausgegangen wäre. Immerhin scheint nunmehr die Periode der ständigen Illiquidisierung der Geldinstitute abgeschlossen zu sein. Die Faktoren, die schon im März dieser Illiquidisierung entgegenwirkten, werden sich nämlich in Zukunft aller Voraussicht nach teilweise noch

Die Nettoverschuldung der Geschäftsbanken gegenüber dem Zentralbanksystem
in Mill. DM

Stand am	Aufgenommene Kredite	Reserveguthaben	Nettoguthaben (+) bzw. Nettoverschuldung (-)	Verschuldungszunahme im abgelaufenen Monat
30. 6. 1949	1 213	1 271	+ 58	—
31. 7. 1949	1 427	1 106	— 321	379
31. 8. 1949	1 798	1 140	— 658	337
30. 9. 1949	2 060	963	— 1 097	439
Veränderung im 3. Vierteljahr 1949	+ 847	— 308	— 1 155	1 155
31. 10. 1949	2 730	1 102	— 1 628	531
30. 11. 1949	3 385	1 006	— 2 379	751
31. 12. 1949	3 746	1 253	— 2 493	114
Veränderung im 4. Vierteljahr 1949	+ 1 686	+ 290	— 1 396	1 396
31. 1. 1950	3 764	995	— 2 769	276
28. 2. 1950	3 841	935	— 2 906	137
31. 3. 1950	3 811	865	— 2 946	40
Veränderung im 1. Vierteljahr 1950	+ 65	— 388	— 453	453

verstärken. Vor allem wird die allmähliche Inanspruchnahme des Zentralbanksystems auf Grund der Vorfinanzierungszusagen zur Unterstützung der konjunkturpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung den Banken in stärkerem Maße Zentralbankgeld zuführen, ohne daß sie sich vermehrt an das Zentralbanksystem verschulden müssen. Es ist möglich, daß damit auch die in letzter Zeit nur noch geringe Kreditbereitschaft der Geschäftsbanken wieder wachsen wird.

Die längerfristige Kreditgewährung

Über den Einsatz von längerfristigem Kapital stehen für das erste Vierteljahr 1950 noch keine umfassenden Angaben zur Verfügung. Aus saisonmäßigen Gründen (Rückgang der Bautätigkeit!) war er jedoch pro rata sicher geringer als im letzten Halbjahr 1949. Eine exakte Erfassung mit Hilfe der Bankenstatistik oder der Emissionsstatistik ist deshalb unmöglich, weil der größte Teil der für die Investitionsfinanzierung (Nettoinvestitionen) verwendeten Mittel heute weder über die Banken noch über die Wertpapiermärkte geht. Von den im zweiten Halbjahr 1949 eingesetzten langfristigen Mitteln dürften jedenfalls höchstens 25 v. H. über die Banken oder unmittelbar von den Investoren durch Wertpapieremissionen beschafft worden sein. Reichlich 10 v. H. entfielen auf die Kapitalanlagen der privaten Versicherungen und der Sozialversicherungsträger (einschl. des Arbeitslosenstocks),

und schätzungsweise je etwa 30 v. H. sind von der öffentlichen Hand investiert bzw. von den Investoren aus dem eigenen Betrieb aufgebracht worden.

Wenn über die Entwicklung eines großen Teils dieser Kapitalquellen und ihrer Nutzung für die letzten Monate auch keine ausreichenden Daten zur Verfügung stehen, so läßt sich aber doch wenigstens feststellen, daß die mittel- und langfristigen Ausleihungen der Banken, die den überwiegenden Teil der sogenannten „Fremdfinanzierung“, d. h. der nicht aus dem eigenen Betrieb oder von der öffentlichen Hand selbst eingesetzten Mittel, umfassen, erheblich zugenommen haben. Im Durchschnitt des vierten Vierteljahres 1949 hatte der monatliche Zuwachs dieser Kredite (zu denen übrigens auch die Ausleihungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Finanzierungs-AG (Neustadt a. d. Hardt, früher in Speyer) und der Industriekreditbank gerechnet werden) rd. 250 Mill. DM betragen; im Januar stellte er sich auf 244 Mill. DM, im Februar auf 312 Mill. DM, und im März wird wahrscheinlich eine weitere Steigerung eingetreten sein.

Diese bemerkenswerte Zunahme hängt vor allem mit der Weiterleitung der im Januar freigegebenen counterpart funds zusammen, auf die bereits oben eingegangen wurde. Nach Abzug der von der

Die Entwicklung der mittel- und langfristigen Kredite der Banken an die Nichtbankenkundschaft¹⁾

in Mill. DM

Monat	Zunahme insgesamt	Zusammensetzung der Ausleihungen				Zunahme ohne durchlaufende Kredite
		mittel- und langfristige Forderungen	Hypothecken-, Grund- und Rentenschulden	Kommunal-darlehen	Durchlaufende Kredite	
1949						
Juli	137,6 ²⁾	69,1 ²⁾	34,9	13,6	20,0 ²⁾	117,6 ²⁾
August	179,3 ²⁾	104,1 ²⁾	44,4	7,8	23,0 ²⁾	156,3 ²⁾
September	155,8	65,4	55,0	6,5	28,9	126,9
Oktober	271,7	152,0	69,5	7,1	43,1	228,6
November	193,1	79,4	67,3	13,8	32,6	160,5
Dezember	287,9	91,6	117,6	32,4	46,3	241,6
1950						
Januar	243,6 ³⁾	86,8	82,4 ³⁾	22,7 ³⁾	51,7	191,9 ³⁾
Februar	311,7	178,0	65,0	41,9	26,8	284,9

¹⁾ Einschl. Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-A.G. (Neustadt a. d. Hardt, früher in Speyer).

²⁾ Unter Ausschaltung statistisch bedingter Veränderungen teilweise geschätzt.

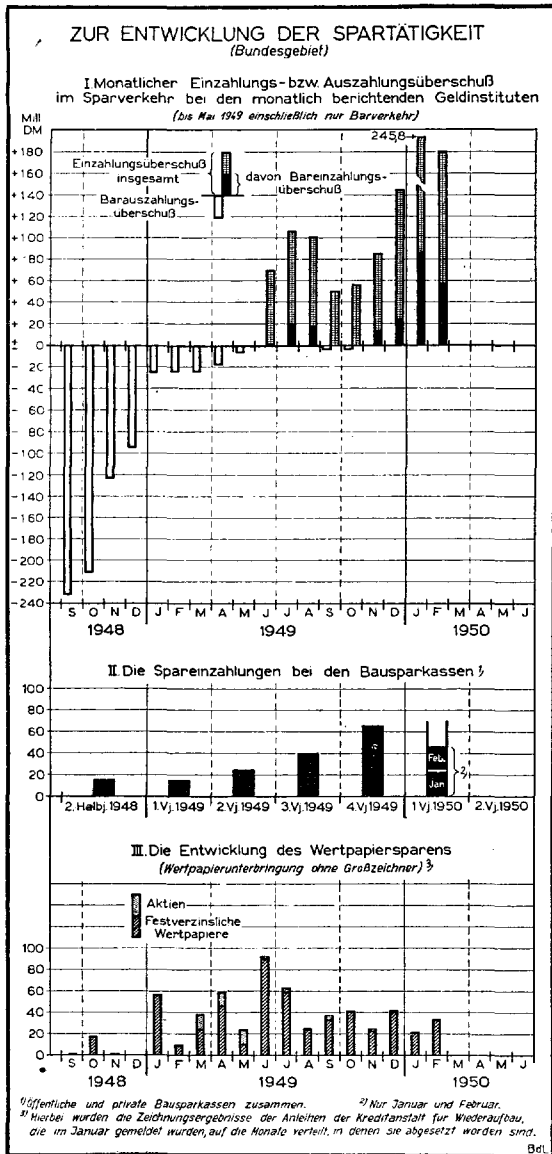
³⁾ Nach Abzug der durch die Neuaufnahme von 3 Instituten entstandenen Zunahme.

Kreditanstalt für Wiederaufbau für die Abdeckung gewisser Vorfinanzierungen verwendeten Beträge belief sich diese Weiterleitung (ohne die für Berlin bestimmten Mittel) im Januar auf 65 Mill. DM, im Februar auf 162 Mill. DM und im März auf 202 Mill. DM, den bisher höchsten Betrag in einem Monat. Die im Januar für Westdeutschland freigegebene Summe von 543 Mill. DM war damit gegen Ende März annähernd verbraucht, so daß am 27. März aus der schon im Dezember grundsätzlich genehmigten Tranche von 1036 Mill. DM (einschließlich der für Westberlin bestimmten Mittel) ein weiterer Betrag von 130 Mill. DM für Westdeutschland freigegeben wurde.

Neben dem nunmehr kontinuierlichen starken Fluß der counterpart funds wird das Reservoir für mittel- und langfristige Kredite seit Monaten aber auch durch den beachtlichen Zuwachs an Spareinlagen vergrößert. Im Februar war der Einzahlungsüberschuß auf den Sparkonten der Banken und öffentlichen Sparkassen mit 123 Mill. DM zwar um rd. 35 Mill. DM niedriger als im Januar, der auf Grund der Ausschüttung von Weihnachtsgratifikationen, Tantiemen usw. bekanntlich immer ein besonders günstiger Sparmonat ist. Aber das Februar-Ergebnis war trotzdem höher als das vom Dezember, das seinerseits die Einzahlungsüberschüsse der Vormonate bereits erheblich über-

Freigabe und Verwendung von counterpart funds im 1. Vierteljahr 1950

Vermittelndes Institut und Mittel-Bewegung	Januar	Februar	März
	in Mill. DM		
I. Kreditanstalt für Wiederaufbau und FinanzierungsA. G.			
1. Am Monatsanfang vorhandene Mittel aus counterpart funds	17,5	370,2	208,2
2. Im Monat erhaltene counterpart funds	543,0	—	130,0
3. Verwendung der Mittel			
a) Abdeckung von Vorfinanzierungen	125,5	—	33,0
b) Weiterleitung an die Kreditnehmer	64,8	162,0	201,9
4. Bestand an counterpart funds am Ende des Monats	370,2	208,2	103,3
II. Industriekreditbank, Berlin			
1. Am Monatsanfang vorhandene Mittel aus counterpart funds	—	—	41,4
2. Im Monat erhaltene counterpart funds	—	57,0	20,0
3. Verwendung der Mittel			
a) Abdeckung von Vorfinanzierungen	—	—	—
b) Weiterleitung an die Kreditnehmer	—	15,6	8,8
4. Bestand an counterpart funds am Ende des Monats	—	41,4	52,6



troffen hatte. Auch im März scheint sich dieser tendenzielle Anstieg fortgesetzt zu haben. Bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten betrug jedenfalls der Einzahlungsüberschuß in den vier Bankwochen des März 23,0 Mill. DM, während er in den vier Bankwochen des Februar 21,5 Mill. DM betragen hatte. Wenn dieser Trend anhält, werden die Anfang des Jahres für die Spareinlagenentwicklung gehegten Erwartungen weit übertroffen werden. Die öffentlichen Sparkassen z. B. waren bei ihrer Zusage an den Bundesminister für den Wohnungsbau über ihren Beitrag zur Wohnungsbaufinanzierung im laufenden Jahr von einem Spareinlagenzuwachs in Höhe von 600 Mill. DM ausgegangen. Fast ein Drittel dieses Betrages ist

bei ihnen jedoch schon in den ersten beiden Monaten dieses Jahres erzielt worden. Auch bei den — in der obigen Übersicht nicht enthaltenen — öffentlichen und privaten Bausparkassen entwickelt sich die Spartätigkeit relativ günstig. Im Januar und Februar erreichten hier die Spareinzahlungen etwas über 46 Mill. DM, so daß, da der letzte Monat des Vierteljahrs gewöhnlich die höchsten Einzahlungen aufweist, das Ergebnis des vierten Vierteljahrs von 1949 — insgesamt 65,6 Mill. DM — wahrscheinlich übertroffen werden wird.

Demgegenüber verläuft allerdings das Emissionsgeschäft, aus dem die mittel- und langfristigen Ausleihungen der Banken zum Teil ebenfalls gespeist werden, weiter enttäuschend. Die im Statistischen Teil der vorliegenden Berichte veröffentlichte Emissionsstatistik weist für Januar zwar einen außergewöhnlich hohen Betrag an untergebrachten Wertpapieren aus, aber diese Spitze erklärt sich lediglich daraus, daß im Januar der Absatz der von der Kreditanstalt für Wiederaufbau und von der Industriekreditbank im Vorjahr aufgelegten Anleihen zum ersten Mal gemeldet wurde. Die — im ganzen ziemlich niedrigen — Zeichnungsbeträge auf diese Anleihen sind jedoch zum größten Teil schon in den vorangegangenen Monaten eingegangen und vielfach auch bereits ausgeliehen worden. Berücksichtigt man dies, so war der Wertpapierabsatz im Januar sehr gering. Im Februar hat er sich demgegenüber zwar etwas erholt, aber mit ungefähr 33,9 Mill. DM (wovon 28,4 Mill. DM den Geldinstituten und 5,5 Mill. DM — aus dem Erlös von Industrieobligationen und Aktien — direkt den letzten Kreditnehmern zuflossen) blieb er noch immer um rd. 5 Mill. DM hinter dem Monatsdurchschnitt des zweiten Halbjahres 1949 zurück. Es verdient Beachtung, daß dabei noch kaum erprobt wurde, ob sich die Wertpapierscheu des Publikums in gleichem Maße wie gegen festverzinsliche Werte auch gegen Aktien richten würde. An Aktien wurden im Januar und Februar nur 1,8 Mill. DM emittiert.

Die Vorfinanzierungshilfe, die das Zentralbanksystem zu gewähren bereit ist, ist von den Geldinstituten in den letzten Wochen wenig in Anspruch genommen worden. Die im August

vorigen Jahres beschlossene Vorfinanzierungs-Aktion ist, wie im letzten Monatsbericht dargelegt, im Auslaufen begriffen; im März sind noch 31 Mill. DM für Investitionskredite und 1 Mill. für die Finanzierung der Exportproduktion aufgenommen worden. Aber auch die neuen, zur Unterstützung des Regierungsprogramms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschaffenen Rückgriffsmöglichkeiten auf das Zentralbanksystem wurden von den Geldinstituten bisher noch kaum benötigt, da sie im Rahmen dieser Aktion selber erst in geringem Umfang beansprucht wurden. Die einzige stärkere Inanspruchnahme der vom Zentralbanksystem zugesagten Kredithilfen bildete daher bis Ende März ein Kassenkredit an die Bundesbahn, die zu den direkt an das Zentralbanksystem herantretenden Investoren gehört und im Verlauf des März als erste Rate für das 250 Mill. DM - Sonderprogramm, dessen Vorfinanzierung das Zentralbanksystem übernommen hat, 35 Mill. DM erhielt. Außerdem ist der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu Gunsten der Industrielkreditbank eine Kreditlinie von 50 Mill. DM eingeräumt worden, über die nach Maßgabe der von der Industrielkreditbank im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms gewährten Kredite jederzeit verfügt werden kann.

Öffentliche Finanzen

Länderhaushalte

Das Steueraufkommen der Länder war im Februar verhältnismäßig gering. Mit

etwa 1 150 Mill. DM lag es um annähernd 370 Mill. DM unter dem Aufkommen vom Januar, das nach der endgültigen Abrechnung nicht weniger als 1 516,2 Mill. DM betragen hatte. Daß das Januar-Aufkommen auch nicht annähernd erreicht werden würde, war allerdings von vornherein zu erwarten, da im Januar nicht nur wie in jedem ersten Monat eines Kalendervierteljahres bestimmte vierteljährliche Vorauszahlungen fällig waren, sondern die Steuereingänge in diesem Monat auch regelmäßig unter dem Einfluß gewisser Sonderfaktoren, wie z. B. der Abführung der Steuern auf Weihnachtsgratifikationen und der Wirkung des Weihnachtsgeschäfts auf die Umsatzsteuer, stehen. Mit nur 1 150 Mill. DM waren die Eingänge aus Steuern und Zöllen aber auch um rd. 125 Mill. DM niedriger als im November 1949, dem letzten Monat mit gleichen Zahlungsterminen und nur noch um rd. 25 Mill. DM höher als im Februar 1949. Von der besonders in den letzten Monaten des vergangenen Jahres eingetretenen konjunkturellen Erhöhung des Steueraufkommens war im Februar also wenig mehr zu merken.

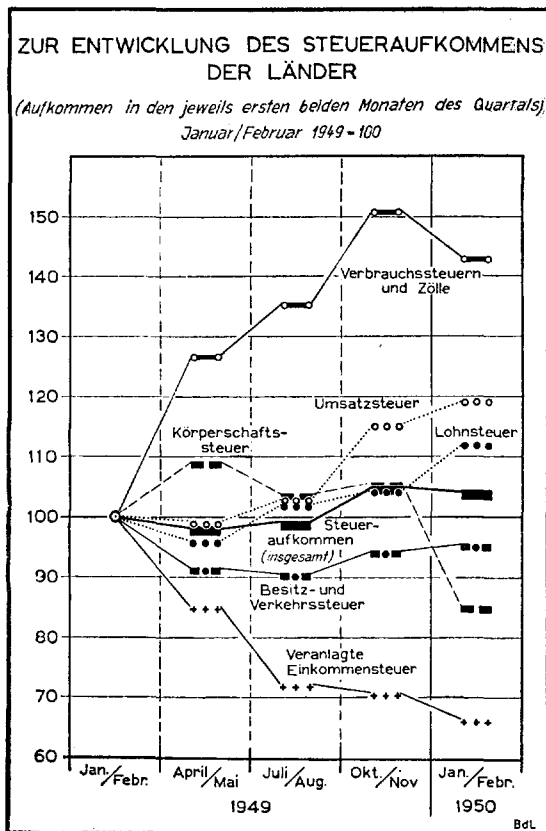
Wie aus der untenstehenden Übersicht hervorgeht, waren es vor allem die Besitz- und Verkehrssteuern, die sich enttäuschend entwickelten. So sind die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer, deren seit April 1949 zu verzeichnender Rückgang in den Herbstmonaten vorübergehend zum Stillstand gekommen war,

Das Steueraufkommen in den Ländern des Bundes

Steuerarten	Kalenderjahr 1949	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr. ¹⁾	Februar 1950 in v. H. von		
		1949			1950		Jan. 1950	Nov. 1949 ²⁾	Febr. 1949 ²⁾
		in Mill. DM							
1. Besitz und Verkehrssteuern	10 969,1	1 054,4	882,3	838,1	1 154,0	806,0	69,8	91,4	92,4
darunter:									
Veranlagte Einkommensteuer	2 687,5	274,1	166,5	130,9	266,6	146,3	54,9	87,9	57,0
Körperschaftsteuer	1 481,4	179,8	100,3	89,2	145,6	80,0	54,9	79,8	79,3
Lohnsteuer	2 065,2	181,0	176,0	170,1	200,6	183,0	91,2	104,0	112,5
Umsatzsteuer	3 835,0	356,1	360,7	361,9	427,7	313,7	73,3	87,0	113,2
2. Verbrauchssteuern und Zölle	3 979,6	361,4	392,8	381,0	362,2	344,0	93,3	87,6	135,5
3. Steueraufkommen insgesamt	14 948,6 ³⁾	1 415,8	1 275,1	1 219,1	1 516,2	1 150,0	75,8	90,2	102,3

¹⁾ Vorläufig. ²⁾ Monate mit gleichen Zahlungsterminen. ³⁾ Differenz durch Abrunden.

erneut scharf gesunken, so daß sie um rd. 43 v. H. unter dem Stand vom Februar 1949 lagen. Es ist möglich, daß hierzu neben den ab April 1949 gewährten Vergünstigungen in letzter Zeit auch eine geringe Rückbildung bestimmter Einkommen beigetragen hat, wobei namentlich an die in einem späteren Abschnitt behandelte Abnahme der landwirtschaftlichen Erträge zu denken ist.



Auch der neuerliche Rückgang des Körperschaftssteuer-Aufkommens deutet wohl in erster Linie auf Veränderungen in der Rentabilitätslage vieler Wirtschaftszweige hin. Gut gehalten hat sich dagegen das Lohnsteueraufkommen. Naturgemäß war es zwar geringer als im Januar, aber der Rückgang war schwächer als im Vorjahr, und auch gegenüber November und Dezember war weiter eine leichte Erhöhung zu verzeichnen. Einen im Vergleich zum Vorjahr stärkeren Rückgang weist jedoch wieder die vierte der großen Besitz- und Verkehrssteuern, nämlich die Umsatzsteuer, auf. Diese Entwicklung bestätigt, daß im Januar auf den Märkten eine verhältnismäßig starke Zurückhaltung geübt wurde, rechtfertigt aber kaum weitergehende Rückschlüsse auf den konjunkturellen

Trend der Umsatzentwicklung, zumal die Saisonschlußverkäufe erst im Februar stattfanden. Allerdings sind auch die Einnahmen aus Verbrauchssteuern und Zöllen, die bereits im Januar etwas gesunken waren, weiter zurückgegangen, wengleich dabei das vor dem starken Anstieg im letzten Vierteljahr 1949 erreichte Niveau nicht unterschritten wurde.

Trotz der wesentlich verminderten Einnahmen im Februar hat sich jedoch in der Gesamtheit der Länderhaushalte zumindest bis gegen Ende März kein Kassendefizit ergeben. Die beim Banksystem, bei der Post und durch Schatzwechselbegebung aufgenommenen Kredite sind im Februar nur um etwa 17 Mill. DM gestiegen. Die bei den Landeszentralbanken aufgenommenen Kredite sind dabei sogar von 80,5 auf 77,7 Mill. DM zurückgegangen. Auch im März war zunächst keine weitere Zunahme zu verzeichnen, und erst in der letzten Märzwoche ging die Kreditnahme der Länder bei den Landeszentralbanken mit 102 Mill. DM über den Stand von Ende Januar hinaus. Vor allem aber sind die Bankeinlagen der Länder, zumindest soweit sie im Zentralbanksystem gehalten wurden, gewachsen. Die reinen Einlagen hatten Ende Januar 279,4 Mill. DM betragen; Ende Februar stellten sie sich auf 375,4 Mill. DM und Mitte März auf 390,4 Mill. DM. Daneben hatten die Landeszentralbanken den Ländern am 31. Januar für 230,3 Mill., am 28. Februar für 231,9 Mill. und am 15. März für 243,6 Mill. DM Ausgleichsforderungen abgegeben, und endlich waren von den Ländern nicht unerhebliche Mittel am Geldmarkt angelegt worden. Erst in der zweiten Märzhälfte schlug diese Entwicklung um. Immerhin waren auch Ende März die gesamten im Zentralbanksystem unterhaltenen Einlagen der Länder unter Einschluß der erworbenen Ausgleichsforderungen nur um etwa 35 Mill. DM geringer als Ende Januar. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Länder nur einen Teil ihrer Mittel beim Zentralbanksystem unterhalten, so daß aus der Bewegung dieser Guthaben kein eindeutiger Schluß auf die Entwicklung ihrer Gesamtguthaben gezogen werden kann. Auch daß nur ein Teil der ausgewiesenen Einlagen als frei verfügbare Kassennittel im Sinne der Haushaltsordnung betrachtet werden kann, muß bei einem Vergleich dieser

Zahlen mit der Haushaltsentwicklung beachtet werden. Immerhin deutet alles darauf hin, daß die Kassenausgaben der Länder im Februar und in der ersten Märzhälfte — ebenso wie schon im Januar — nicht ganz die Höhe der Kasseneinnahmen erreichten und daß somit, geldpolitisch betrachtet, die Finanzgebarung der Länder in dieser Zeit eher neutralisierend als expansiv gewirkt hat.

Über die — sorgfältig von der Kassenebewegung zu unterscheidende — Entwicklung der haushaltsmäßigen Ausgaben und Einnahmen der Länder liegen nunmehr vorläufige Angaben bis Ende Januar vor. Sie bestätigen, daß im Januar infolge der außergewöhnlich hohen Einnahmen in der Gesamtheit der Länderhaushalte ein beträchtlicher Überschuß — in Höhe von fast 400 Mill. DM — erzielt wurde. Das bis Dezember 1949 aufgelaufene Defizit des Rechnungsjahres 1949/50 (rd. 108 Mill. DM) wurde damit in einen Überschuß von ungefähr 290 Mill. DM verwandelt, wobei die ab November 1949 als Einnahmen gebuchten Überschüsse und Rückstellungen aus dem Rechnungsjahr 1948/49 in Höhe von 194,1 Mill. DM noch nicht berücksichtigt sind. Allerdings sind gleichzeitig die über Vorschußkonto geleisteten — also noch nicht als Haushaltsausgaben

herigen Verlauf des Rechnungsjahres sind in den beiden letzten Monaten eines Kalendervierteljahrs gewöhnlich mehr oder weniger hohe Ausgabenüberschüsse aufgetreten. Hieraus könnte man schließen, daß das oben angegebene Defizit voraussichtlich noch wachsen wird, zumal die Einnahmen im Februar relativ niedrig waren. Auf der anderen Seite sind jedoch in der obigen Rechnung bereits verhältnismäßig hohe Vorschußzahlungen berücksichtigt, so daß in ihr bereits ein relativ hoher Betrag an noch zu erwartenden Haushaltsausgaben eskomptiert ist. Mit einem wesentlichen Defizit der Länderhaushalte ist daher für das laufende Etatjahr kaum zu rechnen. Selbstverständlich ist die Lage der einzelnen Länder dabei trotz der seit dem vorigen Sommer wesentlich verstärkten Finanzhilfe der leistungsfähigeren an die schwächeren Länder sehr unterschiedlich. Während einzelne Länder mit erheblichen Überschüssen abschließen dürften, werden sich in anderen Defizite nicht vermeiden lassen. Auf die anhaltenden Defizite in einer Reihe von Ländern ist es auch zurückzuführen, daß die Neuverschuldung der Länder seit der Währungsreform bereits wieder etwa eine halbe Milliarde DM erreicht hat, obwohl die Länderhaushalte im ganzen haushaltsmäßig noch einen Überschuß aufweisen.

Die Neuverschuldung der Länder seit der Währungsreform
in Mill. DM

Ende	Gesamt	bei den Geschäfts- banken	beim Zentralbank- system	bei der Post	Schatz- wechsel- kredite	beim Arbeitsstock
Oktober 1949	306,0	52,0	45,6	46,5	17,6	144,3
November „	363,8	52,3	47,6	46,5	56,3	161,1
Dezember „	593,9	129,0	86,5	44,5	166,7	166,2
Januar 1950	494,0	19,9	80,5	44,5	181,3	167,8
Februar „	511,3	43,7	77,7 ¹⁾	42,5 ²⁾	179,4	168,0 ²⁾

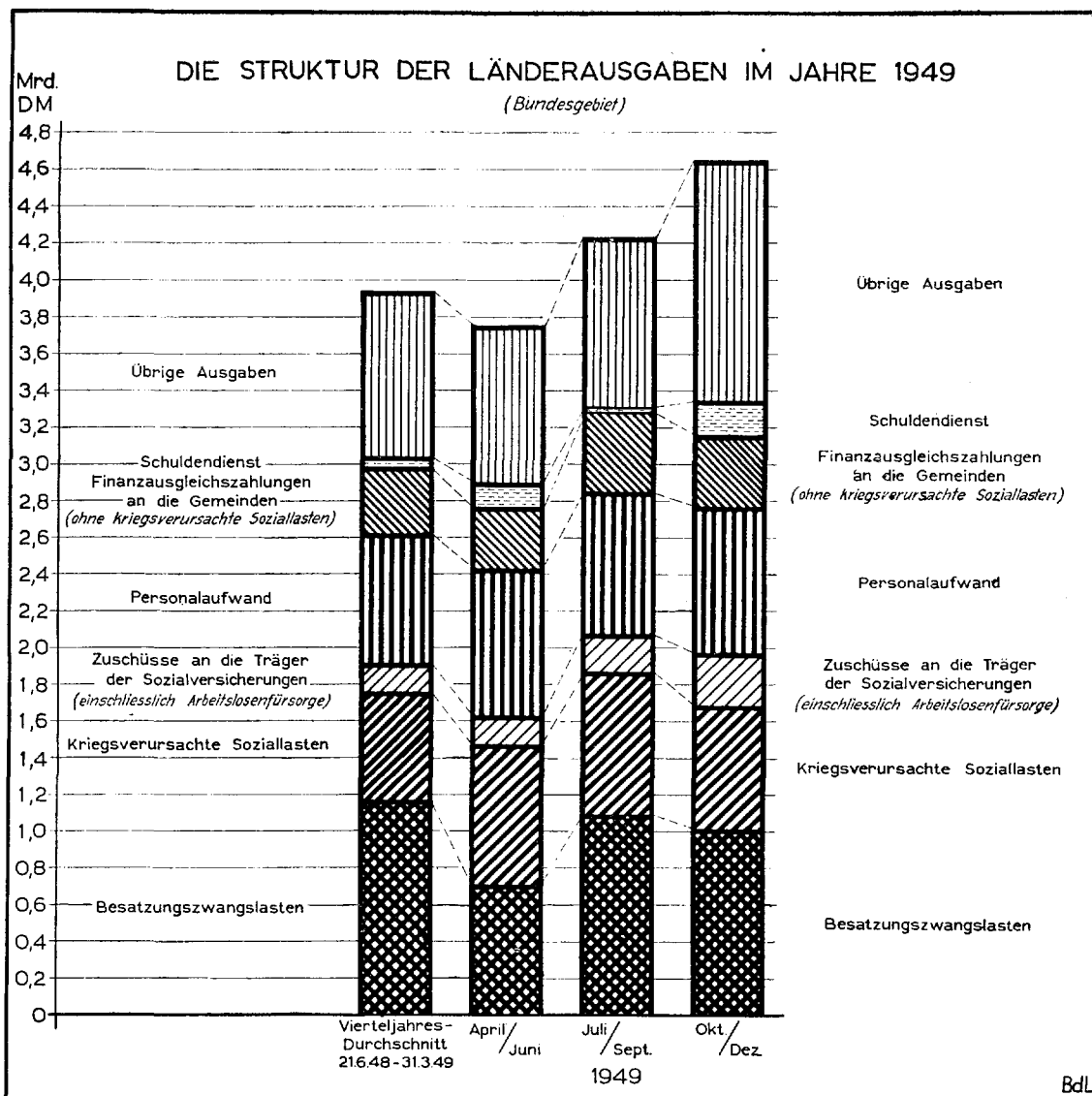
¹⁾ Der Kreditplafond der Länder war damit zu 19,8 v. H. ausgenutzt.

²⁾ Vorläufig.

verbuchten — Zahlungen von etwa 440 Mill. DM per Ende Dezember 1949 auf über 500 Mill. DM per Ende Januar gestiegen, so daß Haushaltsrechnung und Vorschußrechnung zusammen per Ende Januar ein Defizit aufweisen, das sich unter Anrechnung des Übertrags aus dem Rechnungsjahr 1948/49 auf ungefähr 30 Mill. DM stellt. Der endgültige Abschluß für das laufende Haushaltsjahr läßt sich damit natürlich noch nicht übersehen. Im bis-

Bundshaushalt

Über den Vollzug des Übergangshaushalts des Bundes für die Zeit vom 21. September 1949 bis 31. März 1950, der bis zum Abschluß des vorliegenden Berichts nur in seinem die Einzelpläne für die zwölf neu hinzugekommenen obersten Bundesbehörden umfassenden Teil, aber nicht mit dem bei weitem größeren Ergänzungshaushalt verabschiedet wurde, liegen Angaben bis zum 31. Januar vor. Danach beliefen



sich die Einnahmen auf 591,8 Mill. DM, die Ausgaben auf 536,8 Mill. DM. Im Rahmen des Haushalts des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, der durch den provisorischen Bundeshaushalt fortgesetzt werden soll, waren demgegenüber in der Zeit vom 1. April 1949 bis 20. September 1949 400,8 Mill. DM eingenommen und 427,4 Mill. DM ausgegeben worden. Beide Haushalte zusammen wiesen also bis zum 31. Januar einen haushaltsmäßigen Überschuß von 28,4 Mill. DM auf. Die tatsächlichen Ausgaben waren jedoch erheblich höher, so daß bereits bis Ende Januar Kreditmittel in Höhe von etwa 220 Mill. DM in Anspruch genommen werden mußten, denen zum gleichen Zeitpunkt allerdings liquide Gut-

haben in Höhe von fast 60 Mill. DM gegenüberstanden.

Im Februar und März hat sich die Kassenlage des Bundes erneut verschlechtert. Im Februar war ein erheblicher Teil der ausstehenden Schatzwechsel fällig geworden, zu deren Einlösung nicht nur auf die liquiden Mittel des Bundes, sondern vorübergehend auch auf Mittel des Soforthilfeamtes zurückgegriffen werden mußte. Durch neue Schatzwechselbegebung wurde diese Anspannung jedoch rasch überwunden. Ende März befanden sich infolgedessen etwa 230 Mill. DM Bundesschatzwechsel im Umlauf (nur ein geringer Betrag davon war im Zentralbanksystem untergebracht), während gleichzeitig die liquiden Mittel des Bundes er-

heblich unter den Stand von Ende Januar gesunken waren.

Aus der am 1. April erfolgenden Überleitung eines großen Teils der bisherigen Länderausgaben auf den Bund¹⁾ ergeben sich zusätzliche Liquiditätsprobleme insofern, als die betreffenden Zahlungen teilweise prompt — zum Teil sogar schon Ende März — geleistet werden müssen, während die auf den Bund übergehenden Einnahmen erst später anfallen. Der Bund hat deshalb die Länder ersucht, die schon im März für Rechnung des neuen Haushaltsjahres fälligen Ausgaben vorschußweise aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Die finanzschwachen Länder erklärten sich jedoch hierzu außerstande und baten deshalb zur Erfüllung dieser Aufgaben um Betriebsmittelzuweisungen in Höhe von insgesamt 160 Mill. DM. Diesem Gesuch wurde von den finanzstarken Ländern zur Hälfte entsprochen, während für den darüber hinausgehenden Bedarf die finanzschwachen Länder doch selbst aufkommen mußten. Der von den finanzstarken Ländern zur Verfügung gestellte Betrag wird ihnen im April vom Bund erstattet werden.

Soforthilfeaktion

Von sehr erheblicher Bedeutung für die mit der öffentlichen Finanzgebarung verbundenen Geldströme war in den letzten Wochen ferner die Abwicklung der Soforthilfe. Bis zum 8. März sind nach den Einnahmeausweisen des Soforthilfeamtes aus den verschiedenen Abgaben 1019,8 Mill. DM eingegangen, ein Betrag, der sich nach Mitteilungen des Bundesministers der Finanzen bis Ende März noch um etwa 130 Mill. DM erhöht haben dürfte. Gegenüber dem Ausweis für den 8. Februar ist das eine Zunahme um fast 450 Mill. DM oder von etwa 40 v. H. des Aufkommens aus Steuern und Zöllen im Februar. Von den bis zum 8. März eingegangenen Mitteln stammten 854 Mill. DM aus der allgemeinen Abgabe und 166 aus der Sonderabgabe auf das Vorratsvermögen.

Bereitgestellt, d. h. für bestimmte Verwendungszwecke zugeteilt, waren an Soforthilfe-

¹⁾ Vgl. hierzu wie zu der gesamten Neuverteilung von Ausgaben und Einnahmen auf Bund und Länder ab 1. April 1950 „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Dezember 1949, S. 15 ff.

mitteln bis Ende März 1051,7 Mill. DM, und zwar

für Unterhaltshilfe	441,7 Mill. DM
für Hausratshilfe	210,0 Mill. DM
für Ausbildungshilfe	50,0 Mill. DM
für Wohnungsbau	210,0 Mill. DM
für Flüchtlingssiedlungen	40,0 Mill. DM
für Existenzaufbauhilfe	100,0 Mill. DM
Insgesamt	1051,7 Mill. DM

Dieser Betrag bleibt nur um etwa 100 Mill. DM hinter den bisherigen Eingängen zurück. Der tatsächlich zur Auszahlung gelangte Betrag war jedoch wesentlich niedriger. Bis zum 11. März beliefen sich jedenfalls nach Angaben des Soforthilfeamtes die effektiven Auszahlungen erst auf 609,0 Mill. DM (darunter 425,9 Mill. DM für die Unterhaltshilfe und 161,3 Mill. DM für die Hausratshilfe), während bis zum 8. März bereits Eingänge von 1019,8 Mill. DM zu verzeichnen gewesen waren. Auch Ende März dürften die tatsächlichen Auszahlungen erst etwa 700 Mill. DM erreicht haben, so daß das Soforthilfeamt in den letzten Wochen ständig über verhältnismäßig hohe Kassenbestände verfügte. Namentlich die für produktive Zwecke bereitgestellten Mittel werden entsprechend dem Fortgang der betreffenden Investitionen meist nur langsam abgerufen. Im übrigen hängt die zeitweilige Ansammlung erheblicher Beträge jedoch vor allem mit der verhältnismäßig dichten Aufeinanderfolge der Abgabetermine zusammen: der erste Abgabetermin war der 31. Oktober 1949, der letzte der 20. März. In etwa fünf Monaten wurden also der Wirtschaft neben den regulären Steuerabgaben von rd. 6 Mrd. DM nochmals rd. 1 Mrd. DM durch spezielle Abgaben entzogen, von denen naturgemäß nur ein Teil unverzüglich wieder verausgabt werden konnte.

Im nächsten Etatjahr, in dem die allgemeine Soforthilfeabgabe — aber nicht die von vornherein nur als einmalig gedachte Sonderabgabe auf das Vorratsvermögen — zunächst weiter erhoben werden soll, bis der endgültige Lastenausgleich in Kraft tritt, werden die Zahlungstermine demgegenüber etwas weiter auseinanderliegen. Es ist vorgesehen, die Abgabe auf das Grundvermögen und das Betriebsvermögen zu je einem Viertel am 20. Mai, am 20. August,

am 20. November und am 20. Februar zu erheben, während die Abgabe auf das land- und forstwirtschaftliche Vermögen mit Rücksicht auf die saisonmäßigen Veränderungen in der Liquidität der Landwirtschaft zu je einem Viertel am 20. Mai und am 20. Februar und zur Hälfte am 20. November erhoben werden soll. Das wird nicht nur der Wirtschaft die Zahlung der Abgaben erleichtern, sondern auch zur Folge haben, daß Eingänge und Ausgänge einander besser entsprechen und es nicht mehr zu so starken, wenn auch nur vorübergehenden Geldstilllegungen kommt wie in den letzten Wochen.

Gemeindefinanzen und Sozialversicherung

Über die neuere Entwicklung der **Gemeindefinanzen** können lediglich aus der Verschuldungsstatistik gewisse Rückschlüsse gezogen werden. Die Neuverschuldung der Gemeinden beim Banksystem hat sich danach von Ende Dezember 1949 bis Ende Februar 1950 um etwa 50 Mill. DM auf rd. 228 Mill. DM erhöht. Die Zunahme entfällt lediglich auf die mittel- und langfristige Verschuldung, während die kurzfristigen Schulden mit reichlich 50 Mill. DM gegenüber Ende Dezember nahezu unverändert geblieben sind. Man kann hieraus schließen, daß Kredite im wesentlichen nur zur Finanzierung von Investitionsausgaben, aber im allgemeinen nicht zur Deckung laufender Ausgaben aufgenommen worden sind. Allerdings ist nicht bekannt, ob und wie weit die Gemeinden zum Ausgleich der laufenden Einnahmen und Ausgaben auf die verhältnismäßig hohen Kassenbestände zurückgreifen mußten, die sie noch vor wenigen Monaten besaßen. Die Einnahmen dürften sich nämlich in der letzten Zeit kaum verändert haben, da die Finanzaufweisungen der Länder feststehen und das Steueraufkommen der Gemeinden im wesentlichen aus den relativ wenig konjunkturrempfindlichen Realsteuern stammt. Im vierten Vierteljahr 1949 erbrachten jedenfalls die Gemeindesteuern mit 574 Mill. DM nur ungefähr das gleiche wie im Vorvierteljahr, während die Ländersteuern in dieser Zeit eine sehr starke Zunahme aufwiesen. Für die teilweise ebenfalls wachsenden Sozialschulden der Gemeinden stehen also im allgemeinen keine höheren Deckungsmittel zur Verfügung.

Der **Status der Arbeitslosenversicherung** hat sich in den ersten Monaten des Jahres offenbar weiter verschlechtert. Im Januar, dem letzten Monat, für den vollständige Angaben vorliegen, ergab sich bei 155,8 Mill. DM Einnahmen und 161,3 Mill. DM Ausgaben ein Defizit von 5,5 Mill. DM, das allerdings mühelos aus den verhältnismäßig hohen Reserven des Arbeitsstocks (Ende 1949 484,4 Mill. DM) gedeckt werden konnte. Im Februar hat sich nach den bereits verfügbaren Teilangaben die Lage nicht wesentlich geändert. Dabei sind seit Dezember die Erstattungsrückstände der Länder für die Ausgaben im Rahmen der Arbeitslosenfürsorge im allgemeinen nicht weiter gewachsen, weil einzelne Länder rückständige Zahlungen nachholten, so daß der weitere Anstieg der Rückstände in anderen Ländern kompensiert wurde. Die Aufwendungen für die Arbeitslosenunterstützung haben infolge des starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit jedoch weiter zugenommen. Sie betragen im Januar 71,7 Mill. DM gegenüber 49,8 Mill. DM im Durchschnitt des vierten Vierteljahres 1949.

Wachsende Überschüsse werden jedoch bei den **Rentenversicherungen** erzielt, deren Beiträge durch das Sozialversicherungsanpassungsgesetz vom vorigen Sommer im wesentlichen auf Kosten der Arbeitslosenversicherung erhöht wurden. Das gilt insbesondere für die bei weitem bedeutendste Rentenversicherung, die Invalidenversicherung. Nach den nunmehr vorliegenden Ergebnissen für das vierte Vierteljahr 1949 sind die Gesamteinnahmen der Invalidenversicherung gegenüber dem zweiten Vierteljahr um etwa zwei Drittel gestiegen, wobei sich das Beitragsaufkommen allein beinahe verdoppelte. Die Ausgaben erhöhten sich — hauptsächlich infolge verbesserter Leistungen — zwar gleichfalls beträchtlich, aber doch nicht in dem Maße wie die Einnahmen, so daß sich im zweiten Halbjahr 1949 ein Überschuß von 142 Mill. DM gegenüber nur 2,7 Mill. DM im ersten Halbjahr 1949 ergab. Ebenso haben die Knappschaftsversicherung und die Angestelltenversicherung im zweiten Halbjahr 1949 Mehreinnahmen von 32,4 Mill. DM gegenüber nur 20,2 Mill. DM im ersten Halbjahr erzielt. Die Rentenversicherungen haben damit für die allgemeine Kapital-

Die Entwicklung der Invalidenversicherung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet im Jahre 1949

in Mill. DM

	Einnahmen				Ausgaben				Überschuß (+) oder Defizit (-)
	Insgesamt	davon			Insgesamt	davon			
		Beiträge	Zahlungen d. Arbeits- stocks	Landes- mittel ¹⁾		Versich.-Leistungen Gesamt ²⁾	Renten	Ver- waltungs- Ausgaben	
1. Vj. 1949	324,3	218,8	41,6	61,2	289,4	280,0	239,1	8,4	+ 34,9
2. Vj. 1949	303,1	230,0	25,5	44,8	335,3	323,8	276,7	9,3	- 32,2
3. Vj. 1949	460,2	402,1	4,8	51,2	391,2	380,4	332,8	9,7	+ 69,0
4. Vj. 1949	514,1	456,9	15,5	39,1	441,0	430,7	375,1	10,0	+ 73,1
Jahr 1949	1 601,7	1 307,8	87,4	196,3	1 456,9	1 414,9	1 223,7	37,4	+144,8

¹⁾ Zuschüsse der Länder und Erstattungen für Flüchtlingsrenten.

²⁾ Renten, Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner, Heilverfahren und sonstige Leistungen.

bildung eindeutig die Rolle übernommen, die bis zum Sozialversicherungsanpassungsgesetz die Arbeitslosenversicherung spielte.

Eine zusammenfassende Übersicht über die durch die Sozialversicherungen (einschließlich der Arbeitslosenversicherung) im Jahre 1949 bewegten Mittel und die dabei vollzogene Kapitalbildung bietet die folgende Tabelle:

Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungen (einschließlich der Arbeitslosenversicherung) im Vereinigten Wirtschaftsgebiet im Jahre 1949

in Mill. DM

	Einnahmen	Ausgaben	Überschuß
1. Vierteljahr ¹⁾	1 343,8	1 234,7	109,1
2. Vierteljahr ¹⁾	1 360,8	1 277,3	83,5
3. Vierteljahr ¹⁾	1 617,2	1 474,6	142,6
4. Vierteljahr ¹⁾	1 730,3	1 618,9	111,4
Unfallversicherung (Schätzung für 1949)	415,0 ²⁾	415,0	
Jahresergebnis 1949	etwa 6 467,1	6 020,5	etwa 446,6

¹⁾ Nur Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherungen und Krankenversicherung.

²⁾ Schätzung.

Die Angaben beziehen sich allerdings nur auf das Vereinigte Wirtschaftsgebiet. Unter Ein-schluß der französischen Zone, für die keine Nachweise vorliegen, dürfte sich die Haushalts-summe auf 7 Mrd. DM erhöhen, was ungefähr der Summe der Länderhaushalte von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen entspricht. Der Einnahmeüberschuß stellte sich im Vereinigten Wirtschaftsgebiet auf 447 Mill. DM; unter Ein-schluß der französischen Zone dürfte er nahezu eine halbe Milliarde betragen haben.

Produktion, Absatz, Beschäftigung

Gewerbliche Wirtschaft

Im Bereich der gewerblichen Wirtschaft ist der saisonbedingte Rückgang, der etwa in der zweiten Dezemberhälfte eingesetzt hatte, in den letzten beiden Monaten zum Stillstand gekommen und teilweise bereits von einer neuen, aber hauptsächlich wohl ebenfalls nur saisonbedingten Belebung abgelöst worden. Die Bauwirtschaft, die gewöhnlich in besonders starkem Maße Saisonschwankungen unterliegt, hat allerdings erst im März in stärkerem Maße an dieser Belebung teilgenommen. Nach einer Schätzung des zuständigen Ministeriums (auf Grund von Teilangaben für das Bundesgebiet) sind bis Ende März bereits etwa ein Drittel der seit dem Herbst vorigen Jahres arbeitslos gewordenen Bauarbeiter wieder eingestellt worden. Die übrige Industrie weist dagegen schon für Februar überwiegend bereits wieder höhere Produktionsziffern auf. Der ohne die Ziffern für die Bauwirtschaft und die Genußmittelindustrien berechnete Index der Industrieproduktion ist jedenfalls von 95 v. H. des Standes von 1936 auf 98 v. H. gestiegen und hat damit seinen bisherigen Höchststand vom November vorigen Jahres erreicht. Im März hat sich diese Entwicklung nach allen vorhandenen Indizien — Stromverbrauch, Teilangaben über das Produktionsvolumen einzelner Industrien und Arbeitslosigkeit — fortgesetzt, so daß man annehmen kann, daß in einem verhältnismäßig weiten Bereich der gewerblichen Produktion die Saisonbelebung allmählich in eine neue konjunkturelle Aufwärtsbewegung überzugehen beginnt.

Ein besonders starker Produktionsanstieg ist vor allem wieder in der Schwerindustrie zu ver-

Indeziffern der Industrieproduktion

(Berechnet vom Bundeswirtschaftsministerium; 1936 = 100)

Fettgedruckte Ziffern bisherige Höchststände

Zeit	Gesamt	ohne Genußmittel- industrien u. Bauwirtschaft	Investitionsgüter			Allgemeine Produktions- güter ¹⁾	Ver- brauchs- güter	Bau- wirtschaft
			Gesamt	Roh- stoffe	Fertig- waren			
1949 Januar	77	80	75	64	82	100	67	71
Februar	81	85	79	67	86	104	74	68
März	81	85	77	68	84	104	77	66
April	84	86	81	72	87	101	78	77
Mai	86	88	82	76	86	103	82	83
Juni	88	89	84	77	88	104	80	90
Juli	86	86	81	77	84	103	75	91
August	87	88	82	78	84	105	78	94
September	92	93	86	78	92	108	87	98
Oktober	93	94	88	76	95	109	89	98
November	96	98	92	77	101	113	95	96
Dezember	92	96	88	73	97	112	92	84
1950 Januar	89	95	84	73	92	113	92	64
Februar	91	98	88	74	97	117	95	62

¹⁾ Für Februar 1950 infolge Änderung der Berechnungsmethode mit den Zahlen der Vormonate nicht vergleichbar.

zeichnen. Die Stahlgewinnung hat im März mit etwas mehr als 1 Mill. t einen Stand erreicht, der, auf Jahresbasis umgerechnet, bereits über der von den Alliierten festgesetzten Höchstgrenze von 11,1 Mill. t jährlich liegt. Die Frage einer Revision dieser Grenze wird also allmählich akut, wenn bei wachsender Inlandsnachfrage die Stahlversorgung sich nicht zu einem Engpaß entwickeln oder Deutschland auch auf einem Gebiet, auf dem es sich ohne weiteres selbst versorgen könnte, zur Einfuhr gezwungen werden soll. Auch die Kohlenförderung hat im Februar und März weiter zugenommen, wengleich der Anstieg arbeitstäglich nur gering ist und der — allerdings stark saisonbedingte — Höchststand vom November vorigen Jahres noch nicht wieder erreicht wurde. Die Schichtleistung, die im Januar und Februar zum ersten Mal seit längerer Zeit stärker gestiegen war, hat im März den Stand vom Vormonat nur knapp behauptet. Im Bereich der Fertigwaren produzierenden Investitionsgüterindustrien ist insbesondere der starke Produktionsanstieg im Maschinenbau bemerkenswert. Der Produktionsindex für diese Sparte lag im Februar mit 103 v. H. des Standes von 1936 bereits um ein geringes über dem im November erreichten bisherigen Höchststand. Auch im Fahrzeugbau erklimmte die Produktion bereits im Februar einen neuen Höchststand, der um etwa 14 v. H. über dem Monatsdurchschnitt von 1936

lag. In der elektrotechnischen Industrie war der Produktionsausstoß zwar noch niedriger als im November, aber doch wieder erheblich höher als im Januar.

Die Verbrauchsgüterproduktion hat im Februar das relativ hohe Niveau vom Spätherbst vorigen Jahres wieder erreicht. Sie übertraf damit den Produktionsstand von Anfang vorigen Jahres um 28—29 v. H., während in den übrigen Hauptgruppen der Industrieproduktion die Erhöhung nur 10—13 v. H. ausmacht. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß im Vorjahr die Verbrauchsgütererzeugung noch verhältnismäßig stark hinter der allgemeinen Produktionsentwicklung zurückgeblieben war. Bei der Produktionszunahme in den letzten Wochen spielten die Vorbereitungen der Industrie für das Oster- und Frühjahrsgeschäft naturgemäß eine große Rolle. Sie wurden in gewissem Umfang dadurch gestützt, daß sich die Einzelhandelsumsätze im allgemeinen nicht so ungünstig entwickelt haben, wie vielfach angenommen wurde. Die Umsätze bei den Winterschlußverkäufen in der ersten Februarhälfte waren sogar recht beträchtlich, so daß in gewissen Sparten des Einzelhandels die Läger ziemlich stark geräumt wurden. Allerdings hat der Handel weiter sehr vorsichtig disponiert, da seine Liquiditätssituation infolge der zu den normalen Steuern noch hinzutretenden Soforthilfeabgaben und der Schwierigkeit der Kreditbeschaffung relativ be-

engt blieb und die Preise seit Jahresanfang — zum Teil eben unter dem Einfluß dieser Liquiditätsbeengung — eine verstärkte Tendenz zum Fallen aufwiesen. Die Aufträge für das Oster- und Frühjahrsgeschäft sollen jedenfalls in der Regel

Umsatz und Wareneingang im Einzelhandel

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.
nach Angaben des Instituts für Handelsforschung, Köln

	Umsatz			Wareneingang		
	Dez. 1949	Januar 1950	Februar 1950	Dez. 1949	Jan. 1950	Febr. 1950
Nahrungs- und Genußmittel	+ 9,5	+ 6,8	- 1,8	+ 5,8	+ 2,6	- 8,3
Textilien u. Bekleidung	+54,1	+27,4	-18,2	+44,2	+17,5	+18,1
Hausrat und Wohnbedarf	- 3,7	+10,2	- 9,1	-12,2	- 6,5	- 8,5
Sonstiges	+12,6	+ 4,5	± 0,0	- 4,8	- 1,2	- 3,8
Insgesamt	+20,3	+12,3	- 5,2	+10,1	+ 5,0	- 0,4

erst sehr spät und überdies nur in verhältnismäßig bescheidenem Umfang herausgegeben worden sein. Es scheint, daß dies im März die weitere Zunahme der Verbrauchsgüterproduktion etwas gedämpft hat, wobei die unterbliebenen Bestellungen allerdings zu einem großen Teil nur aufgeschoben worden sein dürften.

Landwirtschaft

Das Angebot an landwirtschaftlichen Produkten war in den letzten Monaten im Verhältnis zur kaufkraftbedingten Nachfrage weiter reichlich. Wie stark hieran auch die inländische Erzeugung beteiligt ist, geht aus der unten stehenden Übersicht hervor.

Die dort für die Ablieferungen aus inländischer Erzeugung genannten Zahlen haben sich im Februar und März teilweise weiter erhöht. Allerdings muß immer wieder betont werden, daß der Eindruck der Fülle, den die Märkte gegenwärtig bieten, nicht nur auf der Entwicklung der Produktion beruht, sondern auch darauf, daß beim gegenwärtigen Stand von Preisen und Einkommen der Verbrauch im Vergleich zu früheren Zeiten noch immer niedrig ist. Das ergibt sich z. B. klar aus der „Fleischbilanz“, die das Bundesernährungsministerium kürzlich auf Grund der Viehzählung vom 3. Dezember aufgestellt hat. Danach ist für die Zeit von Dezember 1949 bis November 1950 mit einem inländischen Fleischanfall von insgesamt 1,45 Mill. t zu rechnen, wobei 1,08 Mill. t als Marktleistung und 370 000 t als Selbstverbrauch der Landwirtschaft eingesetzt sind. Mit dieser Pro-

Zur Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen

Juli-Januar 1948/49 und Juli-Januar 1949/50

E i n f u h r			Ablieferungen aus inländischer Erzeugung		
Produkt	1948/49	1949/50	Produkt	1948/49	1949/50
	in 1000 t			in 1000 t	
Getreide, Mehl, Reis, Nahrungsmittel und Maisstärke (in Getreidewerten)	3 198,5	4 203,7	Getreide, insgesamt	2 166,0	2 703,1
darunter:			Weizen	662,9	875,8
Weizen	2 150,9	2 000,5	Roggen	1 209,1	1 386,6
Roggen	161,3	582,7	Gerste	326,4	347,0
Gerste	63,4	255,4	Hafer	67,6	93,7
Hafer	61,6	114,1	Speisehülsenfrüchte	10,1	8,3
Mais	401,5	638,8	Ölsaaten	35,1	117,1
Milicorn und Hirse	166,1	514,8	Fleischanfall		
Hülsenfrüchte	63,7	47,5	aus gewerbl. Schlachtungen	180	433
Zucker	255,4	370,7	Milchanlieferung bei den Molkereien	3 381,8	4 545,5
Frischobst	59,5	323,3	Butterherstellung in Molkereien	109	126
Südfrüchte	21,7	128,9	Käseherstellung in Molkereien und Käsereien	56	85
Trockenfrüchte	62,7	65,2			
Frischgemüse	176,3	122,8			
Pflanzliche Öle	18,4	73,6			
Tierische Öle	24,2	18,9			
Ölsaaten	130,6	163,5			
Schmalz, Speck, Talg	7,7	34,5			
Speisefette	—	5,5			
Butter	—	5,2			
Fische	149,4	99,2			

duktion wäre der Stand von 1938 (rd. 2 Mill. t) zu etwa drei Viertel erreicht. Nun ist aber die Bevölkerung Westdeutschlands heute um nahezu 25 v. H. höher als 1938. Pro Kopf der Bevölkerung beträgt daher der Fleischanfall aus inländischer Erzeugung gegenwärtig nur ungefähr 29 kg (einschließlich Selbstverbraucher) gegen 51 kg im Jahre 1938. Auch die Einfuhr verschiebt dieses Bild nicht wesentlich, da die Fleischimporte im Verhältnis zum inländischen Angebot geringfügig sind. Möglich ist höchstens, daß die Viehbestände bei der Viehzählung unterschätzt wurden und das inländische Fleischangebot in Wirklichkeit daher etwas größer ist als vom Bundesernährungsministerium veranschlagt. Aber auch hieraus können sich nur kleinere Korrekturen der Bilanz ergeben.

Bei den gegebenen Einkommensverhältnissen konnte das wachsende Angebot naturgemäß nur zu sinkenden Preisen abgesetzt werden, zumal das Preisniveau für landwirtschaftliche Veredelungserzeugnisse im Herbst vorigen Jahres zum Teil noch erheblich über dem des Auslandes lag und die Liberalisierung der Einfuhr infolgedessen eine beträchtliche Mehreinfuhr zur Folge hatte. Immerhin wurde diese Entwicklung in ihrer Wirkung auf die Einnahmen der Landwirtschaft bis zu einem gewissen Grade durch den steigenden Mengenabsatz ausgeglichen. Wenn trotzdem die Lage der Landwirtschaft gerade in den letzten Monaten durch wachsende Liquiditätsschwierigkeiten gekennzeichnet war, so liegt das in erster Linie daran, daß ihre Belastungen in sehr starkem Maße zugenommen haben, wobei die Erhebung der Soforthilfeabgaben eine besondere Rolle spielte. Das Sollaufkommen der Soforthilfe aus den land-, forst- und gartenbauwirtschaftlichen Betrieben ist auf rd. 440 Mill. DM veranschlagt worden. Das wirkliche Aufkommen ist hinter diesem Betrag, wenn überhaupt, nur wenig zurückgeblieben. Ein derartiger Geldentzug aus dem laufenden Einkommen — denn nur in ganz seltenen Fällen dürfte die Abgabe durch einen Eingriff in die Substanz aufgebracht worden sein — mußte aber die Liquidität naturgemäß sehr stark beeinträchtigen. Das Bundesernährungsministerium hat auf Grund von Buchführungszahlen von Betrieben über 5 ha eine „Geldbilanz“ der Landwirt-

schaft aufgestellt, nach der der für 1949/50 je ha veranschlagte Rohüberschuß der Einnahmen über die Ausgaben zu fast einem Drittel durch die Soforthilfeabgaben in Anspruch genommen werden wird, so daß nach Leistung der übrigen Steuern und der Zinsen sowie nach Vornahme der wichtigsten Investitionen die Landwirtschaft mit einem Minus abschließen würde. Tatsächlich war die Landwirtschaft in den letzten Monaten in ihren Dispositionen sehr beengt, so daß sie ihre Bezüge von Betriebsmitteln teilweise auf das Nötigste beschränkte.

**Die Geldbilanz der Landwirtschaft
in Westdeutschland
in RM bzw. DM je ha**

	1938/39	1948/49 ¹⁾	1949/50 ²⁾
Bareinnahmen	505	659	—
Barausgaben	337	528	—
Überschuß (brutto)	168	131	141
Verwendung d. Überschusses			
Neubauten und Neuanschaffungen	43	53	53
Schuldzinsen	24	9	3
Persönliche Steuern	9	50	45
Soforthilfe	—	—	45
Für die Landwirtschaft verfügbar	92	19	minus 5
Insgesamt	168	131	141

¹⁾ Vorläufig. ²⁾ Vorschätzung.

Zeitweilig schien es sogar, als drohe sich aus dieser ziemlich überraschend eingetretenen Liquiditätskrise eine Extensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe zu ergeben, obwohl es evident ist, daß die Selbstbehauptung der deutschen Landwirtschaft gegenüber der ausländischen Konkurrenz nur bei möglichst rascher Intensivierung denkbar ist und eine solche Entwicklung infolge des Zwanges zur Dollar-Ersparnis auch unbedingt angestrebt werden muß. Besondere Besorgnis erregte namentlich der geringe Umfang der Düngemittelbezüge, die von Juli bis Dezember 1949 bei Stickstoffdünger um 21 v. H., bei Phosphorsäure-Dünger um über 22 v. H. und bei Kalk sogar um fast 45 v. H. unter dem entsprechenden Stand des Vorjahres gelegen hatten und nur bei Kali etwas über die vorjährigen Bezüge hinausgegangen waren. Inzwischen hat sich allerdings die Lage insofern wieder gebessert, als

Anfang März zumindest wieder die Stickstoffdüngerabrufe den Umfang des Vorjahres erreicht hatten und weiter etwas mehr Kali bezogen worden war. Immerhin blieb der Bezug von Kalkdüngemitteln noch immer wesentlich hinter dem Vorjahr zurück, und auch der Absatz von Landmaschinen, Pflanzenschutzmitteln, Baustoffen für Reparaturen und dergl. soll noch unbefriedigend gewesen sein. Die im Februar gewährten Stundungserleichterungen für die Soforthilfeabgaben, die Tatsache, daß die nächste — relativ geringe — Soforthilferate nun erst am 20. Mai fällig wird, und vor allem die Aussicht auf höhere Getreidepreise ab 1. Juli d. J. (vgl. hierzu S. 26) haben aber vielleicht dazu beigetragen, die „letzten Aufwendungen“ in der Aussaatperiode doch noch zu erhöhen.

Im übrigen sind die Aussichten für die nächste Ernte, sofern sich jetzt schon überhaupt etwas sagen läßt, nicht ungünstig. Durch die im Winter erfolgten Niederschläge ist die Bodenfeuchtigkeit im allgemeinen wieder ausreichend. Die Frühljahrsaussaat konnte infolge des milden Wetters verhältnismäßig früh beginnen. Die Anbauflächen für Wintergetreide sind sogar noch leicht ausgedehnt worden. Zwar ging die Anbaufläche für Winterroggen im Herbst infolge der zeitweilig bestehenden Absatzschwierigkeiten für Roggen um 2 v. H. zurück, und die in den letzten Jahren sehr stark erweiterte Anbaufläche für Wintertraps wurde wieder um etwa 12 v. H. eingeschränkt. Dafür nahm aber die Anbaufläche für Winterweizen um 6 v. H. und die für Wintergerste um 24 v. H. zu. Der Rückgang der Anbaufläche für Roggen bei gleichzeitiger Ausdehnung der Anbaufläche für Weizen stellt eine Anpassung an die gegenwärtige Marktlage dar, der aber Grenzen gezogen sind, weil Deutschland auf Grund seiner klimatischen Verhältnisse ein typisches „Roggenland“ ist und der Weizenbau den Roggenbau daher niemals wird in stärkerem Umfang verdrängen können. Immer wieder muß deshalb darauf verwiesen werden, wie wichtig es ist, durch eine relative Verteuerung des Weizens gegenüber dem Roggen den Verzehr von Roggenmehl zu fördern und den exzessiven Weizenkonsum, der je Kopf der Bevölkerung heute wesentlich höher ist als vor dem Kriege (wobei allerdings auch der Verlust der Ostgebiete und

die stärkere Einfuhrabhängigkeit eine Rolle spielt), einzudämmen.

Wie die nächste Ernte ausfallen wird, läßt sich auf Grund der bis jetzt vorliegenden, eben geschilderten Anhaltspunkte selbstverständlich noch nicht voraussagen. Bei nur normalen Hektarerträgen würde jedoch die gesamte Brotgetreideernte bei den schon jetzt einigermaßen feststehenden Anbauflächen nur etwa 4,8 Mill. t gegenüber der Rekordernte von 5,8 Mill. t im Vorjahr erbringen.

Zur Vorausschätzung der Brotgetreideernte

Jahr ¹⁾	Anbaufläche 1000 ha	Ertrag dz je ha	Ernte Mill. t
Roggen (Winter- und Sommer-)			
1939/43	—	18,8	—
1948	1454	18,7	2,7
1949	1415	23,4	3,3
1950	1387	19,0 ²⁾	2,6 ²⁾
Weizen und Spelz (Winter- und Sommer-)			
1939/43	—	21,9	—
1948	907	21,5	2,0
1949	922	26,8	2,5
1950	977	23,0 ²⁾	2,2 ²⁾
Brotgetreide insgesamt			
1948	—	—	4,7
1949	—	—	5,8
1950	—	—	4,8 ²⁾

¹⁾ 1939/43 Vereinigtes Wirtschaftsgebiet, sonst Bundesgebiet.

²⁾ Bei normaler Ernte.

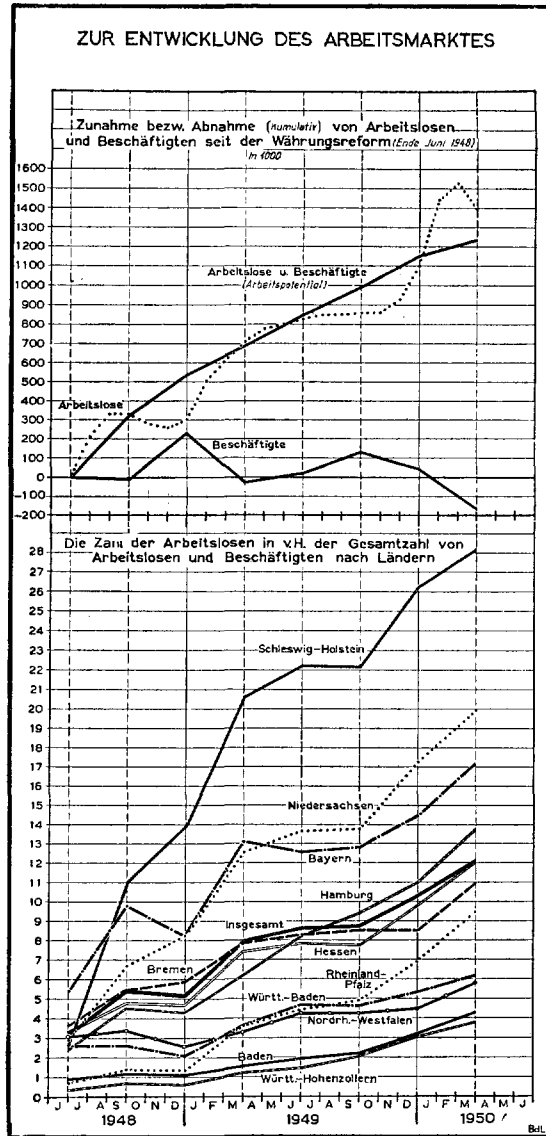
Demgegenüber wird jedoch aller Voraussicht nach der Getreide-Übertrag vom laufenden in das nächste Erntejahr größer sein als im Vorjahr. Bis Ende Februar wurden insgesamt 2,4 Mill. t an Brotgetreide abgeliefert (davon 1,48 Mill. t Roggen und 0,96 Mill. t Weizen) gegen nur 2,1 Mill. t in der gleichen Zeit des Vorjahres. Bis Ende des Wirtschaftsjahres wird sich dieser Betrag nach Schätzungen von sachverständiger Seite auf etwa 3,0 Mill. t erhöhen, wenn nicht die Aussicht auf höhere Getreidepreise nach dem 1. Juli auf eine verstärkte Lagerhaltung bei der Landwirtschaft selbst hinwirkt. Zusammen mit den Anfangsbeständen in Höhe von 1,0 Mill. t und der bisher vorgesehenen Einfuhr von 3,2 Mill. t würden damit etwa 7,2 Mill. t für den Verbrauch der sich nicht selbstversorgenden Bevölkerung verfügbar sein. Der Verbrauch geht jedoch infolge der qualitativen Verbesserung der Ernährung schon seit geraumer Zeit zurück und

dürfte im laufenden Jahr wahrscheinlich nicht mehr als 5,9 Mill. t erreichen. Die verfügbaren Bestände am Ende des Wirtschaftsjahres werden also voraussichtlich etwa 1,2 Mill. t (gegen nur 1,0 Mill. t im Vorjahr) betragen, so daß der etwaige Minderertrag der Ernte hierdurch wenigstens teilweise wettgemacht werden könnte. Allerdings wird auf Grund dieser Aussichten und der Möglichkeit, einen Teil der bisherigen Einfuhr aus den OEEC-Ländern zu beziehen, zur Zeit eine Kürzung der Getreideeinfuhren aus dem Dollarraum erwogen, die es fraglich erscheinen läßt, ob die Entwicklung ganz im Rahmen der oben entworfenen Bilanz verlaufen wird.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Mit der allmählichen Wiederausdehnung der Wirtschaftstätigkeit seit Februar hat sich auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt etwas gebessert. Die Arbeitslosigkeit erreichte Mitte Februar mit etwas über 2 Millionen ihren bisherigen Höchststand, ging dann in der zweiten Februarhälfte um etwa 13 000 zurück und nahm im März um weitere 130 000 ab. Saisoneinflüsse waren dabei offensichtlich dominierend. Jedenfalls zeigt die Tatsache, daß in erster Linie die Zahl der arbeitslosen Männer zurückging, während die Zahl der arbeitslosen Frauen bisher nur ganz geringfügig gesunken ist, daß die Entlastung in erster Linie die Außenberufe betraf. Ende März wurden indessen noch rund 468 000 mehr Arbeitslose gezählt als Ende November, dem Zeitpunkt, von dem ab der steile Anstieg der Arbeitslosigkeit begann.

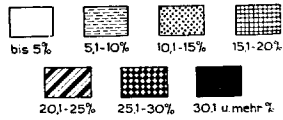
Zweifellos hat dabei auch in den letzten Wochen auf die Abnahme der Arbeitslosigkeit retardierend gewirkt, daß nach wie vor in verhältnismäßig großer Zahl neue Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung treten. Die Zahl der heimkehrenden Kriegsgefangenen war seit Januar zwar nur gering, aber der Zustrom aus der Sowjetzone war weiter beträchtlich, und die Zahl der Arbeitssuchenden aus dem Kreis der bisher nicht Erwerbstätigen ist noch immer im Wachsen. Die Entwicklung der Beschäftigung war daher auch — wie von jeher seit der Währungsreform — günstiger, als die Kurve der Arbeitslosigkeit erkennen läßt. Allerdings liegen für die Beschäftigung nur vier-



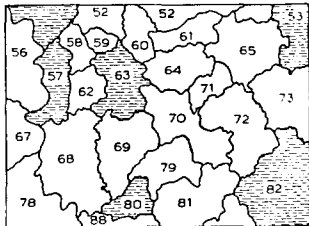
teljährliche Zahlen vor. Danach waren Ende März 1950 rd. 250 000 weniger Personen in unselbständigen Arbeitsverhältnissen tätig als Ende Dezember 1949, während die Zahl der Arbeitslosen den damaligen Stand um beinahe 300 000 übertraf. Im übrigen wird aber auch die Entwicklung der Beschäftigung — wie im Januarheft der vorliegenden Monatsberichte eingehend dargelegt — seit der Währungsreform ständig durch gewisse strukturelle Einflüsse beeinträchtigt, unter denen insbesondere der Rationalisierungsprozeß hervorzuheben ist. Namentlich in der Land- und Forstwirtschaft, im öffentlichen Dienst und zum Teil auch im Verkehrsgewerbe, die mit Arbeitskräften zweifellos noch immer übersetzt sind, scheint sich die schon

UMFANG DER ARBEITSLOSIGKEIT IN DEN EINZELNEN ARBEITSAmtsBEZIRKEN

(Zahl der Arbeitslosen in v.H. der unselbständigen Erwerbepersonen)
(Ende Dezember 1949)



Rhein-Ruhr-Bezirk



Schlesw.-Holstein

- 1 Flensburg
- 2 Schleswig
- 3 Heide
- 4 Rendsburg
- 5 Kiel
- 6 Lübeck
- 7 Elmshorn
- 8 Neumünster
- 9 Oldeslohe

Hamburg

- 10 Hamburg

Bremen

- 11 Bremen
- 11a Vegesack
- 11b Bremerhaven

Niedersachsen

- 12 Emden
- 13 Wilhelmshaven
- 14 Brake
- 15 Osterholz-Scharmbeck
- 16 Stade
- 17 Lüneburg
- 18 Leer
- 19 Oldenburg
- 20 Verden
- 21 Uelzen
- 22 Nordhorn
- 23 Vechta
- 24 Osnabrück
- 25 Bassum
- 26 Nienburg
- 27 Celle
- 28 Wolfsburg
- 29 Stadthagen
- 30 Hannover
- 31 Hameln
- 32 Hildesheim
- 33 Braunschweig
- 34 Helmstedt
- 35 Alfeld
- 36 Watenstedt
- 37 Goslar
- 38 Northeim
- 39 Göttingen

Nordrh.-Westfalen

- 40 Minden
- 41 Herford
- 42 Rheine
- 43 Coesfeld
- 44 Münster
- 45 Bielefeld
- 46 Detmold
- 47 Bocholt
- 48 Ahlen
- 49 Paderborn
- 50 Kleve
- 51 Wesel
- 52 Recklinghausen
- 53 Hamm
- 54 Soest
- 55 Geldern
- 56 Mgrs
- 57 Duisburg
- 58 Oberhausen
- 59 Bottrop
- 60 Gelsenkirchen
- 61 Herne

Hessen

- 62 Müheim-Ruhr
- 63 Essen
- 64 Bochum
- 65 Dortmund
- 66 Kempen
- 67 Krefeld
- 68 Düsseldorf
- 69 Velbert
- 70 Schwelm
- 71 Witten
- 72 Hagen
- 73 Iserlohn
- 74 Annsberg
- 75 Meschede
- 76 Enkelenz
- 77 München-Gladbach
- 78 Neuss
- 79 Wuppertal
- 80 Solingen
- 81 Remscheid
- 82 Ludenscheid
- 83 Aachen
- 84 Eschweiler
- 85 Düren
- 86 Brühl
- 87 Köln
- 88 Opladen
- 89 Bergisch-Gladbach
- 90 Euskirchen
- 91 Bonn
- 92 Siegburg
- 93 Gummersbach
- 94 Olpe
- 95 Siegen

Wttbg.-Baden

- 96 Korbach
- 97 Kassel
- 98 Dillenburg
- 99 Marburg
- 100 Hersfeld
- 101 Limburg
- 102 Wetzlar
- 103 Giessen
- 104 Fulda
- 105 Wiesbaden
- 106 Frankfurt
- 107 Gross-Gerau
- 108 Offenbach
- 109 Hanau
- 110 Darmstadt
- 111 Mannheim
- 112 Karlsruhe
- 113 Heidelberg
- 114 Mosbach
- 115 Pforzheim
- 116 Heilbronn
- 117 Hall
- 118 Stuttgart
- 119 Ludwigsburg
- 120 Esslingen
- 121 Gmünd

Bayern

- 122 Göppingen
- 123 Aalen
- 124 Ulm
- 125 Tauber-Bischofsheim
- 126 Aschaffenburg
- 127 Würzburg
- 128 Schweinfurt
- 129 Bamberg
- 130 Coburg
- 131 Hof
- 132 Ansbach
- 133 Nürnberg
- 134 Bayreuth
- 135 Markt-Redwitz
- 136 Weiden
- 137 Donau-Wörth
- 138 Weissenburg
- 139 Neumarkt
- 140 Amberg
- 141 Schwandorf
- 142 Neuum
- 143 Memmingen
- 144 Augsburg
- 145 Ingolstadt
- 146 Regensburg
- 147 Cham
- 148 Kempten
- 149 München
- 150 Freising

Rheinl.-Pfalz

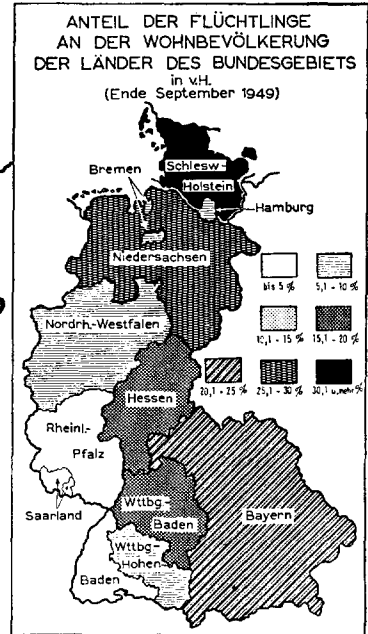
- 151 Landshut
- 152 Straubing
- 153 Deggendorf
- 154 Weilheim
- 155 Holzkirchen
- 156 Rosenheim
- 157 Mühldorf
- 158 Pfarrkirchen
- 159 Passau
- 160 Traunstein
- 161 Kaiserslautern
- 162 Landau
- 163 Ludwigshafen
- 164 Neustadt
- 165 Pirmasens
- 166 Speyer
- 167 Zweibrücken
- 168 Koblenz
- 169 Ahrweiler
- 170 Betzdorf
- 171 Cochem
- 172 Idar-Oberstein
- 173 Kreuznach
- 174 Mayen
- 175 Neuwied
- 176 Montabaur
- 177 Niederlahnstein
- 178 Trier
- 179 Bernkastel
- 180 Gerolstein
- 181 Mainz
- 182 Worms

Wttbg.-Hohenz.

- 183 Balingen
- 184 Biberach
- 185 Nagold
- 186 Ravensburg
- 187 Reutlingen
- 188 Rotweil
- 189 Sigmaringen
- 190 Tuttlingen
- 191 Lindau

Baden

- 192 Baden-Baden
- 193 Freiburg
- 194 Konstanz
- 195 Lörrach
- 196 Offenburg
- 197 Rastatt
- 198 Villingen



ANTEIL DER FLÜCHTLINGE AN DER WOHNBEVÖLKERUNG DER LÄNDER DES BUNDESGBIETS In v.H. (Ende September 1949)

seit geraumer Zeit im Gang befindliche Einsparung von Arbeitskräften bis in die neueste Zeit hinein fortgesetzt zu haben.

Außer durch diese Gegenkräfte wird die Abnahme der Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten aber sicher auch dadurch beeinträchtigt werden, daß der Zustrom an neuen Arbeitskräften voraussichtlich eher wieder zunehmen wird. Die Zuwanderung aus der Ostzone ist im Sommer gewöhnlich stärker als im Winter. Die Entlassungen aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft werden aller Wahrscheinlichkeit nach wieder zunehmen. Ferner stehen in den von Polen verwalteten deutschen Ostgebieten und in der Tschechoslowakei dem Vernehmen nach mehrere hunderttausend Deutsche vor der Ausweisung. Endlich ist in diesem Jahr wiederum mit einem verhältnismäßig stark besetzten Jahrgang an neu ins Erwerbsleben tretenden Jugendlichen zu rechnen. Allein zum Ostertermin dürften etwa 350 000 Jugendliche aus der Schule entlassen werden. Immerhin steht in diesem Jahr der strukturellen Ausweitung des Arbeitsangebots dank der Regierungsmaßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit eine wesentlich stärkere Absorptionskraft der Wirtschaft gegenüber als im vorigen Jahr, in dem die Zahl der unselbständig Beschäftigten trotz einer starken Zunahme der in Industrie und Handwerk Beschäftigten in allen Abteilungen zusammen nicht ganz gehalten werden konnte.

Preise und Löhne

Die Preise wiesen im allgemeinen auch in den letzten Wochen fallende Tendenz auf, aber die Rückgänge waren weniger verbreitet und in der Regel auch weniger stark als zu Beginn des Jahres, als zumindest im Einzelhandelsbereich nach Abschluß des Weihnachtsgeschäfts gewisse Preiskorrekturen vorgenommen wurden, um dem erwarteten Absinken der Nachfrage entgegenzuwirken.

Der Index der Lebenshaltungskosten und der Index der Grundstoffpreise ist im Februar — dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen — im ganzen sogar unverändert geblieben.

Immerhin besteht im Bereich des Einzelhandels nach wie vor das Bestreben, mit Preissenkungen und vor allem stärkerer Berücksichtigung der bisher teilweise vernachlässigten niedrigeren Preislagen weitere Käuferschichten zu erfassen und damit den Mengenabsatz zu steigern. So wurde z. B. von den in letzter Zeit abgehaltenen Messen berichtet, daß vor allem Waren in niedrigeren Preislagen größere Umsätze erzielten. Offenbar hängt das damit zusammen, daß die Gewinnkonjunktur, vor allem in der Landwirtschaft, ihren Höhepunkt überschritten hat und nach der Deckung des dringlichsten Bedarfs der Konsumenten eine Ausweitung des Absatzes nur bei niedrigeren Preisen möglich ist.

Die Preise der industriellen Rohstoffe haben sich in letzter Zeit verhältnis-

Entwicklung der Einzelhandelspreise in Hessen

Zeit	Insgesamt			Lebens- und Genußmittel			Übrige Waren		
	Von den beobachteten Preisen sind (in v. H.)								
	gestiegen	gefallen	un- verändert geblieben	gestiegen	gefallen	un- verändert geblieben	gestiegen	gefallen	un- verändert geblieben
1949									
August	11	27	62	17	26	57	8	27	65
September	18	26	56	19	36	45	18	19	63
Oktober	13	27	60	20	30	50	8	25	67
November	23	17	60	28	17	55	20	17	63
Dezember	17	15	68	25	20	55	13	11	76
1950									
Januar	10	32	58	18	30	52	4	34	62
Februar	14	19	67	35	17	48	0	20	80
1. — 15. März	5	15	80	10	17	73	3	13	84

mäßig wenig geändert. Dabei überwogen jedoch eher die Erhöhungen. So sind einmal die weltmarktabhängigen Preise, z. B. die für Häute, Kautschuk, Baumwolle und neuerdings auch Zinn, im Zusammenhang mit der festeren, ja zum Teil sogar sehr festen Preistendenz auf den Weltmärkten gestiegen bzw. heraufgesetzt worden. Auch die Preise für Mauersteine und Zement haben infolge der erhöhten Brennstoff- und Transportkosten (Heraufsetzung der Kohle- und Treibstoffpreise) etwas angezogen. Von einer ausgeprägten Preistendenz kann jedoch in den meisten Fällen noch keine Rede sein.

Zur Regelung der Treibstoffpreise, die seit Monaten sehr umstritten war, hat der Bundestag am 22. März ein inzwischen auch vom Bundesrat bestätigtes Gesetz verabschiedet, das vorbehaltlich der Zustimmung der Hohen Alliierten Kommission am 1. April in Kraft getreten ist. Der Benzinpreis wird danach von 60 auf 55 Pfg. je l (gegen 41 Pfg. vor der Erhöhung durch die Bundesregierung ab 1. Januar) herabgesetzt, und der Zapfstellenspreis für Benzol bleibt unverändert bei 63 Pfg. je l, ebenso wie der Literpreis für technisches Öl bei 35 Pfg. Alle diese Preise sollen den Charakter von Höchstpreisen haben. Der Preis für Dieselöl wird von 45 Pfg. auf 38 Pfg. je kg, also auf den vom Bundestag schon vor zwei Monaten geforderten Satz (der um 6 Pfg. über dem bis Dezember geltenden Preis liegt), gesenkt. Für die privilegierten Verbrauchergruppen, nämlich die Landwirtschaft, die Fischerei und die Schifffahrt, sollen die bisherigen Vergünstigungen bestehen bleiben und aus den Abschöpfungsbeträgen bei der Mineralöl G.m.b.H. gedeckt werden, die hierfür vollauf ausreichen werden, da die ab 1. Januar eingeführten Zölle wieder aufgehoben worden sind und die Mineralöl G.m.b.H. infolgedessen keine entsprechenden Beträge an das Finanzministerium abzuführen braucht. Der Bundesfinanzminister hat sich mit dieser Regelung, die bis zur Aufhebung der Treibstoffbewirtschaftung in Kraft bleiben soll, einverstanden erklärt. Der — im Monatsbericht für Dezember 1949 geschilderte — Streit um die Treibstofffrage ist mithin so entschieden worden, daß die Preise zwar in dem Umfang erhöht werden, daß sie insgesamt die Beschaffungskosten voll decken, aber darüber hinaus keine Sondereinnahmen er-

zielt werden, wie sie von der Bundesregierung bekanntlich zur Deckung gewisser außerordentlicher Ausgaben des Bundes erstrebt wurden.

An der Festsetzung der Kohlenpreise ist für das zweite Vierteljahr nichts Wesentliches geändert worden. Die Inlandspreise bleiben stabil, die Exportpreise sind für einzelne Sorten weiter leicht herabgesetzt worden. Die Frage der Krisenfrachtzuschläge der Bundesbahn, die sich auf 70 Pfg. je t belaufen und bei Exportkohle vom Kohlenbergbau getragen werden müssen (was eine Belastung von rd. 4 Mill. DM im Vierteljahr bedeutet), ist noch immer umstritten. Der deutsche Vorschlag, die Überwälzung der Hälfte dieser Frachtkosten auf den ausländischen Importeur zu gestatten, ist von den zuständigen alliierten Stellen abgelehnt worden.

Ziemlich stark im Fluß waren in den letzten Wochen wieder die Agrarpreise. Die Speisekartoffelpreise sind infolge der schwachen Nachfrage um etwa 10 v. H. gesunken, während die Futter- und Fabrikkartoffelpreise fest blieben. Die Rinderpreise, die Käsepreise und die Eierpreise sind mit dem reichlicheren Angebot ebenfalls weiter zurückgegangen. Die Schweinepreise dagegen haben sich nach dem — durch den starken Auftrieb gegen Ende 1949 bedingten — Rückgang von 150 DM je 50 kg im Dezember auf 101 DM im Januar (Klasse C) wieder etwas erholt. Im März wurden etwa 115 DM gezahlt. Die Erhöhung des Butterpreises um 72 Pfg. auf 5,84 DM je kg wurde Ende Februar offiziell genehmigt. Mit ihr soll dem in den letzten Monaten recht beträchtlichen Rückgang der Milcherlöse der Landwirtschaft entgegengewirkt werden, der sich insbesondere aus den wachsenden Schwierigkeiten im Magermilch- und Käseabsatz ergab. Aus dem gleichen Grunde sind die Verbraucherpreise für Magermilch reduziert worden, da man hofft, auf diese Weise den Magermilchabsatz wieder etwas beleben zu können.

Das wichtigste Ereignis im Bereich der Agrarpreispolitik bildet jedoch die am 15. März vollzogene Aufnahme der Bundesrepublik in das Internationale Weizenabkommen. Mit einer zugestandenen Einfuhr-Quote von 67 Mill. bushel oder 1,8 Mill. t (etwas über 70 v. H. der für das laufende Jahr geplanten westdeutschen Gesamteinfuhr an Weizen) steht Westdeutschland unter den Importländern des Abkommens

nunmehr nach Großbritannien an zweiter Stelle. Im laufenden Vertragsjahr (also bis zum 31. Juli 1950) werden die Vereinigten Staaten die für Westdeutschland bestimmten Mengen bereitstellen. In den folgenden Jahren sollen die übrigen dem Abkommen angehörenden Länder an der zusätzlichen Quote beteiligt werden. Doch soll Westdeutschland auch künftig den größten Teil seiner im Rahmen des Internationalen Weizenabkommens getätigten Einfuhr (nämlich rund 1,7 Mill. t) aus den Dollarländern beziehen, um mit den britischen Bezügen aus den Nicht-Dollarländern des Abkommens nicht in zu starke Konkurrenz zu treten; diese Länder (Australien und Frankreich) liefern nämlich nur 2,27 Mill. t jährlich, während die britische Einfuhr-Quote im Rahmen des Abkommens 4,82 Mill. t beträgt. Außerhalb des Internationalen Weizenabkommens kann Westdeutschland aber beliebige Mengen, z. B. auch aus Frankreich, beziehen, dessen Exportkapazität bei einer Weizenernte von rd. 8 Mill. t etwa 600 000 t beträgt, während sich seine Exportquote im Rahmen des I. W. A. nur auf 100 000 t stellt.

Durch die Aufnahme in das Internationale Weizenabkommen ermäßigt sich, wenn man den gegenwärtigen Höchstpreis des Abkommens zugrundelegt, der bisher von der Bundesregierung gezahlte Einfuhrpreis cif Hamburg von etwa 100 Dollar oder rd. 420 DM auf rd. 83 Dollar oder rd. 349 DM, wodurch sich der bisher aufzubringende Subventionsbetrag um 71 DM auf rd. 89 DM (gegenüber bisher 160 DM) je t verringert. Die übrigen Teilnehmerländer am Internationalen Weizenabkommen beziehen ihren Weizen aus den Vereinigten Staaten sogar bereits zu Preisen, die etwas unter dem eben genannten Abkommenshöchstpreis liegen. Die amerikanische Regierung gewährt den Exporteuren nämlich feste, nach Verschiffungshäfen, Bestimmungsländern und Verschiffungsdaten gestaffelte Subsidien, um den Unterschied zwischen den durch die Stützungs politik hochgehaltenen Marktpreisen und dem Abkommenshöchstpreis zu überbrücken, und diese Subsidien sind so hoch bemessen (seit Anfang Januar 1950 betragen sie 50 cts je bushel und mehr), daß die Exporteure den Abkommenshöchstpreis etwas unterschreiten können. In

dem Maße, wie die Weizenkäufe der Bundesrepublik „individualisiert“, d. h. durch den privaten Getreidehandel getätigt werden können, würde Westdeutschland ebenfalls in den Genuß dieser Vergünstigungen gelangen.

Für das am 30. Juni 1950 ablaufende Wirtschaftsjahr ergeben sich aus der Aufnahme der Bundesrepublik in das Internationale Weizenabkommen folgende Ersparnismöglichkeiten: Die Ende März in der Bundesreserve lagernden Vorräte an amerikanischem Weizen betragen knapp 1 Mill. t. Die Einfuhr weiterer 300 000 t aus den Vereinigten Staaten wird noch bis zum 30. Juni erwartet. Die Bezahlung dieser Einfuhren ist gestundet, bis sie aus der Bundesreserve ausgeliefert werden. Da der neue Preis jedoch erst nach der Ratifizierung des Abkommens in Kraft tritt, die bis zum 30. April erfolgen soll, werden zu dem ermäßigten Preis wahrscheinlich erst die Auslieferungen abgerechnet werden, die nach dem 1. Mai erfolgen. Das dürften bis zum Ende des laufenden Wirtschaftsjahres rd. 500 000 t sein. Der für diese Menge aufzubringende Subventionsbetrag, der bei einer Abrechnung zu den bisher gültigen Kontraktpreisen rd. 80 Mill. DM betragen hätte, wird sich mithin bei Verrechnung zum Höchstpreis des Weizenabkommens um rd. 40 Mill. DM ermäßigen. Gegenüber dem gesamten Subventionsbedarf für Getreide von etwa 500 Mill. DM für das laufende Wirtschaftsjahr fällt diese Ersparnis nicht sehr ins Gewicht.

Wohl aber kann nunmehr damit gerechnet werden, daß sich die Subventionslast im nächsten Wirtschaftsjahr wesentlich verringern wird, da der Bundesernährungsminister kürzlich angekündigt hat, daß ab 1. Juli 1950 die lange Zeit künstlich niedrig gehaltenen inländischen Getreidepreise erhöht werden sollen. Die neuen Preise stehen allerdings noch nicht fest. Nach den bisherigen Verlautbarungen dürften sie sich in folgenden Größenordnungen bewegen:

Weizen	320 DM je t (gegen bisher 260 DM)
Roggen	270 DM je t (gegen bisher 240 DM)
Futtergetreide (frei Verbraucherstation)	250 DM (gegen bisher 210 DM je t)

Zum Vergleich seien dem die gegenwärtig maßgebenden Einfuhrpreise gegenübergestellt:

Getreideart	Einfuhrpreise für Getreide cif Nordseehafen	
	\$ je t	DM je t
Weizen		
Amerikanischer Kontraktpreis ¹⁾	101	424
Höchstpreis des I.W.A. Im Handelsvertrag mit Frankreich vereinbarter Preis	83	349
	86	361
Roggen		
Kontraktpreis ¹⁾	80	336
Marktpreis	68	286
Marktpreis (niedrigstes Angebot)	65	273
Futtermais		
Kontraktpreis ¹⁾	75	315
Marktpreis	66	277

¹⁾ Preise, die bisher für die Einfuhren auf Grund von Käufen der amerikanischen Regierung seitens der Militärregierung berechnet wurden.

Der Abstand der Inlandspreise von den Weltmarktpreisen würde also erheblich verringert, aber nicht völlig beseitigt werden. Eine weitergehende Anpassung erscheint jedoch im Hinblick auf die fallende Tendenz der Weltmarktpreise und mit Rücksicht auf das Verhältnis der Getreidepreise zu den übrigen deutschen Agrarpreisen vorerst nicht zweckmäßig.

Immerhin würde die beabsichtigte Erhöhung der Inlandspreise den Subventionsbedarf bereits wesentlich vermindern. Bei vorsichtiger Beurteilung der zu erwartenden Preis- und Frachtentwicklung ist er für 1950/51 auf etwa 190 Mill. DM zu schätzen, während er im laufenden Wirtschaftsjahr 1949/50 annähernd 500 Mill. DM beträgt, obwohl die Subventionierung in dem gegenwärtigen Umfang erst nach der Änderung des Umrechnungskurses der DM im September 1949 erforderlich wurde. Bei Beibehaltung der zur Zeit geltenden Inlandspreise würde die Subventionierung des Einfuhrgetreides dagegen trotz der Erleichterungen, die sich durch den Beitritt zum Weizenabkommen ergeben, im kommenden Wirtschaftsjahr immer noch 473 Mill. DM erfordern.

Allerdings wird die Heraufsetzung der inländischen Getreidepreise auch eine Erhöhung des Brotpreises nach sich ziehen und teilweise die Futtermittel verteuern. Hauptsächlich mit Rücksicht auf diese Konsequenzen war ja an den bisherigen Festpreisen festgehalten und die Einfuhr subventioniert worden, auch als die Än-

derung des Umrechnungssatzes der DM im September vorigen Jahres die Subventionskosten wesentlich erhöhte. Mit dem Rückgang, den die Lebenshaltungskosten und besonders die Ernährungskosten seit dem letzten Jahr aufweisen, sind jedoch heute die sozialpolitischen Auswirkungen einer etwaigen Brotpreiserhöhung wesentlich anders zu beurteilen als noch im letzten Herbst, zumal sich gleichzeitig die Ausweichmöglichkeiten von relativ teuren Lebensmitteln in gleichwertige billige erheblich erweitert haben. Zweifellos sind also die fiskalischen, produktionspolitischen und einfuhrpolitischen Erwägungen, die für eine Erhöhung der Getreidepreise, vor allem der Weizenpreise, sprechen, heute weit gewichtiger als die sozialpolitischen Gegenargumente, denen im Bedarfsfall überdies durch spezielle Hilfsmaßnahmen für die besonders betroffenen Schichten Rechnung getragen werden kann.

In diesem Zusammenhang verdient übrigens auch die Entwicklung der Löhne besonderes Interesse. Nach den nunmehr vorliegenden Zahlen für das vierte Vierteljahr 1949 sind diese, zumindest im Bereich der Industrie, pro Stunde weiter leicht gestiegen. In die Entwicklung der Gesamtverdienste ist dabei allerdings insofern

Zur Entwicklung der Industriearbeiterlöhne im Vereinigten Wirtschaftsgebiet

Zeit	Durchschnittliche Zahl der Wochenarbeitsstunden	Durchschnittlicher	
		Brutto-Stundenverd. in Pfg.	Brutto-Wochenverd. in DM
1948 September	43,8	108,3	47,40
Dezember	44,2	113,2	50,70
1949 März	45,3	116,1	52,55
Juni	46,3	119,6	55,31
September	47,4	120,7	57,21
Dezember	46,9	121,6	56,97

ein neues Moment gekommen, als die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit, die im September 1949 bereits wieder 47,4 Stunden gegen nur 43,8 Stunden im entsprechenden Monat des Vorjahres betragen hatte, nicht mehr weiter gestiegen, sondern zum ersten Mal seit der Währungsreform, gemäß dem sich jetzt wieder durchsetzenden Saisonrhythmus, gesunken ist. Obwohl die Abnahme nur gering war, reichte sie aus, um die nur noch geringe Zunahme der Stundenverdienste überzukompensieren, so daß die durchschnittlichen Wochenverdienste nicht ganz den

Stand von September 1949 behaupteten. Im einzelnen ist von dieser Einbuße allerdings nur die Gruppe der Hilfsarbeiter betroffen, in der die Außenberufe (Landarbeiter, Bauhilfsarbeiter, Forstarbeiter usw.) besonders stark vertreten sind, weil hier die Arbeitszeit stärker verkürzt wurde als die Stundenverdienste gewachsen sind. In den übrigen Gruppen hat sich dagegen der Anstieg auch bei den Wochenverdiensten fortgesetzt, obwohl die durchschnittliche Arbeitszeit hier teilweise ebenfalls um ein geringes gesunken ist. Im Vergleich zu Dezember 1948 wiesen jedoch die Hilfsarbeiter — neben den weiblichen Kräften — noch immer die stärkste Steigerung auch der Wochenverdienste auf, weil sich im vergangenen Jahr eine gewisse Angleichung ihrer Löhne an das Lohnniveau der übrigen Gruppen vollzogen hatte.

**Das Lohnniveau im Dezember 1949
im Vergleich zum Vorjahr**
Dezember 1948 = 100

Arbeitergruppe	Durchschnittl.		
	Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst	Wochenverdienst
Männliche Facharbeiter	105,3	107,2	112,9
Männliche angel. Arbeiter	104,1	106,4	110,9
Männliche Hilfsarbeiter	105,9	107,8	114,2
Weibliche Arbeiter	105,7	111,0	117,2
Alle Arbeiter	105,2	107,4	112,4

Bei der Beurteilung der Lohnentwicklung ist überdies zu berücksichtigen, daß die Kaufkraft der Löhne infolge des Rückgangs der Lebenshaltungskosten ständig wächst, wobei nicht nur an die Entwicklung der offiziellen Preise, sondern vor allem auch an die Erhöhung des Angebots an preiswerteren Gütern und die nunmehr gänzliche Ausschaltung der schwarzen Märkte zu denken ist. Der offizielle Lebenshaltungskostenindex ist im vergangenen Jahr um 7 v. H. gesunken. Schon danach wäre also der reale Bruttowochenverdienst der Industriearbeiter im Durchschnitt um etwa 20 v.H. gewachsen. In Wirklichkeit war aber die Zunahme sicher noch stärker.

Auch in den letzten Monaten sind ungeachtet der ungünstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt verschiedene weitere Lohnerhöhungen erfolgt. In der Regel handelte es sich allerdings um kleinere Aktionen, die eine Anpassung an die in ver-

wandten Berufen vorgenommenen Erhöhungen bezweckten. So sind im Anschluß an die im Januar erfolgte Erhöhung der Bergarbeiterlöhne im Ruhrgebiet mit Wirkung ab 1. April nun auch die Löhne im rheinischen Braunkohlenbergbau um etwa 8—9 v. H. heraufgesetzt worden. Wahrscheinlich wird sich also die leichte Steigerung der Stundenverdienste im vergangenen Vierteljahr fortgesetzt haben.

Außenwirtschaft

Die Lage der Außenwirtschaft, die in den letzten Monaten von 1949 durch einen bedenklichen Anstieg des Debitsaldos im kommerziellen Außenhandelssektor gekennzeichnet war, hat sich im Januar und Februar — die weitere Entwicklung läßt sich noch nicht übersehen — insofern etwas gebessert, als der Passivsaldo in beiden Monaten zurückgegangen ist, wenn auch die anhaltende Passivität an sich weiter ein ernstes Problem darstellt.

Maßgebend für die etwas günstigere Entwicklung ist vor allem ein beträchtlicher Rückgang der Einfuhr. Insgesamt hatte die Einfuhr im Dezember 1136,7 Mill. DM betragen, im Januar stellte sie sich auf 964,9 Mill. DM, und im Februar ging sie auf 705,4 Mill. DM zurück. Zu einem großen Teil hängt diese Abnahme allerdings mit einer Verringerung der GARIOA- und ERP-Einfuhren zusammen, die devisenmäßig bis auf weiteres gestundet sind und für die akute Zahlungsbilanzprobleme, die nach der Liberalisierung des Außenhandels aufkamen, infolgedessen keine Rolle spielen. Aber auch die kommerziellen Einfuhren, die unmittelbare Devisenverpflichtungen begründen, sind von 795 Mill. DM im Dezember auf 720 Mill. DM im Januar und 560 Mill. DM im Februar gesunken. In beiden Sparten der Einfuhr wurden von dem Rückgang in erster Linie die ernährungswirtschaftlichen Importe betroffen. Allein auf diese entfielen nahezu zwei Drittel der gesamten Einfuhrabnahme. Das hängt einmal mit jahreszeitlichen Gründen, wie z. B. der gewöhnlich um diese Zeit eintretenden Verminderung der Getreideeinfuhren, zusammen, erklärt sich zum Teil aber auch aus einer gewissen Reaktion auf den ruckartigen Anstieg gewisser Lebens- und Genußmittelimporte, der der Liberalisierung der

Einfuhr folgte und in diesem Umfang schon deshalb nicht behauptet werden konnte, weil die Periode der Lagerauffüllung bei diesen Gütern im wesentlichen abgeschlossen ist. Verhältnismäßig wenig ist dagegen die Rohstoffeinfuhr gesunken. Im Vergleich zum Durchschnitt der Monate Oktober bis Dezember war sie im Januar und Februar sogar um 16 v. H. höher, während die Gesamteinfuhr sich gegenüber jenem Zeitraum um 5 v. H. vermindert hat.

dies ist der Abstand zwischen der Dezember- und der Februarzahl lediglich auf eine Verringerung der Kohlen- und Schrottausfuhren um etwa 27 Mill. DM zurückzuführen, während die Fertigwarenausfuhr, die für den künftigen Trend des westdeutschen Exports von weit entscheidenderer Bedeutung ist als die Kohlen- und Schrottausfuhr, im Februar um etwa 23 Mill. DM höher war als im Dezember. Eine regionale Aufgliederung zeigt deutlich, daß

Der Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebiets bzw. der Bundesrepublik Deutschland
in Mill. DM

	E i n f u h r						A u s f u h r					
	Vereinigtes Wirtschaftsgebiet				Bundesgebiet		Vereinigtes Wirtschaftsgebiet				Bundesgebiet	
	Monatsdurchschnitte				Januar 1950	Februar 1950	Monatsdurchschnitte				Januar 1950	Februar 1950
	Januar bis März 1949	April bis Juni 1949	Juli bis Sept. 1949	Okt. bis Dez. 1949			Januar bis März 1949	April bis Juni 1949	Juli bis Sept. 1949	Okt. bis Dez. 1949		
Ernährungswirtschaft	180,3	270,7	270,7	494,6	503,3	324,3	9,8	3,7	2,2	14,1	9,4	11,6
Gewerbl. Wirtschaft	231,9	333,9	324,4	381,1	461,6	381,1	267,8	301,3	313,4	385,2	433,4	461,8
davon:												
Rohstoffe	125,6	174,7	155,3	193,2	237,2	210,7	54,4	59,9	67,8	83,1	84,6	80,6
Halbwaren	66,6	86,9	86,0	107,5	126,9	91,0	94,4	96,8	84,6	94,3	104,9	103,1
Fertigwaren	39,7	72,3	83,1	80,4	97,5	79,4	119,0	144,6	161,0	207,8	243,9	278,1
davon:												
Vorerzeugnisse	21,8	28,2	30,7	38,9	49,8	41,8	60,5	64,4	71,8	70,6	91,4	97,6
Enderzeugnisse	17,9	44,1	52,4	41,5	47,7	37,6	58,5	80,2	89,2	137,2	152,5	180,5
Insgesamt	412,2	604,6	595,1	875,7	964,9	705,4	277,6	305,0	315,6	399,3	442,8	473,4

Erfreulicherweise ist aber nicht nur die Einfuhr zurückgegangen, sondern auch die Ausfuhr gestiegen. Insgesamt war die Ausfuhr mit 473,5 Mill. DM im Februar — trotz der etwas geringeren Zahl von Tagen — um rd. 30 Mill. DM höher als im Januar. Gegenüber dem Dezember, in dem zum ersten Mal seit der Änderung des Umrechnungssatzes der DM nicht nur in deutscher Währung, sondern auch in Dollar gerechnet, ein sehr starker Exportanstieg zu verzeichnen war, bleibt das Februarergebnis zwar noch um etwa 10 Mill. DM zurück, aber dabei ist zu berücksichtigen, daß die Dezemberziffer der Ausfuhr, wie schon im Januarbericht erwähnt, aus statistischen Gründen etwas höher war, als der tatsächlichen Entwicklung entsprochen haben dürfte, und daß ferner die tatsächliche Entwicklung auch ihrerseits gewissen Sondereinflüssen unterlag. Über-

diese relativ günstige Entwicklung weitgehend dem Umstand zu danken ist, daß die Liberalisierung des europäischen Außenhandels nun allmählich auch der Ausfuhr Westdeutschlands zugutekommt. Die stärkste Exportsteigerung war in den beiden ersten Monaten von 1950 jedenfalls gegenüber jenen Ländern zu verzeichnen, aus denen Westdeutschland im Verlauf des vierten Vierteljahres 1949 auf Grund der Liberalisierung besonders viel bezogen hatte, während die Ausfuhr nach denjenigen Ländern, mit denen Westdeutschland keine liberalisierten Handelsverträge abgeschlossen hat, in den ersten beiden Monaten von 1950 gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr im allgemeinen abgenommen hat.

Unter dem Einfluß der divergierenden Entwicklung von Einfuhr und Ausfuhr hat sich der Passivsaldo der Handelsbilanz im

Die Entwicklung der Warenhandelsbilanz der Bundesrepublik Deutschland

in Mill. Dollar

	Monatsdurchschnitt Januar-September 1949			Monatsdurchschnitt Oktober-Dezember 1949			Januar 1950			Februar 1950		
	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
	1. USA	68,1	3,7	- 64,4	69,8	4,4	- 65,4	55,5	4,3	- 51,2	31,0	3,5
2. Kanada	1,8	0,5	- 1,3	1,6	0,4	- 1,2	1,0	0,3	- 0,7	1,0	0,4	- 0,6
3. Lateinamerika	11,3	2,3	- 9,0	16,0	3,7	- 12,3	8,1	4,7	- 3,4	6,8	5,7	- 1,1
4. Sterling-Länder	20,3	14,0	- 6,3	20,3	12,9	- 7,4	28,3	12,0	- 16,3	28,3	12,1	- 16,2
davon:												
a) Teilnehmerländer ¹⁾	9,8	10,9	+ 1,1	9,9	10,2	+ 0,3	13,5	8,9	- 4,6	12,9	8,3	- 4,6
b) Nicht-Teilnehmerländer ¹⁾	10,5	3,1	- 7,4	10,4	2,7	- 7,7	14,8	3,1	- 11,7	15,4	3,8	- 11,6
5. ERP-Länder												
o/Sterling-Gebiet	58,6	66,7	+ 8,1	81,2	61,5	- 19,7	112,2	70,4	- 41,8	82,4	77,2	- 5,2
davon:												
a) Länder mit liberalisierten Handelsverträgen (Stand März 1950)	47,6	59,3	- 11,7	66,5	52,6	- 13,9	94,3	58,9	- 35,4	70,1	64,6	- 5,5
davon:												
Belgien-Luxemburg ²⁾	13,5	10,3	- 3,2	8,9	8,9	+ 0	10,7	10,0	- 0,7	9,2	9,6	+ 0,4
Frankreich ²⁾	7,0	19,4	+ 12,4	11,4	15,0	+ 3,6	18,4	13,3	- 5,1	13,7	13,9	+ 0,2
Niederlande ²⁾	8,2	9,7	+ 1,5	22,6	8,1	- 14,5	25,0	12,7	- 12,3	20,1	17,0	- 3,1
Dänemark	3,4	1,4	- 2,0	5,6	1,4	- 4,2	11,3	2,0	- 9,3	5,8	3,0	- 2,8
Norwegen	2,9	1,6	- 1,3	1,5	1,7	+ 0,2	5,0	2,3	- 2,7	2,4	1,6	- 0,8
Schweden	7,2	5,9	- 1,3	6,8	4,9	- 1,9	12,6	8,1	- 4,5	10,3	6,9	- 3,4
Österreich	1,2	5,3	+ 4,1	1,1	5,9	+ 4,8	1,9	5,3	+ 3,4	1,9	5,4	+ 3,5
Schweiz	4,2	5,7	+ 1,5	8,6	6,7	- 1,9	9,4	5,2	- 4,2	6,7	7,2	+ 0,5
b) Übrige ERP-Länder	11,0	7,4	- 3,6	14,7	8,9	- 5,8	17,9	11,5	- 6,4	12,3	12,6	+ 0,3
davon:												
Griechenland	0,7	1,2	+ 0,5	1,0	1,0	+ 0	1,1	2,3	+ 1,2	0,6	2,6	+ 2,0
Italien ²⁾	7,4	4,9	- 2,5	8,1	6,1	- 2,0	10,7	7,0	- 3,7	7,6	6,5	- 1,1
Portugal ²⁾	1,5	0,2	- 1,3	1,3	0,5	- 0,8	1,1	0,5	- 0,6	1,0	0,6	- 0,4
Türkei	1,4	1,1	- 0,3	4,3	1,3	- 3,0	5,0	1,5	- 3,5	3,1	2,8	- 0,3
Triest (Anglo-amer. Zone)	—	—	—	—	—	—	0,0	0,2	+ 0,2	0,0	0,1	+ 0,1
6. Osteuropa	7,6	3,8	- 3,8	12,9	8,9	- 4,0	10,7	7,7	- 3,0	6,4	9,1	+ 2,7
7. Sonstige Länder	10,2	2,2	- 8,0	10,0	2,8	- 7,2	14,2	5,0	- 9,2	11,7	4,4	- 7,3
Alle Länder	177,9	93,2	- 84,7	211,8	94,6	- 117,2	230,0	104,4	- 125,6	167,6	112,4	- 55,2
ERP-Länder insgesamt	68,4	77,6	+ 9,2	91,1	71,7	- 19,4	125,7	79,3	- 46,4	95,3	85,5	- 9,8
Nicht-Teilnehmerländer ¹⁾	109,5	15,6	- 93,9	120,7	22,9	- 97,8	104,3	25,1	- 79,2	72,3	26,9	- 45,4
Alle Länder	177,9	93,2	- 84,7	211,8	94,6	- 117,2	230,0	104,4	- 125,6	167,6	112,4	- 55,2

¹⁾ Nicht-Teilnehmerländer bzw. Teilnehmerländer am Marshallplan. ²⁾ Einschl. der Besitzungen in Übersee.

Januar und besonders im Februar erheblich vermindert. Im Dezember hatte der Einfuhrüberschuß nicht weniger als 651,2 Mill. DM betragen; im Januar sank er auf 522,2 Mill. DM, und im Februar betrug er 231,9 Mill. DM. Auch wenn man den Durchschnitt für die beiden Monate zusammen mit dem der Monate Oktober bis Dezember 1949 vergleicht, ergibt sich eine Abnahme von 476,5 Mill. DM auf 377,0 Mill. DM. Devisenpolitisch kommt es dabei allerdings nur auf die Entwicklung des Saldos im kommerziellen Außenhandel, also auf das Verhältnis der Ausfuhr zur nicht durch die Auslandshilfe finanzierten Einfuhr an. Aber auch hier ist eine gewisse Entlastung eingetreten, wengleich die

Bilanz noch immer mit einem nicht unbeträchtlichen Debet abschließt:

Die Entwicklung des Passivsaldos im kommerziellen Außenhandel

Monatsdurchschnitt bzw. Monat	Einfuhr Mill. DM	Ausfuhr Mill. DM	Einfuhrüberschuß in v. H. der Einfuhr
1949			
Oktober-Dezember	557,1	399,3	28,3
Dezember	795,3	485,4	39,0
1950			
Januar	720,2	442,8	38,5
Februar	560,5	473,5	15,5

Bis zu einem gewissen Grade spiegelt sich die Besserung der Handelsbilanz auch in der Entwicklung der internationalen

Zahlungsposition Westdeutschlands wider. Der Debetsaldo, den die Bundesrepublik im Abrechnungsverkehr mit den übrigen Teilnehmerländern am intereuropäischen Zahlungsplan seit Oktober 1949 ständig aufweist, ist, wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht, im Februar zum ersten Mal gesunken, und zwar auf 36,3 Mill. Dollar gegenüber 55,9 Mill. Dollar im Vormonat. Aber so sehr auch diese Entwicklung zu begrüßen ist, sie bedeutet

Entwicklung der westdeutschen Zahlungsbilanz gegenüber den Teilnehmerländern am intereuropäischen Zahlungsplan*)

Monatliche Zahlungs-Salden beim Abrechnungsverkehr über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Mill. Dollar

Monats-durchschnitte bzw. Monate	Gegenüber 6 Ländern, denen Deutschland Ziehungsrechte eingeräumt hat ¹⁾	Gegenüber 3 Ländern, in denen Deutschland für die Abdeckung laufender Salden Guthaben zur Verfügung standen oder alte Ziehungsrechte zur Verfügung stehen ²⁾	Gegenüber 4 Ländern, mit angenommenem Ausgleich der Bilanz ³⁾	Gegenüber allen Teilnehmerländern am intereuropäischen Zahlungsplan ⁴⁾
Tatsächliche Zahlungssalden				
1948 4. Vierteljahr	+ 5,6	- 3,4	- 4,2	+ 4,8
1949 1. Vierteljahr	+ 19,6	- 1,4	- 2,8	+ 15,4
2. „	+ 19,2	- 0,2	- 13,5	+ 5,9
3. „	+ 10,9	- 9,2	- 7,6	+ 12,5
4. „	- 16,2	- 16,4	- 6,2	- 38,8
1949 Oktober	+ 0,1	- 8,9	- 2,5	- 11,3
November	- 28,5	- 13,9	- 9,0	- 51,4
Dezember	- 20,2	- 26,5	- 7,0	- 53,7
1950 Januar	- 25,4	- 28,7	- 1,8	- 55,9
Februar	- 15,0	- 20,5	- 0,8	- 36,3
Ursprünglich vorgesehener Zahlungssaldo 1949/50 insgesamt	+ 163,9	- 90,1	± 0	+ 73,8
im Monats-durchschnitt	+ 13,7	- 7,5	± 0	+ 6,2

*) Einschließlich nichtteilnehmender Sterlingländer.

¹⁾ Österreich, Frankreich, Griechenland, Niederlande, Norwegen, Türkei.

²⁾ Sterling-Gebiet, Schweden, Dänemark.

³⁾ Belgien-Luxemburg, Italien, Portugal, Schweiz.

⁴⁾ OEEC-Länder und nichtteilnehmende Sterlingländer.

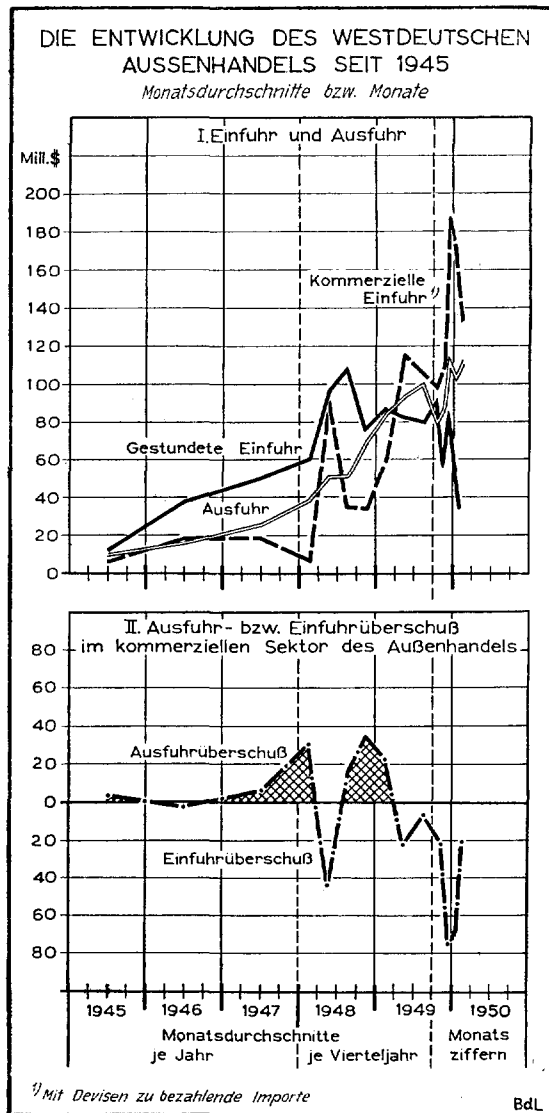
nur eine Verminderung des laufenden Passivsaldo im Zahlungsverkehr mit den übrigen OEEC-Ländern, aber nicht etwa eine Aufhebung dieser Passivität selbst. Absolut betrachtet hat sich also die Zahlungsbilanzposition Westdeutschlands weiter verschlechtert, weil zur Deckung des laufenden Defizits weiter auf vorhandene Reserven zurückgegriffen oder eine

abermalige Erhöhung des Schuldsaldos in Kauf genommen werden mußte. Im Zuge des Reserve-Einsatzes sind im Februar teilweise wiederum Ziehungsrechte in Anspruch genommen worden, die der Bundesrepublik noch aus dem letzten Marshallplan-Jahr zustanden. Mit 16,9 Mill. Dollar war dieses Mal der Rückgriff sogar besonders hoch. Die aus dem Vorjahr bisher übertragenen Ziehungsrechte in Höhe von 53,6 Mill. Dollar beliefen sich nach ihm nur noch auf 9,4 Mill. Dollar. Ferner sind die sogenannten „agreed existing resources“, d. s. gewisse Sonderguthaben aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des ersten bzw. zweiten intereuropäischen Zahlungsplans, in den letzten Monaten verbraucht worden. Wo solche und andere Reserven jedoch nicht zur Verfügung standen oder nicht ausreichten, mußten in einzelnen Fällen wiederum Dollar eingesetzt werden oder es haben sich weiter die Verrechnungsschulden erhöht, zu deren Abdeckung eventuell später „harte Währung“ benötigt werden wird, wenn die vereinbarten „swings“ überschritten werden oder eine anderweitige Abdeckung innerhalb der Fristen, für die teilweise ein Aufschub der sogenannten „Dollarklausel“ vereinbart wurde, nicht möglich ist.

Westdeutschland ist also in hohem Maße darauf angewiesen, daß die in den ersten Monaten des Jahres aufgetretenen Besserungstendenzen anhalten und in möglichst kurzer Zeit nicht nur die bisherige Passivität beseitigen, sondern da, wo das zur fristgemäßen Abdeckung von Schuldverpflichtungen erforderlich ist, sogar zu einem entsprechenden Aktivsaldo führen. Bis zu einem gewissen Umfang kann man hierbei weiter mit den der Marktwirtschaft innewohnenden Kräften zur Selbstkorrektur rechnen, auf die namentlich im Januarheft der vorliegenden Berichte hingewiesen wurde und deren Wirksamkeit inzwischen deutlich sichtbar geworden ist. Aber man darf diese Faktoren auch nicht überschätzen. Wie oben dargelegt, ist die in den ersten Monaten des Jahres zu verzeichnende Besserung der Handelsbilanz zum überwiegenden Teil auf einen Rückgang der Einfuhr zurückzuführen. Eine Fortsetzung dieses Rückgangs wäre jedoch im allgemeinen weder erwünscht, noch kann damit gerechnet werden, daß sie automatisch anhält.

wenn sich die Konjunktur allmählich stärker belebt und die Einfuhr dem Wunsche aller Beteiligten entsprechend nicht nur liberalisiert bleibt, sondern nach Möglichkeit sogar noch weiter liberalisiert wird. Schon im März kann von einem weiteren Nachlassen des „Einfuhrsogs“ kaum mehr die Rede sein. Die Importbewilligungen im liberalisierten Verfahren waren im Gegenteil mit 114 Mill. DM um 47 Mill. DM höher als im Februar. Nun mag diese starke Zunahme zwar lediglich damit zusammenhängen, daß die Importeure neuerdings wieder mehr Importlizenzen beantragen als sie in Wirklichkeit auszunutzen beabsichtigen, aber wahrscheinlich deutet der Anstieg auch darauf hin, daß die aus der Reaktion auf die ersten starken Importsteigerungen resultierenden Rückgangstendenzen im wesentlichen erschöpft sind.

Unter diesen Umständen kommt es entscheidend darauf an, daß in Zukunft die Besserung vor allem von der Exportseite ausgeht. Auch hier sind nun zwar, wie erwähnt, in letzter Zeit Fortschritte erzielt worden, aber die Exportzunahme war bisher wesentlich langsamer, als es die deutschen Deviseninteressen erheischen und als sich in den letzten Monaten von 1949 die Liberalisierung auf die Einfuhr auswirkte. Besonders stark hinkt namentlich die Ausfuhr nach den Ländern nach, die zwar in den Genuß der am 3. November 1949 in Kraft getretenen unilateralen Freiliste für die deutsche Einfuhr gekommen sind, aber ihrerseits Deutschland gegenüber überhaupt noch nicht oder doch erheblich weniger liberalisiert haben. Im Verkehr mit diesen Ländern (einschließlich Frankreich, mit dem ein liberalisiertes Handelsabkommen erst am 10. Februar 1950 abgeschlossen wurde) hat sich der Saldo der Handelsbilanz vom Durchschnitt der Monate Oktober–Dezember 1949 bis Februar 1950 auch nur von - 2,2 auf + 0,5 Mill. Dollar verbessert, während im Verkehr mit denjenigen Ländern, die auf Grund bilateraler Abkommen allmählich auch der Bundesrepublik größere Konzessionen machen mußten, der Passivsaldo im gleichen Zeitraum von 17,5 auf 5,6 Mill. Dollar zurückgegangen ist. Die Unterschiedlichkeit dieser Resultate wird dabei noch dadurch verstärkt, daß im Verkehr mit der ersten Gruppe, die, wie gesagt, einseitig



in den Genuß der auf Grund der unilateralen Freiliste verfügbaren Liberalisierungsmaßnahmen gelangte, das Außenhandelsvolumen vom vierten Vierteljahr 1949 bis zum Februar d. J. nur um 5 v. H. gewachsen ist, während sich im Verkehr mit der zweiten Gruppe, der gegenüber die Liberalisierung wenigstens bis zu einem gewissen Grade auf dem Prinzip des „do ut des“ beruhte, die Umsätze um 16 v. H. erweiterten. Es zeigt sich also, wie wichtig es ist, mit den Partnerländern eine konkrete Einigung über die wechselseitig einzuräumenden Einfuhrerleichterungen zu erzielen, um nicht das eigene Gleichgewicht zu gefährden, und wie entscheidenden Wert die Bundesrepublik einigen Ländern gegenüber auch heute noch auf einen entsprechenden Abbau von Handelsschranken für

den deutschen Export legen muß, wenn ihre eigenen Konzessionen nicht unhaltbar werden sollen.

Auch im Verkehr mit den nicht am intereuropäischen Zahlungsplan beteiligten Ländern ist der Passivsaldo der Handelsbilanz in den letzten Monaten in der Hauptsache nur durch ein Absinken der Einfuhren vermindert worden. Das gilt insbesondere für die osteuropäischen und die mittel- und süd-amerikanischen Staaten, denen gegenüber sich der im vierten Vierteljahr 1949 bestehende Einfuhrüberschuß von 20 Mill. Dollar im Monatsdurchschnitt im Januar und Februar zwar auf 2,4 Mill. Dollar vermindert, ja im Februar allein sogar in einen Ausfuhrüberschuß von 1,6 Mill. Dollar verwandelt hat, aber dies vor allem auf Grund einer Einfuhrabnahme von 28,9 Mill. Dollar auf 16,0 bzw. 13,2 Mill. Dollar, da die Ausfuhr nur von 12,6 Mill. Dollar auf 13,6 bzw. 14,8 Mill. Dollar gestiegen ist. Im Verkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada hat die Ausfuhr in den letzten Monaten sogar eher abgenommen als zugenommen. Hier ist also die Besserung der Handelsbilanz ausschließlich das Resultat der starken Verminderung der Einfuhr, und zwar der devisenmäßig gestundeten Einfuhr, die, wie eingangs erwähnt und aus dem Schaubild auf S. 31 ersichtlich ist, seit dem Dezember 1949 stattgefunden hat.

Immerhin hat dieser Rückgang, da die einmal zugeteilten Hilfslieferungen der Vereinigten Staaten nicht verloren gehen, zur Folge, daß Westdeutschland nunmehr für künftige Einfuhren ein größerer Spielraum zur Verfügung steht, als es bei rascherer Abwicklung der Lieferungsprogramme der Fall wäre. In das zweite Marshallplan-Jahr (1. Juli 1949 — 30. Juni 1950) ist Deutschland bereits mit einem Lieferrückstand aus dem ersten Marshallplan-Jahr in Höhe von rd. 300 Mill. Dollar allein bei den ERP-Lieferungen eingetreten. Das war ein Betrag, der etwa 70 v. H. der für das zweite Jahr vorgenommenen Kürzung der Hilfsleistungen (GARIOA und ERP einschließlich bedingter Hilfe) entsprach. Über die Abwicklung der GARIOA-Lieferungen im ersten Marshallplan-Jahr fehlen leider entsprechende Angaben. Aber auch im laufenden Marshallplan-Jahr ist selbst unter Außerachtlassung des Übertrags aus dem

Vorjahr die Abwicklung der Lieferungsprogramme langsamer vonstatten gegangen, als bei gleichmäßiger voller Auslieferung der für dieses Jahr vorgesehenen Hilfsleistungen zu erwarten gewesen wäre. Ohne den ERP-Übertrag aus dem Vorjahr in Höhe von rd. 300 Mill. Dollar waren für dieses Jahr an GARIOA-Hilfe (ohne den britischen Beitrag) 407,7 Mill. Dollar und an ERP-Hilfe (einschließlich der sogenannten „bedingten Hilfe“) 332,9 Mill. Dollar vorgesehen. Tatsächlich sind aber bis Ende Februar erst 213,9 Mill. Dollar an GARIOA-Lieferungen und 252,3 Mill. Dollar an ERP-Lieferungen eingegangen. Von der in Aussicht genommenen Gesamthilfe für 1949/50 und dem Übertrag aus dem Jahre 1948/49 standen also Ende Februar noch rd. 575 Mill. Dollar zur Verfügung.

Die Abwicklung der Lieferungsprogramme für die Marshallplan-Einfuhren der Bundesrepublik Deutschland¹⁾

nach dem Stande vom 28. Februar 1950
in Mill. Dollar

Abwicklungsgrad	Bisher aufgestellte Lieferungsprogramme für das 1. und 2. Marshallplan-Jahr			
	Ernährungssektor	Gewerblicher Sektor	Fracht	Insgesamt
Lieferungsprogramme	330,5	443,2	72,6	846,3
davon:				
geliefert	288,6	279,8	52,2	620,6
noch nicht geliefert	41,9	163,4	20,4	225,7
davon:				
kontrahiert, aber noch nicht geliefert	41,9	63,4	6,4	111,7
genehmigt, aber noch nicht kontrahiert	—	85,1	17,0	102,1
noch nicht genehmigt	—	14,9	— 3,0 ²⁾	11,9

¹⁾ Nach dem Status-Bericht des Bundesministers für den Marshallplan.

²⁾ Hier sind bereits Beträge über die aufgestellten Lieferungsprogramme hinaus genehmigt worden.

Allerdings ist es problematisch, ob der dabei nur als „bedingte Hilfe“ vorgesehene Betrag von 163,9 Mill. Dollar in vollem Umfang wird realisiert werden können. Der Empfang dieser Hilfe ist bekanntlich davon abhängig, daß von der Bundesrepublik entsprechend hohe Ziehungsrechte an andere Teilnehmerländer gewährt und von diesen tatsächlich in Anspruch genommen werden. Bei der Festsetzung des hierfür vorgesehenen relativ hohen Betrages war

man davon ausgegangen, daß Westdeutschland gegenüber den übrigen am Marshallplan teilnehmenden europäischen Ländern im laufenden ERP-Jahr einen ähnlich hohen oder gar noch höheren Aktivsaldo aufweisen würde wie in der ersten Hälfte von 1949. Die inzwischen eingetretene Entwicklung hat jedoch — wie aus der Übersicht auf S. 30 hervorgeht — diese Kalkulation völlig über den Haufen geworfen, da Westdeutschland nicht nur nicht die im Plan vorgesehenen Aktivsalden erzielte, sondern im Gegenteil seinerseits stark ins Debet geriet. Von den von der Bundesrepublik eingeräumten Ziehungsrechten in Höhe von 163,9 Mill. Dollar konnten daher bis Ende Februar von den übrigen am Marshallplan teilnehmenden Ländern nur 80,2 Mill. Dollar in Anspruch genommen werden, so daß von der Gesamtsumme zum genannten Termin noch 83,7 Mill. Dollar unausgenutzt waren. Daß dieser Betrag bis zum Ende des laufenden Marshallplan-Jahres noch zur Kompensation gelangt, ist wenig wahrscheinlich, da der Trend der bisherigen Inanspruchnahme bei den monatlichen Kompensationen über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel seit Monaten ständig abwärts gerichtet ist. Im Februar kamen jedenfalls nur noch Ziehungsrechte im Werte von 4,3 Mill. Dollar zum Zuge, also ein nur ganz geringer Bruchteil des für die nächsten vier Monatskompensationen noch verfügbaren Bestandes. Nun sieht das intereuropäische Zahlungsabkommen zwar vor, daß die Festsetzung der Ziehungsrechte im Verlauf des Jahres unter Umständen geändert und bedingte Hilfe damit gegebenenfalls in unbedingte verwandelt werden kann. Eine entsprechende Korrektur des ursprünglichen Planes zu Gunsten Westdeutschlands hat jedoch noch nicht stattgefunden, so daß vorläufig nicht zu übersehen ist, wieviel von der vorgesehenen conditional aid in diesem Jahr zur Verfügung stehen wird.

Immerhin kann damit gerechnet werden, daß die Wirkungen der im nächsten ERP-Jahr erfolgenden Kürzung der Marshallplan-Hilfe zunächst einmal — wie schon in diesem Jahr — etwas gedämpft werden dürften durch die Überhänge, die vermutlich noch aus dem laufenden Jahr zur Verfügung stehen werden. Daß das eine gewisse Erleichterung der kürzlich eingeleiteten konjunkturpolitischen Maßnahmen der Bundes-

regierung bedeuten wird, liegt auf der Hand. Allerdings wird dabei vorausgesetzt, daß es gelingt, das im Verkehr mit den europäischen Teilnehmerländern entstandene, kurzfristig zu lösende Zahlungsbilanzproblem durch Exportsteigerung statt durch eine für alle Beteiligten verhängnisvolle Importdrosselung zu lösen.

Zusammenfassung und Ausblick

Vergegenwärtigen wir uns abschließend noch einmal die wichtigsten Züge der Konjunktur-entwicklung der letzten Monate, so verdient vor allem die Aufwärtsbewegung hervorgehoben zu werden, die sich in weiten Bereichen der Wirtschaft im Februar und März angebahnt hat. Ihre wichtigsten Symptome sind der Anstieg der Industrieproduktion und die im März zu verzeichnende Abnahme der Arbeitslosigkeit um fast 130 000 Kräfte, eine Abnahme, die in deutlichem Gegensatz zur Entwicklung des Vorjahrs steht, in dem die Arbeitslosigkeit weder im März noch in einem der folgenden Monate zurückging. Noch läßt sich freilich nicht eindeutig sagen, ob die Belebung bisher nur saisonmäßiger Natur ist oder ob sie bereits den Charakter eines neuen konjunkturellen Anstiegs angenommen hat, da für die Bestimmung der Grenze zwischen den beiden Bewegungen auf Grund der bisherigen Nachkriegserfahrungen noch keine verlässlichen Anhaltspunkte vorliegen.

Wie immer man aber auch diese Frage beurteilen mag, zweifellos war die Wiederbelebung der Wirtschaft in den ersten Monaten dieses Jahres durch eine Reihe von Gegentendenzen sehr stark gehemmt, so daß sich die Überwindung der im Winter eingetretenen Rückgänge länger hingezogen hat, als es — schon infolge der psychologischen Wirkungen des Regierungsprogramms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit — sonst wohl der Fall gewesen wäre. Dämpfend wirkte zunächst die fallende Tendenz der Preise, die sich vor allem aus der mit der Liberalisierung des Außenhandels unvermeidlich gewordenen Anpassung eines großen Teils der deutschen Preise an das niedrigere Niveau der Weltmarktpreise ergab, zumal Westdeutschland im Herbst vorigen Jahres weniger abgewertet hatte als die meisten anderen Länder. Der Rück-

gang der Preise führte nicht nur vielfach zu einer neuen Verminderung der Ausgabeneigung, sondern machte es wegen seiner Wirkungen auf die Ertrags- und Liquiditätslage gewisser Wirtschaftszweige teilweise auch unmöglich, die bisherige Nachfrage aufrechtzuerhalten. Auf der anderen Seite regte er zwar auch die Spartätigkeit an, aber diese günstige Wirkung kann sich naturgemäß erst nach einer gewissen Zeit bemerkbar machen, so daß sie gegenüber den negativen Einflüssen des Preisrückgangs zunächst nicht ins Gewicht fiel.

Eine weitere Störung lag darin, daß infolge der weitgehenden Liberalisierung der Einfuhr ausländische Ware in stärkerem Maße um die heimische Nachfrage konkurrierte. Die kommerzielle, d. h. die nicht auf Auslandshilfe beruhende Einfuhr war im Dezember, Januar und Februar um durchschnittlich 254 Mill. DM höher als in den beiden vorangegangenen Monaten, die Ausfuhr dagegen nur um 78 Mill. DM. Der Markt hatte damit, da der Handel schon vorher passiv gewesen war, eine kommerzielle Mehreinfuhr von 258 Mill. DM im Monatsdurchschnitt zu absorbieren, und es ist klar, daß sich hieraus verschiedentlich Stockungen und neue Umstellungsnotwendigkeiten mit den dabei unvermeidlichen Übergangsschwierigkeiten und Einschränkungen ergaben, wenn auch auf längere Sicht die Vorteile der wachsenden Integration der westdeutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft überwiegen werden.

Wohl am stärksten wurde die Konjunkturentwicklung in den letzten Monaten aber durch die übermäßige Steuer- und Abgabenlast beeinträchtigt. Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang die seit Ende Oktober 1949 im Gang befindliche Soforthilfeaktion. Wie im Abschnitt über die öffentlichen Finanzen ausgeführt, hatte die Wirtschaft in den Monaten Oktober bis Februar nicht weniger als 6 Mrd. DM an regulären Steuern und daneben noch etwa 1 Mrd. DM an Soforthilfeabgaben aufzubringen. Eine derartig massierte Einkommensumschichtung hätte wahrscheinlich schon fühlbare Störungen zur Folge gehabt, wenn die betreffenden Mittel sofort wieder verausgabt worden wären. Nun floß aber, wie die Analyse der öffentlichen Haushalte zeigte, ein erheblicher Teil der der Wirtschaft entzogenen Be-

träge nicht einmal alsbald wieder in den Verkehr zurück, sondern er schlug sich vielmehr in einem beträchtlichen Anstieg der öffentlichen Einlagen im Banksystem bzw. in einer zumindest vorläufigen Schuldentilgung der öffentlichen Hand durch Ankauf von Ausgleichsforderungen nieder. Wieder war hierfür vor allem die Entwicklung der Soforthilfefinanzien ausschlaggebend. Während nämlich infolge der starken zeitlichen Zusammendrängung der Abgabetermine von Oktober bis März zwar 1,15 Mrd. DM an Abgaben eingingen, wird ein beträchtlicher Teil hiervon erst in diesem und den nächsten Monaten, ja in einigen Fällen sogar erst noch später ausgegeben werden, weil die Mittel zum Teil für längerfristige Investitionsvorhaben bestimmt sind oder zur Überbrückung des Einnahmeverkaums dienen müssen, das bis zum nächsten Abgabetermin im Mai bestehen wird. Aber auch die Haushalte der Gebietskörperschaften wiesen, wie oben dargelegt, in der Zeit von Anfang Januar bis Mitte März zusammengenommen eher Kassenüberschüsse als -defizite auf. Im Abschnitt über Geld und Kredit ist berechnet worden, daß sich infolgedessen die öffentlichen Guthaben einschließlich der fürs erste zurückerworbenen Ausgleichsforderungen im ersten Vierteljahr um rd. 360 Mill. DM erhöhten, was nicht weniger als 37 v. H. der gesamten Geld- und Kreditschöpfung in diesem Zeitabschnitt entsprach. Über die öffentlichen Finanzen ist also in den ersten Monaten des Jahres in beträchtlichem Umfang Geld stillgelegt worden, und dieser Vorgang hat die Erholung zweifellos wesentlich verzögert, ja anfangs sogar entscheidend zu ihrer Verhinderung beigetragen.

All die hier genannten Hemmungen wurden für die Entwicklung der Wirtschaft umso bestimmender, als die konjunkturpolitischen Vorhaben der Bundesregierung naturgemäß nicht so rasch Gestalt annehmen konnten, um trotz jener Gegenkräfte eine stärkere Belebung herbeiführen zu helfen. Der verzögernde Faktor ist dabei keineswegs die Finanzierungsmöglichkeit. Das Zentralbanksystem hat, sobald die Programme feststanden, im Einvernehmen mit der Bundesregierung den Spitzenverbänden des Kredit- und Versicherungsgewerbes ebenso wie der Bundesbahn und der Bundesregierung selbst

seine Vorfinanzierungs- bzw. Refinanzierungszusagen gegeben und steht bereit, im Rahmen dieser Zusagen den vorgesehenen Maßnahmen die erforderliche Kredithilfe zu leihen. Die Initiative zu dieser Beanspruchung muß aber vom Investor ausgehen, denn das Zentralbanksystem kann im Gegensatz zu einer weit verbreiteten populären Ansicht nicht Kredit in die Wirtschaft „hineinpumpen“, sondern es kann lediglich die Möglichkeiten der Kreditaufnahme erweitern und die Bedingungen für sie erleichtern; im übrigen aber muß es warten, bis von den damit gebotenen Möglichkeiten Gebrauch gemacht wird.

Wenn dies nun bisher in nur sehr geringem Maß geschehen ist, zumal auch die vielfach zwischengeschalteten Geldinstitute zumindest bis Ende März für die vorgesehenen Projekte noch kaum in Anspruch genommen waren, so liegt das einmal daran, daß die geplanten Investitionen aus technischen Gründen nur allmählich anlaufen und dementsprechend erst nach einiger Zeit größere Mittel erfordern, dann aber auch daran, daß die eigentlichen Träger der Arbeitsbeschaffung ja nicht öffentliche Stellen, sondern die Unternehmungen selbst sein sollen und bei einem Teil des Programms die Auswahl der betreffenden Investoren verhältnismäßig lange dauerte. Das ist bis zu einem gewissen Grade verständlich, weil mit den in Aussicht genommenen Investitionen bekanntlich den verschiedensten Gesichtspunkten, nämlich nicht nur der Arbeitsbeschaffung und der Flüchtlingsunterbringung, sondern vor allem der Verbesserung der volkswirtschaftlichen Struktur und damit der Sicherung von Dauerarbeitsplätzen Rechnung getragen werden soll. Im Interesse dieses Postulats ist überdies vorgesehen, daß die kreditvermittelnde Bank eine gewisse Mithaftung für die zur Verfügung gestellten Mittel übernimmt, was selbstverständlich eine strenge Prüfung der Kreditwürdigkeit der zur Auswahl kommenden Investoren voraussetzt. Allerdings sind die organisatorischen Probleme, die es dabei zu lösen gilt, teilweise noch durch die Schwierigkeiten kompliziert worden, die sich aus dem Nebeneinander bundesstaatlicher und einzelstaatlicher Kompetenzen ergeben. Insbesondere die Konkretisierung des sogenannten „Schwerpunktprogramms“, von dem vielfach eine be-

sonders starke Wirkung auf die Konjunktur erwartet wurde, ist auf diese Weise leider etwas verzögert worden.

All diese Anlaufschwierigkeiten dürften aber allmählich überwunden werden, so daß für die kommenden Wochen mit stärkeren Impulsen von seiten der im Rahmen des Regierungsprogramms getroffenen Maßnahmen gerechnet werden kann. Aber auch in anderer Hinsicht bessern sich die Chancen eines neuen Konjunkturanstiegs. So ist einmal zu erwarten, daß die Tendenzen, die bisher die Wiederbelebung der Wirtschaft hemmten, nicht nur an Stärke verlieren, sondern teilweise sogar in ihr Gegenteil umschlagen. Das gilt insbesondere von der deflatorischen Wirkung, die in den ersten Monaten des Jahres von den öffentlichen Finanzen ausging. Wie schon oben angedeutet, sind die Soforthilfebehörden nunmehr im Begriff, die bis zum März angesammelten Reserven zu verbrauchen. Auch über die Haushalte der Gebietskörperschaften werden in nächster Zeit voraussichtlich wieder mehr Mittel in die Wirtschaft fließen, als ihr durch Steuern entzogen werden. Das dürfte namentlich zutreffen, wenn die kürzlich vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates verabschiedete Einkommensteuernovelle bei den Alliierten Hohen Kommissaren keinem Einspruch begegnet und damit die dringend nötige Steuerentlastung eintritt. Ebenso kann erhofft werden, daß die mit der Liberalisierung der Einfuhr zunächst verbundenen Störungen allmählich abklingen. Die Preisangleichung an das Niveau der Auslandspreise ist ziemlich weit fortgeschritten, wenn auch vielleicht noch nicht allenthalben vollendet. Die Einfuhr selbst hat im Vergleich zum Dezember wesentlich abgenommen, und vor allem macht sich die Liberalisierung des Außenhandels nun auch bei der Ausfuhr stärker bemerkbar. Mit einigem handelspolitischen Nachdruck müßte es daher möglich sein, in absehbarer Zeit wenigstens die Passivität des mit Devisen zu bestreitenden Außenhandels zu überwinden und damit die Schwierigkeiten auszuschalten, die sich für die innere Absatzlage aus der Mehreinfuhr teilweise ergeben haben. In der gleichen Richtung wirkt, daß die deflatorischen Tendenzen, die im Vorjahr mit der zeitweiligen Stilllegung der DM-Gegenwerte der devisenmäßig gestundeten Im-

porte verbunden waren, im Februar insofern von der entgegengesetzten Tendenz abgelöst wurden, als nunmehr die Freigabe aus counterpart funds auf Grund der früher angesammelten Beträge die laufende Gegenwertbildung übertreffen, d. h. die früher stillgelegten Mittel allmählich wieder mobilisiert werden und als zusätzliches Geld in die Wirtschaft einströmen.

Mit diesen an sich schon sehr bedeutsamen Veränderungen bahnt sich aber auch eine Wende in der Liquiditätsslage des Bankenapparats an, die für die weitere Konjunktorentwicklung, ja sogar für die Durchführung der konjunkturpolitischen Maßnahmen der Regierung noch als zusätzliche Erleichterung zu werten ist. Im Abschnitt über Geld und Kredit ist mit eingehendem Zahlenmaterial belegt worden, in wie starkem Maß die Bankenliquidität seit Mitte vorigen Jahres durch die zeitweilige Stilllegung der counterpart funds, die starke Passivierung des kommerziellen Außenhandels und — im ersten Vierteljahr 1950 — durch den Anstieg der öffentlichen Einlagen beeinträchtigt wurde. Die Kreditbereitschaft der Banken ist hierdurch allmählich stark gelähmt worden. Würde sich diese Entwicklung fortsetzen, so müßte sogar befürchtet werden, daß der Bankenapparat aus Liquiditätsgründen nicht

in dem Umfang an der Finanzierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teilnimmt, wie es im Interesse einer möglichst großen Wirkung dieser Maßnahmen erwünscht ist, weil die Inanspruchnahme der Kredithilfe des Zentralbanksystems zunächst ebenfalls eine gewisse Erhöhung der Geschäftsbankenverschuldung bei den Landeszentralbanken involviert. Daß nunmehr ganz unabhängig vom direkten, nicht über die Geschäftsbanken gehenden Einsatz des Zentralbankkredits, der seinerseits natürlich bereits auf eine gewisse Reliquidisierung der Banken hinwirkt, die Geldströme wieder liquiditätsgünstiger für die Geschäftsbanken zu werden beginnen, ist daher für die Kreditversorgung der Wirtschaft von größter Wichtigkeit. Die Geschäftsbanken werden sich infolgedessen voraussichtlich wieder stärker in die Kreditgewährung einschalten und damit sicherstellen, daß von den währungspolitisch vertretbaren Kreditfazilitäten der erwünschte Gebrauch gemacht wird. Alles in allem ist also damit zu rechnen, daß sich die Belebung der Wirtschaft in den nächsten Wochen verbreitert und intensiviert und daß damit, trotz der entgegengerichteten, großenteils strukturellen Tendenzen, auch die Arbeitslosigkeit weiter abnimmt.

Statistischer Teil

Verzeichnis der Übersichten

	Seite
I. Zentralbankausweise	38
Ausweis der Bank deutscher Länder	38
Zahlungsmittelumlauf	39
Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	40
Monatsausweise der Landeszentralbanken, nach dem Stand vom 31. März 1950	42
II. Bankstatistische Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	44
Bilanzzahlen: Gesamtübersicht (monatliche Bankenstatistik)	44
Bilanzzahlen: nach Ländern (monatliche Bankenstatistik)	46
Bilanzzahlen: nach Bankengruppen (monatliche Bankenstatistik)	54
Bilanzzahlen: 112 Geldinstitute (wöchentliche Bankenstatistik)	58
Volkswirtschaftliches Kreditvolumen: Gesamtübersicht (monatliche und wöchentliche Bankenstatistik)	60
Volkswirtschaftliches Kreditvolumen: nach Ländern (monatliche Bankenstatistik)	62
Volkswirtschaftliches Kreditvolumen: nach Bankengruppen (monatliche Bankenstatistik)	66
Zur Entwicklung der Bausparkassen im Währungsgebiet	68
Umsätze im Sparverkehr bei den Geldinstituten im Währungsgebiet (monatliche und wöchentliche Bankenstatistik)	68
Mindestreserven der Geldinstitute im Währungsgebiet, aufgegliedert nach Bankengruppen	69
Mindestreservesätze	69
III. Das Geldvolumen im Währungsgebiet	70
Entwicklung und Struktur des Geldvolumens	70
Erstausstattungen	70
Bankeinlagen	71
Die kurzfristigen Kredite der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems	71
IV. Sonstige Geld- und Kreditstatistik	72
Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden Zinskonditionen	72
Festverzinsliche Wertpapiere, Durchschnittskurse und Indices	76
Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien	76
V. Öffentliche Finanzen	77
Steueraufkommen im Bundesgebiet nach Steuerarten	77
VI. Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebiets bzw. Bundesgebiets	78
VII. Produktion, Beschäftigung, Verkehr und Preise	80
Index der industriellen Produktion	80
Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß	81
Eisen- und Stahlerzeugung	81
Arbeitsmarkt	81
Verkehrsentwicklung	82
Index der Grundstoffpreise	83
Indexziffer der Lebenshaltungskosten	83
VIII. Internationale Übersichten	84
Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder	84
Moody's Index für USA-Rohstoffpreise	84
Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren	85

I. Zentralbank-Ausweise
Ausweis der Bank deutscher Länder¹⁾ +)
in Mill. DM

Datum	A k t i v a											
	Guthaben bei ausl. Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handels- abkommen ²⁾	Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslands- geschäfts	Aus- länd. Zah- lungs- mittel ³⁾	Wechsel und Schecks	Schatz- wechsel der Bundes- ver- waltung.	Lombard- forderungen	Kassen- vor- schüsse an die öffentliche Hand	Schuld- verschrei- bungen der Bundes- verwal- tungen	Forderungen gegen die öffentl. Hand		Interims- forde- rungen gegen die Landes- zentral- banken	Sonstige Aktiva
									Ausgleichs- forde- rungen	Schuld- verschrei- bungen		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1948												
7. 9. ²⁾	580,9	706,6	—	2,7	—	16,9	20,0	—	3 658,6	—	3 619,3	192,7
30. 9.	622,2	848,2	—	209,0	—	879,7	—	—	4 322,5	—	1 222,1	257,5
31. 10.	763,5	1 014,3	—	567,4	—	1 019,6	—	—	4 593,3	—	842,1	193,5
30. 11.	843,1	1 214,6	0,0	881,6	—	822,2	50,0	—	4 743,6	—	686,8	163,9
31. 12.	983,1	1 538,6	0,0	1 106,7	—	862,1	42,0	—	4 568,1	—	661,5	360,1
1949												
31. 1.	1 113,2	1 770,2	0,2	824,3	—	904,9	28,0	—	4 623,9	—	657,4	294,0
28. 2.	1 131,3	1 942,9	0,2	801,2	—	940,7	—	—	4 812,9	—	570,1	243,8
31. 3.	1 204,6	2 226,6	0,6	1 055,6	—	711,9	52,8	—	4 828,8	588,2	554,3	97,7
30. 4.	1 345,1	2 446,2	0,7	913,4	—	773,1	218,6	—	4 825,7	588,2	544,1	132,0
31. 5.	1 448,4	1 774,1	0,9	768,6	—	788,7	177,8	—	4 843,2	588,2	525,1	76,6
30. 6.	1 335,8	1 521,4	1,8	664,7	—	887,9	194,1	—	5 050,4	588,2	349,4	61,2
31. 7.	1 221,7	1 380,3	2,5	798,7	—	1 000,7	134,0	—	5 052,2	639,2	347,6	68,1
31. 8.	1 123,1	1 440,7	3,6	1 309,2	—	983,4	—	—	5 056,3	639,2	269,7	75,0
30. 9.	990,1	1 057,6	4,4	1 621,0	—	1 130,9	—	—	5 024,6	639,2	267,1	84,4
31. 10.	1 070,3	1 120,3	6,7	2 103,5	—	1 035,6	1,9	—	5 209,3	639,2	138,9	112,9
30. 11.	986,6	1 045,9	8,7	2 505,3	—	1 144,9	1,6	—	4 974,7	639,2	138,4	123,2
31. 12.	833,9	755,2	11,7	2 820,5	—	1 463,9	61,0	—	5 236,5	639,2	—	144,2
1950												
31. 1.	724,6	913,3	13,1	2 946,6	3,0	1 491,8	2,5	0,0	5 137,0	639,2	—	97,9
28. 2.	642,5	528,5	14,4	2 883,0	27,1	1 618,1	1,0	0,1	5 198,0	639,2	—	98,7
7. 3.	613,7	544,8	14,7	3 073,8	22,0	1 264,2	12,7	0,1	5 116,1	639,2	—	105,9
15. 3.	613,7	553,1	15,1	3 067,2	28,0	1 175,9	27,3	0,1	5 019,5	639,2	—	117,4
23. 3.	649,3	563,7	15,5	3 120,2	9,8	1 082,2	22,3	0,2	4 976,6	639,2	—	105,2
31. 3.	657,6	519,5	16,0	3 139,8	19,4	1 458,4	24,0	0,2	5 057,2	639,2	—	102,2
Datum	P a s s i v a											
	Zahlungs- mittel- umlauf ⁴⁾	Einlagen insgesamt (Spalte 15-18)	davon				Verpflich- tungen in Devisen gegen IEIA	Sonstige Konten zur Abwick- lung des Auslands- geschäfts	Sonstige Passiva	Grund- kapital	Bilanz- summe	
			Guthaben der an- geschlos- senen Landes- zentral- banken	Einlagen von Dienst- stellen des Bundes ⁵⁾	Einlagen der Be- satzungs- mächte	Andere Ein- lagen						
	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
1948												
7. 9. ²⁾	4 897,5	2 414,6	1 421,7	482,1	496,3	14,5	580,9	804,5	0,2	100,0	8 797,7	
30. 9.	5 358,1	1 311,0	356,2	474,4	472,7	7,7	621,8	969,7	0,6	100,0	8 361,2	
31. 10.	5 885,3	1 289,2	459,0	419,8	370,9	39,5	759,7	958,2	1,3	100,0	8 993,7	
30. 11.	6 017,5	1 385,4	543,9	415,3	369,2	57,0	839,6	1 061,1	2,2	100,0	9 405,8	
31. 12.	6 319,4	1 247,7	675,5	168,6	362,3	41,3	977,8	1 375,9	101,4	100,0	10 122,2	
1949												
31. 1.	6 166,6	1 111,5	649,5	56,0	364,5	41,5	1 106,7	1 620,5	110,8	100,0	10 216,1	
28. 2.	6 215,6	1 073,1	563,8	107,4	366,4	35,5	1 110,9	1 810,7	132,8	100,0	10 443,1	
31. 3.	6 649,6 ⁴⁾	1 221,2	650,2	138,9	343,8	90,3	1 177,4	2 043,2	129,7	100,0	11 321,1	
30. 4.	6 791,8	1 246,3	592,4	116,9	345,4	191,6	1 305,5	2 209,4	134,1	100,0	11 787,1	
31. 5.	6 802,7	1 258,5	606,9	96,9	347,6	207,1	1 402,6	1 326,7	101,1	100,0	10 991,6	
30. 6.	6 974,0	1 165,2	523,4	93,6	345,4	202,8	1 283,4	982,5	149,8	100,0	10 654,9	
31. 7.	7 107,4	1 178,8	478,7	170,6	352,5	177,0	1 148,6	953,2	157,0	100,0	10 645,0	
31. 8.	7 222,3	1 147,4	464,5	210,5	353,3	119,1	1 031,0	1 229,7	169,8	100,0	10 900,2	
30. 9.	7 453,2	997,5	248,8	224,3	347,6	176,8	854,5	1 243,2	170,9	100,0	10 819,3	
31. 10.	7 476,9	1 082,1	431,0	202,0	348,5	100,6	922,6	1 654,2	202,8	100,0	11 438,6	
30. 11.	7 386,0	993,6	404,6	209,5	322,9	56,6	884,4	1 996,8	207,7	100,0	11 568,5	
31. 12.	7 737,5	860,0	426,3	75,3	323,3	35,1	—	2 975,9	292,7	100,0	11 966,1	
1950												
31. 1.	7 609,7	1 151,0	304,4	117,0	300,9	428,7	—	2 861,5	246,8	100,0	11 969,0	
28. 2.	7 689,8	1 123,3	320,2	212,4	301,0	289,7	—	2 476,5	261,0	100,0	11 650,6	
7. 3.	7 606,9	979,3	325,6	105,9	301,0	246,8	—	2 459,7	261,3	100,0	11 407,2	
15. 3.	7 405,1	995,3	387,3	144,6	301,0	162,4	—	2 494,1	262,0	100,0	11 256,5	
23. 3.	7 116,7	1 088,0	540,9	130,7	301,0	115,4	—	2 618,8	260,7	100,0	11 184,2	
31. 3.	7 828,3	955,9	308,7	150,8	301,1	195,3	—	2 485,2	264,1	100,0	11 633,5	

+) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. ¹⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Januar 1949. ²⁾ Erster Stichtag, für den ein Ausweis veröffentlicht wurde. ³⁾ Für die Militärregierungen verwaltet. ⁴⁾ Ab 31. 3. 1949 einschließlich der in Berlin ausgegebenen Banknoten und Scheidemünzen. ⁵⁾ Bis einschl. 30. 9. 1949 Einlagen von Dienststellen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

Zahlungsmittelumlauf
in Mill. DM

Stand am	Im Währungsgebiet ausgegebene Zahlungsmittel	Im Währungsgebiet und in Berlin ausgegebene Zahlungsmittel
1949		
7. 1.	6 240	6 556
15. 1.	6 029	6 357
23. 1.	5 829	6 148
31. 1.	6 167	6 508
7. 2.	6 176	6 510
15. 2.	5 959	6 284
23. 2.	5 777	6 119
28. 2.	6 216	6 583
7. 3.	6 251	6 612
15. 3.	6 005	6 378
23. 3.	5 770	6 133
31. 3.	6 187	6 649
7. 4.	6 203	6 683
15. 4.	6 098	6 570
23. 4.	5 792	6 256
30. 4.	6 333	6 791
7. 5.	6 256	6 712
15. 5.	6 110	6 577
23. 5.	5 877	6 332
31. 5.	6 362	6 803
7. 6.	6 463	6 893
15. 6.	6 200	6 632
23. 6.	6 004	6 418
30. 6.	6 553	6 974
7. 7.	6 576	6 999
15. 7.	6 409	6 828
23. 7.	6 179	6 586
31. 7.	6 688	7 107
7. 8.	6 674	7 113
15. 8.	6 520	6 947
23. 8.	6 278	6 693
31. 8.	6 815	7 222
7. 9.	6 844	7 279
15. 9.	6 740	7 177
23. 9.	6 541	6 967
30. 9.	7 029	7 453
7. 10.	7 002	7 417
15. 10.	6 794	7 198
23. 10.	6 524	6 947
31. 10.	7 060	7 477
7. 11.	6 966	7 405
15. 11.	6 731	7 159
23. 11.	6 386	6 801
30. 11.	6 978	7 386
7. 12.	7 018	7 423
15. 12.	6 943	7 363
21. 12.	6 852	7 266
31. 12.	7 330	7 738
1950		
7. 1.	7 169	7 570
15. 1.	6 972	7 365
23. 1.	6 643	7 038
31. 1.	7 199	7 609
7. 2.	7 066	7 472
15. 2.	6 860	7 260
23. 2.	6 684	7 080
28. 2.	7 290	7 690
7. 3.	7 210	7 607
15. 3.	7 012	7 405
23. 3.	6 727	7 116
31. 3.	7 420	7 828

Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher
in

Datum	Aktiva							
	Guthaben bei ausländischen Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handelsabkommen ²⁾	Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslands-geschäfts	Ausländische Zahlungsmittel ³⁾	Post-scheck-konto-Gut-haben	Wechsel und Schecks	Schatz-wechsel u. kurz-fristige Schatz-anweisungen ⁴⁾	Lombardforderungen	
							insgesamt	darunter gegen Ausgleichs-forderungen gegen die öffentliche Hand
	1	2	3	4	5	6	7	8
1948								
30. September	622,1	848,2	—	60,2	350,2	0,1	10,3	10,2
31. Oktober	763,6	1 014,3	—	66,7	778,0	0,6	59,7	59,5
30. November	843,0	1 214,6	0,0	29,5	1 231,6	0,1	95,2	83,6
31. Dezember	983,1	1 538,6	0,0	129,2	1 461,0	0,5	167,2	132,1
1949								
31. Januar	1 113,2	1 770,2	0,2	69,9	1 297,0	1,1	162,3	122,0
28. Februar	1 131,3	1 942,9	0,2	39,3	1 314,4	0,6	201,2	149,8
31. März	1 204,6	2 226,5	0,6	76,1	1 376,9	35,3	163,8	116,8
30. April	1 345,1	2 446,2	0,7	101,8	1 350,9	50,0	190,2	143,3
31. Mai	1 448,4	1 774,1	0,9	47,7	1 137,4	50,6	183,9	159,8
30. Juni	1 335,8	1 521,4	1,7	28,3	1 026,0	101,6	145,2	129,2
31. Juli	1 221,7	1 380,3	2,5	29,5	1 197,2	106,9	182,7	158,9
31. August	1 123,1	1 440,7	3,6	29,7	1 553,9	149,2	175,0	152,2
30. September	990,1	1 057,6	4,4	33,9	1 831,8	160,9	173,0	131,9
31. Oktober	1 070,3	1 120,3	6,7	29,2	2 440,4	164,8	232,7	194,5
30. November	986,6	1 045,9	8,7	33,9	2 929,7	139,7	369,4	286,6
31. Dezember	833,9	755,2	11,7	33,4	3 225,7	233,7	357,6	302,3
1950								
31. Januar	724,6	913,3	13,1	32,3	3 246,3	235,1	305,3	275,5
28. Februar	642,5	528,5	14,4	29,1	3 231,0	246,6	384,2	354,1
31. März	657,6	519,5	16,0	28,5	3 310,0	228,3	258,8	241,4

Datum	Passiva								
	Zahlungsmittel-umlauf ⁵⁾	Einlagen							
		insgesamt (Spalte 21, 22, 27 u. 28)	Kredit-institute (einschl. Postscheck-u. Postspars-kassen-ämter)	von Spalte 20 entfallen auf Einlagen der sonstigen Körperschaften					sonstigen in-ländischen Einleger ⁶⁾
				insgesamt	davon				
					Besatzungs-mächte	Bund und Länder ⁶⁾	Gemeinden und Gemeinde-verbände	sonstige öffent-liche Körper-schaften	
	19	20	21	22	23	24	25	26	27
1948									
30. September	5 358,1	3 261,3	1 325,4	1 676,4	579,2	465,7	28,8	602,7	256,2
31. Oktober	5 885,3	2 846,3	1 037,0	1 585,4	479,9	438,9	60,3	606,3	221,5
30. November	6 017,5	3 313,3	1 492,7	1 572,4	492,5	374,1	86,3	619,5	245,8
31. Dezember	6 319,4	3 132,3	1 572,5	1 335,1	455,3	452,7	86,0	341,1	222,1
1949									
31. Januar	6 166,6	3 118,2	1 474,5	1 413,3	489,7	623,0	62,5	238,1	227,6
28. Februar	6 215,6	3 063,1	1 348,4	1 484,2	527,1	593,9	55,0	308,2	227,9
31. März	6 649,6 ⁶⁾	3 193,7	1 471,2	1 498,9	566,3	647,5	53,6	231,5	220,3
30. April	6 791,8	3 372,9	1 485,6	1 500,4	563,7	697,6	48,3	190,8	383,6
31. Mai	6 802,7	3 286,9	1 486,1	1 432,0	575,9	630,2	52,2	173,7	364,1
30. Juni	6 974,0	2 955,3	1 300,9	1 293,8	592,2	503,9	50,1	147,6	356,5
31. Juli	7 107,4	2 846,9	1 141,4	1 368,6	626,0	449,5	53,9	239,2	331,4
31. August	7 222,3	2 749,6	1 198,5	1 312,6	650,4	357,1	46,4	258,7	234,9
30. September	7 453,2	2 409,7	1 016,5	1 090,7	485,5	135,4 ⁶⁾	49,3	420,5 ⁶⁾	298,5
31. Oktober	7 476,9	2 745,4	1 175,2	1 247,2	503,4	278,9	45,4	419,5	317,7
30. November	7 386,0	2 688,5	1 041,2	1 246,7	482,4	227,7	10,8 ⁷⁾	525,8	395,4
31. Dezember	7 737,5	2 480,2	1 268,5	1 000,5	462,2	173,0	11,4	353,9	204,3
1950									
31. Januar	7 609,7	2 695,9	1 013,0	1 142,5	466,1	291,1	12,3	373,0	534,8
28. Februar	7 689,8	2 682,6	956,9	1 293,4	468,6	386,2	12,0	426,6	426,8
31. März	7 828,3	2 347,0	866,8	1 140,8	438,3	246,9	14,2	441,4	334,0

+) Differenzen in der Komma-stelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. ¹⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Januar 1949. ²⁾ Für die Militärregierung verwaltet. ³⁾ Ab 31. 3. 1950 nur Schatzwechsel. ⁴⁾ Bis 28. 2. 1949 nur Ausgleichs-forderungen; ab 31. 3. 1949 einschließlich Schuldverschreibungen. ⁵⁾ Ab 31. 3. 1949 einschließlich der in Berlin ausge-

Länder und der Landeszentralbanken ^{1) +)}

Mill. DM

Aktiva									
insgesamt	Kassenvorschüsse			Wertpapiere		Be- teiligungen an der BdL	Forde- rungen gegen die öffentliche Hand ⁴⁾	Interims- forderung. gegen die Geld- institute aus der Erstaus- stattung mit neuem Geld	Sonstige Aktiva
	davon an			insgesamt	darunter angekaufte Ausgleichs- forderungen gegen die öffentliche Hand				
	Militär- regie- rung	Länder	sonstige öffentl. Körper- schaften						
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
35,3	1,0	27,5	6,8	11,4	11,4	100,0	7 833,7	526,5	372,6
27,8	1,0	16,7	10,1	32,8	32,5	100,0	7 778,4	211,1	219,0
93,6	0,8	37,0	55,8	36,5	36,5	100,0	7 687,1	190,5	207,6
98,5	0,7	34,6	63,2	38,3	38,2	100,0	7 520,7	143,0	306,0
67,8	0,5	6,9	60,4	39,6	39,5	100,0	7 592,0	105,5	295,7
48,3	0,4	22,3	25,6	43,5	43,4	100,0	7 672,1	106,5	273,7
117,4	0,4	38,4	78,6	44,3	44,2	100,0	8 295,2 ⁴⁾	74,0	78,1
270,3	0,4	42,5	227,4	47,6	47,6	100,0	8 301,7	57,1	90,2
242,4	0,5	54,2	187,7	49,9	49,8	100,0	8 310,2	39,9	104,2
286,6	0,5	78,2	207,9	60,3	60,2	100,0	8 240,5	33,6	109,3
192,3	0,4	52,4	139,5	69,3	69,2	100,0	8 174,9	20,8	279,8
74,7	0,4	68,0	6,3	89,0	88,9	100,0	8 134,3	12,5	336,7
61,1	0,4	57,4	3,3	100,1	100,0	100,0	8 085,3	9,5	345,9
46,3	0,4	45,6	0,3	104,9	104,8	100,0	8 096,6	8,1	204,0
49,3	0,4	47,6	1,3	129,6	129,5	100,0	7 898,9	6,7	219,1
148,3	0,3	86,5	61,5	228,4	228,1	100,0	8 129,7	—	230,8
84,9	0,3	80,5	4,1	266,4	266,0	100,0	7 995,8	—	182,5
81,5	0,3	77,7	3,5	286,8	285,4	100,0	8 060,8	—	190,2
129,3	0,3	101,9	27,1	325,2	323,5	100,0	7 920,1	—	206,7

Passiva							
Einlagen	Verpflich- tungen in Devisen gegen JEIA	Sonstige Konten zur Ab- wicklung des Auslands- geschäfts	Grund- kapital der BdL und der LZB	Rücklagen und Rück- stellungen	Schwebende Ver- rechnungen innerhalb des Zentral- bank- systems	Sonstige Passiva	Bilanzsumme
aus- ländischen Einleger ¹⁰⁾							
28	29	30	31	32	33	34	35
3,3	621,7	969,7	370,0	0,6	99,5	89,7	10 770,6
2,4	759,6	958,2	370,0	9,5	186,4	36,7	11 052,0
2,4	839,6	1 061,1	370,0	6,5	77,4	43,9	11 729,3
2,6	977,8	1 375,9	370,0	6,5	135,3	168,9	12 486,1
2,8	1 106,7	1 620,5	370,0	6,5	37,0	189,0	12 614,5
2,6	1 110,8	1 810,7	370,0	6,5	81,6	215,7	12 874,0
3,3	1 177,4	2 043,2	370,0	6,5	137,0	215,4	13 792,8
3,3	1 305,5	2 209,4	370,0	6,5	78,4	217,3	14 351,8
4,7	1 402,6	1 326,6	370,0	6,5	90,1	204,2	13 489,6
4,1	1 283,4	982,5	370,0	6,5	140,2	278,4	12 990,3
5,5	1 148,6	953,2	370,0	11,5	84,2	436,1	12 957,9
3,6	1 031,0	1 229,7	385,0	12,4	108,9	483,5	13 222,4
4,0	854,5	1 243,2	385,0	14,0	104,7	489,3	12 953,6
5,3	922,6	1 654,2	385,0	14,1	101,6	324,5	13 624,3
5,2	884,4	1 996,8	385,0	14,5	220,3	342,0	13 917,5
6,9	—	2 975,9	385,0	35,0	208,7	466,1	14 288,4
5,6	—	2 861,5	385,0	45,3	89,4	412,8	14 099,6
5,5	—	2 476,5	385,0	49,2	74,9	437,6	13 795,6
5,4	—	2 485,2	385,0	51,9	142,9	459,7	13 700,0

gebenen Banknoten und Scheidemünzen. ⁶⁾ Bis 31. 8. 1949 Einlagen von „Staatskassen“, von denen ein Teil ab 30. 9. 1949 in Spalte 26 einbezogen ist. ⁷⁾ Die Verminderung gegenüber den Vormonaten ist hauptsächlich auf die Umbuchung von Einlagen der Gemeinden in solche der Länder bei den Landeszentralbanken Bremen und Hamburg zurückzuführen. ⁸⁾ Vgl. Anmerkung ⁶⁾. ⁹⁾ Bis einschließlich 30. 6. 1949 Einlagen innerhalb des Währungsgebietes. ¹⁰⁾ Bis einschließlich 30. 6. 1949 Einlagen außerhalb des Währungsgebietes.

Monatsausweise der Landeszentralbanken

in

	Bayern	Hessen	Württemberg- Baden	Bremen	Nordrhein- Westfalen
Aktiva:					
Guthaben bei der BdL	21,0	24,7	19,6	8,9	60,3
Postscheckguthaben	0,8	0,0	0,0	0,0	0,2
Wechsel und Schecks	10,1	1,1	7,6	77,4	54,0
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen	85,0	30,0	—	12,0	58,3
Wertpapiere	0,4	—	0,6	—	—
Ausgleichsforderungen	525,1	254,7	286,1	46,1	507,5
davon: aus der eigenen Umstellung	(407,4)	(228,5)	(254,9)	(40,8)	(454,9)
angekaufte	(117,7)	(26,2)	(31,2)	(5,3)	(52,6)
Lombardforderungen	22,7	49,0	30,9	0,3	33,8
darunter gegen Ausgleichsforderungen	(20,3)	(43,5)	(29,9)	(0,3)	(32,4)
Kassenkredite	30,5	21,1	—	—	—
davon an Landesregierung	(30,5)	(21,1)	(—)	(—)	(—)
sonstige öffentliche Stellen	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
Beteiligung an der BdL	17,5	8,5	9,0	3,0	28,0
Sonstige Vermögenswerte	7,0	26,9	5,9	5,5	53,0
Interimsforderungen aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—
Summe der Aktiva	720,1	416,0	359,7	153,2	795,1
Passiva:					
Grundkapital	50,0	30,0	30,0	10,0	65,0
Rücklagen und Rückstellungen	16,0	2,7	10,4	0,1	7,0
Einlagen	175,4	222,7	163,2	134,9	502,6
davon: Kreditinstitute innerhalb des Landes					
(einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter)	(119,5)	(79,8)	(89,1)	(32,8)	(242,1)
Kreditinstitute in anderen deutschen Ländern	(1,3)	(7,7)	(1,5)	(1,1)	(0,1)
öffentliche Verwaltungen	(27,2)	(52,8)	(57,3)	(79,6)	(153,8)
Dienststellen der Besatzungsmächte	(9,5)	(73,6)	(0,9)	(0,2)	(10,3)
sonstige inländische Einleger	(6,1)	(11,1)	(10,6)	(20,3)	(90,6)
ausländische Einleger	(0,1)	(2,1)	(0,0)	(—)	(0,0)
zwischen den Niederlassungen der LZB unter-					
wegs befindliche Giroübertragungen	(11,7)	(-/-4,4)	(3,8)	(0,9)	(5,7)
Lombardverpflichtungen gegenüber der BdL	455,1	140,0	143,3	—	161,1
Sonstige Verbindlichkeiten	23,6	20,6	12,8	8,2	59,4
Interimsverbindlichkeiten aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—
Summe der Passiva	720,1	416,0	359,7	153,2	795,1
Indossamentsverbindlichkeiten aus weiter gegebenen Wechseln	621,9	203,2	370,5	9,4	695,3
darunter Auslandswechsel	(3,0)	(1,4)	(1,1)	(0,0)	(3,8)

*) Differenzen in der Kommastrichstelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen

nach dem Stand vom 31. März 1950 +)

Mill. DM

Nieder- sachsen	Schleswig- Holstein	Hamburg	Rheinland- Pfalz	Baden	Württemberg- Hohenzollern	Insgesamt		
						31. März 1950	28. Februar 1950	31. Januar 1950
15,8	4,8	15,7	15,9	10,2	2,3	199,2	332,4	233,3
0,2	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	1,4	1,3	1,6
10,3	0,1	0,5	6,7	0,3	2,1	170,2	347,9	299,7
—	10,0	—	3,5	5,1	5,0	208,9	219,5	232,0
—	—	—	0,4	—	0,1	1,5	1,3	0,3
307,4	144,7	174,6	155,0	80,3	65,6	2 547,1	2 509,0	2 485,8
(290,6)	(115,7)	(151,4)	(138,5)	(77,2)	(63,8)	(2 223,7)	(2 223,7)	(2 219,7)
(16,8)	(29,0)	(23,2)	(16,5)	(3,1)	(1,8)	(323,4)	(285,3)	(266,1)
27,6	17,1	8,4	49,3	6,1	6,7	251,9	384,4	305,3
(24,9)	(13,9)	(7,4)	(49,2)	(6,1)	(6,5)	(234,4)	(354,1)	(275,6)
13,8	1,5	—	18,0	16,3	4,2	105,4	80,5	82,5
(13,8)	(1,5)	(—)	(17,9)	(13,0)	(4,2)	(102,0)	(77,1)	(79,1)
(—)	(—)	(—)	(0,1)	(3,3)	(—)	(3,4)	(3,4)	(3,4)
11,5	4,5	8,0	5,5	2,5	2,0	100,0	100,0	100,0
6,5	14,4	3,0	4,4	2,2	2,7	131,5	119,3	115,1
—	—	—	0,0	—	—	0,0	0,0	0,0
393,1	197,1	210,3	258,8	123,0	90,7	3 717,1	4 095,6	3 855,6
40,0	10,0	10,0	20,0	10,0	10,0	285,0	285,0	285,0
—	—	6,8	5,6	0,5	2,7	51,8	49,2	45,3
131,0	40,4	130,6	132,1	67,9	32,5	1 733,3	1 966,7	1 867,4
(83,5)	(22,1)	(44,5)	(37,0)	(32,0)	(22,3)	(804,7)	(891,4)	(932,1)
(1,5)	(3,2)	(4,3)	(0,5)	(0,7)	(0,3)	(22,2)	(19,3)	(15,7)
(30,2)	(10,9)	(49,3)	(69,1)	(14,7)	(6,7)	(551,6)	(658,5)	(559,4)
(1,0)	(0,2)	(21,0)	(6,3)	(13,2)	(1,0)	(137,2)	(167,8)	(165,2)
(12,0)	(2,5)	(9,4)	(9,2)	(5,5)	(1,6)	(178,9)	(183,3)	(171,3)
(0,0)	(0,0)	(2,1)	(0,9)	(0,1)	(0,0)	(5,3)	(5,5)	(5,5)
(2,8)	(1,5)	(—)	(9,1)	(1,7)	(0,6)	(33,4)	(40,9)	(18,2)
205,8	129,1	43,1	92,6	40,8	40,5	1 451,4	1 618,2	1 491,8
16,3	17,6	19,8	8,5	3,8	5,0	195,6	176,5	166,1
—	—	—	—	—	—	—	—	—
393,1	197,1	210,3	258,8	123,0	90,7	3 717,1	4 095,6	3 855,6
222,6	170,1	531,7	169,3	72,7	60,3	3 127,0	2 880,4	2 942,9
(0,4)	(—)	(0,3)	(0,8)	(0,3)	(0,4)	(11,5)	(9,5)	(8,1)

II. Bankstatistische Erhebungen der Bank deutscher

Bilanzzahlen:

Monatliche Bankenstatistik für
Gesamterhebung der Bank deutscher

Aktiva

in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ²⁾	Barreserve ³⁾		Nostroguthaben ⁴⁾ <small>13)</small>		sonstige Bankguthaben ⁵⁾	Währungsguthaben bei der Bdl f. gestellte Akkreditive	Wechsel (ohne die im Eigenbesitz befindl. eigenen Akzepte)					Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen ⁷⁾	eigene Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand ⁸⁾
		insgesamt	darunter LZB-Guthaben	insgesamt	darunter Postscheckguthaben			insgesamt	davon					
									Handelswechsel ⁶⁾	fremde Bankakzepte	sonstige Wechsel			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1949														
Jan.	3583	1 586,6	1 322,8	1 256,4	56,2	.	.	1 257,7	1 139,8	63,0	.	54,9	13,4	4 478,2
Febr.	3583	1 488,2	1 235,0	1 361,8	57,4	.	.	1 369,8	1 243,0	75,2	.	51,6	13,7	4 571,8
März	3581	1 610,5	1 354,8	1 394,4	52,2	.	.	1 415,0	1 277,8	86,2	.	51,0	20,4	4 662,7
April	3580	1 653,9	1 397,0	1 413,8	50,7	.	.	1 475,5	1 348,7	75,8	.	51,0	17,5	4 736,2
Mai	3576	1 611,0	1 343,0	1 691,4	49,0	.	.	1 686,1	1 522,6	112,6	.	50,9	15,1	4 812,9
Juni	3576	1 415,2	1 149,6	1 631,1	53,4	51,6	.	1 868,3	1 609,3	162,2	96,8	60,4	62,9	5 121,0
Juli	3574	1 255,1	983,5	1 566,1	48,9	60,1	.	1 918,0	1 593,3	224,1	100,6	60,8	73,2	5 121,2
Aug.	3580 ¹⁵⁾	1 310,2	1 031,0	1 609,1 ¹⁸⁾	47,3	66,4	155,1	1 911,0	1 589,6	215,0	106,4	67,0	134,9	5 106,3
Sept.	3583	1 137,7	871,8	1 678,9	44,7	75,8	259,7	1 909,8	1 614,7	188,8	106,3	63,0	117,7	5 203,7
Okt.	3584	1 267,1	976,2	1 474,6	47,2	77,8	410,7	1 674,3	1 395,4	179,2	99,7	60,7	128,6	5 378,2
Nov.	3584	1 228,8	920,8	1 401,5	46,5	192,5	505,5	1 538,8	1 297,9	147,7	93,2	60,5	186,6	5 426,9
Dez.	3584	1 480,4	1 208,5	1 493,9	80,7	145,0	440,7	1 672,8	1 418,9	154,2	99,7	58,3	169,2	5 374,6
1950														¹⁹⁾
Jan.	3589	1 582,5	1 285,0	1 416,2	47,6	177,1	328,6	1 662,1	1 403,0	164,4	94,7	60,6	176,7	5 465,0
Febr.	3590	1 327,0	1 037,0	1 460,5	45,1	213,9	204,3	1 726,3	1 463,4	166,3	96,6	60,0	185,5	5 489,4

Passiva

Stand am Monatsende	Einlagen												seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	
	auf Anlagekonto	auf Festkonto	auf Freikonto mit Einlagen von Geldinstituten		von Spalte 33 entfallen auf									Spar-einlagen
			insgesamt	ohne	Einlagen v. Geldinst.		Einlagen d. öff. Hand		sonstige Gläubiger		Spar-einlagen			
					insgesamt	Währsguthaben für gestellte Akkreditive	Termin-einlagen	insgesamt	darunter Termin-einlagen	insgesamt		Währsguthaben für gestellte Akkreditive		
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
1949														
Jan.	341,2	325,7	10 706,8	9 416,5	1 290,3	.	209,4	2 234,6	762,8	5 414,5	.	287,6	1 767,4	.
Febr.	368,1	238,4	11 217,5	9 895,1	1 322,4	.	251,9	2 377,8	880,7	5 591,6	.	357,4	1 925,7	.
März	391,4	158,3	11 767,2	10 328,6	1 438,6	.	296,0	2 380,0	927,5	5 851,6	.	429,3	2 097,0	.
April	404,6	114,7	12 236,7	10 768,8	1 467,9	.	352,1	2 584,2	1 004,1	5 969,0	.	473,7	2 215,6	.
Mai	415,7	73,3	12 909,9	11 235,1	1 674,8	.	423,6	2 631,8	1 048,8	6 240,8	.	583,6	2 362,5	.
Juni	399,7	50,5	13 212,7	11 501,8	1 710,9	.	426,3	2 542,1	1 105,6	6 490,5	.	669,2	2 469,2	27,9
Juli	366,7	40,3	13 246,8	11 646,3	1 600,5	.	455,8	2 587,7	1 214,7	6 474,2	.	687,4	2 584,4	15,7
Aug.	361,3	34,0	13 730,7	12 064,4	1 666,3	9,5	401,0	2 684,7	1 227,3	6 695,1	145,6	712,3	2 684,6	15,5
Sept.	356,6	27,4	13 985,1	12 331,1	1 654,0	10,0	369,8	2 636,5	1 211,9	6 943,3	249,7	724,6	2 751,3	17,9
Okt.	347,7	22,9	14 236,5	12 796,9	1 439,6	13,5	379,6	2 675,8	1 244,8	7 300,0	407,5	764,9	2 821,1	19,0
Nov.	339,7	19,8	14 294,3	12 921,8	1 372,5	16,6	353,0	2 786,3	1 343,3	7 234,0	487,9	697,2	2 901,5	22,0
Dez.	330,5	16,8	14 649,7	13 168,1	1 481,6	15,3	365,0	2 800,7	1 305,0	7 306,8	425,4	811,9	3 060,6	34,1
1950														
Jan.	328,2	16,1	14 415,9	13 040,0	1 375,9	9,5	378,2	2 852,4	1 328,8	6 947,4	318,7	882,2	3 240,2	33,9
Febr.	325,6	13,2	14 668,9	13 227,6	1 441,3	8,3	435,5	2 945,8	1 491,1	6 905,3	195,8	957,8	3 376,5	44,9

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neuer berichtender Geldinstitute. ³⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. ⁴⁾ Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute. ⁵⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. ⁶⁾ Bis einschließlich Mai 1949 sind noch geringfügige Beträge an sonstigen Wechseln enthalten. ⁷⁾ Bis einschließlich Mai 1949 sind nur Schatzwechsel erfaßt. ⁸⁾ Bis einschließlich Mai 1949 Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen; ab Juni 1949 geschätzter Gesamtbetrag der Ausgleichsforderungen abzüglich der verkauften eigenen Ausgleichsforderungen. ⁹⁾ Die in der wöchentlichen Bankenstatistik ab Juli 1949 einbezogenen Valutaforderungen aus der RM-Zeit sind in der monatlichen Bankenstatistik erst ab August 1949 aufgenommen. ¹⁰⁾ Bis Mai 1949 einschließlich Hypotheken, Grund- und

Länder und der Landeszentralbanken

Gesamtübersicht

das westdeutsche Währungsgebiet *) 1)

Länder und der Landeszentralbanken

Forderungen aus Report- u. Lombardgeschäften		Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelag. Waren		Schuldner ⁹⁾						Hypotheken, Grund- und Rentenschulden		Kommunal-darlehen		durchlaufende Kredite - nur Treuhandgesch.-		Stand am Monatsende
insgesamt	darunter Lomb.-ford. gegen börsen-gängige Wert-papiere	insgesamt	darunter Rem-bours-kredite	Nichtbankenkundsch.			Geldinstitute			insgesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 gewährte)	insgesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 gewährte)	insgesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 gewährte)	
				kurzfr. Ford. ⁹⁾		mittel- und langfristige Forderungen	kurzfr. Ford. ⁹⁾		mittel- und langfristige Forderungen							
				insgesamt	darunter Valuta-forderungen aus der RM-Zeit		insgesamt	darunter Valuta-forderungen aus der RM-Zeit								
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
.	.	.	.	2 743,4	.	614,6 ¹⁰⁾	367,7	.	55,7	1949
.	.	.	.	3 062,8	.	646,0 ¹⁰⁾	366,5	.	59,9	Jan.
.	.	.	.	3 206,4	.	705,3 ¹⁰⁾	379,6	.	69,5	Febr.
.	.	.	.	3 464,2	.	744,4 ¹⁰⁾	446,1	.	71,9	März
.	.	.	.	3 636,4	.	790,4 ¹⁰⁾	431,9	.	88,6	April
40,9	0,9	125,0	5,0	3 928,4	.	217,7	472,9	.	70,2	685,8	147,5	114,6	22,9	.	.	Mai
20,3	1,0	114,3	0,6	4 290,1 ¹⁰⁾	.	270,7	503,4 ⁹⁾	.	70,4	720,7	187,0	128,2	35,0	379,0	.	Juni
5,6	0,8	147,9	1,0	4 918,6	266,5	572,3 ¹⁵⁾	525,4	14,4	96,0 ¹⁵⁾	765,1	230,9	136,0	40,8	238,8 ¹²⁾	.	Juli
4,7	0,8	144,7	0,6	5 289,9	267,3	635,3	492,9	15,1	141,0	820,1	289,4	142,5	48,0	284,6	.	Aug.
6,1	0,7	199,1	—	5 913,0	268,8	787,3	619,9	15,3	148,8	889,6	361,7	149,6	58,3	343,6	268,8	Sept.
5,7	0,6	230,2	—	6 385,7	271,3	866,7	670,8	14,5	180,2	956,9	407,3	163,4	72,8	382,0	303,7	Okt.
6,2	1,1	243,7	11,0	6 407,9	275,7	958,3	605,1	14,4	231,2	1 074,5	530,2	195,8	104,7	434,3	355,8	Nov.
4,5	1,4	269,3	17,9	6 640,3	274,5	1 045,1	653,7	15,2	287,8	1 212,3	607,5 ¹⁹⁾	229,8 ¹⁹⁾	128,4	481,4	382,8	1950
4,2	1,2	270,2	16,4	6 883,9	281,4	1 223,1	676,6	15,0	383,3	1 277,3	674,5	271,7	170,5	514,8	424,7	Jan.
																Febr.

Passiva

Nostroverspflichtungen ¹¹⁾				eigene Akzepte im Umlauf	Anleihen		Herkunft der Darlehen und längerfristig aufgenommenen Gelder (Spalten 51 u. 48)			durch laufend Kredite - nur Treuhand-geschäfte	Eigenkapital		Verbindl. aus Bürgschaft-, Wechsel- u. Scheck-bürgschaft-, Gewähr-leistungs-verträgen	Indossam. Verb.		Betrag der verkauften eigenen Ausgleichs-forderungen	Stand am Monatsende	
insgesamt	darunter				gegen Schuld-verschreibungen	sonstige Darlehen	Geld-in-stitute	öffent-liche Stellen	son-stige		insgesamt ¹⁴⁾	darunt-gemäß Wäh-rungs-gesetz (36. DVO z. UG) ¹⁴⁾		eig. Zie-hun-gen im Um-lauf	insgesamt			darunter weiter-begebene fremde Bank-akzepte
	Valuta-verpfl. aus der RM-Zeit	Nostro-verpfl. aus Lombardierung von Aus-gleichs-forderungen	für länger als 6 Mon. herein-genommene Gelder und Kredite															
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	
643,0	.	141,2	.	517,3	33,5	.	1 350,9	96,1	25,2	1949	
699,0	.	173,9	.	594,2	29,7	.	1 333,4	117,9	30,6	Jan.	
674,2	.	144,0	.	641,3	35,8	.	1 368,4	103,0	30,8	Febr.	
790,6	.	188,2	.	651,2	39,4	.	1 365,8	97,6	33,7	März	
811,2	.	191,1	.	634,2	44,8	.	1 288,0	85,4	35,0	April	
768,7	.	179,8	46,2	661,8	726,4	200,9	313,2	54,9	403,4	1 138,7	75,9	43,6	Mai	
891,0	.	224,8	44,2	810,2	753,2	252,0	.	.	.	404,3	339,6	62,2	437,2	1 291,9	68,9	67,3	Juni	
1 407,7 ¹³⁾	269,0	219,9	296,5 ¹⁵⁾	1 000,1 ¹⁵⁾	775,0	333,6 ¹⁵⁾	.	.	.	268,2 ¹²⁾	492,8 ¹⁵⁾	347,7	69,3	662,3 ¹⁵⁾	1 426,4 ¹⁵⁾	99,1	75,3	Juli
1 489,3	282,2	183,3	406,4	1 191,9	807,0	389,1	.	.	.	302,3	681,4	534,4	71,1	878,1	1 518,3	133,8	82,4	Aug.
1 335,6 ¹⁶⁾	288,1	261,2	70,1 ¹⁶⁾	1 498,4	1 085,1 ¹⁷⁾	521,9	128,4	333,7	129,9	356,4	836,8	511,0	85,2	1 140,1	1 832,1	173,5	88,9	Sept.
1 601,0	295,7	358,9	144,7	1 783,0	1 108,6	587,6	217,9	383,5	130,9	418,5	857,5	540,8	101,2	1 128,6	1 952,9	226,9	108,7	Okt.
1 556,9	302,8	359,9	206,2	1 850,6	1 230,1	583,0	325,7	319,9	143,6	467,9	873,6	541,0	112,7	1 138,6	2 197,9	297,0	186,2	Nov.
2 074,7 ¹⁸⁾	306,1	348,7	663,9 ¹⁸⁾	1 802,2	1 423,8 ¹⁹⁾	682,5	831,9 ¹⁹⁾	363,3	151,2	512,4	905,7 ¹⁹⁾	572,7	118,2	1 306,0	2 372,5	298,0	237,3	1950
2 148,5	320,5	433,4	667,6	1 733,2	1 457,0	771,0	540,1 ²⁰⁾	740,0 ²¹⁾	158,5	547,6	910,6	574,9	127,0	1 502,3	2 434,4	287,6	257,0	Jan.
																		Febr.

Rentenschulden, Kommundarlehen, die ab Juni 1949 in den Spalten 25—28 erscheinen. ¹¹⁾ Sonstige im In- und Ausland aufgenommene Gelder und Kredite; ab August 1949 sind Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit einbezogen. ¹²⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder verwalteten Umstellungsgrundschulden bedingt. ¹³⁾ Ab August 1949 sind die Zahlen der Spalte 7 ausgegliedert. ¹⁴⁾ Aus der Differenz der Spalten 56 und 57 ergibt sich die Höhe des DM-Eigenkapitals der neu gegründeten Institute und des von einzelnen Instituten bereits neu gebildeten Eigenkapitals. ¹⁵⁾ Veränderung z. T. beeinflusst durch Neuaufnahme mehrerer Spezialinstitute (z. B. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Landwirtschaftliche Rentenbank usw.) ¹⁶⁾ Rückgang z. T. bedingt durch Umwandlung in Schuldverschreibungen. ¹⁷⁾ Siehe Anmerkung ¹⁰⁾. ¹⁸⁾ Die Erhöhung ist überwiegend auf eine starke Zunahme der aufgenommenen Gelder bei einem Spezialinstitut zurückzuführen. ¹⁹⁾ Die Zunahme ist zum Teil auf den Neuzugang einiger Institute zurückzuführen. (vgl. Anmerkung ⁸⁾ Seite 55 bzw. Anmerkung ⁷⁾ Seite 57). ²⁰⁾ Siehe Anmerkung ²¹⁾. ²¹⁾ Die Erhöhung ist überwiegend dadurch verursacht, daß ab Februar die counterpart funds als von der Bundesregierung aufgenommene Gelder ausgewiesen sind.

Bilanzzahlen:

Monatliche Bankenstatistik für
Gesamterhebung der Bank deutscher
in

Aktiva

Stand am Mo- nats- ende 1949 bzw. 1950	Zahl der ber- ich- tenden Insti- tute ²⁾	Barreserve ³⁾		Nostroguthaben ⁴⁾		sonstige Bank- guthaben ⁵⁾	Währungs- guthaben bei der BdL für gestellte Akkre- ditive	Wechsel (ohne die im Eigenbesitz befindl. eigenen Akzepte)					Schatz- wechsel und unver- zinsliche Schatzan- weisungen	eigene Aus- gleichs- forde- rungen gegen die öffent- liche Hand ⁶⁾
		ins- gesamt	darunter LZB-Gut- haben	ins- gesamt	darunter Post- scheck- guthaben			ins- gesamt	davon					
									Handels- wechsel	fremde Bank- akzepte	sonstige Wechsel			
											ins- gesamt	darunter Debi- toren- ziehun- gen		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	

Währungsgebiet

Okt.	3584	1 267,1	976,2	1 474,6	47,2	77,8	410,7	1 674,3	1 395,4	179,2	99,7	60,7	128,6	5 378,2
Nov.	3584	1 228,8	920,8	1 401,5	46,5	192,5	505,5	1 538,8	1 297,9	147,7	93,2	60,5	186,6	5 426,9
Dez.	3584	1 480,4	1 208,5	1 493,9	80,7	145,0	440,7	1 672,8	1 418,9	154,2	99,7	58,3	169,2	5 374,6
Jan.	3589	1 582,5	1 285,0	1 416,2	47,6	177,1	328,6	1 662,1	1 403,0	164,4	94,7	60,6	176,7	5 465,0 ⁸⁾
Febr.	3590	1 327,0	1 037,0	1 460,5	45,1	213,9	204,3	1 726,3	1 463,4	166,3	96,6	60,0	185,5	5 489,4

Bayern ⁷⁾

Okt.	577	153,7	101,4	118,3	7,0	1,2	21,1	141,5	111,3	8,5	21,7	18,0	—	1 011,6
Nov.	577	154,6	93,7	123,7	8,2	4,3	28,6	141,1	102,1	17,1	21,9	17,0	0,8	1 004,7
Dez.	577	230,3	175,1	122,5	17,6	5,0	31,5	170,8	127,5	23,4	19,9	14,9	10,0	945,3
Jan.	578	166,7	113,6	153,6	9,6	6,7	17,2	159,7	122,3	11,9	25,5	20,2	2,8	931,7
Febr.	578	172,4	117,9	139,9	9,2	9,4	10,2	157,2	122,5	8,9	25,8	19,9	0,0	974,5

Hessen ⁷⁾

Okt.	308	78,6	54,1	165,2	5,8	1,7	33,2	148,7	118,2	21,2	9,3	7,2	6,0	451,2
Nov.	308	83,4	60,5	160,2	5,3	12,3	39,2	131,8	104,5	18,1	9,2	7,2	6,1	467,3
Dez.	308	115,7	93,5	145,8	7,1	7,1	47,9	163,1	129,1	23,9	10,1	8,3	6,6	464,1
Jan.	308	90,3	67,0	155,4	4,9	7,5	28,8	190,9	144,1	36,2	10,6	8,7	9,1	464,2
Febr.	309	102,3	77,4	164,3	4,0	8,3	21,0	199,0	149,3	39,1	10,6	8,4	8,6	464,8

Württemberg-Baden ⁷⁾

Okt.	363	116,3	89,0	240,4	4,6	4,7	26,0	176,8	144,3	25,8	6,7	5,4	2,8	589,9
Nov.	363	116,3	88,1	261,6	5,3	10,6	29,9	162,1	140,2	14,0	7,9	6,7	5,1	587,6
Dez.	363	144,0	116,7	230,9	7,6	14,6	28,5	164,4	139,1	16,7	8,6	7,3	5,4	590,9
Jan.	364	111,2	83,7	241,3	4,6	10,0	20,7	156,3	135,1	13,3	7,9	6,6	8,3	595,2
Febr.	364	108,7	81,7	263,9	3,8	12,7	15,1	166,7	145,8	13,1	7,8	6,4	8,1	595,7

Bremen

Okt.	28	39,7	33,5	40,8	1,2	0,0	48,6	29,7	26,0	3,5	0,2	0,0	2,0	76,8
Nov.	28	35,2	27,9	28,4	1,2	10,6	59,0	33,2	30,3	2,7	0,2	0,0	3,0	80,1
Dez.	28	42,6	37,0	34,4	1,8	7,1	44,3	57,0	38,6	18,2	0,2	0,0	—	79,2
Jan.	29	43,5	36,7	30,6	1,0	8,4	31,9	32,1	28,0	3,8	0,3	0,1	—	132,1 ⁸⁾
Febr.	29	30,3	24,2	30,8	1,1	13,8	17,1	37,6	33,4	4,0	0,2	0,1	1,0	131,4

Nordrhein-Westfalen ⁷⁾

Okt.	837	363,6	287,4	487,0	13,5	45,7	62,9	813,2	676,3	102,4	34,5	9,2	101,9	1 210,2
Nov.	837	351,8	272,4	414,9	12,8	73,8	66,2	707,6	603,4	76,4	27,8	9,6	152,7	1 241,4
Dez.	837	413,2	350,2	573,2	23,0	68,1	73,3	731,7	655,4	44,4	31,9	8,7	122,6	1 232,7
Jan.	837	345,7	265,3	455,3	13,7	75,0	53,1	762,9	660,1	76,4	26,4	8,2	134,6	1 221,9
Febr.	837	284,1	209,5	481,3	11,7	83,2	37,0	777,2	666,7	83,5	27,0	8,4	144,0	1 207,5

Niedersachsen ⁷⁾

Okt.	613	112,1	77,1	115,3	6,0	0,4	9,0	101,4	86,8	5,1	9,5	7,9	2,0	683,8
Nov.	613	113,9	78,3	151,3	5,2	1,6	9,4	115,6	100,8	6,3	8,5	6,7	2,5	682,9
Dez.	613	125,5	93,6	114,2	6,9	1,9	5,7	125,9	109,7	6,4	9,8	7,8	2,2	700,5
Jan.	616	99,7	63,7	134,2	5,4	10,8	6,0	126,7	113,3	4,5	8,9	6,6	3,2	758,1 ⁸⁾
Febr.	616	103,3	69,7	139,2	5,4	3,2	4,6	135,7	117,6	7,6	10,5	8,4	2,1	756,9

⁷⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Geldinstitute. ³⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. ⁴⁾ Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

nach Ländern

das westdeutsche Währungsgebiet*) 1)

Länder und der Landeszentralbanken

Mill. DM

Aktiva

Forderungen aus Report-u. Lomb-geschäften		Vorschüsse a. verfrachtete o. eingelagerte Waren		Schuldner						Hypotheken, Grund- und Rentenschulden		Kommunal-darlehen		durchlauf. Kredite - nur Treuhand-geschäfte -		Stand am Monatsende 1949 bzw. 1950
ins-gesamt	darunter Lomb-ford. gegen börsen-gängige Wert-papiere	ins-gesamt	darunter Rem-bours-kredite	Nichtbankenkundschaft			Geldinstitute			ins-gesamt	darunt. neue (nach dem 20. 6. 1948 ge-währte)	ins-gesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 ge-währte)	ins-gesamt	darunt. neue (nach dem 20. 6. 1948 ge-währte)	
				insgesamt	darunt. Valuta-ford. aus der RM-Zeit	mittel- und langfrist. Forderung.	insgesamt	darunt. Valuta-ford. aus der RM-Zeit	mittel- und langfristige Forde-rungen							
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	

Währungsgebiet

6,1	0,7	199,1	—	5 913,0	268,8	787,3	619,9	15,3	148,8	889,6	361,7	149,6	58,3	343,6	268,8	Okt.
5,7	0,6	230,2	—	6 385,7	271,3	866,7	670,8	14,5	180,2	956,9	407,3	163,4	72,8	382,0	303,7	Nov.
6,2	1,1	243,7	11,0	6 407,9	275,7	958,3	605,1	14,4	231,2	1 074,5	530,2	195,8	104,7	434,3	355,8	Dez.
4,5	1,4	269,3	17,9	6 640,3	274,5	1 045,1	653,7	15,2	287,8	1 212,3 ⁸⁾	607,5 ⁸⁾	229,8 ⁸⁾	128,4	481,4	382,8	Jan.
4,2	1,2	270,2	16,4	6 883,9	281,4	1 223,1	676,6	15,0	383,3	1 277,3	674,5	271,7	170,5	514,8	424,7	Febr.

Bayern 7)

0,5	0,3	5,8	—	1 107,1	7,4	55,6	145,9	0,0	28,7	212,8	81,5	30,9	11,8	44,4	34,6	Okt.
0,6	0,1	5,7	—	1 190,0	7,3	47,6	137,1	0,1	42,9	228,3	76,9	33,3	14,2	56,8	47,2	Nov.
0,6	0,4	5,4	0,1	1 247,1	7,3	57,2	133,6	0,0	18,5	262,7	113,4	35,5	15,8	71,3	61,8	Dez.
0,7	0,5	4,3	0,3	1 197,7	7,5	69,7	147,1	0,0	17,6	281,7	122,7	36,0	16,3	79,9	69,6	Jan.
0,5	0,2	4,9	0,3	1 247,4	7,5	72,4	152,1	0,0	21,0	292,9	133,9	50,2	29,8	87,2	77,4	Febr.

Hessen 7)

0,1	0,1	8,4	—	513,0	14,0	37,5	68,1	1,1	1,9	81,9	14,5	17,0	2,2	40,0	30,6	Okt.
0,1	0,1	9,9	—	565,4	16,7	39,2	76,8	1,1	3,2	84,6	17,4	17,8	3,2	47,8	36,4	Nov.
0,2	0,2	7,9	—	545,0	16,7	42,9	63,2	1,1	8,4	90,0	23,0	18,4	3,6	54,5	41,9	Dez.
0,2	0,2	7,6	—	573,4	15,6	45,9	69,5	1,1	12,0	92,4	26,5	18,9	4,3	71,6	44,6	Jan.
0,2	0,2	8,4	—	589,3	20,1	55,9	71,4	1,2	14,3	95,8	30,1	19,6	5,0	74,1	50,3	Febr.

Württemberg-Baden 7)

4,0	0,0	11,2	—	704,7	16,9	56,7	46,3	2,3	1,5	153,5	90,9	17,1	4,4	48,4	42,5	Okt.
4,0	0,0	8,5	—	743,2	16,9	62,4	49,2	2,3	1,7	168,4	106,2	18,1	5,4	54,3	48,4	Nov.
4,6	0,2	9,4	0,6	735,8	17,4	69,2	43,6	2,4	4,5	188,9	127,2	21,9	9,1	59,9	53,9	Dez.
2,3	0,2	12,9	0,6	791,9	17,5	80,5	54,4	2,3	4,5	199,8	138,5	25,4	12,6	65,8	60,0	Jan.
2,3	0,2	14,7	0,6	820,3	18,4	92,1	57,4	2,1	5,7	209,1	148,1	26,1	13,3	69,2	63,6	Febr.

Bremen

—	—	25,9	—	199,2	4,8	2,1	50,4	—	0,1	19,8	10,0	3,2	0,9	4,2	4,2	Okt.
—	—	31,8	—	228,2	4,7	2,0	52,7	0,1	0,1	22,5	12,2	3,2	0,9	4,7	4,7	Nov.
—	—	44,2	—	209,7	8,2	2,1	34,7	0,0	0,1	28,7	18,5	3,3	1,0	5,4	5,4	Dez.
0,3	—	46,8	0,3	223,6	4,9	2,1	32,4	0,1	0,1	60,0 ⁸⁾	33,1 ⁸⁾	6,0 ⁸⁾	1,0	3,8	3,8	Jan.
—	—	42,8	0,3	219,7	4,9	3,7	28,8	0,1	0,2	60,6	34,2	6,5	1,5	4,1	4,1	Febr.

Nordrhein-Westfalen 7)

0,6	0,0	1,4	—	1 311,3	168,6	176,8	87,4	8,5	11,0	198,8	67,2	33,7	14,5	109,4	99,5	Okt.
0,2	0,0	4,8	—	1 418,2	168,6	202,8	113,6	8,5	11,3	207,5	76,3	38,3	19,3	121,8	112,0	Nov.
0,1	0,1	2,2	0,0	1 414,6	169,1	222,5	87,3	8,5	12,2	225,1	95,0	52,8	33,9	133,5	123,7	Dez.
0,2	0,2	11,1	1,6	1 516,6	171,7	230,4	92,2	9,2	11,8	250,0	109,3	64,0	45,1	144,0	134,3	Jan.
0,2	0,2	9,0	2,5	1 581,9	173,5	260,2	98,5	9,3	15,8	263,1	123,1	73,6	54,7	158,4	149,1	Febr.

Niedersachsen 7)

0,0	0,0	3,9	—	499,6	4,0	15,0	61,7	0,5	29,3	107,9	53,9	32,1	17,1	30,4	6,7	Okt.
0,0	0,0	4,1	—	525,4	4,5	16,0	66,3	0,0	28,7	121,9	68,3	34,3	19,7	30,9	7,1	Nov.
0,0	0,0	3,8	—	519,6	4,4	17,6	66,9	0,0	32,6	142,3	88,6	44,3	29,8	30,1	8,9	Dez.
0,1	0,0	3,5	—	558,3	4,3	21,6	77,3	0,0	34,9	177,4 ⁸⁾	98,8	56,6 ⁸⁾	34,3	37,5	10,8	Jan.
0,1	0,0	3,7	—	590,1	4,4	20,8	77,8	0,0	36,0	190,1	110,7	63,8	41,7	41,9	15,2	Febr.

8) Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. 6) Geschätzter Gesamtbetrag der Ausgleichsforderungen abzüglich der verkauften eigenen Ausgleichsforderungen. 7) In den vorliegenden Tabellen sind die Zahlen der Postscheckkammer — im Gegensatz zu den früheren Zahlenreihen — nicht mehr in den Länderergebnissen enthalten, sondern bei den ländermäßig nicht erfaßten Instituten ausgewiesen. 8) Die Zunahme ist zum Teil auf den Neuzugang einiger Institute zurückzuführen (vgl. Anmerkung 8) Seite 55).

Bilanzzahlen:

 Monatliche Bankenstatistik für
 Gesamterhebung der Bank deutscher
 in

Aktiva

Stand am Monatsende 1949 bzw. 1950	Zahl der berichtenden Institute ²⁾	Barreserve ³⁾		Nostroguthaben ⁴⁾		sonstige Bankguthaben ⁵⁾	Währungsguthaben bei der Bdl f. gestellte Akkreditive	Wechsel (ohne die im Eigenbesitz befindl. eigenen Akzepte)					Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	eigene Ausgleichsfordernngen gegen die öffentliche Hand ⁶⁾
		insgesamt	darunter LZB-Guthaben	insgesamt	darunter Postscheckguthaben			insgesamt	Handelswechsel	fremde Bankakzepte	davon			
											insgesamt	darunter Debitorenziehungen		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	

Schleswig-Holstein

Okt.	188	40,2	27,6	23,0	1,3	0,0	3,2	22,2	18,4	1,9	1,9	1,0	0,0	216,6
Nov.	188	37,3	23,4	24,5	1,5	1,2	3,7	24,2	20,1	0,1	4,0	2,9	—	215,6
Dez.	188	39,4	28,1	19,6	2,0	0,8	2,7	28,8	20,0	1,8	7,0	3,1	—	212,9
Jan.	185	40,4	27,4	19,2	1,6	1,6	2,0	22,2	18,3	0,1	3,8	2,9	—	211,1
Febr.	185	34,6	22,3	19,7	1,4	2,3	1,1	26,1	23,5	0,3	2,3	1,1	—	210,5

Hamburg⁷⁾

Okt.	53	82,9	66,3	95,7	1,9	12,9	167,7	104,0	91,2	7,3	5,5	5,2	2,6	264,3
Nov.	53	87,5	69,1	70,2	1,9	48,5	228,3	85,6	78,2	4,6	2,8	2,6	2,7	288,0
Dez.	53	117,1	100,0	77,6	6,7	24,6	172,8	113,9	105,9	7,2	0,8	0,7	2,8	279,2
Jan.	55	66,5	49,5	70,4	1,8	27,8	146,9	102,0	94,9	6,5	0,6	0,4	2,8	278,7
Febr.	55	79,2	62,2	61,4	3,3	43,9	83,7	116,3	113,1	2,5	0,7	0,2	2,8	277,6

Rheinland-Pfalz⁷⁾

Okt.	276	49,9	36,4	48,8	2,3	0,7	17,8	48,7	44,0	0,8	3,9	2,8	6,1	306,6
Nov.	276	50,7	36,9	41,9	2,2	2,2	17,8	45,4	40,2	0,9	4,3	3,6	6,8	292,3
Dez.	276	62,4	50,9	42,3	2,9	1,7	15,6	49,0	44,7	0,4	3,9	3,1	5,8	303,1
Jan.	278	47,5	35,1	40,9	2,2	3,2	12,3	48,8	44,2	0,6	4,0	3,3	7,4	302,0
Febr.	278	46,8	34,8	38,2	2,1	5,1	8,8	47,2	41,7	0,6	4,9	3,5	8,0	301,5

Baden⁷⁾

Okt.	169	37,2	30,3	53,1	1,9	10,1	14,9	22,8	17,5	0,7	4,6	3,0	5,3	177,4
Nov.	169	34,0	26,6	42,9	1,6	13,4	15,2	22,4	16,4	1,2	4,8	3,2	4,4	176,0
Dez.	169	36,1	29,3	51,6	2,5	13,1	10,0	32,7	21,3	6,2	5,2	3,4	4,3	175,6
Jan.	169	38,2	30,9	37,1	1,5	25,0	5,1	27,0	17,9	4,5	4,6	2,9	4,9	176,2
Febr.	169	33,7	26,6	39,5	1,4	30,5	3,8	23,3	17,3	1,5	4,5	2,7	7,3	175,9

Württemberg-Hohenzollern⁷⁾

Okt.	147	30,4	21,5	72,7	0,9	0,3	6,0	15,6	12,8	0,8	2,0	1,0	—	143,6
Nov.	147	32,9	24,1	74,1	0,9	1,1	7,8	13,8	10,9	1,2	1,7	0,9	2,6	144,5
Dez.	147	37,3	30,0	67,1	1,6	1,2	8,5	16,9	13,1	1,7	2,1	1,0	3,5	144,1
Jan.	146	31,3	22,5	69,1	0,9	0,8	4,2	15,9	12,4	1,5	2,0	0,5	3,6	146,6
Febr.	146	31,4	22,4	73,5	0,8	1,3	2,0	17,6	13,5	2,0	2,1	0,8	3,6	145,7

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

Okt.	25	162,5	151,7	14,4	0,8	—	0,2	49,8	48,7	1,1	—	—	—	246,3
Nov.	25	131,2	119,8	8,0	0,5	12,9	0,4	55,9	50,8	5,1	—	—	—	246,5
Dez.	25	117,0	104,2	14,7	1,0	0,0	—	18,5	14,5	4,0	—	—	6,0	246,9
Jan.	24	501,5	489,6	9,3	0,5	0,1	0,4	17,7	12,4	5,2	0,1	0,1	—	247,3
Febr.	24	300,2	288,4	9,0	1,0	0,1	0,0	22,4	19,1	3,2	0,1	0,1	—	247,3

⁷⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw.

nach Ländern

das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾

Länder und der Landeszentralbanken

Mill. DM

Aktiva

Forderungen aus Report- u. Lomb-geschäften		Vorschüsse a. verfrachtete od. eingelagerte Waren		Schuldner						Hypotheken, Grund- und Rentenschulden		Kommunal-darlehen		durchl. Kredite nur Treuhand-geschäfte -		Stand am Monats-ende 1949 bzw. 1950
ins-gesamt	darunter Lomb-ford. gegen börsen-gängige Wert-papiere	ins-gesamt	darunter Rem-bours-kredite	Nichtbanken-kundschaft			Geldinstitute			ins-gesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 ge-währte)	ins-gesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 ge-währte)	insge-samt	darunt. neue (nach dem 20. 6. 48 gew.)	
				kurzfrist. Forder.		mittel- und langfrist. Forde-rungen	kurzfrist. Forder.		mittel- und langfrist. Forde-rungen							
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	

Schleswig-Holstein

0,2	—	3,0	—	213,9	0,2	9,1	29,8	—	0,2	30,3	4,3	7,1	1,4	19,9	15,9	Okt.
0,0	—	2,8	—	245,6	0,1	11,3	31,2	—	0,2	30,6	4,6	8,2	2,5	17,7	13,7	Nov.
0,0	—	3,7	—	256,7	0,1	15,1	36,1	—	0,3	31,7	5,8	8,9	3,2	20,5	16,5	Dez.
0,0	—	3,0	—	271,7	0,2	21,1	34,0	0,0	0,8	33,1	7,0	9,8	4,1	21,0	17,0	Jan.
0,1	—	3,1	—	280,7	0,2	22,4	37,5	0,0	1,0	38,2	12,2	17,7	12,5	24,4	20,4	Febr.

Hamburg⁷⁾

0,4	0,3	139,1	—	717,6	44,4	32,5	35,4	2,7	0,3	41,1	19,6	0,3	—	24,8	20,8	Okt.
0,4	0,3	162,3	—	779,3	44,3	35,7	38,0	1,9	0,3	44,6	20,5	0,3	—	22,7	18,7	Nov.
0,4	0,2	164,8	10,3	700,7	44,3	36,4	35,5	1,9	2,6	50,5	28,1	0,3	—	31,8	27,8	Dez.
0,4	0,3	176,6	15,2	738,1	44,6	40,0	37,7	2,0	3,1	60,1	37,7	0,2	—	30,6	26,7	Jan.
0,6	0,3	180,0	12,8	707,6	44,0	43,8	40,4	1,9	3,8	66,2	44,1	0,2	0,0	32,5	27,4	Febr.

Rheinland-Pfalz⁷⁾

0,1	0,0	0,0	—	289,5	6,9	13,2	61,0	0,3	1,1	27,3	9,7	6,1	4,1	14,1	8,4	Okt.
0,1	0,0	0,0	—	314,3	6,8	14,9	67,0	0,5	1,1	29,8	12,3	7,0	4,9	14,8	8,8	Nov.
0,1	0,0	0,0	—	319,6	6,7	16,5	70,5	0,4	1,1	33,4	15,2	6,4	4,4	16,5	10,1	Dez.
0,1	0,1	0,0	—	336,0	6,8	18,5	71,1	0,4	1,1	34,9	16,8	7,9	6,1	17,2	10,7	Jan.
0,1	0,1	0,0	—	337,0	6,9	22,4	71,8	0,4	1,1	37,1	19,6	8,8	7,2	18,0	12,2	Febr.

Baden⁷⁾

0,2	0,0	0,4	—	146,1	1,0	3,6	16,0	—	—	7,3	3,6	1,4	1,3	6,1	3,6	Okt.
0,2	—	0,2	—	169,4	1,0	3,8	19,5	—	—	7,9	4,2	1,7	1,6	8,3	4,4	Nov.
0,2	0,0	2,5	—	157,6	1,1	4,8	15,9	—	—	8,8	5,2	1,8	1,7	8,1	3,0	Dez.
0,1	—	3,6	—	172,1	1,0	5,5	16,4	—	—	9,4	5,8	2,4	2,3	7,5	3,0	Jan.
0,1	0,0	3,5	—	180,8	1,1	7,1	17,8	—	—	9,6	6,0	2,4	2,3	2,1 ⁸⁾	2,0	Febr.

Württemberg-Hohenzollern⁷⁾

0,0	—	—	—	108,9	0,4	5,1	17,5	—	3,2	8,9	6,5	0,9	0,7	0,0	—	Okt.
—	—	0,0	—	117,7	0,4	5,6	19,3	—	4,3	10,7	8,4	1,4	1,2	0,3	0,3	Nov.
—	—	—	—	125,2	0,4	5,9	17,4	0,0	5,2	12,5	10,2	2,2	2,1	0,6	0,6	Dez.
0,0	—	—	—	142,8	0,4	6,3	21,0	0,0	5,4	13,6	11,4	2,4	2,3	0,5	0,3	Jan.
0,0	—	—	—	156,0	0,4	6,7	22,9	—	5,7	14,6	12,4	2,7	2,5	0,9	0,9	Febr.

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

—	—	—	—	102,5	—	379,9	0,3	—	71,5	0,1	0,1	—	—	2,0	2,0	Okt.
—	—	—	—	89,1	—	425,2	0,2	—	86,4	0,1	0,1	—	—	2,0	2,0	Nov.
—	—	—	—	176,1	—	468,2	0,5	—	145,7	0,0	0,0	—	—	2,0	2,0	Dez.
—	—	—	—	118,1	—	503,5	0,5	—	196,5	0,1	0,1	—	—	2,0	2,0	Jan.
—	—	—	—	173,1	0,0	615,3	0,3	—	278,7	0,1	0,1	—	—	2,0	2,0	Febr.

Zugang neu berichtender Geldinstitute. ³⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. ⁴⁾ Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute. ⁵⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. ⁶⁾ Geschätzter Gesamtbetrag der Ausgleichsforderungen abzüglich der verkauften eigenen Ausgleichsforderungen. ⁷⁾ In den vorliegenden Tabellen sind die Zahlen der Postscheckämter — im Gegensatz zu den früheren Zahlenreihen — nicht mehr in den Länderergebnissen enthalten, sondern bei den ländermäßig nicht erfaßten Instituten ausgewiesen. ⁸⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder verwalteten Umstellungsgrundschulden bedingt.

Bilanzzahlen:

 Monatliche Bankenstatistik für
Gesamterhebung der Bank deutscher
in

Passiva

Stand am Mo- nats- ende 1949 bzw. 1950	Einlagen													seitens der Kund- schaft bei Dritten be- nutzte Kredite
	auf Anlage- konto	auf Fest- konto	auf Freikonto		von Spalte 33 entfallen auf								Spar- einlagen	
			mit Einlagen v. Geldinstitut.	ohne Einlagen v. Geldinstitut.	Einlagen v. Geldinst.		Einlagen d. öff. Hand		sonstige Gläubiger					
					insgesamt	darunter Währs.- guthaben für gestellte Akkre- ditiv	Termin- einlagen	insgesamt	darunter Termin- einlagen	insgesamt	darunter Währs.- guthaben für gestellte Akkre- ditiv	Termin- einlagen		
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	

Währungsgebiet

Okt.	347,7	22,9	14 236,5	12 796,9	1 439,6	13,5	379,6	2 675,8	1 244,8	7 300,0	407,5	764,9	2 821,1	19,0
Nov.	339,7	19,8	14 294,3	12 921,8	1 372,5	16,6	363,0	2 786,3	1 343,3	7 234,0	487,9	697,2	2 901,5	22,0
Dez.	330,5	16,8	14 649,7	13 168,1	1 481,6	15,3	365,0	2 800,7	1 305,0	7 306,8	425,4	811,9	3 060,6	34,1
Jan.	328,2	16,1	14 415,9	13 040,0	1 375,9	9,5	378,2	2 852,4	1 328,8	6 947,4	318,7	882,2	3 240,2	33,9
Febr.	325,6	13,2	14 668,9	13 227,6	1 441,3	8,3	435,5	2 945,8	1 491,1	6 905,3	195,8	957,8	3 376,5	44,9

Bayern ³⁾

Okt.	64,4	1,4	1 957,0	1 830,3	126,7	0,1	21,4	330,8	124,4	1 045,8	21,0	124,6	453,7	10,2
Nov.	63,3	1,0	2 002,0	1 865,0	137,0	0,8	24,1	378,7	144,2	1 019,4	27,8	120,1	466,9	11,5
Dez.	61,0	1,0	2 084,3	1 943,5	140,8	0,0	32,2	437,9	156,4	1 012,0	31,5	137,4	493,6	12,2
Jan.	60,4	1,0	2 005,2	1 873,5	131,7	0,1	32,8	371,4	149,8	981,6	17,1	155,9	520,5	12,9
Febr.	59,7	0,8	2 086,6	1 943,3	143,3	0,0	37,5	387,3	189,1	1 011,6	10,2	164,1	544,4	14,2

Hessen ³⁾

Okt.	28,9	1,6	1 175,0	1 017,3	157,7	0,4	56,9	181,2	60,1	601,3	32,8	97,9	234,8	0,2
Nov.	28,7	1,2	1 195,2	1 050,4	144,8	0,6	53,7	181,3	59,4	627,7	38,6	108,0	241,4	0,2
Dez.	27,2	1,1	1 211,1	1 063,9	147,2	1,1	58,8	172,2	57,2	637,7	46,9	121,4	254,0	0,2
Jan.	27,1	0,9	1 229,1	1 063,3	165,8	0,4	69,5	180,9	57,2	614,0	28,4	135,2	268,4	0,2
Febr.	26,8	0,7	1 268,7	1 109,8	158,9	0,7	84,2	190,3	67,5	642,4	20,3	149,0	277,1	2,6

Württemberg-Baden ³⁾

Okt.	37,1	0,8	1 506,1	1 320,1	186,0	3,1	81,8	368,1	225,2	651,0	22,9	67,6	301,0	2,5
Nov.	37,1	0,5	1 517,1	1 326,2	190,9	3,9	85,9	368,6	229,7	649,4	26,0	68,3	308,2	2,5
Dez.	35,5	0,4	1 552,5	1 358,5	194,0	3,3	82,3	361,4	227,6	670,8	25,2	82,5	326,3	3,1
Jan.	35,2	0,4	1 562,0	1 384,6	177,4	2,0	83,5	385,4	250,2	654,3	18,4	90,0	344,9	0,7
Febr.	35,1	0,3	1 615,2	1 421,4	193,8	1,9	97,5	415,1	277,0	647,4	13,2	93,0	358,9	1,7

Bremen

Okt.	4,9	0,1	449,5	415,9	33,6	—	7,3	153,5	60,1	225,7	50,2	11,4	36,7	0,0
Nov.	4,9	0,1	457,7	421,5	36,2	—	7,1	147,1	62,4	236,7	59,0	11,3	37,7	0,2
Dez.	4,7	0,1	421,2	390,1	31,1	—	6,2	102,8	43,5	247,9	44,3	13,2	39,4	0,0
Jan.	4,5	0,1	394,1	365,3	28,8	—	4,4	120,0	47,0	203,7	31,9	13,4	41,6	0,4
Febr.	4,5	0,1	372,5	340,3	32,2	—	3,7	110,8	59,6	185,7	17,1	16,1	43,8	0,3

Nordrhein-Westfalen ³⁾

Okt.	80,5	10,7	3 946,0	3 555,5	390,5	1,6	110,3	933,9	573,0	1 889,6	65,0	193,7	732,0	1,1
Nov.	76,7	9,8	3 863,9	3 533,6	330,3	1,7	95,9	873,1	539,4	1 904,2	64,5	187,7	756,3	1,2
Dez.	74,7	8,4	4 140,7	3 702,0	438,7	1,5	81,7	912,5	548,9	1 983,6	71,8	234,7	805,9	1,6
Jan.	74,3	8,0	4 064,5	3 679,8	384,7	1,5	72,3	926,5	508,9	1 895,4	51,6	245,3	857,9	1,8
Febr.	73,3	6,3	4 101,0	3 690,8	410,2	0,6	83,9	918,9	520,1	1 871,7	36,4	277,2	900,2	3,1

Niedersachsen ³⁾

Okt.	45,8	1,4	1 271,0	1 163,2	107,8	1,2	34,7	151,6	37,3	647,2	7,8	64,6	364,4	1,6
Nov.	45,1	1,2	1 352,7	1 232,1	120,6	0,4	37,8	196,9	85,4	660,6	9,0	62,6	374,6	1,7
Dez.	44,7	0,9	1 330,7	1 199,9	130,8	0,3	48,3	143,9	44,5	658,0	5,5	66,8	398,0	1,6
Jan.	44,6	0,9	1 360,1	1 233,3	126,8	0,2	45,3	170,2	55,7	643,5	5,8	70,1	419,6	1,4
Febr.	44,4	0,8	1 407,2	1 277,0	130,2	0,3	51,2	197,6	85,5	646,0	4,3	76,1	433,4	1,5

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ²⁾ Sonstige im In- und Ausland aufgenommene Gelder und Kredite. ³⁾ In den vorliegenden Tabellen sind die Zahlen der Postscheckämter — im Gegensatz zu den früheren Zahlenreihen — nicht mehr in den Länderergebnissen enthalten, sondern bei den ländermäßig nicht erfaßten Instituten ausgewiesen. ⁴⁾ Aus der Differenz der Spalten 56 und 57 ergibt sich die Höhe des DM-Eigen-

nach Ländern

das westdeutsche Währungsgebiet *)¹⁾

Länder und der Landeszentralbanken

Mill. DM

Passiva

Nostroverpflichtungen ²⁾				eigene Akzepte im Umlauf	Anleihen		Herkunft der Darlehen und längerfristig aufgenommenen Gelder (Spalten 51 u. 48)			durchlaufende Kredite - nur Treuhandgeschäfte	Eigenkapital		eigene Zielungen im Umlauf	Verbindl. aus Bürgschaften, Wechsel- u. Scheckbürgschaften, Gewährleistungsverträgen	Indossamentsvb.		Betrag der verkauften eigenen Ausgleichsfordernungen	Stand am Monatsende 1949 bzw. 1950
insgesamt	darunter				gegen Schuldverschreibungen	sonstige Darlehen	Geldinstitute	öffentl. Stellen	sonstige		insgesamt ⁴⁾	darunter gem. Währungsgesetz (36. DVO z. UG) ⁴⁾			insgesamt	darunter weiterbegebene fremde Bankakzepte		
	Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit	Nostroverpflicht. aus Lombardierung von Ausgleichsfordernungen	für länger als 6 Monate hereingekommene Gelder und Kredite															
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	

Währungsgebiet

1 335,6	288,1	261,2	70,1	1 498,4	1 085,1	521,9	128,4	333,7	129,9	356,4	836,8	511,0	85,2	1 140,1	1 832,1	173,5	88,9	Okt.
1 601,0	295,7	358,9	144,7	1 783,0	1 108,6	587,6	217,9	383,5	130,9	418,5	857,5	540,8	101,2	1 128,6	1 952,9	226,9	108,7	Nov.
1 556,9	302,8	359,6	206,2	1 850,6	1 230,1	583,0	325,7	319,9	143,6	467,9	873,6	541,0	112,7	1 138,6	2 197,9	297,0	186,2	Dez.
2 074,7 ⁵⁾	306,1	348,7	66,3 ⁶⁾	1 802,2	1 423,8 ⁶⁾	682,5	831,9 ⁶⁾	363,3	151,2	512,4	905,7 ⁶⁾	572,7 ⁶⁾	118,2	1 306,0	2 372,5	298,0	237,3	Jan.
2 148,5	320,5	433,4	667,6	1 733,2	1 457,0	771,0	540,1 ⁷⁾	740,0 ⁸⁾	158,5	547,6	910,6	574,9	127,0	1 502,3	2 434,4	287,6	257,0	Febr.

Bayern³⁾

266,6	8,1	100,4	22,6	353,3	294,9	15,2	32,7	2,5	2,6	44,7	113,9	73,5	28,4	118,2	224,0	21,7	27,8	Okt.
308,7	8,0	120,1	28,5	390,9	297,6	20,8	43,2	3,4	2,7	57,1	114,3	78,9	30,3	139,1	257,7	28,7	33,1	Nov.
259,2	8,2	133,0	26,1	370,9	332,1	7,4	24,8	5,7	3,0	71,7	117,8	80,2	34,0	102,5	307,0	36,0	86,0	Dez.
289,0	8,3	83,3	34,6	365,6	342,0	9,0	31,6	6,7	5,3	80,2	123,7	90,1	37,7	127,7	299,1	29,7	104,6	Jan.
281,1	8,3	97,2	33,4	356,7	362,9	11,0	21,6	16,0	6,8	88,2	125,7	94,2	43,4	141,3	324,2	33,0	101,3	Febr.

Hessen³⁾

109,2	11,8	26,3	3,3	134,0	75,2	26,8	5,2	18,3	6,0	40,0	54,9	43,4	7,6	76,1	175,1	50,4	5,4	Okt.
140,3	19,2	33,4	2,6	157,7	77,3	27,5	5,4	19,0	5,7	47,8	58,3	50,1	8,2	75,7	215,1	74,7	6,0	Nov.
135,0	19,2	44,9	2,4	181,3	78,7	34,2	25,3	5,2	6,1	54,5	68,9	53,1	8,4	78,4	214,9	77,1	9,5	Dez.
149,1	19,1	50,7	2,7	160,5	81,2	37,7	29,1	5,1	6,2	71,6	69,4	53,0	9,2	88,2	193,6	69,1	12,2	Jan.
174,3	25,1	69,9	2,7	128,6	83,7	41,7	32,6	5,1	6,7	74,1	71,5	53,7	9,7	111,6	209,9	66,1	15,5	Febr.

Württemberg-Baden³⁾

132,3	24,6	19,9	6,1	173,4	137,5	30,9	8,4	17,7	10,9	59,2	80,4	75,0	11,1	66,5	148,5	27,0	12,9	Okt.
139,5	24,6	29,7	3,8	211,7	138,8	38,3	9,8	20,8	11,5	88,7	81,6	77,9	13,4	79,3	165,3	37,8	16,8	Nov.
125,6	25,3	21,2	4,3	220,2	145,1	50,9	14,8	27,5	12,9	91,9	82,4	77,8	13,8	105,4	177,3	37,9	19,1	Dez.
135,9	25,3	25,2	4,7	215,6	148,1	61,9	22,9	29,9	13,8	96,7	84,9	80,2	14,2	97,9	186,3	30,6	23,1	Jan.
142,5	25,4	33,2	6,1	211,5	151,3	79,0	34,1	34,3	16,7	100,2	85,0	80,1	15,4	145,9	192,7	30,5	24,5	Febr.

Bremen

43,1	5,2	0,2	0,2	32,9	22,2	12,2	0,2	10,6	1,6	4,7	12,6	12,6	0,5	57,5	38,1	6,1	0,1	Okt.
61,7	5,2	0,3	0,2	54,2	24,4	12,8	0,3	11,1	1,6	5,3	13,2	13,1	0,6	58,1	30,1	1,4	0,1	Nov.
44,5	5,2	0,2	0,2	76,9	26,1	15,4	2,3	11,7	1,6	6,0	13,3	12,6	0,6	72,7	31,1	3,2	0,3	Dez.
40,2	5,2	1,7	—	57,7	101,3 ⁶⁾	27,6	12,9	13,3	1,4	3,5	20,8 ⁶⁾	17,9 ⁶⁾	0,7	106,3	46,8	2,9	2,7	Jan.
40,5	5,2	3,3	1,9	45,6	102,1	33,9	17,5	16,8	1,5	3,8	20,8	16,6	0,7	100,6	44,7	0,8	3,0	Febr.

Nordrhein-Westfalen³⁾

272,8	175,9	26,3	11,0	201,7	111,5	195,2	17,8	173,9	14,5	109,4	166,0	148,2	10,8	262,3	535,3	10,6	6,2	Okt.
316,0	176,1	47,1	12,3	244,4	114,1	215,3	26,7	185,2	15,7	121,8	174,5	155,4	13,9	299,3	555,8	19,0	6,4	Nov.
295,1	176,7	36,1	13,9	244,9	119,5	205,5	38,6	165,5	15,3	133,5	174,6	155,2	15,7	314,0	647,8	41,0	14,4	Dez.
308,3	179,8	47,6	13,5	249,3	122,1	243,1	44,6	194,8	17,2	144,0	175,5	155,9	17,5	338,6	731,9	61,9	29,5	Jan.
329,5	181,7	53,0	14,9	255,7	125,0	263,1	61,9	196,5	19,6	158,4	174,0	153,4	18,3	428,9	735,7	54,4	37,9	Febr.

Niedersachsen³⁾

106,4	6,9	34,1	2,6	82,2	110,1	115,1	27,2	68,2	22,3	30,0	61,5	56,0	13,4	32,1	173,9	6,1	6,0	Okt.
125,5	6,7	35,2	3,2	89,8	111,3	128,1	29,0	79,9	22,4	30,5	62,1	57,3	16,8	32,8	163,8	6,4	6,3	Nov.
116,4	6,7	43,7	2,6	85,7	124,2	163,6	43,2	91,7	31,3	30,0	59,9	53,5	19,0	33,1	172,9	7,7	6,6	Dez.
147,9	6,6	46,8	4,5	80,8	195,3 ⁶⁾	175,5	46,6	100,0	33,4	37,5	71,2 ⁶⁾	64,6 ⁶⁾	18,4	38,6	178,9	9,5	8,1	Jan.
146,3	6,7	54,6	3,3	83,1	196,1	194,0	55,1	109,5	32,7	41,9	71,6	64,9	18,3	49,7	181,8	9,7	12,2	Febr.

kapitals der neu gegründeten Institute und des von einzelnen Instituten bereits neu gebildeten Eigenkapitals. ⁵⁾ Die Erhöhung ist überwiegend auf eine starke Zunahme der aufgenommenen Gelder bei einem Spezialinstitut zurückzuführen. ⁶⁾ Die Zunahme ist zum Teil auf den Neuzugang einiger Institute zurückzuführen (vgl. Anmerkung ⁷⁾ Seite 57). ⁷⁾ Siehe Anmerkung ⁸⁾. ⁸⁾ Die Erhöhung ist überwiegend dadurch verursacht, daß ab Februar die counterpart funds als von der Bundesregierung aufgenommene Gelder ausgewiesen sind.

Bilanzzahlen:

 Monatliche Bankenstatistik für
Gesamterhebung der Bank deutscher
in

Passiva
Einlagen

Stand am Monatsende 1949 bzw. 1950	von Spalte 33 entfallen auf													seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	
	auf Anlagekonto	auf Festkonto	auf Freikonto		von Spalte 33 entfallen auf										Spar-einlagen
			mit Einlagen v. Geldinstitut	ohne Einlagen v. Geldinstitut	Einlag. v. Geldinst.			Einlag. d. öff. Hand		sonstige Gläubiger					
					insgesamt	darunter		insgesamt	darunter Termin-einlagen	insgesamt	darunter				
						Währungs-guthaben für gestellte Akkreditive	Termin-einlagen				Währungs-guthaben für gestellte Akkreditive	Termin-einlagen			
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44		

Schleswig-Holstein

Okt.	14,7	0,5	378,0	352,4	25,6	—	1,6	54,3	22,9	198,5	3,2	12,9	99,6	0,7
Nov.	14,4	0,3	379,6	354,8	24,8	—	1,7	51,5	9,3	201,3	3,7	10,0	102,0	0,6
Dez.	14,4	0,3	378,2	355,7	22,5	1,0	1,2	57,9	8,4	192,1	1,6	11,4	105,7	0,5
Jan.	14,2	0,2	377,8	357,4	20,4	0,1	1,2	62,2	8,8	185,0	1,9	13,2	110,2	0,5
Febr.	14,2	0,2	377,0	355,3	21,7	0,2	1,4	60,1	9,8	181,7	0,9	13,4	113,5	0,6

Hamburg ³⁾

Okt.	14,6	1,6	1 151,0	1 032,1	118,9	3,5	11,7	107,3	58,0	834,1	169,4	128,1	90,7	2,3
Nov.	13,8	1,5	1 139,8	1 028,8	111,0	5,8	9,4	174,7	116,9	760,4	221,5	83,5	93,7	2,2
Dez.	13,1	1,0	1 084,2	996,0	88,2	3,6	10,1	184,6	110,3	713,1	169,1	98,4	98,3	11,4
Jan.	12,9	0,8	1 049,2	977,3	71,9	3,6	13,8	202,2	126,9	670,6	143,2	106,4	104,5	15,6
Febr.	12,8	0,7	1 047,4	964,6	82,8	3,6	15,2	230,3	147,0	623,8	80,1	108,6	110,5	13,3

Rheinland-Pfalz ³⁾

Okt.	20,8	1,2	630,7	582,1	48,6	0,3	10,1	99,4	28,6	289,7	17,3	24,0	193,0	0,4
Nov.	21,0	1,0	623,5	580,9	42,6	0,1	9,3	111,5	30,7	271,3	17,7	22,0	198,1	0,9
Dez.	20,8	0,9	620,3	576,9	43,4	0,2	10,3	105,5	36,1	265,3	15,4	21,9	206,1	0,3
Jan.	20,8	0,9	640,1	594,8	45,3	0,6	12,0	107,6	38,9	269,9	11,7	26,4	217,3	0,4
Febr.	20,6	0,7	628,9	589,9	39,0	0,5	7,3	102,0	38,4	264,2	8,3	29,4	223,7	4,6

Baden ³⁾

Okt.	12,3	0,8	454,8	396,4	58,4	0,3	15,0	78,5	25,2	194,2	14,6	9,5	123,7	0,0
Nov.	12,0	0,7	450,3	403,2	47,1	0,2	10,5	77,9	31,3	198,4	15,1	9,8	126,9	0,0
Dez.	11,7	0,5	451,2	406,4	44,8	0,2	7,2	86,9	30,7	187,7	9,8	8,7	131,8	0,0
Jan.	11,6	0,5	450,1	409,4	40,7	0,2	11,5	94,7	40,7	177,2	5,1	9,4	137,5	0,0
Febr.	11,5	0,5	457,7	423,1	34,6	0,2	10,8	102,4	51,8	178,0	3,6	10,5	142,7	0,0

Württemberg-Hohenzollern ³⁾

Okt.	11,2	0,2	366,0	309,7	56,3	2,8	28,0	58,3	22,0	152,0	3,2	8,2	99,4	—
Nov.	10,8	0,1	378,7	322,1	56,6	3,0	26,4	66,0	26,8	154,2	4,8	8,3	101,9	—
Dez.	11,0	0,1	384,9	328,9	56,0	4,1	26,3	70,6	29,0	151,2	4,4	9,7	107,1	—
Jan.	11,1	0,1	389,9	335,9	54,0	0,8	31,0	74,4	32,7	147,1	3,4	10,8	114,4	—
Febr.	11,1	0,1	402,9	341,9	61,0	0,4	41,9	76,2	33,1	146,8	1,6	14,7	118,9	—

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

Okt.	12,3	2,5	951,3	821,7	129,6	—	1,0	158,5	7,7	571,1	0,2	22,5	92,1	—
Nov.	11,9	2,3	933,7	803,2	130,5	—	1,1	159,0	7,7	550,5	0,4	5,7	93,7	1,0
Dez.	11,7	2,2	990,4	846,1	144,3	—	0,7	164,3	12,2	587,4	—	5,7	94,4	3,0
Jan.	11,5	2,3	893,9	765,4	128,5	—	1,0	156,9	12,2	505,1	—	5,9	103,4	—
Febr.	11,6	2,0	904,1	770,4	133,7	—	1,0	154,7	12,2	506,2	—	5,8	109,5	3,0

¹⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ²⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ³⁾ Sonstige im In- und Ausland aufgenommene Gelder und Kredite. ⁴⁾ In den vorliegenden Tabellen sind die Zahlen der Postscheckämter — im Gegensatz zu den früheren Zahlenreihen — nicht mehr in den Länderergebnissen enthalten, sondern bei den ländermäßig nicht erfaßten Instituten ausgewiesen. ⁵⁾ Aus der Differenz der Spalten 56 und 57 ergibt sich die Höhe des DM-Eigen-

nach Ländern

das westdeutsche Währungsgebiet *)

Länder und der Landeszentralbanken

Mill. DM

Passiva

Nostroverpflichtungen ²⁾				eigene Ak- zepte im Umlauf	Anleihen		Herkunft der Darlehen und längerfr. aufgenom. Gelder (Spalten 51 u. 48)			durch- lau- fende Kredite - nur Treuh- hand- ge- schäfte-	Eigenkapital		eigene Zie- hungen im Umlauf	Verbindl. aus Bürg- schaften, Wechsel- und Scheck- bürgschaft., Gewähr- leistungs- verträgen	Indossamentsverb.		Betrag der ver- kauften eigenen Aus- gleichs- forde- rungen	Stand am Mo- nats- ende 1949 bzw. 1950
ins- gesamt	darunter				gegen Schuld- ver- schrei- bungen	sonst. Dar- lehen	Geld- inst.	öffentl. Stellen	sonstige		ins- gesamt ⁴⁾	darunt. gem. Wäh- rungs- gesetz (36. DVO z.UG ⁴⁾			ins- gesamt	darunter weiter- begebene fremde Bank- akzepte		
	Valuta- ver- pflich- tungen aus der RM- Zeit	Nostro- verpfl. aus Lombardierung von Aus- gleichs- forder.	für länger als 6 Mon. hereinge- nommene Gelder und Kredite															
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	

Schleswig-Holstein

84,8	0,0	13,1	7,6	56,7	16,4	14,4	13,4	2,1	6,5	19,9	24,5	19,1	6,1	24,5	64,4	0,3	2,7	Okt.
95,7	0,0	23,5	7,9	73,4	16,4	15,1	8,9	7,6	6,5	17,7	25,4	19,8	6,6	24,2	51,7	0,5	6,6	Nov.
96,5	0,0	16,6	8,8	97,7	16,5	16,2	10,6	7,7	6,7	20,5	26,7	21,0	8,2	23,2	81,9	29,9	11,1	Dez.
102,4	0,1	19,0	9,7	97,6	16,8	18,4	13,2	7,8	7,1	21,0	27,1	21,3	8,2	30,3	97,4	36,7	15,3	Jan.
115,0	0,1	28,8	9,6	91,6	17,1	33,6	25,9	10,3	7,0	24,4	27,4	21,6	8,9	36,9	102,0	34,3	18,2	Febr.

Hamburg ³⁾

89,9	48,3	3,6	5,6	315,0	34,1	11,0	7,7	2,5	6,4	25,0	52,1	32,7	2,1	403,6	197,2	21,4	21,2	Okt.
164,5	48,6	16,2	6,1	392,2	34,1	11,5	8,2	3,0	6,4	22,7	55,4	35,8	4,0	332,0	225,8	26,8	23,7	Nov.
133,0	54,3	2,8	6,3	375,6	34,2	16,5	11,3	3,2	8,3	31,8	55,6	35,8	3,7	320,4	220,1	22,5	27,7	Dez.
111,7	54,3	13,7	7,7	386,5	34,8	27,8	22,6	3,8	9,1	30,6	57,3	36,0	2,1	351,5	259,5	20,8	28,7	Jan.
117,5	60,5	11,9	8,0	345,0	35,4	30,6	24,7	4,4	9,5	32,6	57,7	36,4	2,4	334,4	269,4	20,8	29,6	Febr.

Rheinland-Pfalz ³⁾

116,4	6,2	28,3	8,5	63,6	24,8	1,9	8,0	0,9	1,5	15,5	24,7	23,1	3,9	39,6	72,9	3,4	6,1	Okt.
121,5	6,1	39,7	9,7	75,9	25,0	2,1	9,3	1,5	1,0	16,3	25,4	23,7	5,1	43,1	87,5	5,2	8,9	Nov.
145,8	6,1	48,4	10,7	82,7	25,0	2,6	10,6	1,5	1,2	17,1	25,7	22,8	5,8	42,0	100,5	6,0	10,5	Dez.
141,0	6,4	46,4	11,1	80,9	25,6	2,8	11,4	1,5	1,0	17,2	26,5	24,1	6,2	64,0	104,7	6,1	11,5	Jan.
145,4	6,5	59,7	11,7	75,5	26,5	2,7	11,6	1,7	1,1	19,0	27,0	24,6	5,9	55,8	107,5	6,5	12,2	Febr.

Baden ³⁾

13,6	0,6	1,8	0,9	12,7	0,0	0,1	1,0	—	—	6,1	16,1	14,8	0,7	17,9	14,4	0,4	0,0	Okt.
21,9	0,6	5,4	0,2	24,7	0,0	0,1	0,3	—	—	8,3	16,4	15,0	1,2	21,1	19,8	0,7	0,4	Nov.
20,7	0,6	4,3	0,3	30,5	0,0	0,1	0,4	—	—	8,1	16,9	15,1	1,7	11,6	25,6	4,8	0,4	Dez.
23,1	0,6	5,5	0,3	34,7	0,0	0,1	0,4	—	—	7,5	17,2	15,3	2,2	19,9	36,0	9,9	0,7	Jan.
28,1	0,6	10,7	0,3	34,9	0,0	0,1	0,4	—	—	2,1 ⁶⁾	17,2	15,2	2,1	19,5	35,9	9,2	1,2	Febr.

Württemberg-Hohenzollern ³⁾

20,0	0,4	7,2	1,7	13,0	—	2,3	3,9	—	0,1	0,0	10,3	8,7	0,7	11,6	13,7	3,0	0,4	Okt.
23,5	0,4	8,2	2,9	14,0	—	3,0	5,9	—	0,0	0,3	11,1	9,8	1,0	9,9	17,1	2,6	0,4	Nov.
25,1	0,4	8,5	1,9	18,3	—	4,8	6,6	0,1	—	0,6	12,0	10,2	1,9	9,9	18,4	3,5	0,5	Dez.
29,0	0,4	8,8	2,0	22,6	—	4,8	6,7	0,1	—	0,5	12,1	10,4	2,0	14,5	22,1	4,8	0,9	Jan.
33,7	0,4	11,1	2,0	25,8	—	5,8	7,5	0,3	—	0,9	12,6	10,2	2,0	56,1	25,4	4,4	1,4	Febr.

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

80,6	—	—	—	59,9	258,4	96,9	2,9	37,0	57,0	2,0	219,8	3,8	—	30,1	174,5	22,9	—	Okt.
82,3	—	—	67,1	54,0	269,6	112,9	70,9	52,1	57,0	2,0	219,8	3,9	—	13,9	163,3	23,3	—	Nov.
160,1	—	—	128,6	65,8	328,7	65,9	137,4	—	57,1	2,0	219,8	3,8	—	25,3	200,5	27,4	—	Dez.
597,2 ⁵⁾	—	—	573,1 ⁵⁾	50,4	356,5	73,7	589,8 ⁵⁾	—	57,0	2,0	219,9	3,9	—	28,5	216,3	16,3	—	Jan.
594,7	—	—	573,6	79,3	356,9	75,5	247,2 ⁷⁾	344,9 ⁸⁾	57,0	2,0	219,9	3,9	—	21,6	205,2	18,0	—	Febr.

kapitals der neu gegründeten Institute und des von einzelnen Instituten bereits neu gebildeten Eigenkapitals. ⁵⁾ Die Erhöhung ist auf eine starke Zunahme der aufgenommenen Gelder bei einem Spezialinstitut zurückzuführen. ⁶⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder verwalteten Umstellungsgrundschulden bedingt. ⁷⁾ Siehe Anmerkung ⁸⁾. ⁸⁾ Ab Februar sind die counterpart funds als von der Bundesregierung aufgenommene Gelder ausgewiesen.

Aktiva

Stand am Monatsende 1949 bzw. 1950	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Barreserve ²⁾		Nostroguthaben ⁴⁾		sonstige Bankguthaben ⁵⁾	Währungsguthaben bei der BdL f. gestellte Akkreditive	Wechsel (ohne die im Eigenbesitz befindl. eigenen Akzepte)					Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	eigene Ausgleichsfordernungen gegen die öffentliche Hand ⁶⁾
		insgesamt	darunter LZB-Guthaben	insgesamt	darunter Postscheckguthaben			insgesamt	davon					
									Handelswechsel	fremde Bankakzepte	insgesamt	darunter Debitorenziehungen		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Alle Banken														
Okt.	3 584	1 267,1	976,2	1 474,6	47,2	77,8	410,7	1 674,3	1 395,4	179,2	99,7	60,7	128,6	5 378,2
Nov.	3 584	1 228,8	920,8	1 401,5	46,5	192,5	505,5	1 538,8	1 297,9	147,7	93,2	60,5	186,6	5 426,9
Dez.	3 584	1 480,4	1 208,5	1 493,9	80,7	145,0	440,7	1 672,8	1 418,9	154,2	99,7	58,3	169,2	5 374,6
Jan.	3 589	1 582,5	1 285,0	1 416,2	47,6	177,1	328,6	1 662,1	1 403,0	164,4	94,7	60,6	176,7	5 465,0 ⁷⁾
Febr.	3 590	1 327,0	1 037,0	1 460,5	45,1	213,9	204,3	1 726,3	1 463,4	166,3	96,6	60,0	185,5	5 489,4
Kreditbanken														
Okt.	246	424,5	331,0	389,9	20,5	18,8	371,4	708,9	629,1	54,0	25,8	11,5	5,9	1 247,6
Nov.	245	418,8	316,8	373,9	21,3	106,1	459,4	723,4	630,6	65,2	27,6	10,8	6,6	1 288,7
Dez.	245	624,6	530,9	358,0	35,3	78,1	403,6	983,8	836,7	114,1	33,0	10,3	16,1	1 250,1
Jan.	250	389,1	294,2	342,1	21,4	99,7	299,3	827,3	723,9	70,8	32,6	14,6	14,4	1 248,5
Febr.	251	372,8	285,9	320,9	19,2	141,8	187,4	843,6	738,0	70,9	34,7	15,5	5,1	1 276,6
Hypothekenbanken und Öff.-rechtl. Grundkreditanstalten														
Okt.	36	1,4	0,9	78,5	0,3	—	—	0,3	0,1	—	0,2	—	—	278,9
Nov.	36	1,6	1,1	109,0	0,2	—	—	0,4	0,1	—	0,3	—	—	274,9
Dez.	36	4,2	3,6	116,3	0,6	—	—	0,4	0,1	—	0,3	—	—	272,3
Jan.	39	2,7	2,1	120,4	0,4	0,3	—	0,4	0,1	—	0,3	—	—	382,8 ⁸⁾
Febr.	39	2,2	1,6	135,4	0,4	0,3	—	0,5	0,1	—	0,4	—	—	379,1
Girozentralen														
Okt.	18	123,6	115,1	323,5	3,9	41,2	17,1	576,0	460,4	99,8	15,8	8,2	107,9	274,0
Nov.	18	110,6	101,3	305,5	2,9	53,5	23,2	429,9	362,4	58,2	9,3	7,3	158,7	283,6
Dez.	18	162,2	152,8	377,6	15,7	51,6	19,1	327,1	304,3	13,4	9,4	4,0	125,0	278,6
Jan.	18	118,5	109,0	304,5	3,6	58,3	13,5	469,0	393,2	69,2	6,6	4,5	135,1	278,7
Febr.	18	60,6	52,2	353,9	4,3	52,4	6,6	476,1	400,3	70,7	5,1	2,5	143,8	270,5
Sparkassen														
Okt.	889	388,3	258,4	423,5	12,2	13,4	1,0	199,7	165,9	13,5	20,3	10,4	13,6	2 478,9
Nov.	889	403,8	265,8	384,8	11,7	11,6	1,4	181,9	156,1	7,0	18,8	11,4	20,3	2 480,3
Dez.	889	379,1	272,1	398,5	13,8	8,9	1,1	180,9	158,1	6,1	16,7	10,5	21,2	2 462,3
Jan.	886	400,1	264,7	433,2	12,1	10,6	1,3	194,6	170,6	7,5	16,5	10,1	25,1	2 436,3
Febr.	886	428,8	291,2	439,2	11,4	11,1	1,2	213,1	188,5	8,7	15,9	9,6	34,4	2 447,2
Zentralkassen														
Okt.	32	52,7	48,2	59,2	2,1	0,2	3,6	39,9	20,2	8,1	11,6	10,8	1,1	61,2
Nov.	32	54,8	50,2	49,7	2,0	0,9	4,1	43,0	23,6	7,6	11,8	10,8	0,8	61,4
Dez.	32	59,5	55,0	49,3	4,0	0,6	3,3	49,9	25,7	10,2	14,0	13,0	0,8	58,5
Jan.	32	57,5	53,0	42,7	1,9	0,7	2,8	42,1	24,2	6,7	11,2	10,0	0,8	60,0
Febr.	32	49,9	45,4	37,4	1,6	0,9	2,2	51,2	32,1	7,0	12,1	10,7	0,9	60,1
Kreditgenossenschaften														
Okt.	2 289	107,2	64,7	126,7	6,9	3,8	1,2	66,9	41,9	0,2	24,8	19,7	0,0	713,8
Nov.	2 290	101,4	60,1	123,2	7,3	4,9	1,6	64,8	40,4	0,2	24,2	19,9	0,1	716,1
Dez.	2 290	118,5	76,1	122,8	9,1	4,3	1,4	65,8	41,2	0,2	24,4	19,9	0,1	715,3
Jan.	2 292	103,0	62,9	108,4	7,1	4,2	1,4	69,5	43,9	0,3	25,3	20,1	1,2	721,2
Febr.	2 292	103,6	64,7	113,9	6,6	3,9	0,4	73,0	45,9	0,2	26,9	21,2	1,3	717,6
Postsparkassen — Postscheckämter														
Okt.	18	64,9	54,3	0,5	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	233,2
Nov.	18	70,8	59,6	0,0	0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	233,3
Dez.	18	75,0	62,5	0,2	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	233,8
Jan.	18	67,8	56,2	0,7	0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	233,8
Febr.	18	60,2	48,6	0,6	0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	233,9
Sonstige Geldinstitute														
Okt.	56	104,5	103,5	72,8	1,1	0,3	16,4	82,6	77,8	3,7	1,1	0,0	—	90,7
Nov.	56	67,1	65,9	55,4	1,1	15,4	15,9	95,6	84,8	9,5	1,3	0,2	—	88,5
Dez.	56	57,2	55,6	71,3	2,1	1,5	12,2	64,9	52,9	10,2	1,8	0,6	6,0	103,8
Jan.	54	443,9	442,9	64,2	1,2	3,5	10,3	59,2	47,0	9,8	2,4	1,3	—	103,7
Febr.	54	248,9	247,4	59,0	1,5	3,6	6,5	68,9	58,6	8,9	1,4	0,5	—	104,4

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. 1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Geldinstitute. 3) Kasse und Landeszentralbankguthaben. 4) Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und

nach Bankengruppen

das westdeutsche Währungsgebiet*) 1)

Länder und der Landeszentralbanken

Mill. DM

Aktiva

Forderungen aus Report- u. Lomb.-geschäften		Vorschüsse a. verfrachtete o. eingelagerte Waren		Schuldner						Hypotheken, Grund- und Rentenschulden		Kommunal-darlehen		durchl. Kredite - nur Treuhand-geschäfte -		Stand am Monats-ende 1949 bzw. 1950
ins-gesamt	darunter Lomb. ford. gegen börsen-gängige Wert-papiere	ins-gesamt	darunter Rem-bours-kredite	Nichtbankenkundsch.			Geldinstitute			ins-gesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 ge-währte)	ins-gesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 ge-währte)	ins-gesamt	darunt. neue (nach dem 20. 6. 48 gew.)	
				ins-gesamt	dar-unter Valuta-ford. aus der RM-Zeit	mittel- und langfrist. Forde-rungen	ins-gesamt	dar-unter Valuta-ford. aus der RM-Zeit	mittel- und langfrist. Forde-rungen							
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	

Alle Banken

6,1	0,7	199,1	—	5 913,0	268,8	787,3	619,9	15,3	148,8	889,6	361,7	149,6	58,3	343,6	268,8	Okt.
5,7	0,6	230,2	—	6 385,7	271,3	866,7	670,8	14,5	180,2	956,9	407,3	163,4	72,8	382,0	303,7	Nov.
6,2	1,1	243,7	11,0	6 407,9	275,7	958,3	605,1	14,4	231,2	1 074,5	530,2	195,8	104,7	434,3	355,8	Dez.
4,5	1,4	269,3	17,9	6 640,3	274,5	1 045,1	653,7	15,2	287,8	1 212,3 ⁷⁾	607,5 ⁷⁾	229,8 ⁷⁾	128,4	481,4	382,8	Jan.
4,2	1,2	270,2	16,4	6 883,9	281,4	1 223,1	676,6	15,0	383,3	1 277,3	674,5	271,7	170,5	514,8	424,7	Febr.

Kreditbanken

0,7	0,5	167,4	—	3 580,8	259,2	56,4	71,4	12,7	0,2	106,7	35,1	5,7	2,3	20,4	17,8	Okt.
0,8	0,4	188,5	—	3 809,8	261,0	74,0	74,5	12,0	0,5	112,7	41,2	6,1	2,6	15,6	13,0	Nov.
0,5	0,3	205,3	10,9	3 707,3	265,4	83,8	72,6	12,1	0,9	125,0	53,4	6,2	2,8	23,7	21,1	Dez.
0,9	0,3	229,1	17,0	3 862,8	264,2	93,8	83,9	12,8	0,7	129,5	57,9	7,1	3,7	19,7	17,2	Jan.
0,7	0,4	225,8	15,5	3 973,8	271,2	107,1	96,9	12,7	0,6	134,3	62,4	7,6	4,2	26,5	22,6	Febr.

Hypothekenbanken und Öff.-rechtl. Grundkreditanstalten

0,1	0,1	—	—	46,7	—	25,1	0,1	—	6,8	360,7	168,0	24,5	5,5	75,4	68,8	Okt.
0,1	0,1	—	—	58,2	0,4	6,7	0,1	—	7,1	390,9	177,4	25,2	6,2	91,5	84,6	Nov.
0,2	0,1	—	—	28,2	0,4	8,2	0,1	—	7,1	447,5	239,0	27,4	8,3	109,4	102,5	Dez.
0,2	0,2	—	—	32,7	0,6	8,6	0,1	—	8,2	531,7 ⁸⁾	272,0 ⁸⁾	41,3 ⁸⁾	11,5	123,4	116,5	Jan.
0,3	0,3	—	—	33,5	0,6	9,1	0,1	—	8,4	556,9	297,9	43,4	13,9	133,7	127,2	Febr.

Girozentralen

4,3	—	0,4	—	324,5	0,1	118,0	322,4	0,2	31,6	102,3	62,1	92,9	40,3	144,5	136,9	Okt.
3,8	—	5,0	—	365,7	0,5	125,6	349,3	0,2	46,7	107,4	67,1	102,4	49,8	162,6	155,1	Nov.
4,2	—	5,9	—	384,2	0,5	128,6	304,3	0,2	27,4	119,0	78,9	125,5	72,6	181,5	174,1	Dez.
1,9	—	6,8	—	374,7	0,5	143,8	320,8	0,2	26,7	131,6	91,8	138,8	86,1	195,3	187,9	Jan.
1,9	—	8,9	—	379,7	0,5	154,9	320,1	0,2	32,7	142,6	103,2	173,4	120,6	212,7	205,3	Febr.

Sparkassen

0,5	0,1	2,1	—	1 031,9	0,7	93,0	9,5	0,3	15,9	305,2	86,4	26,4	10,2	34,4	29,5	Okt.
0,6	0,1	3,8	—	1 147,1	0,5	105,5	7,9	0,7	15,9	330,4	110,7	29,8	14,2	42,0	32,9	Nov.
1,1	0,7	3,8	0,1	1 207,4	0,5	121,9	6,4	0,4	17,4	365,9	146,4	36,7	21,0	47,5	35,7	Dez.
1,2	0,8	3,5	0,3	1 293,5	0,5	133,6	6,9	0,4	16,0	389,8	172,1	42,1	26,6	45,2	34,0	Jan.
1,1	0,5	4,3	0,3	1 346,8	0,4	152,9	8,6	0,4	15,8	412,6	196,1	46,7	31,3	41,9 ⁹⁾	36,6	Febr.

Zentralbanken

0,3	—	—	—	158,2	0,1	6,8	196,3	0,0	0,6	0,1	0,0	—	—	1,8	0,6	Okt.
0,2	—	—	—	174,4	0,1	7,1	214,7	0,0	1,2	0,1	0,0	—	—	1,9	1,0	Nov.
0,2	—	—	—	178,7	0,1	8,7	199,3	0,0	2,1	0,1	0,0	—	—	2,3	1,2	Dez.
0,2	—	—	—	185,1	0,0	9,8	221,4	0,1	4,0	0,1	0,0	—	—	2,9	1,7	Jan.
0,2	—	—	—	181,7	0,0	10,4	232,4	0,1	5,7	0,0	0,0	—	—	3,4	2,3	Febr.

Kreditgenossenschaften

0,2	0,0	0,7	—	557,5	2,2	60,9	5,3	—	0,5	14,3	9,8	0,0	0,0	3,2	3,2	Okt.
0,2	0,0	0,2	—	611,9	2,2	64,0	6,1	—	0,6	15,1	10,6	0,0	0,0	3,1	3,0	Nov.
0,0	—	0,8	—	607,7	2,2	68,5	5,3	0,0	0,5	16,2	11,7	0,0	0,0	5,3	5,1	Dez.
—	—	0,2	—	669,4	2,1	73,2	6,6	0,0	0,6	17,3	12,9	0,5	0,4	6,5	6,4	Jan.
—	—	0,2	—	688,1	2,1	81,8	6,5	0,0	0,6	18,5	14,1	0,6	0,5	7,1	6,9	Febr.

Postsparkassen — Postscheckämter

—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Okt.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Nov.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Jan.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Febr.

Sonstige Geldinstitute

—	—	28,5	—	213,3	6,6	427,2	15,1	1,6	93,0	0,3	0,1	—	—	64,0	12,2	Okt.
—	—	32,7	—	218,8	6,6	483,7	18,1	1,6	108,3	0,3	0,2	—	—	65,2	14,0	Nov.
—	—	27,9	—	294,1	6,6	538,8	17,2	1,6	175,7	0,8	0,7	—	—	64,6	16,0	Dez.
0,0	0,0	29,7	0,6	222,1	6,6	582,1	14,0	1,6	231,7	12,3	0,7	—	—	88,3	19,0	Jan.
0,0	0,0	31,0	0,6	280,2	6,6	707,0	12,1	1,6	319,4	12,3	0,8	—	—	89,6	23,9	Febr.

Liquidität gegen Geldinstitute. ⁵⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. ⁶⁾ Geschätzter Gesamtbetrag der Ausgleichsforderungen abzüglich der verkauften eigenen Ausgleichsforderungen. ⁷⁾ Die Zunahme ist zum Teil auf den Neuzugang einiger Institute zurückzuführen [vgl. Anmerkung ⁸⁾].

⁸⁾ Die Zunahme ist in Spalte 14 mit 107,6 Mill. DM, in Spalte 25 mit 55,4 Mill. DM, in Spalte 26 mit 13,1 Mill. DM und in Spalte 27 mit 11,3 Mill. DM auf den Neuzugang von 3 Instituten zurückzuführen. ⁹⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder verwalteten Umstellungsgrundschulden bedingt.

Passiva

Stand am Monatsende 1949 bzw. 1950	Einlagen												seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite
	auf Anlagekonto	auf Festkonto	auf Freikonto mit Einlagen von Geldinstituten		von Spalte 33 entfallen auf								
			auf Freikonto mit Einlagen von Geldinstituten	ohne Einlagen von Geldinstituten	Einl. v. Geldinstituten		Einl. d. öffentl. Hand		sonstige Gläubiger				
					insgesamt	darunter Währungsguthaben für gestellte Akkreditive	insgesamt	darunter Termineinlagen	insgesamt	darunter Währungsguthaben für gestellte Akkreditive	insgesamt	darunter Termineinlagen	
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44

Alle Banken

Okt.	347,7	22,9	14 236,5	12 796,9	1 439,6	13,5	379,6	2 675,8	1 244,8	7 300,0	407,5	764,9	2 821,1	19,0
Nov.	339,7	19,8	14 294,3	12 921,8	1 372,5	16,6	363,0	2 786,3	1 343,3	7 234,0	487,9	697,2	2 901,5	22,0
Dez.	330,5	16,8	14 649,7	13 168,1	1 481,6	15,3	365,0	2 800,7	1 305,0	7 306,8	425,4	811,9	3 060,6	34,1
Jan.	328,2	16,1	14 415,9	13 040,0	1 375,9	9,5	378,2	2 852,4	1 328,8	6 947,4	318,7	882,2	3 240,2	33,9
Febr.	325,6	13,2	14 668,9	13 227,6	1 441,3	8,3	435,5	2 945,8	1 491,1	6 905,3	195,8	957,8	3 376,5	44,9

Kreditbanken

Okt.	61,9	3,4	5 125,8	4 717,2	408,6	4,3	90,1	554,0	265,9	3 886,7	375,0	518,3	276,5	5,0
Nov.	57,0	2,9	5 221,8	4 815,6	406,2	6,4	90,2	636,5	290,6	3 891,6	453,0	512,6	287,5	5,7
Dez.	51,2	2,3	5 478,7	5 022,8	455,9	5,0	111,2	739,5	333,2	3 972,4	398,6	607,9	310,9	15,6
Jan.	49,4	2,2	5 128,6	4 728,2	400,4	3,3	118,3	673,4	320,1	3 725,2	296,1	674,4	329,6	17,3
Febr.	47,5	2,0	5 127,2	4 692,1	435,1	3,3	132,4	668,8	348,2	3 676,3	184,0	730,1	347,0	17,4

Hypothekenbanken und Öff.-rechtl. Grundkreditanstalten

Okt.	0,1	0,0	17,0	14,7	2,3	—	1,5	10,8	0,0	3,7	—	1,1	0,2	—
Nov.	0,1	0,0	12,3	10,5	1,8	—	1,3	6,7	0,0	3,6	—	1,2	0,2	—
Dez.	0,1	0,0	12,5	10,5	2,0	—	1,2	6,3	0,0	3,9	—	1,2	0,3	—
Jan.	0,1	0,0	11,1	9,0	2,1	—	0,2	4,8	0,0	4,0	—	1,2	0,2	—
Febr.	0,1	0,0	12,7	10,7	2,0	—	1,2	6,5	0,0	4,0	—	1,3	0,2	—

Girozentralen

Okt.	9,2	0,3	1 890,7	1 289,5	601,2	5,3	229,6	1 013,3	685,6	239,4	14,0	95,0	36,8	0,0
Nov.	8,2	0,3	1 800,5	1 269,3	531,2	6,3	204,0	1 029,2	743,4	202,5	15,9	44,7	37,6	0,2
Dez.	7,7	0,3	1 744,9	1 171,2	573,7	6,5	183,2	933,6	669,6	198,3	12,6	46,7	39,3	0,0
Jan.	7,4	0,3	1 820,3	1 257,4	562,9	2,5	187,0	1 023,1	682,3	192,6	11,0	52,6	41,7	0,0
Febr.	7,3	0,2	1 865,8	1 278,9	586,9	1,8	214,2	1 056,2	763,6	179,5	4,8	52,7	43,2	0,1

Sparkassen

Okt.	202,4	12,2	4 473,0	4 440,8	32,2	—	11,3	889,8	277,7	1 618,6	1,0	58,3	1 932,4	13,6
Nov.	200,4	10,8	4 543,1	4 504,0	39,1	—	18,2	903,2	291,6	1 616,3	1,4	61,6	1 984,5	14,8
Dez.	198,0	9,1	4 595,8	4 556,9	38,9	—	17,7	897,0	275,3	1 571,9	1,1	71,1	2 088,0	15,2
Jan.	198,2	8,6	4 754,0	4 713,8	40,2	0,4	19,7	930,9	297,3	1 576,4	0,9	72,2	2 206,5	15,7
Febr.	197,2	6,9	4 932,8	4 889,7	43,1	0,4	23,6	995,2	346,9	1 597,7	0,8	77,7	2 296,8	21,1

Zentralkassen

Okt.	3,5	0,0	353,3	113,1	240,2	2,8	36,8	10,6	1,6	94,9	0,8	15,6	7,6	0,1
Nov.	3,4	0,0	330,5	94,7	235,8	3,2	38,7	11,9	3,4	75,0	0,9	15,4	7,8	0,1
Dez.	3,5	0,0	336,9	100,9	236,0	3,0	38,1	12,9	4,8	79,7	0,3	14,7	8,3	0,1
Jan.	3,4	0,0	323,7	109,1	214,6	2,6	42,1	15,6	6,9	84,6	0,2	17,1	8,9	0,1
Febr.	3,4	0,0	320,7	106,5	214,2	2,0	53,3	17,2	2,4	80,1	0,2	19,9	9,2	2,4

Kreditgenossenschaften

Okt.	55,6	3,8	1 306,5	1 296,0	10,5	—	1,1	36,0	6,2	791,5	1,4	30,6	468,5	0,3
Nov.	55,6	3,1	1 318,4	1 307,0	11,4	—	1,3	36,0	6,4	788,0	1,6	32,1	483,0	0,1
Dez.	55,4	2,6	1 346,0	1 336,0	10,0	—	1,7	41,4	7,8	783,2	1,4	32,1	511,4	0,2
Jan.	55,5	2,3	1 358,8	1 347,9	10,9	—	1,4	39,5	8,0	766,4	1,4	33,2	542,0	0,2
Febr.	55,6	1,8	1 377,0	1 367,2	9,8	—	1,5	40,3	8,6	764,6	0,4	37,3	562,3	0,2

Postsparkassen — Postscheckämter

Okt.	12,1	2,5	824,9	709,6	115,3	—	—	117,7	—	499,8	—	—	92,1	—
Nov.	11,8	2,3	824,8	708,3	116,5	—	—	113,8	—	500,8	—	—	93,7	—
Dez.	11,6	2,2	862,5	734,7	127,8	—	—	120,4	—	519,9	—	—	94,4	—
Jan.	11,4	2,3	800,3	687,9	112,4	—	—	114,6	—	470,0	—	—	103,3	—
Febr.	11,5	2,0	806,5	693,3	113,2	—	—	114,8	—	469,0	—	—	109,5	—

Sonstige Geldinstitute

Okt.	2,9	0,7	245,2	215,9	29,3	1,1	9,1	43,4	7,8	165,5	15,3	46,0	7,0	—
Nov.	3,1	0,4	242,9	212,4	30,5	0,7	9,2	48,9	7,8	156,3	15,2	29,7	7,2	1,0
Dez.	3,0	0,4	272,5	235,3	37,2	0,8	11,9	49,6	14,3	177,6	11,3	38,3	8,1	3,0
Jan.	2,9	0,4	219,0	186,7	32,3	0,8	9,3	50,5	14,3	128,3	9,1	31,5	7,9	0,6
Febr.	3,0	0,3	226,0	188,9	37,1	0,8	9,4	46,6	14,3	134,2	5,6	38,7	8,1	3,6

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. 1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. 2) Sonstige im In- und Ausland aufgenommene Gelder und Kredite. 3) Aus der Differenz der Spalten 56 und 57 ergibt sich die Höhe des DM-Eigenkapitals der neu gegründeten Institute und des von einzelnen Instituten bereits neu gebildeten Eigenkapitals. 4) Die Erhöhung ist auf eine starke Zunahme der aufgenommenen Gelder bei einem Spezialinstitut zurückzuführen.

nach Bankengruppen

das westdeutsche Währungsgebiet*) 1)
Länder und der Landeszentralbanken
Mill. DM

Passiva

Nostroverpflichtungen 2)				eigene Akzepte im Umlauf	Anleihen		Herkunft der Darlehen und längerfristig aufgenommenen Gelder (Spalten 51 und 48)			durchlaufende Kredite - nur Treuhändergeschäfte	Eigenkapital		eigene Ziehungen im Umlauf	Verbindl. aus Bürgschaften, Wechsel- u. Scheckbürgschaften, Gewährleistungsverträgen	Indossamentsvb.		Betrag der verkauften eigenen Ausgleichsfordernungen	Stand am Monatsende 1949 bzw. 1950
insgesamt	darunter				gegen Schuldverreibungen	sonstige Darlehen	Herkunft der Darlehen und längerfristig aufgenommenen Gelder (Spalten 51 und 48)				insgesamt 3)	darunter gem. Währungs-gesetz (36. DVO z. UG 3)			insgesamt	darunter weiter-begebene fremde Bankakzepte		
	Valuta-verpflichtungen aus der RM-Zeit	Nostro-verpflicht. aus Lombardierung von Aus-gleichsforde-rungen	für länger als 6 Monate hereinge-nommene Gelder und Kredite				Geldin-stitute	öffentl. Stellen	sonstige									
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	

Alle Banken

1 335,6	288,1	261,2	70,1	1 498,4	1 085,1	521,9	128,4	333,7	129,9	356,4	836,8	511,0	85,2	1 140,1	1 832,1	173,5	88,9	Okt.
1 601,0	295,7	358,9	144,7	1 783,0	1 108,6	587,6	217,9	383,5	130,9	418,5	857,5	540,8	101,2	1 128,6	1 952,9	226,9	108,7	Nov.
1 556,9	302,8	359,6	206,2	1 850,6	1 230,1	583,0	325,7	319,9	143,6	467,9	873,6	541,0	112,7	1 138,6	2 197,9	297,0	186,2	Dez.
2 074,7 ⁴⁾	306,1	348,7	663,9 ⁴⁾	1 802,2	1 423,8 ⁴⁾	682,5	831,9 ⁴⁾	363,3	151,2	512,4	905,7 ⁴⁾	572,7 ⁴⁾	118,2	1 306,0	2 372,5	298,0	237,3	Jan.
2 148,5	320,5	433,4	667,6	1 733,2	1 457,0	771,0	540,1 ⁸⁾	740,0 ⁸⁾	158,5	547,6	910,6	574,9	127,0	1 502,3	2 434,4	287,6	257,0	Febr.

Kreditbanken

421,1	268,1	18,8	15,9	1 159,8	158,6 ⁵⁾	41,8	17,3	30,5	9,9	20,4	161,6	153,8	11,4	953,3	1 079,4	74,6	17,7	Okt.
557,2	275,5	51,1	17,2	1 386,7	161,4 ⁵⁾	52,4	24,4	34,2	11,0	15,6	170,0	164,7	14,9	912,4	1 156,8	104,7	21,6	Nov.
486,3	282,6	43,0	19,4	1 404,8	176,0 ⁵⁾	61,9	29,5	37,4	14,4	23,7	171,5	163,7	17,9	958,4	1 273,0	137,1	58,4	Dez.
510,5	285,0	40,2	31,6	1 410,0	179,3 ⁵⁾	75,4	46,3	41,5	19,2	19,7	182,1	175,0	21,6	1 100,9	1 444,5	152,9	66,9	Jan.
576,7	299,4	93,7	31,1	1 352,6	183,8 ⁵⁾	89,5	41,9	56,4	22,3	26,5	185,8	177,1	28,4	1 259,0	1 499,7	132,9	71,9	Febr.

Hypothekenbanken und Öff.-rechtl. Grundkreditanstalten

40,0	10,0	0,4	0,5	—	471,4	77,0	19,8	42,2	15,5	86,0	95,8	65,6	—	0,1	0,0	—	38,3	Okt.
41,6	9,8	0,2	1,3	—	477,0	92,9	25,6	52,5	16,1	125,4	96,5	66,2	—	0,1	—	—	44,6	Nov.
25,8	9,8	0,2	2,9	—	508,0	103,3	21,4	67,5	17,3	141,0	98,9	67,9	—	0,1	—	—	48,3	Dez.
19,6	9,8	0,1	2,8	—	662,4 ⁷⁾	119,9	33,5	71,0	18,2	153,9	114,0 ⁷⁾	85,4 ⁷⁾	—	0,1	—	—	52,9	Jan.
16,3	9,8	0,1	2,8	—	672,5	146,2	45,0	82,4	21,6	164,2	114,1	85,5	—	0,1	—	—	54,8	Febr.

Girozentralen

182,0	1,3	26,0	7,1	17,2	153,4	202,2	36,4	160,3	12,6	144,5	47,4	26,5	0,4	49,5	89,4	19,8	3,6	Okt.
214,0	1,7	44,0	7,1	30,0	156,9	210,4	32,7	170,9	13,9	162,6	51,8	33,0	0,4	86,7	89,4	15,7	3,6	Nov.
218,3	1,7	43,2	7,1	37,8	163,7	200,8	62,9	131,2	13,8	181,5	52,2	33,2	0,3	49,1	108,8	20,7	7,3	Dez.
210,7	1,7	10,9	8,2	22,8	171,7	240,7	80,3	154,7	13,9	195,3	55,4	36,5	0,3	49,0	97,5	21,8	10,6	Jan.
193,4	1,7	5,5	8,2	13,1	189,8	259,0	104,6	147,4	15,2	212,7	53,2	34,3	0,6	41,6	89,9	24,5	12,8	Febr.

Sparkassen

265,2	0,1	106,1	20,8	19,7	—	60,1	24,2	52,6	4,1	36,6	192,0	186,7	5,1	21,8	73,5	2,8	20,5	Okt.
304,0	0,1	117,8	27,2	28,1	—	71,6	33,8	61,9	3,1	44,6	194,3	192,4	5,8	23,6	91,6	8,4	28,7	Nov.
298,7	0,1	130,9	21,8	38,7	—	91,0	37,8	71,5	3,5	49,6	196,0	193,8	7,2	24,5	115,3	9,4	54,9	Dez.
300,1	0,1	133,1	17,1	35,1	—	107,1	35,8	83,3	5,1	45,6	196,1	195,0	7,0	27,5	113,6	4,5	87,8	Jan.
295,4	0,1	137,7	21,6	32,8	—	119,8	43,2	94,2	4,0	44,1	198,2	196,9	7,3	30,0	112,1	3,9	93,0	Febr.

Zentralkassen

119,2	0,0	56,1	3,1	102,2	—	0,9	2,0	0,1	1,9	1,8	15,3	11,7	19,9	36,6	222,0	35,0	1,7	Okt.
139,5	0,0	85,6	2,2	122,4	—	0,2	0,9	1,1	0,4	1,9	15,6	13,1	24,6	44,0	229,3	47,5	1,7	Nov.
123,3	0,0	87,3	3,4	134,0	—	0,3	2,2	1,0	0,5	2,3	17,1	13,5	25,0	33,9	267,8	78,8	4,6	Dez.
150,6	0,1	105,0	6,1	131,5	—	0,8	5,2	1,1	0,6	2,9	19,0	15,4	24,0	41,4	275,6	82,9	4,9	Jan.
171,8	0,1	130,9	3,8	114,9	—	3,9	6,7	0,1	0,9	3,4	18,3	14,6	23,9	65,5	276,5	82,1	5,8	Febr.

Kreditgenossenschaften

179,8	0,0	53,0	14,0	75,1	—	2,7	4,0	5,1	7,6	3,2	63,1	45,1	33,4	29,9	110,1	0,3	6,2	Okt.
200,9	0,0	59,6	13,7	91,4	—	3,3	4,5	4,6	7,9	3,2	67,7	47,4	40,3	28,8	128,6	0,2	7,7	Nov.
186,3	0,0	54,1	13,7	96,9	—	3,8	3,8	5,0	8,7	5,1	72,7	48,1	45,0	28,8	140,8	0,3	11,6	Dez.
223,9	0,1	58,6	15,5	97,7	—	2,9	4,7	5,2	8,5	6,5	75,2	48,5	46,5	37,2	137,8	0,3	12,5	Jan.
227,1	0,1	64,8	16,2	98,5	—	3,4	5,3	6,1	8,2	7,1	76,6	49,5	46,5	55,2	144,7	0,1	17,1	Febr.

Postsparkassen — Postscheckämter

—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Okt.
0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Nov.
0,1	—	—	0,1	—	—	—	—	—	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez.
0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Jan.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Febr.

Sonstige Geldinstitute

128,4	8,6	0,9	8,7	124,5	301,6	137,1	24,6	43,0	78,2	64,0	261,5	21,6	15,0	48,9	257,7	41,1	1,0	Okt.
143,6	8,6	0,7	76,0	124,3	313,4	156,8	96,1	58,3	78,4	65,2	261,6	23,9	15,2	33,0	257,2	50,5	1,0	Nov.
218,2	8,6	0,8	137,7	138,4	382,4	121,9	168,0	6,4	85,2	64,6	265,3	20,9	17,3	43,8	292,2	50,7	1,1	Dez.
659,2 ⁴⁾	9,5	0,9	582,7 ⁴⁾	105,2	410,4	135,7	626,2 ⁴⁾	6,5	85,7	88,3	263,9	17,0	18,7	49,9	303,5	35,6	1,6	Jan.
667,8	9,5	0,8	583,8	121,4	410,9	149,2	293,3 ⁸⁾	353,5 ⁸⁾	86,2	89,6	264,4	17,0	20,3	50,9	311,5	44,3	1,6	Febr.

5) Pfandbriefumlauf der in der Gruppe Kreditbanken enthaltenen gemischten Hypothekenbanken. 6) Die Zunahme ist zum Teil auf die Neuaufnahme einiger Institute zurückzuführen (vgl. Anmerkung 7). 7) Die Zunahme ist in Spalte 50 mit 141,4 Mill. DM, in Spalte 56 mit 14,5 Mill. DM und in Spalte 57 mit 13,3 Mill. DM auf den Neuzugang von 3 Instituten zurückzuführen. 8) Siehe Anmerkung 9). 9) Die Erhöhung ist überwiegend dadurch verursacht, daß ab Februar die counterpart funds als von der Bundesregierung aufgenommene Gelder ausgewiesen sind.

Bilanzzahlen:
Wöchentliche Bankenstatistik für
Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder
in

Aktiva

Stand am	Barreserve ¹⁾		Nostroguthaben		sonstige Bankguthaben ²⁾	Währungsguthaben bei der BdL f. gestellte Akkreditive	Wechsel	
	insgesamt	darunter LZB-Guthaben	insgesamt	darunter Postscheckguthaben			insgesamt (ohne eigene Akzepte)	davon Handelswechsel ⁴⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8
1948								
31. 10.	452,4	378,1	468,4	20,8	.	.	773,6	644,2
30. 11.	700,4	628,0	621,5	25,4	.	.	639,4	493,5
31. 12.	717,1	644,9	510,8	34,1	.	.	706,8	575,7
1949								
31. 1.	670,8	607,6	619,0	19,7	.	.	716,4	636,2
28. 2.	567,1	506,8	723,7	22,8	.	.	774,9	683,7
31. 3.	638,4	577,4	705,3	17,9	.	.	792,6	693,8
30. 4.	707,6	640,1	739,0	18,0	.	.	829,2	734,3
31. 5.	642,3	577,7	864,8	15,5	.	.	993,9	870,8
30. 6.	564,6	501,3	821,9	18,6	.	.	1 079,5	921,2
31. 7.	402,4	331,1	798,2	17,8	31,2	.	1 164,1	948,6
31. 8.	466,0	398,8	798,0	17,3	43,9	.	1 080,1	872,8
30. 9.	392,7	327,0	785,4 ³⁾	14,1	42,7	184,7	1 097,4	918,9
31. 10.	374,1	305,3	666,1	15,1	50,4	283,7	933,0	761,6
30. 11.	402,3	326,5	637,5	14,6	131,6	360,1	777,3	649,8
31. 12.	599,5	525,0	646,3	31,4	100,4	315,7	893,7	758,5
1950								
31. 1.	372,3	302,9	624,7	15,8	110,9	229,9	878,2	731,7
28. 2.	365,0	296,9	662,7	15,2	141,6	138,5	887,8	743,0
7. 3.	525,1	456,2	618,4	16,9	143,7	113,1	847,3	701,9
15. 3.	469,8	399,7	663,1	14,1	148,1	97,5	847,1	708,0
23. 3.	559,7	489,0	682,3	13,9	172,6	85,7	868,1	737,0
31. 3.	291,8	226,3	653,2	15,3	154,7	74,1	907,2	767,5

Passiva

Stand am	Einlagen								
	Einlagen auf Anlagekonto	Einlagen auf Festkonto	Einlagen auf Freikonto		von Spalte 19 entfallen auf			Einlagen der öffentl. Hand	darunter Termineinlag.
			mit Einlagen von	ohne Einlagen von	Einlagen von Geldinstituten		insgesamt		
					insgesamt	Währungsguthaben für gestellte Akkreditive			
17	18	19	20	21	22	23	24	25	
1948									
31. 10.	.	424,6	3 082,6	2 501,1	581,5	.	65,1	825,0	279,7
30. 11.	45,7	164,3	3 583,9	2 885,5	698,4	.	95,5	1 057,6	385,5
31. 12.	75,6	84,2	3 688,0	3 059,7	628,3	.	96,4	1 065,4	482,5
1949									
31. 1.	86,2	53,9	3 941,8	3 285,9	655,9	.	119,1	1 259,4	649,7
28. 2.	91,2	41,6	4 131,6	3 463,1	668,5	.	111,2	1 294,7	734,1
31. 3.	97,1	25,9	4 301,7	3 559,7	742,0	.	145,7	1 288,8	739,4
30. 4.	99,5	17,2	4 575,7	3 833,3	742,4	.	176,7	1 490,8	808,2
31. 5.	101,4	10,7	4 838,6	3 919,3	919,3	.	191,7	1 446,2	832,9
30. 6.	95,2	8,1	4 984,2	4 053,5	930,7	.	213,6	1 450,4	890,2
31. 7.	79,2	6,7	4 886,6	4 029,4	857,2	.	228,7	1 420,6	940,2
31. 8.	76,5	5,9	4 932,3	4 046,9	885,4	.	221,0	1 373,8	923,9
30. 9.	74,7	4,2	5 055,4	4 150,8	904,6	7,5	215,9	1 349,7	907,2
31. 10.	71,7	3,3	5 124,1	4 362,8	761,3	9,3	223,7	1 370,1	918,8
30. 11.	68,8	2,8	5 107,9	4 368,9	739,0	10,5	224,6	1 441,4	998,1
31. 12.	64,2	2,2	5 252,6	4 486,6	766,0	10,9	223,8	1 478,6	969,1
1950									
31. 1.	62,8	2,0	5 084,0	4 370,3	713,7	4,9	250,6	1 487,7	972,1
28. 2.	61,7	1,6	5 193,8	4 418,0	775,8	4,4	283,9	1 549,9	1 069,4
7. 3.	61,8	1,6	5 215,2	4 455,1	760,1	4,4	292,0	1 533,3	994,5
15. 3.	61,4	1,5	5 259,0	4 490,0	769,0	3,5	305,0	1 555,7	1 025,5
23. 3.	61,3	1,5	5 405,4	4 577,4	828,0	2,6	294,2	1 598,1	1 002,5
31. 3.	60,8	1,3	5 212,0	4 386,5	825,5	2,2	313,2	1 449,0	975,3

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. ²⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. ³⁾ Bis einschließlich 30. Juni 1949 sind nur Schatzwechsel erfaßt. ⁴⁾ Bis einschließlich 30. Juni 1949 sind noch geringfügige Beträge an sonstigen Wechseln enthalten. ⁵⁾ Ab Juli 1949 sind Valutaforderungen

112 Geldinstitute

das westdeutsche Währungsgebiet*)

und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten

Mill. DM

Aktiva

Wechsel			Schatzwechsel und unverzinsliche Schatz- anweisungen ⁸⁾	Schuldner			sonstige kurz- fristige Forde- rung. - Report, Lombard, Waren- vorschüsse -	Stand am
davon		insgesamt		- nur kurzfristige Forderungen -		Geldinstitute		
fremde Bankakzepte	sonstige Wechsel			Nichtbankenkundschaft	dar. Valutafor- aus d. RM-Zeit			
9	insgesamt	darunter Debitorenzieh.	12	insgesamt	14	15	16	
								1948
129,4	.	.	.	768,3	.	166,2	22,1	31. 10.
110,5	.	35,4	.	942,9	.	204,2	35,4	30. 11.
95,6	.	35,5	0,5	996,4	.	230,8	29,1	31. 12.
								1949
62,4	.	17,8	5,3	1 078,6	.	248,5	43,3	31. 1.
74,1	.	17,1	5,7	1 213,9	.	238,7	51,1	28. 2.
81,0	.	17,8	8,5	1 309,1	.	238,9	64,2	31. 3.
77,4	.	17,5	9,7	1 400,8	.	275,1	73,0	30. 4.
103,1	.	20,0	10,8	1 436,9	.	243,7	70,9	31. 5.
134,6	.	23,7	9,7	1 538,7	.	245,2	65,5	30. 6.
176,8	38,7	32,1	9,6	1 748,2 ⁵⁾	85,9	269,9	64,5	31. 7.
166,7	40,6	30,5	35,9	1 911,7	114,6	276,0	95,6	31. 8.
140,9	37,6	31,0	33,7	2 040,3	122,3	258,8	86,1	30. 9.
139,5	31,9	27,3	55,5	2 341,6	119,7	330,7	91,2	31. 10.
96,1	31,4	23,6	110,3	2 493,2	120,5	353,2	118,0	30. 11.
102,3	32,9	24,1	95,8	2 488,2	122,0	338,5	122,8	31. 12.
								1950
115,9	30,6	24,9	94,2	2 480,0	123,2	367,7	130,7	31. 1.
115,4	29,4	22,2	99,8	2 521,3	123,2	386,6	138,1	28. 2.
116,1	29,3	23,4	97,8	2 516,8	123,0	390,3	137,5	7. 3.
108,5	30,6	24,5	96,3	2 530,6	123,0	409,4	132,2	15. 3.
100,9	30,2	24,0	121,2	2 493,3	123,2	420,2	135,7	23. 3.
111,0	28,7	22,7	124,5	2 532,4	123,2	384,6	134,5	31. 3.

Passiva

Einlagen				Nostroverpflichtungen ⁶⁾			eigene Akzepte im Umlauf	eigene Ziehungen im Umlauf	Eig. Indossamentsverb.		Betrag der verkauften eigenen Ausgleichs- forderung.	Stand am	
von Spalte 19 entfallen auf			insgesamt	darunter		insgesamt			darunter				
sonstige Gläubiger		Spar- einlagen		Valuta- verpflich- tungen aus der RM-Zeit	Nostrover- pflicht. aus Lombard.v. Ausgleichs- forderung.					weiterbe- gebene fremd. Bank- akzepte			
insgesamt	darunter		Währungs- guthaben für gestellte Akreditive			Termineinl.	30	31	32		33	34	35
													1948
1 522,2	.	110,2	153,9	102,6	.	.	158,8 ⁷⁾	.	527,2	.	4,0	4,0	31. 10.
1 643,2	.	131,8	184,7	171,9	.	39,2	204,7	23,6	582,6	78,5	5,0	5,0	30. 11.
1 755,4	.	154,4	238,9	236,7	.	77,0	251,3	27,4	599,0	88,2	5,5	5,5	31. 12.
													1949
1 756,4	.	165,2	270,1	286,7	.	51,3	229,8	5,9	508,2	65,8	6,6	6,6	31. 1.
1 874,1	.	216,4	294,3	328,7	.	68,3	266,2	6,1	496,3	92,0	7,8	7,8	28. 2.
1 952,8	.	269,1	318,1	275,9	.	30,2	290,6	8,0	490,4	78,6	9,9	9,9	31. 3.
2 006,5	.	293,4	336,0	304,5	.	44,5	293,2	8,7	498,9	71,6	10,9	10,9	30. 4.
2 112,2	.	364,0	360,9	326,5	.	55,8	271,3	10,9	458,1	67,6	11,4	11,4	31. 5.
2 225,1	.	422,0	378,0	262,1	.	28,5	280,0	13,3	397,9	58,8	11,4	11,4	30. 6.
2 212,7	.	419,2	396,1	353,1	.	47,5	376,4	15,3	488,9	42,2	25,2	25,2	31. 7.
2 262,1	.	419,7	411,0	459,4 ⁸⁾	109,4	40,0	487,6	15,9	604,3	55,8	26,2	26,2	31. 8.
2 381,5	169,2	413,0	419,6	444,6	124,0	31,7	616,9	13,3	640,3	81,7	27,3	27,3	30. 9.
2 560,4	261,1	415,6	432,3	470,8	124,3	60,7	795,8	19,7	750,5	98,8	27,4	27,4	31. 10.
2 481,3	353,1	353,5	446,2	603,9	127,1	121,2	977,9	26,7	848,2	151,3	34,5	34,5	30. 11.
2 535,7	285,2	427,2	472,3	542,7	129,8	124,7	1 020,9	26,1	925,2	183,4	71,8	71,8	31. 12.
													1950
2 383,7	212,6	461,1	498,9	573,5	137,8	93,7	982,2	23,3	1 002,3	168,9	85,6	85,6	31. 1.
2 345,0	127,7	486,1	523,1	617,6	144,2	141,0	903,8	25,1	1 033,0	157,1	96,0	96,0	28. 2.
2 390,0	101,9	499,9	531,8	604,1	144,1	160,6	934,3	25,0	1 090,9	161,1	96,0	96,0	7. 3.
2 396,4	84,9	506,2	537,9	572,1	144,1	106,2	910,5	25,7	1 040,9	155,4	98,0	98,0	15. 3.
2 437,0	73,8	523,0	542,3	568,7	144,3	81,8	890,1	25,8	1 034,3	157,6	98,6	98,6	23. 3.
2 390,7	63,0	549,0	546,8	537,8	144,3	61,9	895,4	26,4	1 045,6	154,1	107,2	107,2	31. 3.

aus der RM-Zeit einbezogen⁶⁾ Sonstige im In- und Ausland aufgenommene Gelder und Kredite. ⁷⁾ Ohne die Beträge der 11 Institute von Niedersachsen. ⁸⁾ Ab August 1949 sind Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit einbezogen. ⁹⁾ Ab September sind die Zahlen der Spalte 6 ausgliedert.

Volkswirtschaftliches Kreditvolumen:

in

Stand am Ende des Monats — der Woche	I. Kredite an die Nicht-													
	Kredite an die Nichtbankenkundenschaft									die Spalten 1-9				
	kurzfristige Kredite		davon							Wirtschaftsunternehmen				
	insgesamt	darunter Valuta-forderungen aus der RM-Zeit	Schuldner - kurzfristige Forderungen -			sonstige kurzfristige Kredite ¹⁾	Wechsel- ⁵⁾ obligo der Kundenschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittel- und langfristige Kredite ²⁾	durchlaufende Kredite	insgesamt	darunter Valuta-forderungen aus der RM-Zeit	Schuldner - kurzfristige Forderungen -		
			insgesamt	Valuta-forderungen aus der RM-Zeit	Akzeptkredite							insgesamt	Valuta-forderungen aus der RM-Zeit	Akzeptkredite
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	

Monatliche Bankenstatistik
Gesamterhebung der Bank deutscher

1948														
Juli	1 339,2	.	165,0	.	.	5,7	1 168,5	.	.	1 243,7	.	91,5	.	.
Aug.	2 378,3	.	826,5	.	.	20,5	1 531,3	.	.	2 243,8	.	751,2	.	.
Sept.	3 196,4	.	1 449,2	.	.	40,8	1 706,4	.	.	3 011,0	.	1 382,2	.	.
Okt.	3 818,6	.	1 979,3	.	.	53,8	1 785,5	.	.	3 549,8	.	1 904,1	.	.
Nov.	4 333,1	.	2 345,2	.	.	79,1	1 908,8	239,1	.	4 034,9	.	2 280,5	.	.
Dez.	4 684,3	.	2 466,7	.	.	81,8	2 135,8	473,3	.	4 388,8	.	2 418,2	.	.
1949														
Jan.	4 900,6	.	2 743,4	.	.	112,2	2 045,0	614,6	.	4 623,6	.	2 683,7	.	.
Febr.	5 264,7	.	3 062,8	.	.	134,0	2 067,9	646,0	.	4 951,7	.	2 980,3	.	.
März	5 551,2	.	3 206,4	.	.	161,9	2 182,9	705,3	.	5 234,9	.	3 141,3	.	.
April	5 886,9	.	3 464,2	.	.	187,7	2 235,0	744,4	.	5 577,5	.	3 400,2	.	.
Mai	6 123,6	.	3 636,4	.	.	193,1	2 294,1	790,4	.	5 769,4	.	3 511,3	.	.
Juni	6 406,7	.	3 928,4	.	1 082,2	160,0 ¹⁰⁾	2 318,3	1 018,1	.	6 017,1	.	3 773,5	.	1 081,4
Juli	6 823,1	?)	4 290,1	?)	1 184,8	131,2	2 401,8	1 119,6	315,9	6 447,0	?)	4 138,6	?)	1 179,2
Aug.	7 624,5 ⁷⁾	266,5	4 918,6 ⁷⁾	266,5	1 388,1	150,4	2 555,5	1 473,4 ¹¹⁾	166,5 ¹⁰⁾	7 238,4 ⁷⁾	264,2	4 793,3 ⁷⁾	264,2	1 387,7
Sept.	8 060,1	267,3	5 289,9	267,3	1 567,6	146,4	2 623,8	1 597,9	197,8	7 673,3	264,9	5 146,5	264,9	1 567,2
Okt.	8 871,9	268,8	5 913,0	268,8	1 868,1	201,0	2 757,9	1 826,5	240,9	8 468,8	267,6	5 760,8	267,6	1 865,2
Nov.	9 501,7	271,3	6 385,7	271,3	2 073,2	231,7	2 884,3	1 987,0	273,5	9 310,0	269,1	6 114,3	269,1	2 005,9
Dez.	9 848,2	275,7	6 407,9	275,7	2 063,8	245,3	3 195,0	2 228,6	319,8	9 120,9	270,3	5 969,8	270,3	1 982,1
1950														
Jan.	10 217,6	274,5	6 640,3	274,5	2 020,7	271,5	3 305,8	2 487,2 ¹²⁾	371,5	9 614,7	269,1	6 354,6	269,1	1 944,0
Febr.	10 604,1	281,4	6 883,9	281,4	1 968,4	272,1	3 448,1	2 772,1	398,3	9 904,6	276,0	6 522,2	276,0	1 862,8

Wöchentliche Bankenstatistik
Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder
(kurzfristige)

1948														
31. 10.	1 429,5	.	768,3	.	.	14,6	646,6	.	.	1 376,6	.	723,4	.	.
30. 11.	1 642,8	.	942,9	.	.	22,7	677,2	.	.	1 600,0	.	908,7	.	.
31. 12.	1 818,1	.	996,4	.	.	16,2	805,5	.	.	1 787,5	.	966,7	.	.
1949														
31. 1.	1 882,2	.	1 078,6	.	.	32,0	771,6	.	.	1 843,4	.	1 048,2	.	.
28. 2.	2 000,0	.	1 213,9	.	.	37,1	749,0	.	.	1 962,6	.	1 183,3	.	.
31. 3.	2 088,0	.	1 309,1	.	.	46,2	732,7	.	.	2 039,8	.	1 270,6	.	.
30. 4.	2 209,1	.	1 400,8	.	.	53,8	754,5	.	.	2 160,4	.	1 363,9	.	.
31. 5.	2 290,5	.	1 436,9	.	.	54,2	799,4	.	.	2 226,5	.	1 386,8	.	.
30. 6.	2 380,7	.	1 538,7	.	.	48,4	793,6	.	.	2 311,0	.	1 482,0	.	.
31. 7.	2 607,7	85,9	1 748,2	85,9	608,6	59,0	800,5	.	.	2 531,0	85,9	1 683,4	85,9	608,3
31. 8.	2 848,3	114,6	1 911,7	114,6	689,0	93,3	843,3	.	.	2 739,0	114,6	1 840,5	114,6	689,0
30. 9.	2 997,6	122,3	2 040,3	122,3	764,3	83,9	873,4	.	.	2 877,3	122,3	1 957,2	122,3	764,3
31. 10.	3 338,7	119,7	2 341,6	119,7	957,2	87,1	910,0	.	.	3 190,9	119,7	2 251,2	119,7	957,2
30. 11.	3 597,6	120,5	2 493,2	120,5	1 053,6	114,0	990,4	.	.	3 353,5	120,5	2 364,2	120,5	1 049,1
31. 12.	3 688,0	122,0	2 488,2	122,0	1 040,2	118,3	1 081,5	.	.	3 364,5	122,0	2 264,5	122,0	1 035,7
1950														
31. 1.	3 714,4	123,2	2 480,0	123,2	1 000,4	128,6	1 105,8	.	.	3 496,9	123,2	2 362,8	123,2	995,7
28. 2.	3 802,7	123,2	2 521,3	123,2	951,8	136,1	1 145,3	.	.	3 560,1	123,2	2 385,1	123,2	947,1
31. 3.	3 881,9	123,2	2 532,4	123,2	936,6	131,8	1 217,7	.	.	3 557,5	123,2	2 339,8	123,2	931,9
7. 3.	3 805,3	123,0	2 516,8	123,0	944,5	135,6	1 152,9	.	.	3 545,2	123,0	2 361,5	123,0	939,8
15. 3.	3 804,7	123,0	2 530,6	123,0	943,7	130,3	1 143,8	.	.	3 550,0	123,0	2 379,0	123,0	939,0
23. 3.	3 807,4	123,2	2 493,3	123,2	938,1	133,5	1 180,6	.	.	3 544,5	123,2	2 358,6	123,2	933,4
31. 3.	3 881,9	123,2	2 532,4	123,2	936,6	131,8	1 217,7	.	.	3 557,5	123,2	2 339,8	123,2	931,9

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Forderungen aus Report- und Lombardgeschäften, Wareneinschüssen (Rembourskredite). ²⁾ Einschließlich Hypotheken, Grund- und Rentenschulden und Kommunal-darlehen. ³⁾ Einschließlich Hypotheken, Grund- und Rentenschulden. ⁴⁾ Einschließlich Kommunal-darlehen. ⁵⁾ Monatliche Bankenstatistik bis einschließ-lich Mai 1949 ohne unverzinsliche Schatzanweisungen; wöchentliche Bankenstatistik bis einschließlich Juni 1949 ohne unverzinsliche Schatz-anweisungen. ⁶⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ⁷⁾ Die in der wöchentlichen Bankenstatistik ab Juli 1949 einbezogenen Valutaforderungen aus der RM-Zeit sind in der monatlichen Bankenstatistik erst ab August aufgenommen. ⁸⁾ Alle außerdem noch bis Mai 1949 einschließlich in der Position ausgewiesenen sonstigen kurzfristigen Kredite sind ab Juni 1949 in der Position

Gesamtübersicht

Mill. DM

Bankenkundschaft										II. Kredite an Geldinstitute							Stand am Ende des Monats — der Woche
gliedern sich in Kredite an und Private										davon							
davon				Öffentliche Hand						kurzfristige Kredite insgesamt	Schuldner - kurzfristige Forderungen-		sonstige kurzfristige Kredite ¹⁾	Wechselobligo der Kundschaft	mittel- und langfristige Kredite	durchlaufende Kredite	
sonstige kurzfristige Kredite ¹⁾	Wechselobligo der Kundschaft	mittel- und langfristige Kredite ²⁾	durchlaufende Kredite	kurzfristige Kredite insgesamt	davon			insgesamt	darunter Akzeptkredite								
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	

für das westdeutsche Währungsgebiet^{*)})

Länder und der Landeszentralbanken

5,6	1 146,6	.	.	95,5	73,5	0,1	21,9	.	.	82,5	15,8	.	6,9	59,8	.	.	1948
19,3	1 473,3	.	.	134,5	75,3	1,2	58,0	.	.	372,5	78,8	.	12,7	281,0	.	.	Juli
34,2	1 594,6	.	.	185,4	67,0	6,6	111,8	.	.	763,4	133,2	.	14,1	616,1	.	.	Aug.
46,7	1 599,0	.	.	268,8	75,2	7,1	186,5	.	.	1 058,0	212,0	.	14,0	832,0	.	.	Sept.
73,5	1 680,9	210,1	.	298,2	64,7	5,6	227,9	29,0	.	1 056,7	284,2	.	22,4	750,1	36,6	.	Okt.
78,8	1 891,8	412,0	.	295,5	48,5	3,0	244,0	61,3	.	1 098,6	340,7	.	23,5	734,4	42,9	.	Nov.
104,7	1 835,2	524,1	.	277,0	59,7	7,5	209,8	90,5	.	1 049,4	367,7	.	20,6	661,1	55,7	.	Dez.
130,4	1 841,0	550,9	.	313,0	82,5	3,6	226,9	95,1	.	1 120,4	366,5	.	25,5	728,4	59,9	.	1949
158,5	1 935,1	607,1	.	316,3	65,1	3,4	247,8	98,2	.	1 122,7	379,6	.	32,2	710,9	69,5	.	Jan.
182,7	1 994,6	650,6	.	309,4	64,0	5,0	240,4	93,8	.	1 219,9	446,1	.	36,9	736,9	71,9	.	Febr.
187,9	2 070,2	695,6	.	354,2	125,1	5,2	223,9	94,8	.	1 304,2	431,9	.	32,4	839,9	88,6	.	März
159,1 ¹⁰⁾	2 084,5	888,4	.	389,6	154,9	0,9	233,8	129,7	.	1 375,1	472,9	9,0	5,9 ¹⁰⁾	896,3	70,2	.	April
130,8	2 177,6	955,4	295,1	376,1	151,5	0,4	224,2	164,2	20,8	1 543,3	503,4	11,4	3,4	1 036,5	70,4	63,1	May
150,1	2 295,0	1 282,2 ¹¹⁾	150,8 ¹⁰⁾	386,1 ⁹⁾	125,3 ⁹⁾	0,3	260,5	191,2	15,7 ¹⁰⁾	1 593,3 ⁹⁾	525,4 ⁹⁾	12,3	3,1	1 064,8	96,0 ¹¹⁾	72,3	Juli
146,3	2 380,5	1 394,2	180,9	386,8	143,4	0,1	243,3	203,7	16,9	1 560,5	492,9	15,0	3,0	1 064,6	141,0	86,8	Aug.
201,0	2 507,0	1 601,5	223,3	403,1	152,2	0,0	250,9	225,0	17,6	1 685,2	619,9	19,7	4,2	1 061,1	148,8	102,7	Sept.
231,7	2 585,0	1 759,7	255,4	570,7	271,4	0,0	299,3	227,3	18,1	1 638,6	670,8	20,1	4,2	963,6	180,2	108,5	Okt.
245,3	2 905,8	1 950,6	299,7	727,3	438,1	0,0	289,2	278,0	20,1	1 618,3	605,1	23,2	4,6	1 008,6	231,2	114,5	Nov.
271,5	2 988,6	2 168,2 ¹²⁾	351,7	602,9	285,7	0,0	317,2	319,0 ¹²⁾	19,8	1 730,2	653,7	21,3	2,3	1 074,2	287,8	109,9	Dez.
272,1	3 110,3	2 405,3	376,9	699,5	361,7	0,0	337,8	366,8	21,4	1 758,9	676,6	22,2	2,3	1 080,0	383,3	116,5	1950
																	Jan.
																	Febr.

für das westdeutsche Währungsgebiet^{*)})

und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten

Kredite)

13,4	639,8	.	.	52,9	44,9	1,2	6,8	.	.	787,7	166,2	.	7,5	614,0	.	.	1948
22,7	668,6	.	.	42,8	34,2	0,0	8,6	.	.	757,7	204,2	.	12,7	540,8	.	.	31. 10.
16,1	804,7	.	.	30,6	29,7	0,1	0,8	.	.	774,2	230,8	.	12,9	530,5	.	.	30. 11.
																	31. 12.
29,3	765,9	.	.	38,8	30,4	2,7	5,7	.	.	729,9	248,5	.	11,3	470,1	.	.	1949
36,7	742,6	.	.	37,4	30,6	0,4	6,4	.	.	772,1	238,7	.	14,0	519,4	.	.	31. 1.
45,8	723,4	.	.	48,2	38,5	0,4	9,3	.	.	812,7	238,9	.	18,0	555,8	.	.	28. 2.
53,1	743,4	.	.	48,7	36,9	0,7	11,1	.	.	883,4	275,1	.	19,2	589,1	.	.	31. 3.
53,5	786,2	.	.	64,0	50,1	0,7	13,2	.	.	927,6	243,7	.	16,7	667,2	.	.	30. 4.
47,7	781,3	.	.	69,7	56,7	0,7	12,3	.	.	950,5	245,2	.	17,1	688,2	.	.	31. 5.
58,9	788,7	.	.	76,7	64,8	0,1	11,8	.	.	1 066,7	269,9	10,8	5,5	791,3	.	.	30. 6.
93,2	805,3	.	.	109,3	71,2	0,1	38,0	.	.	1 065,4	276,0	11,3	2,3	787,1	.	.	31. 7.
83,8	836,3	.	.	120,3	83,1	0,1	37,1	.	.	1 036,1	258,8	14,1	2,2	775,1	.	.	31. 8.
87,0	852,7	.	.	147,8	90,4	0,1	57,3	.	.	1 072,9	330,7	14,7	4,1	738,1	.	.	30. 9.
114,0	875,3	.	.	244,1	129,0	—	115,1	.	.	994,4	353,2	13,6	4,0	637,2	.	.	31. 10.
118,3	981,7	.	.	323,5	223,7	—	99,8	.	.	995,5	338,5	12,9	4,5	652,5	.	.	30. 11.
																	31. 12.
128,6	1 005,5	.	.	217,5	117,2	—	100,3	.	.	1 062,9	367,7	16,8	2,1	693,1	.	.	1950
136,1	1 038,9	.	.	242,6	136,2	—	106,4	.	.	1 080,9	386,6	18,2	2,0	692,3	.	.	31. 1.
131,8	1 085,9	.	.	324,4	192,6	—	131,8	.	.	1 081,7	384,6	15,4	2,7	694,4	.	.	28. 2.
																	31. 3.
135,6	1 048,1	.	.	260,1	155,3	—	104,8	.	.	1 095,0	390,3	17,0	1,9	702,8	.	.	7. 3.
130,3	1 040,7	.	.	254,7	151,6	—	103,1	.	.	1 091,6	409,4	18,4	1,9	680,3	.	.	15. 3.
133,5	1 052,4	.	.	262,9	134,7	—	128,2	.	.	1 101,4	420,2	14,6	2,2	679,0	.	.	23. 3.
131,8	1 085,9	.	.	324,4	192,6	—	131,8	.	.	1 081,7	384,6	15,4	2,7	694,4	.	.	31. 3.

Schuldner — kurzfristige Forderungen — mit enthalten, in der bis Mai nur Kontokorrent- und Akzeptkredite erfaßt wurden. Einzelne Institute haben die ab Juni 1949 unter der Position sonstige kurzfristige Kredite ausgewiesenen Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren bis Mai 1949 einschließlich unter der Position Schuldner — kurzfristige Forderungen — gemeldet. ⁹⁾ Auch in die Zahlen der öffentlichen Hand und der Geldinstitute sind die Valutaforderungen aus der RM-Zeit ab August 1949 mit aufgenommen. ¹⁰⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder verwalteten Umstellungsschulden bedingt. ¹¹⁾ Veränderung z. T. beeinflußt durch Neuaufnahme mehrerer Spezialinstitute (z. B. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Landwirtschaftliche Rentenbank usw.). ¹²⁾ Die Zunahme ist zum Teil auf den Neuzugang einiger Institute zurückzuführen (vgl. Anmerkung ⁸⁾ Seite 67).

Volkswirtschaftliches Kreditvolumen:

 Monatliche Bankenstatistik für
Gesamterhebung der Bank deutscher
in

Stand am Monats- ende 1949 bzw. 1950	I. Kredite an die Nicht-													
	Kredite an die Nichtbankenkundschaft									Die Spalten 1-9				
	kurzfrist. Kredite		d a v o n							Wirtschaftsunternehmen				
	ins- gesamt	dar- unter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	Schuldner - kurzfristige Forderungen -			sonstige kurz- fristige Kredite ²⁾	Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- und lang- fristige Kredite ³⁾	durch- lau- fende Kredite	kurzfrist. Kredite		Schuldner - kurzfristige Forderungen -		
			ins- gesamt	dar- unter	Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit					Akzept- kredite	ins- gesamt	dar- unter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	ins- gesamt	dar- unter
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	

Währungsgebiet

Okt.	8871,9	268,8	5913,0	268,8	1868,1	201,0	2757,9	1826,5	240,9	8468,8	267,6	5760,8	267,6	1865,2
Nov.	9501,7	271,3	6385,7	271,3	2073,2	231,7	2884,3	1987,0	273,5	8931,0	269,1	6114,3	269,1	2005,9
Dez.	9848,2	275,7	6407,9	275,7	2063,8	245,3	3195,0	2228,6	319,8	9120,9	270,3	5969,8	270,3	1982,1
Jan.	10217,6	274,5	6640,3	274,5	2020,7	271,5	3305,8	2487,2 ⁷⁾	371,5	9614,7	269,1	6354,6	269,1	1944,0
Febr.	10604,1	281,4	6883,9	281,4	1968,4	272,1	3448,1	2772,1	398,3	9904,6	276,0	6522,2	276,0	1862,8

Bayern

Okt.	1422,1	7,4	1107,1	7,4	438,4	6,2	308,8	299,3	44,1	1395,4	7,1	1081,7	7,1	438,2
Nov.	1523,6	7,3	1190,0	7,3	472,2	6,2	327,4	309,2	56,5	1473,6	7,0	1142,0	7,0	472,1
Dez.	1646,0	7,3	1247,1	7,3	470,3	5,8	393,1	355,4	71,1	1507,0	7,0	1118,7	7,0	469,8
Jan.	1596,0	7,5	1197,7	7,5	463,1	4,8	393,5	387,4	79,6	1560,4	7,2	1165,6	7,2	462,8
Febr.	1671,4	7,5	1247,4	7,5	441,6	5,3	418,7	415,5	86,9	1626,8	7,2	1204,0	7,2	441,4

Hessen

Okt.	726,2	14,0	513,0	14,0	142,1	8,5	204,7	136,4	38,9	711,9	13,9	504,8	13,9	141,9
Nov.	791,8	16,7	565,4	16,7	166,3	10,0	216,4	141,6	46,5	774,5	16,2	554,4	16,2	163,1
Dez.	788,8	16,7	545,0	16,7	178,0	8,1	235,7	151,3	53,2	772,0	16,2	535,5	16,2	174,8
Jan.	836,5	15,6	573,4	15,6	170,0	7,8	255,3	157,2	69,8	809,6	15,1	563,2	15,1	166,8
Febr.	884,2	20,1	589,3	20,1	143,7	8,6	286,3	171,3	72,3	846,3	19,6	578,6	19,6	140,3

Württemberg-Baden

Okt.	948,1	16,9	704,7	16,9	250,7	11,3	232,1	227,3	47,8	922,6	16,9	682,2	16,9	250,7
Nov.	987,9	16,9	743,2	16,9	262,0	8,7	236,0	248,9	53,7	961,7	16,9	722,5	16,9	262,0
Dez.	995,7	17,4	735,8	17,4	266,9	9,7	250,2	280,0	59,3	967,7	17,4	713,5	17,4	266,9
Jan.	1073,9	17,5	791,9	17,5	269,1	13,3	268,7	305,7	65,1	1043,7	17,5	770,2	17,5	269,1
Febr.	1120,3	18,4	820,3	18,4	270,3	15,1	284,9	327,3	68,6	1089,2	18,4	797,5	18,4	270,3

Bremen

Okt.	278,6	4,8	199,2	4,8	36,6	25,9	53,5	5,3	4,2	275,9	4,8	198,5	4,8	36,6
Nov.	316,1	4,7	228,2	4,7	56,7	31,8	56,1	27,7	4,7	309,7	4,7	225,0	4,7	56,7
Dez.	312,9	8,2	209,7	8,2	51,5	44,2	59,0	34,1	5,4	310,7	8,2	207,6	8,2	51,5
Jan.	335,9	4,9	223,6	4,9	45,8	47,1	65,2	68,1 ⁷⁾	3,8	333,8	4,9	221,6	4,9	45,8
Febr.	334,2	4,9	219,7	4,9	43,3	42,8	71,7	70,8	4,1	331,9	4,9	218,4	4,9	43,3

Nordrhein-Westfalen

Okt.	2356,0	168,6	1311,3	168,6	291,3	2,0	1042,7	409,3	33,0	2235,5	167,8	1293,6	167,8	288,8
Nov.	2546,1	168,6	1418,2	168,6	316,3	5,0	1122,9	448,6	35,8	2363,6	167,6	1392,2	167,6	313,3
Dez.	2677,1	169,1	1414,6	169,1	323,0	2,3	1260,2	500,4	40,1	2522,6	164,9	1386,9	164,9	320,0
Jan.	2780,9	171,7	1516,6	171,7	319,7	11,3	1253,0	544,4	63,6	2613,0	167,6	1488,8	167,6	316,7
Febr.	2870,8	173,5	1581,9	173,5	321,9	9,2	1279,7	596,9	71,6	2696,5	169,3	1556,9	169,3	318,9

Niedersachsen

Okt.	732,0	4,0	499,6	4,0	96,0	3,9	228,5	155,0	16,9	688,4	4,0	463,8	4,0	96,0
Nov.	757,9	4,5	525,4	4,5	103,6	4,1	228,4	172,2	17,3	723,5	4,0	494,0	4,0	103,6
Dez.	769,5	4,4	519,6	4,4	97,0	3,8	246,1	204,2	19,1	736,7	4,0	489,5	4,0	97,0
Jan.	815,1	4,3	558,3	4,3	97,3	3,6	253,2	255,6 ⁷⁾	18,6	791,7	3,9	538,6	3,9	97,3
Febr.	845,8	4,4	590,1	4,4	95,7	3,8	251,9	274,7	22,9	811,0	4,0	558,0	4,0	95,7

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ²⁾ Forderungen aus Report- und Lombardgeschäften. Warenvorschüssen

nach Ländern

das westdeutsche Währungsgebiet *) 1)

Länder und der Landeszentralbanken

Mill. DM

bankenkundschaft										II. Kredite an Geldinstitute 5)							Stand am Monats- ende 1949 bzw. 1950
gliedern sich in Kredite an										davon							
und Private				Öffentliche Hand 7)						kurz- fristige Kredite ins- gesamt 8)	Schuldner - kurzfristige Forderung. 9)		sonst. kurz- fristige Kre- dite 2)	Wech- sel- obligo der Kund- schaft	mittel- und lang- fristige Kredite	durch- lau- fende Kre- dite	
davon		mittel- und lang- fristige Kredite 1)	durch- lau- fende Kredite	kurz- fristige Kredite ins- gesamt 3)	davon			mittel- und lang- fristige Kredite 6)	durch- lau- fende Kredite		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kre- dite					
sonstige kurz- fristige Kredite 2)	Wechsel- obligo der Kund- schaft				Schuld- ner - nur kurz- fristige Forde- rungen. 9)	sonstige kurz- frist. Kre- dite	Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisung., sonstige Wechsel										
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	

Währungsgebiet

201,0	2507,0	1601,5	223,3	403,1	152,2	0,0	250,9	225,0	17,6	1685,2	619,9	19,7	4,2	1061,1	148,8	102,7	Okt.
231,7	2585,0	1759,7	255,4	570,7	271,4	0,0	299,3	227,3	18,1	1638,6	670,8	20,1	4,2	963,6	180,2	108,5	Nov.
245,3	2905,8	1950,6	299,7	727,3	438,1	0,0	289,2	278,0	20,1	1618,3	605,1	23,2	4,6	1008,6	231,2	114,5	Dez.
271,5	2988,6	2168,2 ⁷⁾	351,7	602,9	285,7	0,0	317,2	319,0 ⁷⁾	19,8	1730,2	653,7	21,3	2,3	1074,2	287,8	109,9	Jan.
272,1	3110,3	2405,3	376,9	699,5	361,7	0,0	337,8	366,8	21,4	1758,9	676,6	22,2	2,3	1080,0	383,3	116,5	Febr.

Bayern

6,2	307,5	247,6	38,8	26,7	25,4	—	1,3	51,7	5,3	233,4	145,9	0,7	0,1	87,4	28,7	0,3	Okt.
6,2	325,4	274,9	49,9	50,0	48,0	—	2,0	34,3	6,6	244,6	137,1	0,9	0,1	107,4	42,9	0,3	Nov.
5,8	382,5	318,7	62,8	139,0	128,4	—	10,6	36,7	8,3	264,9	133,6	2,7	0,2	131,1	18,5	0,2	Dez.
4,8	390,0	350,1	70,8	35,6	32,1	—	3,5	37,3	8,8	257,1	147,1	3,2	0,2	109,8	17,6	0,3	Jan.
5,3	417,5	364,2	77,2	44,6	43,4	—	1,2	51,3	9,7	261,9	152,1	4,3	0,1	109,7	21,0	0,3	Febr.

Hessen

8,5	198,6	108,1	37,0	14,3	8,2	—	6,1	28,3	1,9	207,1	68,1	12,6	0,0	139,0	1,9	1,1	Okt.
10,0	210,1	112,2	44,7	17,3	11,0	—	6,3	29,4	1,8	227,3	76,8	13,4	—	150,5	3,2	1,3	Nov.
8,1	228,4	120,2	51,3	16,8	9,5	—	7,3	31,1	1,9	225,7	63,2	12,0	—	162,5	8,4	1,3	Dez.
7,8	238,6	137,2	68,6	26,9	10,2	—	16,7	20,0	1,2	224,0	69,5	9,3	—	154,5	12,0	1,8	Jan.
8,6	259,1	149,9	71,1	37,9	10,7	—	27,2	21,4	1,2	221,0	71,4	7,9	—	149,6	14,3	1,8	Febr.

Württemberg-Baden

11,3	229,1	195,0	45,3	25,5	22,5	—	3,0	32,3	2,5	165,8	46,3	1,3	3,9	115,6	1,5	0,6	Okt.
8,7	230,5	214,1	51,0	26,2	20,7	—	5,5	34,8	2,7	169,1	49,2	2,1	3,8	116,1	1,7	0,6	Nov.
9,7	244,5	235,8	56,7	28,0	22,3	—	5,7	44,2	2,6	164,7	43,6	2,3	4,3	116,8	4,5	0,6	Dez.
13,3	260,2	251,8	62,5	30,2	21,7	—	8,5	53,9	2,6	158,9	54,4	2,7	1,9	102,6	4,5	0,7	Jan.
15,1	276,6	269,4	66,0	31,1	22,8	—	8,3	57,9	2,6	163,3	57,4	3,3	1,9	104,0	5,7	0,6	Febr.

Bremen

25,9	51,5	21,2	4,2	2,7	0,7	—	2,0	3,9	—	66,8	50,4	—	—	16,4	0,1	—	Okt.
31,8	52,9	23,8	4,7	6,4	3,2	—	3,2	3,9	—	63,0	52,7	—	—	10,3	0,1	—	Nov.
44,2	58,9	30,1	5,4	2,2	2,1	—	0,1	4,0	—	63,6	34,7	—	—	28,9	0,1	—	Dez.
47,1	65,1	61,3 ⁷⁾	3,8	2,1	2,0	—	0,1	6,8 ⁷⁾	—	45,9	32,4	—	—	13,5	0,1	—	Jan.
42,8	70,7	63,6	4,1	2,3	1,3	—	1,0	7,2	—	40,5	28,8	—	—	11,7	0,2	—	Febr.

Nordrhein-Westfalen

2,0	939,9	374,3	31,9	120,5	17,7	—	102,8	35,0	1,1	580,7	87,4	0,1	—	493,3	11,0	76,4	Okt.
5,0	966,4	408,8	35,6	182,5	26,0	—	156,5	39,8	0,2	466,4	113,6	0,3	—	352,8	11,3	86,0	Nov.
2,3	1133,4	445,9	39,9	154,5	27,7	—	126,8	54,5	0,2	376,9	87,3	0,7	—	289,6	12,2	93,4	Dez.
11,3	1112,9	478,4	63,4	167,9	27,8	—	140,1	66,0	0,2	510,5	92,2	0,9	—	418,3	11,8	80,4	Jan.
9,2	1130,4	521,0	71,2	174,3	25,0	—	149,3	75,9	0,4	520,2	98,5	2,0	—	421,7	15,8	86,8	Febr.

Niedersachsen

3,9	220,7	119,2	16,8	43,6	35,8	—	7,8	35,8	0,1	125,3	61,7	0,0	—	63,6	29,3	13,5	Okt.
4,1	225,4	133,4	17,2	34,4	31,4	—	3,0	38,8	0,1	137,4	66,3	0,0	—	71,1	28,7	13,6	Nov.
3,8	243,4	155,1	19,0	32,8	30,1	—	2,7	49,1	0,1	141,4	66,9	0,0	—	74,5	32,6	11,0	Dez.
3,6	249,5	193,8 ⁷⁾	18,5	23,4	19,7	—	3,7	61,8 ⁷⁾	0,1	154,6	77,3	0,1	—	77,3	34,9	18,9	Jan.
3,8	249,2	205,7	22,8	34,8	32,1	—	2,7	69,0	0,1	167,4	77,8	0,1	—	89,6	36,0	19,0	Febr.

(Rembourskredite). 3) Einschließlich Hypotheken, Grund- und Rentenschulden und Kommunalanleihen. 4) Einschließlich Hypotheken, Grund- und Rentenschulden. 5) Einschließlich Valutaforderungen aus der RM-Zeit. 6) Einschließlich Kommunalanleihen. 7) Die Zunahme ist zum Teil auf den Neuzugang einiger Institute zurückzuführen (vgl. Anmerkung 8) Seite 67).

Volkswirtschaftliches Kreditvolumen:

 Monatliche Bankenstatistik für
Gesamterhebung der Bank deutscher
in

Stand am Monats- ende 1949 bzw. 1950	I. Kredite an die Nicht-														
	Kredite an die Nichtbankenkundschaft										Die Spalten 1-9				
	kurzfrist. Kredite		d a v o n								Wirtschaftsunternehmen				
	ins- gesamt	dar- unter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	Schuldner - kurzfristige Forderungen -					Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- und lang- fristige Kredite ⁹⁾	durch- lau- fende Kredite	ins- gesamt	dar- unter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	Schuldner - kurzfristige Forderungen -		
			ins- gesamt	darunter		sonstige kurz- fristige Kredite ²⁾	ins- gesamt						darunter		
Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	Akzept- kredite	ins- gesamt		Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	Akzept- Kredite										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		

Schleswig-Holstein

Okt.	289,0	0,2	213,9	0,2	61,3	3,2	71,9	46,5	18,7	270,0	0,2	195,5	0,2	61,3
Nov.	310,7	0,1	245,6	0,1	81,4	2,8	62,3	50,1	16,5	295,7	0,1	231,8	0,1	81,4
Dez.	337,4	0,1	256,7	0,1	99,8	3,7	77,0	55,7	19,3	324,7	0,1	245,1	0,1	99,8
Jan.	355,8	0,2	271,7	0,2	99,2	3,0	81,1	64,0	19,8	340,9	0,2	258,4	0,2	99,2
Febr.	372,1	0,2	280,7	0,2	94,0	3,2	88,2	78,3	23,2	356,2	0,2	266,4	0,2	94,0

Hamburg

Okt.	1 115,0	44,4	717,6	44,4	354,9	139,3	258,1	73,9	20,1	1 111,4	44,4	716,6	44,4	354,9
Nov.	1 206,0	44,3	779,3	44,3	400,2	162,5	264,2	80,6	22,2	1 171,8	44,3	747,8	44,3	398,7
Dez.	1 149,2	44,3	700,7	44,3	341,3	164,9	283,6	87,2	31,4	1 112,5	44,3	666,8	44,3	339,8
Jan.	1 233,9	44,6	738,1	44,6	325,8	176,7	319,1	100,3	29,5	1 196,3	44,6	703,3	44,6	324,3
Febr.	1 235,7	44,0	707,6	44,0	301,1	180,4	347,7	110,2	31,3	1 200,0	44,0	674,7	44,0	299,6

Rheinland-Pfalz

Okt.	393,1	6,9	289,5	6,9	82,0	0,1	103,5	46,6	9,1	377,5	6,9	280,3	6,9	82,0
Nov.	428,6	6,8	314,3	6,8	94,5	0,1	114,2	51,7	9,7	412,0	6,8	304,7	6,8	94,5
Dez.	443,0	6,7	319,6	6,7	102,0	0,1	123,3	56,3	11,3	426,1	6,7	308,6	6,7	102,0
Jan.	465,2	6,8	336,0	6,8	99,0	0,1	129,1	61,3	11,9	447,0	6,8	325,4	6,8	98,8
Febr.	468,1	6,9	337,0	6,9	93,3	0,1	131,0	68,3	12,6	448,3	6,9	326,1	6,9	93,1

Baden

Okt.	181,9	1,0	146,1	1,0	19,0	0,6	35,2	12,3	6,1	171,7	1,0	141,4	1,0	19,0
Nov.	207,9	1,0	169,4	1,0	39,6	0,4	38,1	13,4	8,3	198,0	1,0	164,0	1,0	39,6
Dez.	203,3	1,1	157,6	1,1	35,7	2,7	43,0	15,4	7,0	192,5	1,1	151,2	1,1	35,7
Jan.	221,9	1,0	172,1	1,0	37,6	3,8	46,0	17,3	7,2	209,5	1,0	164,7	1,0	37,6
Febr.	234,8	1,1	180,8	1,1	38,3	3,6	50,4	19,1	2,1 ⁷⁾	220,6	1,1	174,1	1,1	38,3

Württemberg-Hohenzollern

Okt.	132,6	0,4	108,9	0,4	14,3	0,0	23,7	14,9	0,0	130,2	0,4	106,6	0,4	14,3
Nov.	145,8	0,4	117,7	0,4	16,7	0,0	28,1	17,7	0,3	140,8	0,4	115,4	0,4	16,7
Dez.	157,2	0,4	125,2	0,4	20,0	—	32,0	20,6	0,6	150,8	0,4	122,4	0,4	20,0
Jan.	176,6	0,4	142,8	0,4	23,4	0,0	33,8	22,3	0,5	169,8	0,4	139,7	0,4	23,4
Febr.	192,8	0,4	156,0	0,4	27,4	0,0	36,8	24,0	0,5	185,7	0,4	152,6	0,4	27,4

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

Okt.	297,7	—	102,5	—	81,5	—	195,2	380,0	2,0	178,4	—	96,0	—	81,5
Nov.	279,4	—	89,1	—	63,7	—	190,3	425,3	2,0	106,3	—	20,6	—	4,3
Dez.	367,8	—	176,1	—	78,3	—	191,7	468,2	2,0	97,5	—	24,0	—	4,7
Jan.	325,8	—	118,1	—	70,7	—	207,7	503,6	2,0	98,7	—	14,9	—	2,3
Febr.	373,8	0,0	173,1	0,0	97,8	—	200,7	615,4	2,0	92,1	0,0	14,9	0,0	0,5

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ²⁾ Forderungen aus Report- und Lombardgeschäften, Warenvorschüssen

nach Ländern
das westdeutsche Währungsgebiet*) 1)
Länder und der Landeszentralbanken
Mill. DM

Bankenkundschaft										II. Kredite an Geldinstitute ⁹⁾							Stand am Mo- nats- ende 1949 bzw. 1950
gliedern sich in Kredite an und Private										davon							
davon				Öffentliche Hand ⁹⁾						kurz- fristige Kredite ins- gesamt ⁵⁾	Schuldner - kurzfristige Forderungen ⁵⁾		sonst. kurz- fristige Kredite ²⁾	Wech- sel- obli- go der Kund- schaft	mittel- und lang- fristige Kredite	durch- lau- fende Kredite	
sonstige kurz- fristige Kredite ²⁾	Wechsel- obli- go der Kund- schaft	mittel- und lang- fristige Kredite ⁴⁾	durch- lau- fende Kredite	kurz- fristige Kredite ins- gesamt ⁵⁾	davon			mittel- und lang- fristige Kredite ⁶⁾	durch- lau- fende Kredite		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kredite					
					Schuld- ner - nur kurz- fristige Forde- rungen ⁵⁾	son- stige kurz- fristige Kredite	Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisung, sonstige Wechsel										
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	

Schleswig-Holstein

3,2	71,3	38,5	18,7	19,0	18,4	—	0,6	8,0	—	50,8	29,8	0,1	—	21,0	0,2	1,2	Okt.
2,8	61,1	41,1	16,5	15,0	13,8	—	1,2	9,0	—	51,4	31,2	0,1	—	20,2	0,2	1,2	Nov.
3,7	75,9	45,9	19,3	12,7	11,6	—	1,1	9,8	—	78,0	36,1	0,2	—	41,9	0,3	1,2	Dez.
3,0	79,5	51,7	19,8	14,9	13,3	—	1,6	12,3	—	80,7	34,0	0,1	—	46,7	0,8	1,2	Jan.
3,2	86,6	58,9	23,2	15,9	14,3	—	1,6	19,4	—	86,5	37,5	0,1	—	49,0	1,0	1,2	Febr.

Hamburg

139,3	255,5	73,5	20,0	3,6	1,0	—	2,6	0,4	0,1	85,5	35,4	4,2	0,2	49,9	0,3	4,7	Okt.
162,5	261,5	80,2	22,1	34,2	31,5	—	2,7	0,4	0,1	94,2	38,0	2,3	0,2	56,0	0,3	0,5	Nov.
164,9	280,8	86,7	31,3	36,7	33,9	—	2,8	0,5	0,1	94,7	35,5	3,9	0,3	58,9	2,6	0,4	Dez.
176,7	316,3	100,0	29,4	37,6	34,8	—	2,8	0,3	0,1	87,6	37,7	3,6	0,3	49,6	3,1	1,1	Jan.
180,4	344,9	109,8	31,2	35,7	32,9	—	2,8	0,4	0,1	87,2	40,4	3,5	0,2	46,6	3,8	1,2	Febr.

Rheinland-Pfalz

0,1	97,1	40,2	3,0	15,6	9,2	—	6,4	6,4	6,1	91,2	61,0	—	—	30,2	1,1	5,0	Okt.
0,1	107,2	43,7	3,5	16,6	9,6	—	7,0	8,0	6,2	99,4	67,0	0,1	—	32,4	1,1	5,1	Nov.
0,1	117,4	48,5	5,1	16,9	11,0	—	5,9	7,8	6,2	110,1	70,5	0,1	—	39,6	1,1	5,2	Dez.
0,1	121,5	52,4	5,6	18,2	10,6	—	7,6	8,9	6,3	111,3	71,1	0,2	—	40,2	1,1	5,3	Jan.
0,1	122,1	58,6	5,9	19,8	10,9	—	8,9	9,7	6,7	111,4	71,8	—	—	39,6	1,1	5,4	Febr.

Baden

0,6	29,7	10,8	5,7	10,2	4,7	0,0	5,5	1,5	0,4	24,8	16,0	—	—	8,8	—	—	Okt.
0,4	33,6	11,5	7,8	9,9	5,4	0,0	4,5	1,9	0,5	30,2	19,5	—	—	10,7	—	—	Nov.
2,7	38,6	13,0	6,5	10,8	6,4	0,0	4,4	2,4	0,5	38,2	15,9	0,1	—	22,3	—	1,1	Dez.
3,8	41,0	14,3	6,7	12,4	7,4	0,0	5,0	3,0	0,5	41,6	16,4	0,1	—	25,2	—	0,3	Jan.
3,6	42,9	15,1	1,6 ⁷⁾	14,2	6,7	0,0	7,5	4,0	0,5	37,0	17,8	0,1	—	19,2	—	— ⁷⁾	Febr.

Württemberg-Hohenzollern

0,0	23,6	13,7	0,0	2,4	2,3	—	0,1	1,2	—	24,5	17,5	0,6	—	7,0	3,2	—	Okt.
0,0	25,4	15,7	0,3	5,0	2,3	—	2,7	2,0	—	26,5	19,3	0,9	—	7,2	4,3	—	Nov.
—	28,4	18,1	0,4	6,4	2,8	—	3,6	2,5	0,2	26,5	17,4	1,2	—	9,1	5,2	—	Dez.
0,0	30,1	19,7	0,5	6,8	3,1	—	3,7	2,6	—	31,4	21,0	1,2	—	10,4	5,4	—	Jan.
0,0	33,1	21,0	0,5	7,1	3,4	—	3,7	3,0	—	35,5	22,9	0,9	—	12,6	5,7	0,4	Febr.

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

—	82,4	359,6	2,0	119,3	6,5	—	112,8	20,4	—	29,3	0,3	—	—	29,0	71,5	—	Okt.
—	85,7	400,2	2,0	173,1	68,5	—	104,6	25,1	—	29,1	0,2	—	—	28,9	86,4	—	Nov.
—	73,5	432,8	2,0	270,3	152,1	—	118,2	35,4	—	33,9	0,5	—	—	33,4	145,7	—	Dez.
—	83,8	457,9	2,0	227,1	103,2	—	123,9	45,7	—	26,8	0,5	—	—	26,3	196,5	—	Jan.
—	77,2	568,1	2,0	281,7	158,2	—	123,5	47,3	—	27,1	0,3	—	—	26,8	278,7	—	Febr.

(Rembourskredite). ³⁾ Einschließlich Hypotheken, Grund- und Rentenschulden und Kommunaldarlehen. ⁴⁾ Einschließlich Hypotheken, Grund- und Rentenschulden. ⁵⁾ Einschließlich Valutaforderungen aus der RM-Zeit. ⁶⁾ Einschließlich Kommunaldarlehen. ⁷⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder verwalteten Umstellungsgrundschulden bedingt.

Volkswirtschaftliches Kreditvolumen:

 Monatliche Bankenstatistik für
Gesamterhebung der Bank deutscher
in

Stand am Monats- ende 1949 bzw. 1950	I. Kredite an die Nicht-														
	Kredite an die Nichtbankenkundschaft									Die Spalten 1-9					
	kurzfr. Kredite		davon							kurzfr. Kredite		davon			
	ins- gesamt	dar- unter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	Schuldner - kurzfr. Forderungen -			sonstige kurzfrist. Kredite ²⁾	Wechsel- obligo d. Kundschaft, Schatz- wechsel u. unverz. Schatz- an- weisung.	mittel- u. langfr. Kredite ³⁾	durch- lau- fende Kredite	ins- gesamt	dar- unter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	Schuldner - kurzfr. Forderungen -			sonstige kurzfrist. Kredite ²⁾
ins- gesamt			Valuta- ford. aus der RM- Zeit	Akzept- kredite	ins- gesamt							Valuta- ford. aus der RM- Zeit	Akzept- kredite		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16

Alle Banken

Okt.	8 871,9	268,8	5 913,0	268,8	1 868,1	201,0	2 757,9	1 826,5	240,9	8 468,8	267,6	5 760,8	267,6	1 865,2	201,0	2 507,0
Nov.	9 501,7	271,3	6 385,7	271,3	2 073,2	231,7	2 884,3	1 987,0	273,5	8 931,0	269,1	6 114,3	269,1	2 005,9	231,7	2 585,0
Dez.	9 848,2	275,7	6 407,9	275,7	2 063,8	245,3	3 195,0	2 228,6	319,8	9 120,9	270,3	5 969,8	270,3	1 982,1	245,3	2 905,8
Jan.	10 217,6	274,5	6 640,3	274,5	2 020,7	271,5	3 305,8	2 487,2 ²⁾	371,5	9 614,7	269,1	6 354,6	269,1	1 944,0	271,5	2 988,6
Febr.	10 604,1	281,4	6 883,9	281,4	1 968,4	272,1	3 448,1	2 772,1	398,3	9 904,6	276,0	6 522,2	276,0	1 862,8	272,1	3 110,3

Kreditbanken

Okt.	5 378,2	259,2	3 580,8	259,2	1 505,3	167,8	1 629,6	168,8	15,4	5 341,9	258,1	3 557,3	258,1	1 502,7	167,8	1 616,8
Nov.	5 677,3	261,0	3 809,8	261,0	1 669,5	189,0	1 678,5	192,8	14,8	5 622,3	259,6	3 763,7	259,6	1 662,0	189,0	1 669,6
Dez.	5 886,2	265,4	3 707,3	265,4	1 623,3	205,5	1 973,4	215,0	22,9	5 730,0	260,9	3 569,4	260,9	1 615,7	205,5	1 955,1
Jan.	6 106,6	264,2	3 862,8	264,2	1 610,1	229,8	2 014,0	230,4	18,2	6 044,2	259,6	3 818,7	259,6	1 602,4	229,8	1 995,7
Febr.	6 298,0	271,2	3 973,8	271,2	1 562,9	226,3	2 097,9	249,0	24,9	6 225,9	266,6	3 912,0	266,6	1 555,1	226,3	2 087,6

Hypothekenbanken und Öff.-rechtl. Grundkreditanstalten

Okt.	47,1	—	—	—	—	0,1	0,3	410,3	73,4	41,9	—	41,5	—	—	0,1	0,3
Nov.	58,6	0,4	58,2	0,4	—	0,1	0,3	422,8	89,5	44,2	—	43,8	—	—	0,1	0,3
Dez.	28,8	0,4	28,2	0,4	—	0,2	0,4	483,1	107,4	28,3	—	27,7	—	—	0,2	0,4
Jan.	33,3	0,6	32,7	0,6	—	0,2	0,4	581,6 ⁶⁾	121,4	32,7	0,2	32,1	0,2	—	0,2	0,4
Febr.	34,2	0,6	33,5	0,6	—	0,3	0,4	609,4	131,8	33,6	0,1	32,9	0,1	—	0,3	0,4

Girozentralen

Okt.	605,7	0,1	324,5	0,1	28,5	0,8	280,4	313,2	62,6	426,2	0,1	254,1	0,1	28,5	0,8	171,3
Nov.	689,1	0,5	365,7	0,5	41,1	5,0	318,4	335,4	71,1	438,1	0,1	274,6	0,1	41,1	5,0	158,5
Dez.	667,8	0,5	384,2	0,5	52,8	5,9	277,7	373,1	82,7	452,3	0,1	294,7	0,1	52,8	5,9	151,7
Jan.	676,0	0,5	374,7	0,5	43,1	6,8	294,5	414,2	109,2	458,7	0,1	293,4	0,1	43,1	6,8	158,5
Febr.	684,7	0,5	379,7	0,5	27,7	8,9	296,1	470,9	119,9	453,8	0,1	293,3	0,1	27,7	8,9	151,6

Sparkassen

Okt.	1 292,5	0,7	1 031,9	0,7	25,9	2,6	258,0	424,6	34,4	1 234,9	0,7	989,1	0,7	25,6	2,6	243,2
Nov.	1 429,2	0,5	1 147,1	0,5	28,1	4,4	277,7	465,7	41,8	1 357,7	0,5	1 100,1	0,5	27,8	4,4	253,2
Dez.	1 515,7	0,5	1 207,4	0,5	38,5	4,9	303,4	524,5	46,2	1 436,6	0,5	1 153,8	0,5	38,0	4,9	277,9
Jan.	1 622,4	0,5	1 293,5	0,5	37,9	4,7	324,2	565,5	45,0	1 539,9	0,5	1 240,3	0,5	37,4	4,7	294,9
Febr.	1 703,6	0,4	1 346,8	0,4	39,9	5,4	351,4	612,2	41,9 ⁹⁾	1 613,2	0,4	1 295,1	0,4	39,5	5,4	312,7

Zentralkassen

Okt.	247,1	0,1	158,2	0,1	111,0	0,2	88,7	6,9	1,5	245,3	0,1	157,5	0,1	111,0	0,2	87,6
Nov.	256,7	0,1	174,4	0,1	125,2	0,1	82,2	7,2	1,5	254,9	0,1	173,4	0,1	125,2	0,1	81,4
Dez.	264,7	0,1	178,7	0,1	133,2	0,1	85,9	8,8	1,7	262,6	0,1	177,4	0,1	133,2	0,1	85,1
Jan.	270,6	0,0	185,1	0,0	133,6	0,1	85,4	9,9	1,8	268,6	0,0	183,9	0,0	133,6	0,1	84,6
Febr.	267,9	0,0	181,7	0,0	121,3	0,1	86,1	10,4	2,0	266,0	0,0	180,7	0,0	121,3	0,1	85,2

Kreditgenossenschaften

Okt.	768,3	2,2	557,5	2,2	70,5	0,9	209,9	75,2	3,2	765,3	2,2	554,7	2,2	70,5	0,9	209,7
Nov.	843,5	2,2	611,9	2,2	87,6	0,4	231,2	79,1	3,1	840,3	2,2	608,9	2,2	87,6	0,4	231,0
Dez.	858,1	2,2	607,7	2,2	93,3	0,8	249,6	84,7	5,3	855,2	2,2	605,1	2,2	93,3	0,8	249,3
Jan.	922,9	2,1	669,4	2,1	93,9	0,2	253,3	91,0	6,5	919,9	2,1	667,8	2,1	93,9	0,2	251,9
Febr.	952,6	2,1	688,1	2,1	95,6	0,2	264,3	100,9	7,1	949,5	2,1	686,5	2,1	95,5	0,2	262,8

Sonstige Geldinstitute

Okt.	532,8	6,6	213,3	6,6	126,9	28,5	291,0	427,5	50,5	413,3	6,6	206,6	6,6	126,9	28,5	178,2
Nov.	547,3	6,6	218,8	6,6	121,7	32,7	295,8	484,0	51,6	373,5	6,6	149,8	6,6	62,3	32,7	191,0
Dez.	626,8	6,6	294,1	6,6	122,7	27,9	304,8	539,6	53,6	355,9	6,6	141,6	6,6	49,1	27,9	186,4
Jan.	585,8	6,6	222,1	6,6	102,1	29,7	334,0	594,4	69,4	350,8	6,6	118,4	6,6	33,7	29,7	202,7
Febr.	663,0	6,6	280,2	6,6	121,0	31,0	351,8	719,3	70,6	362,5	6,6	121,6	6,6	23,7	31,0	209,9

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ²⁾ Forderungen aus Report- und Lombardgeschäften, Warenvorschüssen (Rembourskredite). ³⁾ Einschließlich Hypotheken, Grund- und Rentenschulden und Kommunaldarlehen. ⁴⁾ Einschließlich Hypotheken, Grund- und Renten-

nach Bankengruppen

das westdeutsche Währungsgebiet*);)

Länder und der Landeszentralbanken

Mill. DM

bankenkundschaft								II. Kredite an Geldinstitute ⁵⁾							Stand am Monats- ende 1949 bzw. 1950
gliedern sich in Kredite an								davon							
Private		öffentliche Hand ⁵⁾						kurz- fristige Kredite ins- gesamt ⁵⁾	Schuldner ⁵⁾ -kurzfr.Forderung-		sonstige kurz- fristige Kredite ²⁾	Wechsel- obligo der Kundschaft	mittel- und lang- fristige Kredite	durch- lau- fende Kredite	
mittel- u. langfr. Kredite ⁴⁾	durch- laufende Kredite	kurz- fristige Kredite ins- gesamt ⁵⁾	davon			mittel- und lang- fristige Kredite ⁶⁾	durch- lau- fende Kredite		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite					
			Schuld- ner - nur kurz- fristige Forde- run- gen- 5)	sonstige kurz- fristige Kredite	Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatz- an- weisung, sonstige Wechsel										
17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	

Alle Banken

1 601,5	223,3	403,1	152,2	0,0	250,9	225,0	17,6	1 685,2	619,9	19,7	4,2	1 061,1	148,8	102,7	Okt.
1 759,7	255,4	570,7	271,4	0,0	299,3	227,3	18,1	1 638,6	670,8	20,1	4,2	963,6	180,2	108,5	Nov.
1 950,6	299,7	727,3	438,1	0,0	289,2	278,0	20,1	1 618,3	605,1	23,2	4,6	1 008,6	231,2	114,5	Dez.
2 168,2 ⁷⁾	351,7	602,9	285,7	0,0	317,2	319,0 ⁷⁾	19,8	1 730,2	653,7	21,3	2,3	1 074,2	287,8	109,9	Jan.
2 405,3	376,9	699,5	361,7	0,0	337,8	366,8	21,4	1 758,9	676,6	22,2	2,3	1 080,0	383,3	116,5	Febr.

Kreditbanken

162,8	13,9	36,3	23,5	—	12,8	6,0	1,5	275,1	71,4	13,7	0,3	203,4	0,2	5,0	Okt.
186,2	13,1	55,0	46,1	—	8,9	6,6	1,7	320,9	74,5	10,7	0,3	246,1	0,5	0,8	Nov.
208,3	21,0	156,2	137,9	—	18,3	6,7	1,9	414,4	72,6	12,3	0,3	341,5	0,9	0,8	Dez.
222,8	16,3	62,4	44,1	—	18,3	7,6	1,9	402,6	83,9	14,4	0,2	318,5	0,7	1,5	Jan.
241,2	22,4	72,1	61,8	—	10,3	7,8	2,5	400,9	96,9	16,8	0,2	303,8	0,6	1,6	Febr.

Hypothekenbanken und Öff.-rechtl. Grundkreditanstalten

360,9	69,2	5,2	5,2	—	—	49,4	4,2	0,1	0,1	—	0,0	0,0	6,8	2,0	Okt.
391,3	84,6	14,4	14,4	—	—	31,5	4,9	0,1	0,1	—	—	0,0	7,1	2,0	Nov.
447,9	101,8	0,5	0,5	—	—	35,2	5,6	0,1	0,1	—	—	0,0	7,1	2,0	Dez.
532,0 ⁸⁾	114,9	0,6	0,6	—	—	49,6 ⁸⁾	6,5	0,1	0,1	—	—	0,0	8,2	2,0	Jan.
557,4	124,2	0,6	0,6	—	—	52,0	7,6	0,1	0,1	—	—	0,0	8,4	1,9	Febr.

Girozentralen

195,9	58,4	179,5	70,4	—	109,1	117,3	4,2	881,9	322,4	1,2	3,9	555,6	31,6	81,9	Okt.
207,5	67,8	251,0	91,1	—	159,9	127,9	3,3	749,2	349,3	1,9	3,8	396,1	46,7	91,5	Nov.
217,4	79,1	215,5	89,5	—	126,0	155,7	3,6	612,4	304,3	2,4	4,2	303,9	27,4	98,8	Dez.
249,6	105,9	217,3	81,3	—	136,0	164,6	3,3	746,2	320,8	2,8	1,9	423,5	26,7	86,1	Jan.
268,1	116,4	230,9	86,4	—	144,5	202,8	3,5	755,6	320,1	3,3	1,9	433,6	32,7	92,8	Febr.

Sparkassen

394,2	32,5	57,6	42,8	0,0	14,8	30,4	1,9	51,1	9,5	—	—	41,6	15,9	0,0	Okt.
431,4	39,5	71,5	47,0	0,0	24,5	34,3	2,3	38,9	7,9	—	—	31,0	15,9	0,2	Nov.
481,5	43,6	79,1	53,6	0,0	25,5	43,0	2,6	34,1	6,4	—	—	27,7	17,4	1,3	Dez.
517,2	43,3	82,5	53,2	0,0	29,3	48,3	1,7	30,3	6,9	—	—	23,4	16,0	0,2	Jan.
558,6	40,2 ⁹⁾	90,4	51,7	0,0	38,7	53,6	1,7	32,1	8,6	—	—	23,5	15,8	— ⁹⁾	Febr.

Zentralkassen

6,9	1,5	1,8	0,7	—	1,1	—	—	389,7	196,3	0,3	0,1	193,3	0,6	0,3	Okt.
7,2	1,5	1,8	1,0	—	0,8	—	—	428,4	214,7	0,7	0,1	213,6	1,2	0,4	Nov.
8,8	1,7	2,1	1,3	—	0,8	—	—	454,9	199,3	1,1	0,1	255,5	2,1	0,6	Dez.
9,8	1,8	2,0	1,2	—	0,8	0,1	—	479,4	221,4	1,3	0,1	257,9	4,0	1,1	Jan.
10,3	2,0	1,9	1,0	—	0,9	0,1	—	499,7	232,4	1,3	0,1	267,2	5,7	1,4	Febr.

Kreditgenossenschaften

74,0	3,1	3,0	2,8	—	0,2	1,2	0,1	7,7	5,3	—	—	2,4	0,5	—	Okt.
77,8	2,8	3,2	3,0	—	0,2	1,3	0,3	10,5	6,1	—	—	4,4	0,6	—	Nov.
83,0	4,7	2,9	2,6	—	0,3	1,7	0,6	9,1	5,3	0,3	—	3,8	0,5	—	Dez.
88,8	5,9	3,0	1,6	—	1,4	2,2	0,6	9,8	6,6	0,3	—	3,2	0,6	—	Jan.
98,7	6,7	3,1	1,6	—	1,5	2,2	0,4	9,4	6,5	0,4	—	2,9	0,6	—	Febr.

Sonstige Geldinstitute

406,8	44,8	119,5	6,7	—	112,8	20,7	5,7	79,7	15,1	4,5	—	64,6	93,0	13,5	Okt.
458,4	45,9	173,8	69,0	—	104,8	25,6	5,7	90,5	18,1	6,8	—	72,4	108,3	13,6	Nov.
503,8	47,9	270,9	152,5	—	118,4	35,8	5,7	93,3	17,2	7,1	—	76,1	175,7	11,0	Dez.
547,8	63,7	235,0	103,7	—	131,3	46,6	5,7	61,6	14,0	2,6	—	47,6	231,7	18,9	Jan.
671,0	64,9	300,5	158,6	—	141,9	48,3	5,7	61,2	12,1	0,5	—	49,1	319,4	19,0	Febr.

schulden. ⁵⁾ Einschließlich Valutaforderungen aus der RM-Zeit. ⁶⁾ Einschließlich Kommunaldarlehen. ⁷⁾ Die Zunahme ist zum Teil auf den Neuzugang einiger Institute zurückzuführen [siehe Anmerkung ⁸⁾]. ⁸⁾ Die Zunahme ist in Spalte 8 mit 66,7 Mill. DM, in Spalte 17 mit 55,4 Mill. DM und in Spalte 23 mit 11,3 Mill. DM auf den Neuzugang von 3 Instituten zurückzuführen. ⁹⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder verwalteten Umstellungsschulden bedingt.

Zur Entwicklung der Bausparkassen im Währungsgebiet
in Mill. DM

Bestand am Monatsende	Ausleihungen		Einlagen und aufgenommene Gelder			Ausgleichsforderungen	
	Hypo- theken	Zwischen- kredite	Spareinlagen		Auf- genommene Fremdmittel	Ausgleichs- forderungen im Bestand	Betrag der ver- kauften Ausgleichs- forderungen
			Gesamtbestand	darunter umge- stellte RM-Spar- einlagen			
	1	2	3	4	5	6	7
A. Private Bausparkassen							
Oktober 1949	32,2	8,5	114,4	.	0,6	46,8	—
November 1949	36,1	9,4	119,6	62,7	0,6	46,3	0,4
Dezember 1949	40,6	10,6	135,0	62,0	0,7	44,5	3,2
Januar 1950	43,2	10,9	145,3	61,5	0,4	44,3	3,4
Februar 1950	47,4	12,5	152,5	60,4	0,4	43,0	4,6
B. Öffentliche Bausparkassen							
Oktober 1949
November 1949
Dezember 1949
Januar 1950	31,9	46,6	85,2	19,1	23,2	13,3	0,8
Februar 1950	32,2	51,8	94,4	19,1	24,4	14,3	0,8
C. Bausparkassen insgesamt							
Oktober 1949
November 1949
Dezember 1949
Januar 1950	75,1	57,5	230,5	80,6	23,6	57,6	4,2
Februar 1950	79,6	64,3	246,9	79,5	24,8	57,3	5,4

Umsätze im Sparverkehr bei den Geldinstituten im Währungsgebiet
(nur Freikonto)

Datum	Spareinlagen- bestand zu Beginn des Berichts- zeitraums	Zugänge aus		Einzahlungen		Auszahlungen		Saldo der Ein- und Aus- zahlungen	Spareinlagenbestand am Ende des Berichtszeitraums	
		Um- stellung	Zinsen	ins- gesamt	darunter Barein- zahlungen	ins- gesamt	darunter Baraus- zahlungen		insgesamt	dar. steuer- begünstigte Einlagen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet *)¹⁾ (Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken) in Mill. DM										
1949 Juni	2 366,2 ²⁾	41,1	0,8	216,0	103,0	154,9	102,1	+ 61,1	2 469,2	13,8
Juli	2 469,6 ²⁾	26,5	1,3	248,3	127,7	161,3	107,9	+ 87,0	2 584,4	20,6
August	2 584,4	17,3	0,5	234,1	127,8	151,7	109,2	+ 82,4	2 684,6	25,1
September	2 684,5 ²⁾	13,5	0,4	234,1	131,7	181,2	134,5	+ 52,9	2 751,3	32,8
Oktober	2 751,0 ²⁾	10,1	0,3	235,0	121,8	175,3	124,9	+ 59,7	2 821,1	48,2
November	2 821,1	8,7	0,4	242,9	126,2	171,6	112,1	+ 71,3	2 901,5	60,4
Dezember	2 901,0 ²⁾	6,7	33,0	318,5	162,8	198,6	137,8	+119,9	3 060,6	89,9
1950 Januar	3 061,7 ⁴⁾	3,4	16,7	323,0	191,1	164,6	103,7	+158,4	3 240,2	103,9
Februar	3 240,2	4,7	8,8	277,3	162,1	154,5	104,1	+122,8	3 376,5	112,2
Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet *)⁸⁾ Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten in Mill. DM										
1949										
1. - 30. 6.	360,9	.	.	.	19,5	.	18,0	.	378,0	.
1. - 31. 7.	377,8 ²⁾	4,2	0,6	37,5	21,8	24,0	16,8	+ 13,5	396,1	.
1. - 31. 8.	396,1	2,2	0,0	36,0	21,4	23,3	17,5	+ 12,7	411,0	.
1. - 30. 9.	411,0	1,2	0,0	34,3	21,2	26,9	20,8	+ 7,4	419,6	.
1. - 31. 10.	419,6	1,3	0,0	36,8	21,2	25,4	19,2	+ 11,4	432,3	11,8
1. - 30. 11.	432,0 ²⁾	1,1	0,1	37,6	21,7	24,6	18,2	+ 13,0	446,2	14,9
1. - 31. 12.	445,8 ²⁾	1,3	6,3	49,5	30,2	30,6	22,8	+ 18,9	472,3	20,1
1950										
1. - 31. 1.	472,3	0,6	1,3	53,2	34,9	28,5	16,2	+ 24,7	498,9	22,9
1. - 28. 2.	498,8 ²⁾	0,6	2,2	47,1	31,2	25,6	16,0	+ 21,5	523,1	24,9
1. - 31. 3.	523,1	0,4	0,3	50,1	32,2	27,1	20,5	+ 23,0	546,8	27,4
1. - 7. 3.	523,1	0,1	0,1	14,4	9,7	5,9	4,4	+ 8,5	531,8	25,7
8. - 15. 3.	531,8	0,1	0,0	12,7	8,2	6,7	5,1	+ 6,0	537,9	26,0
16. - 23. 3.	537,9	0,1	0,1	11,1	7,4	6,9	5,3	+ 4,2	542,3	26,4
24. - 31. 3.	542,3	0,1	0,1	11,9	6,9	7,6	5,7	+ 4,3	546,8	27,4

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen.
¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ²⁾ Differenz gegenüber dem Endbestand des Vormonats bzw. der Vorwoche beruht auf Berichtigungen verschiedener Institute. ³⁾ Im oberen Teil der Tabelle sind jeweils alle Wochen des Monats zusammengefaßt; d. h. die Bestandszahlen beziehen sich auf die Höhe der Spareinlagen am Anfang bzw. Ende des Monats, die Zu- und Abgänge umfassen die gesamten Kontenbewegungen von jeweils 4 Wochen. ⁴⁾ Zunahme gegenüber dem Endbestand des Vormonats ist verursacht durch die Neuaufnahme einiger Institute.

Mindestreserven der Geldinstitute im Währungsgebiet, aufgliedert nach Bankengruppen *)

(Monatliche Reserve-Meldungen der Geldinstitute an die Landeszentralbanken)

Bankengruppen	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM					Überschußreserven (Reservefehlbeträge —) in Mill. DM				
	1949			1950		1949			1950	
	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
1. Nachfolgeinstitute von Großbankfilialen	221,4	222,4	222,2	226,1	220,9	19,0	12,9	18,5	7,8	3,2
2. Regionalbanken	118,7	117,0	113,7	114,0	112,8	11,8	9,9	19,0	12,4	7,7
3. Privatbanken	25,9	27,2	29,1	29,9	29,5	4,2	4,3	4,4	3,6	2,9
4. Girozentralen	92,4	92,2	86,6	85,9	85,8	37,0	32,8	77,2	47,0	39,5
5. Sparkassen	295,4	295,0	293,1	297,6	304,6	13,8	13,5	13,5	12,7	11,1
6. Hypothekenbanken	1,2	0,4	0,3	0,4	0,3	0,9	1,2	1,1	0,7	0,8
7. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kreditgenossenschaften	67,8	69,7	68,2	69,8	70,3	2,9	2,5	3,1	2,4	2,1
8. Gewerbl. Zentralkassen	1,2	1,2	1,1	1,2	1,3	0,6	0,6	1,0	0,3	0,3
9. Gewerbl. Kreditgenossenschaften	55,7	54,5	55,3	55,9	55,6	2,6	1,8	3,3	2,1	1,3
10. Sonstige Geldinstitute	78,5	79,7	79,3	81,5	76,2	9,7	7,6	13,6	6,9	5,1
Bankengruppen insgesamt	958,2	959,3	948,9	962,3	957,3	102,5	87,1	154,7	95,9	74,0

Bankengruppen	Überschußreserven in v. H.									
	der gesetzlichen Mindestreserven (Reserve-Soll)					der Gesamtsumme der Überschußreserven aller Bankengruppen				
	1949			1950		1949			1950	
	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
1. Nachfolgeinstitute von Großbankfilialen	8,6	5,8	8,3	3,4	1,4	18,5	14,8	12,0	8,1	4,3
2. Regionalbanken	9,9	8,5	16,7	10,9	6,8	11,5	11,3	12,3	12,9	10,4
3. Privatbanken	16,2	15,8	15,1	12,0	9,8	4,1	4,9	2,9	3,8	3,9
4. Girozentralen	40,0	35,6	89,1	54,7	46,0	36,1	37,7	49,9	49,0	53,4
5. Sparkassen	4,7	4,6	4,6	4,3	3,6	13,5	15,5	8,7	13,3	15,0
6. Hypothekenbanken	75,0	300,0	366,7	175,0	266,7	0,9	1,4	0,7	0,7	1,1
7. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kreditgenossenschaften	4,3	3,6	4,5	3,4	3,0	2,8	2,9	2,0	2,5	2,8
8. Gewerbl. Zentralkassen	50,0	50,0	90,9	25,0	23,1	0,6	0,7	0,6	0,3	0,4
9. Gewerbl. Kreditgenossenschaften	4,7	3,3	6,0	3,8	2,3	2,5	2,1	2,1	2,2	1,8
10. Sonstige Geldinstitute	12,4	9,5	17,2	8,5	6,7	9,5	8,7	8,8	7,2	6,9
Bankengruppen insgesamt	10,7	9,1	16,3	10,0	7,7	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.

Mindestreservesätze

(in v. H. der reservspflichtigen Einlagen¹⁾)

Gültig ab	Sichteinlagen		Termineinlagen (einschließlich Spareinlagen)
	an Bankplätzen ²⁾	an Nichtbankplätzen	
1. Juli 1948	10	10	5
1. Dez. 1948	15	10	5
1. Juni 1949	12	9	5
1. Sept. 1949	10	8	4

¹⁾ Reservepflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto. Abgesetzt werden die Einlagen solcher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken oder bei der Berliner Zentralbank verpflichtet sind. Als Termineinlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat, alle Spareinlagen und die Einlagen auf Anlagekonto. Sichteinlagen sind alle übrigen Einlagen.

²⁾ Bankplätze sind Orte mit Landeszentralbank-Niederlassungen.

III. Das Geldvolumen im Währungsgebiet

Entwicklung und Struktur des Geldvolumens ¹⁾

in Mill. DM

Stand Ende	Insgesamt	Struktur		
		Bargeldumlauf ²⁾	Bankeinlagen ³⁾	Infolge zeitweiliger Anlage in Ausgleichsforderungen der BdL. und der LZB nicht ausgewiesene öffentl. Giroguthaben beim Zentralbanksystem
1948				
Juli	11 495	3 831	7 664	—
August	14 197	4 178	10 019	—
September	16 882	5 358	11 524	—
Oktober	17 013	5 885	11 128	—
November	17 343	6 018	11 325	—
Dezember	18 054	6 319	11 535	200
1949				
Januar	18 199	6 167	11 863	169
Februar	18 665	6 216	12 359	90
März	19 027	6 187	12 750	90
April	19 768	6 333	13 331	104
Mai	20 162	6 362	13 687	113
Juni	20 520	6 553	13 776	191
Juli	20 944	6 688	13 931	325
August	21 218	6 815	14 040	363
September	21 480	7 029	14 040	411
Oktober	22 298	7 060	14 830	408
November	22 528	6 978	14 940	610
Dezember	22 539	7 330	14 807	402
1950				
Januar	22 991	7 199	15 252	540
Februar	23 376	7 290	15 605	481

¹⁾ Ausschließlich der counterpart funds und der sonstigen auf den Passivkonten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts verbuchten Guthaben von Nichtbanken.

²⁾ Ohne „B“-Noten.

³⁾ Ohne Einlagen von Geldinstituten sowie ohne Währungsguthaben bei den Geschäftsbanken für durch die BdL gestellte Akkreditive.

Erstausrüstungen ¹⁾

in Mill. DM

Anlage 1 zur Tabelle „Entwicklung und Struktur des Geldvolumens“

Stand Ende	Jan. 1949	Febr. 1949	März 1949	April 1949	Mai 1949	Juni 1949	Juli 1949	Aug. 1949	Sept. 1949	Okt. 1949	Nov. 1949	Dez. 1949	Jan. 1950	Febr. 1950
Militärregierungen	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772
Länder u. Gemeinden	2 348	2 350	2 350	2 350	2 350	2 350	2 350	2 351	2 351	2 369	2 369	2 369	2 363	2 363
Bahn und Post	315	315	315	315	315	316	316	316	316	316	316	316	316	316
Geschäftsbeträge	472	472	472	474	474	474	474	474	474	474	473	473	473	473
1. und 2. Rate des Kopfgeldes	2 782	2 782	2 781	2 782	2 781	2 782	2 782	2 782	2 783	2 783	2 783	2 783	2 783	2 782
Insgesamt	6 689	6 691	6 690	6 693	6 692	6 694	6 694	6 695	6 696	6 714	6 713	6 713	6 707	6 706

¹⁾ Die Beträge sind errechnet nach der Aufgliederung der Positionen „Vorläufige Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand“ und „Interimsforderungen gegen die Landeszentralbanken“ im jeweiligen Status der Bank deutscher Länder. Die Beträge unterliegen noch gewissen geringfügigen Veränderungen.

Bankeinlagen ¹⁾

in Mill. DM

Anlage 2 zur Tabelle „Entwicklung und Struktur des Geldvolumens“

Stand Ende	bei den Geschäftsbanken							im Zentralbank-system (BdL und LZB) ³⁾	Insgesamt mit Währungsguthaben bei den Geschäfts-banken für durch die BdL gest. Akkreditive	
	nach der monatlichen Bankenstatistik					Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ²⁾	Insgesamt			
	Sichteinlagen		Befristete Einlagen		Anlage- und Fest-konten					
	Insgesamt	darunter Währungs-guth. f. gest. Akkredit. durch BdL	Spar-einlagen	Termin-einlagen						
1948										
Juli	3 604	—	313	84	1 533	59	5 593	2 071	7 664	.
August	4 631	—	687	192	2 353	82	7 945	2 074	10 019	.
September	5 339	—	958	365	2 828	99	9 589	1 935	11 524	.
Oktober	5 794	—	1 152	530	1 732	111	9 319	1 809	11 128	.
November	6 408	—	1 354	691	927	125	9 505	1 820	11 325	.
Dezember	6 650	—	1 599	845	746	135	9 975	1 560	11 535	.
1949										
Januar	6 599	—	1 767	1 051	663	139	10 219	1 644	11 863	.
Februar	6 731	—	1 926	1 238	602	147	10 644	1 715	12 359	.
März	6 875	—	2 097	1 357	545	153	11 027	1 723	12 750	.
April	7 075	—	2 216	1 478	515	160	11 444	1 887	13 331	.
Mai	7 240	—	2 363	1 632	485	166	11 886	1 801	13 687	.
Juni	7 258	—	2 469	1 775	450	170	12 122	1 654	13 776	.
Juli	7 160	—	2 584	1 902	407	172	12 225	1 706	13 931	.
August	7 440	146	2 685	1 940	395	175	12 635	1 551	14 186	14 040
September	7 643	250	2 751	1 937	384	182	12 897	1 393	14 290	14 040
Oktober	7 966	408	2 821	2 010	371	500 ⁴⁾	13 668	1 570	15 238	14 830
November	7 980	488	2 902	2 040	359	500	13 781	1 647	15 428	14 940
Dezember	7 991	425	3 061	2 117	347	504	14 020	1 212	15 232	14 807
1950										
Januar	7 589	319	3 240	2 211	344	504	13 888	1 683	15 571	15 252
Februar	7 402	196	3 377	2 449	339	508	14 075	1 726	15 801	15 605

¹⁾ Ohne die Einlagen von Geldinstituten. ²⁾ Statistisch nicht erfaßt sind lediglich diejenigen Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. ³⁾ Einschließlich bei den LZB für Importanträge hinterlegter Bardepots. ⁴⁾ Erhöhung auf Grund neuer Erhebung; rückwirkende Berichtigung unterblieben.

Die kurzfristigen Kredite¹⁾ der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems in Mill. DM

Anlage 3 zur Tabelle „Entwicklung und Struktur des Geldvolumens“

Stand Ende	der Geschäftsbanken ²⁾				des Zentralbank-systems (BdL und LZB) ⁴⁾	Insgesamt	
	nach der monatlichen Bankenstatistik		Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ³⁾	Insgesamt			
	Insgesamt	darunter Valutaforderungen aus der RM-Zeit					
1948							
Juli	1 339	Bis einschl. Juli 1949 statistisch nicht erfaßt	12	1 351	4	1 355	
August	2 378		22	2 400	40	2 440	
September	3 196		30	3 226	44	3 270	
Oktober	3 819		33	3 852	42	3 894	
November	4 333		35	4 368	113	4 481	
Dezember	4 684		40	4 724	114	4 838	
1949							
Januar	4 901 ⁵⁾		45	4 946	87	5 033	
Februar	5 265		48	5 313	69	5 382	
März	5 551		51	5 602	172	5 774	
April	5 887		54	5 941	342	6 283	
Mai	6 124		56	6 180	311	6 491	
Juni	6 407 ⁶⁾	59	6 466	401	6 867		
Juli	6 823	62	6 885	314	7 199		
August	7 625 ⁷⁾	267	7 692	239	7 931		
September	8 060	267	8 132	264	8 396		
Oktober	8 872	269	9 022	259	9 281		
November	9 502	271	9 657	232	9 889		
Dezember	9 848	276	10 006	447	10 453		
1950							
Januar	10 218	275	10 379	374	10 753		
Februar	10 604	281	10 769	388	11 157		

¹⁾ Ohne Kredite an Geldinstitute. ²⁾ Kontokorrent-, Akzept-, Wechsel- und sonstige kurzfristige Kredite. ³⁾ Vgl. Anmerkung 2) in Tabelle „Bankeinlagen“. ⁴⁾ Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen, Kassenvorschüsse, Lombardkredite an die öffentliche Hand gegen Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen, von Versicherungsunternehmen und Bausparkassen angekaufte Ausgleichsforderungen und Direktkredite an Wirtschaft und Private (letztere nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone). ⁵⁾ Ab Januar einschließlich Schatzwechsel. ⁶⁾ Ab Juni einschließlich unverzinsliche Schatzanweisungen. ⁷⁾ Ab August einschließlich Valutaforderungen aus der RM-Zeit. ⁸⁾ Vgl. Anmerkung 4) in Tabelle „Bankeinlagen“.

IV. Sonstige Geld-

Zusammenstellung der im Währungs- in Prozenten

	Bayern ²⁾		Hessen ³⁾		Württemberg-Baden ³⁾		Bremen ³⁾		Nordrhein-Westfalen ⁴⁾	
	Sollzinsen									
Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 14. 7. 1949	4		4		4		4		4	
Diskontsatz	5		5		5		5		5	
Lombardsatz	Kreditkosten		Kreditkosten		Kreditkosten		Kreditkosten		Kreditkosten	
Gültig ab:	14. 7. 1949		1. 9. 1949		1. 9. 1949		14. 7. 1949		14. 7. 1949	
	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite										
Zinsen	Lombardsatz + 1 1/2%	8 1/2	Lombardsatz + 1/2%	8 1/2	Lombardsatz + 1%	8 2/5	Lombardsatz + 1/2%	8 1/2	Lombardsatz + 1/2%	8 1/2
Kreditprovision	1/6% p. M.		1/4% p. M.		1/6% p. M.		1/4% p. M.		1/8% p. M.	
b) Kontoüberziehungen										
Zinsen	Lombardsatz + 1 1/2%	11	Lombardsatz + 1/2%	10	Lombardsatz + 1%	10 1/2	Lombardsatz + 1/2%	10	Lombardsatz + 1/2%	10
Überziehungsprovision	1/8% p. T.		1/8% p. T.		1/8% p. T.		1/8% p. T.		1/8% p. T.	
2. Akzeptkredite (Normalbedingungen)										
Zinsen	Diskontsatz + 1%	7	Diskontsatz + 1/2%	7 1/2	Diskontsatz + 1/2%	7 1/2	Diskontsatz + 1/2%	7 1/2	Diskontsatz + 1/2%	7 1/2
Akzeptprovision	1/6% p. M.		1/4% p. M.		1/4% p. M.		1/4% p. M.			
3. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von DM 20.000 und höher										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%	6 7/10	Diskontsatz + 1/2%	6	Diskontsatz + 1%	6	Diskontsatz + 1/2% - 1%	6 - 6 1/2	Diskontsatz + 1 1/2%	6
Diskontprovision	1% p. M.		1/8% p. M.		1/2% p. M.		1/8% p. M.		1/4% p. M.	
b) Abschnitte von DM 5.000 bis unter 20.000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%	6 7/10	Diskontsatz + 1/2%	6 1/2	Diskontsatz + 1%	6	Diskontsatz + 1/2% - 1%	6 - 6 1/2	Diskontsatz + 1 1/2%	6 1/2
Diskontprovision	1% p. M.		1/6% p. M.		1/12% p. M.		1/8% p. M.			
c) Abschnitte von DM 1.000 bis unter 5.000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%	7	Diskontsatz + 1 1/2%	7	Diskontsatz + 1%	6 1/2	Diskontsatz + 1/2% - 1%	6 1/2 - 7	Diskontsatz + 1 1/2%	7
Diskontprovision	1/8% p. M.		1/8% p. M.		1/8% p. M. ¹⁰⁾		1/8% p. M.			
d) Abschnitte unter DM 1.000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%	7 1/2	Diskontsatz + 1 1/2%	7	Diskontsatz + 1%	7	Diskontsatz + 1/2% - 1%	7 1/2 - 8	Diskontsatz + 1 1/2%	7 ⁹⁾
Diskontprovision	1/6% p. M.		1/8% p. M.		1/6% p. M. ¹⁰⁾		1/4% p. M.			
4. Ziehungen auf Kundschaft										
Zinsen	keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2%	8 1/2	keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung	
Kreditprovision			1/4% p. M.		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung			
Umsatzprovision	1/8% pr. Semester, mindest. v. 3fachen des Höchst-Soll-Saldos		1/8% mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal		keine Angabe		1/2% d. größeren Seite abzüglich Saldovortrag, mindestens 1/2% pro Semest. a. Kreditbetrag		1/8% pro Semester	
Minstdiskontspesen	DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
Domizilprovision	1/2% ⁰⁰ min.DM-.50		1/2% ⁰⁰ min.DM-.50		1/2% ⁰⁰		1/2% ⁰⁰		1/2% ⁰⁰ min.DM-.50	

¹⁾ Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. Diskont- und Lombardsatz sind aus den aufgeführten Zinssätzen der Landeszentralbanken zu ersehen. Sondersätze oder Vergünstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. ²⁾ Höchstsätze. ³⁾ Normalsätze, Überschreitungen in begründeten Fällen zulässig. ⁴⁾ Richtsätze. ⁵⁾ Sätze nur für Lübeck gültig. ⁶⁾ Bei Abschnitten unter DM 1000.— ist unabhängig von den

und Kreditstatistik

gebiet geltenden Zinskonditionen¹⁾
jährlich

Niedersachsen		Schleswig-Holstein ⁵⁾		Hamburg ²⁾		Rheinland-Pfalz ⁶⁾		Baden ³⁾		Württemberg- ⁸⁾ Hohenzollern	
Sollzinsen											
4 5 Kreditkosten 14. 7. 1949		4 5 Kreditkosten 27. 8. 1949		4 5 Kreditkosten 1. 10. 1949		4 5 Kreditkosten 14. 7. 1949		4 5 Kreditkosten 14. 7. 1949		4 5 Kreditkosten 14. 7. 1949	
im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt
Lombardsatz + 1/2% 1/4% p. M.	8 1/2	Diskontsatz + 1 1/2% 1/4% p. M.	8 1/2	Lombardsatz + 1/2% 1/4% p. M.	8 1/2	Lombardsatz + 1/2% 1/4% p. M.	8 1/2	Lombardsatz + 1/2% 1/4% p. M. ⁷⁾	8 1/2	Lombardsatz 1/4% p. M.	8 ⁹⁾
Lombardsatz + 1/2% 1/8% p. T.	10	Diskontsatz + 1 1/2% 1/8% p. T.	10	Lombardsatz + 1/2% 1/8% p. T.	10	Lombardsatz + 1/2% 1/8% p. T.	10	Lombardsatz + 1/2% 1/8% p. T.	10	Lombardsatz 1/8% p. T.	9 1/2
Diskontsatz + 1/2% 1/4% p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1 1/2% 1/4% p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2% 1/4% p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2% 1/4% p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2% 1/4% p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1 1/2% 1/8% p. M.	6 1/2
Lombardsatz + 1/2% 1/24% p. M.	6	Diskontsatz + 1 1/2% - 1 1/2% 1/8% p. M.	6-7	Diskontsatz + 1% 1/8% p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 1/2% 1/24% - 1/12% p. M.	6	Diskontsatz + 1/2% 1/8% p. M.	6	Diskontsatz 1/8% p. M.	5 1/2
Lombardsatz + 1/2% 1/12% p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 1/2% - 1 1/2% 1/8% p. M.	6-7	Diskontsatz + 1% 1/8% p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 1/2% 1/24% - 1/12% p. M.	6-6 1/2	Diskontsatz + 1/2% 1/8% p. M.	6	Diskontsatz + 1% 1/12% p. M.	6
Lombardsatz + 1/2% 1/8% p. M.	7	Diskontsatz + 1 1/2% 1/8% p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1% 1/8% p. M.	7	Diskontsatz + 1 1/2% 1/8% p. M.	7	Diskontsatz + 1/2% 1/8% p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1% 1/8% p. M. ⁴⁾	6 1/2
Lombardsatz + 1/2% 1/8% p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1 1/2% 1/4% p. M.	8 1/2	Diskontsatz + 1% 1/4% p. M.	8	Diskontsatz + 1 1/2% 1/8% p. M.	7 ⁹⁾	Diskontsatz + 1/2% 1/4% p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1% 1/8% p. M. ⁴⁾	7
keine Vereinbarung		Diskontsatz + 1/2% 1/6 - 1/4% p. M.	6 1/2 - 7 1/2	keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2% 1/4% p. M.	8 1/2	Lombardsatz + 1/2% 1/4% p. M. ⁷⁾	8 1/2	nicht einheitlich geregelt	
keine Vereinbarung		1 1/2% vom Um- satz der größ. Seite		Berechnung hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Ver- bindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kre- ditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. 3. 1942 zu erfolgen		1/8% v. d. größ. Seite mindest. a. d. zweifache Höchstschuld p. Quartal		1% a. d. größeren Seite, mindest. a. d. 2 1/2 fachen Höchst Soll per Quartal		1% vom dreifachen Kreditlimit pro Halbjahr ⁹⁾	
DM 2.— 1/2% min. DM - 50		DM 2.— 1/2% min. DM - 50		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— 1/2% min. DM - 50		DM 2.— 1/2% min. DM - 50		DM 2.— 1/2% min. DM - 50	

Liskontspesen je nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von DM 1.— bis DM 2.— in Ansatz zu bringen. ⁷⁾ 1/8% per Monat für Kredite an Bauherren für Bauvorhaben von Wohn- und Geschäftsgebäuden. ⁸⁾ Kredite bis DM 5000.— netto 7 1/2—9%⁹⁾. ⁹⁾ Nicht einheitlich und nicht verbindlich geregelt. ¹⁰⁾ Einreichern aus kleingewerblichen und landwirtschaftlichen Kreisen gegenüber kann die Provision unabhängig von der Größe des Abschnittes auf 1/12% p. M. festgesetzt werden.

**Zusammenstellung der im Währungs-
in Prozenten**

	Bayern ²⁾	Hessen ³⁾	Württemberg-Baden ²⁾	Bremen ²⁾	Nordrhein-Westfalen ²⁾
	Habenzinsen				
Gültig ab:	1. 10. 1948	1. 9. 1949	1. 9. 1949	14. 7. 1949	14. 7. 1949
1. für täglich fällige Gelder					
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2
2. Spareinlagen					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist					
b 1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3	3	3	3	3
b 2) von 12 Monaten und darüber	4	4	4	4	4
3. für Kündigungsgelder					
a) 1 und weniger als 3 Monate	2 1/4	2 1/4	2 3/8	2 1/4	2 1/4
b) 3 und weniger als 6 Monate	2 1/2	2 1/2	2 5/8	2 1/2	2 1/2
c) 6 und weniger als 12 Monate	2 3/4	2 7/8 ¹⁰⁾ 3 1/2 ¹⁰⁾	2 7/8 ¹⁰⁾	2 7/8 ¹⁰⁾ 3 1/2 ¹⁰⁾	2 7/8 3 1/2
d) 12 Monate und darüber	3 3/4	3 3/4 ¹⁰⁾ 4 ¹⁰⁾	3 3/8 ¹⁰⁾	3 3/4 ¹⁰⁾ 4 ¹⁰⁾	3 3/4 4
4. für Festgelder					
a) 30—89 Tage	2	2 1/4	2 1/4 ⁶⁾	2 1/4	2 1/4
b) 90—179 Tage	2 1/4	2 1/2	2 1/2 ⁶⁾	2 1/2	2 1/2
c) 180—359 Tage	2 1/2	2 3/4 3 1/4	2 3/4 ⁶⁾	2 3/4 3 1/4	2 3/4 3 1/4
d) 360 Tage und darüber	3 1/2	3 1/2 3 3/4	3 1/4 ⁶⁾	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
			in Höhe von DM 10 000 und darüber		
Zinsvoraus bei Genossenschaften und Privatbanken	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940 nebst Änderungen vom 4. 3. 1941 und 15. 11. 1941.	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind.	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940. Bei der Hereinnahme von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und darüber darf ein Zinsvoraus nicht vergütet werden.	1/4 höchstens	1/4 Durch seine Inanspruchnahme darf jedoch der derzeitige Höchstsatz von 4 0/10 nicht überschritten werden.

1) Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. 2) Höchstsätze. 3) Normalsätze. 4) Sätze nur für Lübeck gültig. 5) Bei Festgeldbeträgen von DM 100 000,- und mehr können die Kreditinstitute bei Vorliegen höherer Konkurrenzangebote aus anderen Ländern in die in dem betr. Land festgesetzten Höchstsätze eintreten. 6) Der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1 1/4 0/10. 7) Der Bankierkundschaft 1 1/4 0/10. 8) Der Bankierkundschaft 1 3/4 0/10. 9) Der Bankierkundschaft 1 1/4 0/10. 10) Die Sätze zu c) und d) dürfen nur gewährt werden, wenn von der Kündigung bei c) mindestens für 3 Monate, bei d) mindestens für 6 Monate vom Tage der Vereinbarung ab kein Gebrauch gemacht wird. Andernfalls dürfen nur die Sätze für feste Gelder (4 c bzw. 4 d) vergütet werden.

gebiet geltenden Zinskonditionen¹⁾
jährlich

Niedersachsen	Schleswig-Holstein ⁴⁾	Hamburg ²⁾¹²⁾	Rheinland-Pfalz ⁸⁾	Baden ²⁾	Württemberg- ²⁾ Hohenzollern
Habenzinsen					
14. 7. 1949	1. 1. 1949	1. 10. 1949	14. 7. 1949	1. 11. 1948	1. 8. 1949
1	1	1 ⁶⁾	1 ⁷⁾	1 ⁹⁾	1
1 ^{1/2}	1	1 ^{1/2}	1 ^{1/2} ⁸⁾	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}
2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/4}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}
3	3	3	3	3	3
4	4	4	4	4	4
ab DM 50 000 Einlagebetrag		ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag		
2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2
2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/4}
2 ^{7/8} ¹⁰⁾ 3 ^{1/2} ¹⁰⁾	2 ^{7/8}	2 ^{7/8} ¹⁰⁾ 3 ^{1/2} ¹⁰⁾	2 ^{7/8} ¹⁰⁾ 3 ^{1/2} ¹⁰⁾	2 ^{7/8} ¹⁰⁾	2 ^{1/2}
3 ^{3/4} ¹⁰⁾ 4 ¹⁰⁾	3 ^{3/4}	3 ^{3/4} ¹⁰⁾ 4 ¹⁰⁾	3 ^{3/4} ¹⁰⁾ 4 ¹⁰⁾	3 ^{3/4} ¹⁰⁾	3
2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2
2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/4}
2 ^{3/4} 3 ^{1/4}	2 ^{3/4}	2 ^{3/4} 3 ^{1/4}	2 ^{3/4} 3 ^{1/4}	2 ^{3/4}	2 ^{1/2} ¹¹⁾
3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{1/2}	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{1/2}	3
1/4	besondere Festsätze	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4 0/0 von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne des § 2 (2) der Anweisung über Mindestreserven der Landeszentralbank der Hansestadt Hamburg vom 23. 12. 1948/ am 31. 12. 1948 den Betrag von DM 1 000 000.- nicht überschritten haben	Abkommen gemäß Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 23. 4. 1940 zum Habenzinsabkommen vom 22. 12. 1936 mit der Einschränkung, daß die dort genannten, die Höhe des Zinsvoraus begrenzenden Bilanzsummen auf 1/30 ermäßigt werden. Bei Einlagen mit 4 0/0iger Verzinsung kein Zinsvoraus.	Grundsätze für die Gewährung des Zinsvoraus in der Fassung vom 4. 3. 1941 (Reichsanzeiger Nr. 54)	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind. Bei Hereinnahmen von Festgeldern im Betrage von DM 100 000.- und mehr darf ein Zinsvoraus nicht gewährt werden

¹¹⁾ Bei Festgeldbeträgen von DM 100 000.- und mehr kann in besonderen Fällen von den festgesetzten Höchstzinssätzen abgewichen werden.

¹²⁾ Um ein Abfließen von Geldern in andere Länder auf Grund unterschiedlicher Habenzinssatzungen zu verhindern, können die Kreditinstitute a) gegenüber Kunden mit Sitz außerhalb des Landes Hamburg die Höchstsätze anwenden, die im Land des Sitzes des Kunden gelten, b) unabhängig von dem Sitz des Kunden in Gebote von Kreditinstituten eines anderen Landes bis zu den für dieses andere Land festgesetzten Höchstsätzen eintreten, sofern der Kunde nachweist, daß ihm solche über den Höchstsätzen des eigenen Landes liegende Angebote vorliegen.

Festverzinsliche Wertpapiere

Durchschnittskurse und Indices

(4. Quartal 1948 = 100)

Monat	Gesamtindex	darunter 4% ige Schuldverschreibungen					
		Pfandbriefe		Kommunalobligationen einschl. Stadtanleihen		Industrieobligationen	
		Durchschnittskurse	Indexziffern	Durchschnittskurse	Indexziffern	Durchschnittskurse	Indexziffern
1948							
3. Vj.-Durchschn.	121,5	9,17	122,1	8,26	116,2	7,57	122,9
4. Vj.-Durchschn.	100,0	7,51	100,0	7,11	100,0	6,16	100,0
1949							
Januar	102,5	7,76	103,3	7,15	100,7	6,25	99,8
Februar	109,1	8,22	109,4	7,73	108,7	6,71	108,9
März	104,4	7,86	104,6	7,54	106,2	6,32	102,6
April	104,4	7,89	105,1	7,54	106,1	6,13	99,5
Mai	101,7	7,58	100,9	7,50	105,6	6,36	103,2
Juni	102,5	7,61	101,3	7,51	105,7	6,50	105,6
Juli	103,3	7,66	101,9	7,58	106,7	6,56	106,5
August	106,3	7,85	104,5	7,80	109,8	6,94	112,7
September	107,2	7,91	105,3	7,84	110,3	7,07	114,8
Oktober	107,0	7,89	105,0	7,82	110,1	7,13	115,7
November	107,3	7,89	105,0	7,84	110,3	7,24	117,5
Dezember	107,1	7,89	105,0	7,82	110,1	7,17	116,4
1950							
Januar	107,1	7,88	104,8	7,80	109,8	7,22	117,2
Februar	107,2	7,87	104,7	7,78	109,5	7,32	118,9
März	106,6	7,82	104,0	7,75	109,0	7,29	118,3

Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien

(Bundesgebiet)

in Mill. DM

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere						Aktien		Seit der Währungsreform insgesamt	
	hiervon					Monatlich insgesamt	Seit der Währungsreform insgesamt (bis Ende des jeweiligen Monats)	Monatlich		Seit der Währungsreform insgesamt
	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Industrieobligationen	Schuldverschreibungen von Kreditinstituten	Anleihen der öffentl. Hand					
1948										
Seit der Währungsreform bis Dezember	32,5	4,0	10,0	—	—	46,5	46,5	—	—	46,5
1949										
Januar	—	—	40,0	—	—	40,0	86,5	—	—	86,5
Februar	44,5	3,5	25,0	—	—	73,0	159,5	—	—	159,5
März	92,5	30,0	10,0	—	—	132,5	292,0	13,5	13,5	305,5
April	45,0	17,0	—	—	—	62,0	354,0	12,0	25,5	379,5
Mai	7,0	3,0	10,0	—	—	20,0	374,0	12,9	38,4	412,4
Juni	—	—	68,0	—	—	132,0	506,0	3,1	41,5	547,5
Juli	64,5	22,0	88,5	—	276,4 ¹⁾	451,4	957,4	3,8	45,3	1 002,7
August	14,5	4,0	36,5	—	—	55,0	1 012,4	1,7	47,0	1 059,4
September	64,5	26,0	21,0	150,0	—	261,5	1 273,9	3,0	50,0	1 323,9
Oktober	—	—	1,5	—	—	1,5	1 275,4	1,0	51,0	1 326,4
November	—	5,0	—	—	—	5,0	1 280,4	1,6	52,6	1 333,0
Dezember	20,0	18,0	—	—	—	38,0	1 318,4	1,6	54,2	1 372,6
1950										
Januar	10,0	5,0	18,5	8,0	—	41,5	1 359,9	0,7	54,9	1 414,8
Februar	30,0	—	—	—	—	30,0	1 389,9	1,1	56,0	1 445,9
März										
zusammen:	425,0	137,5	329,0 ²⁾	158,0	340,4 ¹⁾	1 389,9	1 389,9	56,0	56,0	1 445,9
Davon waren am 31. März 1950 untergebracht:	247,6	41,0	121,9 ²⁾	93,7 ³⁾	340,4 ¹⁾	—	844,6	—	55,2	899,8

Von den festverzinslichen Papieren sind 8 Mill. DM mit 3¹/₂%, 516 Mill. DM mit 5%, 150 Mill. DM mit 5¹/₂%, 393,9 Mill. DM mit 6%, 322 Mill. DM mit 6¹/₂% verzinslich.

¹⁾ Reichsbahnleihe. ²⁾ Hiervon sind 173,7 Mill. DM zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehen.

³⁾ Die zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehenen Emissionsbeträge sind hierin nicht enthalten. ⁴⁾ Davon 60 Mill. DM aus dem Arbeitsstock.

V. Öffentliche Finanzen
Steueraufkommen im Bundesgebiet nach Steuerarten
in Mill. DM

	1949							1950	
	Insgesamt	Jan -März	April-Juni	Juli-Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr. ⁶⁾
I. Besitz- und Verkehrssteuern									
Insgesamt	10 969,1	2 883,4	2 719,5	2 591,4	1 054,4	882,3	838,1	1 154,0	806,0
darunter:									
Lohnsteuer	2 065,2	511,0	500,2	526,7	181,0	176,0	170,1	200,6	183,0
Veranlagte Einkommensteuer	2 687,5	834,9	696,5	584,5	274,1	166,5	130,9	266,6	146,3
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	6,9	3,6	1,5	0,6	0,4	0,1	0,7	2,8	
Körperschaftsteuer	1 481,4	364,1	387,8	360,2	179,8	100,3	89,2	145,6	80,0
Vermögenssteuer	114,0	21,9	31,4	35,8	3,4	18,7	2,8	2,8	
Erbschaftsteuer	16,4	3,8	3,5	4,3	1,5	1,8	1,5	1,9	
Umsatzsteuer	3 835,0	911,6	929,4	915,2	356,1	360,7	361,9	427,7	313,7
Kapitalverkehrssteuer	12,7	3,0	2,4	3,5	1,1	1,1	1,6	1,5	
Kraftfahrzeugsteuer	296,7	121,4	51,6	59,1	21,0	14,6	28,9	62,5	
Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer	10,9	8,0	1,6	0,9	0,2	0,1	0,1	0,1	
Wechselsteuer	30,9	6,9	6,7	7,3	2,8	3,2	4,0	3,3	
Beförderungssteuer	249,7	54,5	64,7	58,0	18,4	22,4	31,7	20,6	
II. Verbrauchssteuern u. Zölle									
Insgesamt ¹⁾	3 979,6	831,2	994,9	1 018,2	361,4	392,8	381,0	362,2	344,0
darunter:									
Tabaksteuer	2 128,9	457,0	567,7	546,4	175,0	196,5	186,4	183,3	
Kaffeesteuer ²⁾	275,9	66,3	75,9	62,9	23,8	24,0	23,0	22,2	
Zuckersteuer	376,6	92,1	85,4	90,4	29,9	44,8	34,0	28,6	
Salzsteuer	35,3	9,2	6,5	8,8	3,5	3,6	3,7	3,4	
Biersteuer	276,4	42,3	58,3	90,0	36,6	27,9	21,4	25,9	
Aus dem Spiritusmonopol	436,6	79,2	97,8	108,7	43,5	47,5	59,8	49,7	
Schaumweinsteuer	21,2	9,5	3,2	2,9	2,1	1,5	2,0	2,5	
Zündwarensteuer	53,6	12,1	14,7	9,4	8,1	4,0	5,3	3,1	
Ausgleichsteuer auf Mineralöle	45,0	7,5	10,1	15,1	4,7	3,8	3,8	4,1	
Zölle ³⁾	277,5	40,1	64,6	71,6	29,6	34,1	37,6	35,3	
Insgesamt (I und II)	14 948,6⁴⁾	3 714,6	3 714,4	3 609,6	1 415,8	1 275,1	1 219,2	1 516,1	1 150,0
davon an das Vereinigte Wirtschaftsgebiet bzw. den Bund abzuführen:	.	.	92,3	188,0	57,5	66,6	70,2	66,1	.

¹⁾ Einschließlich Kriegszuschläge.

²⁾ Von den Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebiets an die Verwaltung für Finanzen bzw. den Bund abzuführen, soweit die Steuerschuld nach dem 31. 10. 1948 entstanden ist.

³⁾ Von den Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebiets an die Verwaltung für Finanzen bzw. den Bund abzuführen, soweit die Steuerschuld nach dem 31. 3. 1949 entstanden ist.

⁴⁾ Differenzen durch Abrundung.

⁵⁾ Rückgang um 47,6 Mill. DM durch Ausfuhrhändler- und Ausfuhrvergütung.

⁶⁾ Vorläufige Zahlen.

VI. Außenhandel des Vereinigten

- Spezial-

Monat	Einfuhr (kommerziell und nicht kommerziell)								
	Insgesamt	Ernährungs- wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					Fertigwaren	
		Zusammen	Zusammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Zusammen	Vorerzeug- nisse	Enderzeug- nisse	
Werte in Mill. RM bzw. DM									
1948	Insgesamt	3 163,8	1 826,8	1 337,0	731,5	450,5	155,0	91,3	63,7
1949	Januar	315,3	147,0	168,3	75,6	65,3	27,4	11,9	15,5
	Februar	476,4	219,0	257,4	154,6	67,2	35,6	19,0	16,6
	März	445,0	174,8	270,2	146,6	67,5	56,1	34,5	21,6
	April	452,4	187,7	264,7	143,2	64,0	57,5	21,6	35,9
	Mai	704,9	314,2	390,7	203,4	102,0	85,3	32,6	52,7
	Juni	656,6	310,3	346,3	177,7	94,6	74,0	30,3	43,7
	Juli	541,4	220,7	320,7	152,5	93,4	74,8	36,3	38,5
	August	700,4	326,8	373,6	167,0	85,4	121,2	29,1	92,1
	September	543,6	264,6	279,0	146,5	79,2	53,3	26,7	26,6
	Oktober	769,1	465,1	304,0	166,4	81,3	56,3	23,7	32,6
	November	643,9	364,6	279,3	143,9	77,5	57,9	29,1	28,8
	Dezember	1 081,0	594,2	486,8	239,8	143,5	103,5	51,2	52,3
	Insgesamt	7 330,0	3 589,0	3 741,0	1 917,2	1 020,9	802,9	346,0	456,9
Bundes-									
	Oktober	796,5	478,1	318,4	171,5	86,2	60,7	26,1	34,6
	November	694,1	388,3	305,8	153,9	85,8	66,1	33,2	32,9
	Dezember	1 136,7	617,1	519,6	254,4	150,8	114,4	57,6	56,8
	Insgesamt	2 627,3	1 483,5	1 143,8	579,8	322,8	241,2	116,9	124,3
1950	Januar	964,9	503,3	461,6	237,2	126,9	97,5	49,8	47,7
	Februar	705,4	324,3	381,1	210,7	91,0	79,4	41,8	37,6
Werte in Mill. \$									
1948	Insgesamt	757,6	479,8	277,8	148,8	93,4	35,6	21,4	14,2
1949	Januar	104,9	52,8	52,1	23,6	20,2	8,3	4,0	4,3
	Februar	155,5	78,1	77,4	46,2	20,1	11,1	6,1	5,0
	März	151,1	67,5	83,6	45,5	20,9	17,2	10,8	6,4
	April	148,1	65,1	83,0	45,7	20,0	17,3	6,5	10,8
	Mai	208,7	91,7	117,0	60,9	30,5	25,6	9,8	15,8
	Juni	196,6	93,1	103,5	53,0	28,3	22,2	9,1	13,1
	Juli	161,2	65,2	96,0	45,7	28,0	22,3	10,8	11,5
	August	210,0	97,9	112,1	50,2	25,6	36,3	8,7	27,6
	September	150,5	73,5	77,0	40,2	22,1	14,7	7,5	7,2
	Oktober	184,2	111,6	72,6	39,6	19,6	13,4	5,6	7,8
	November	156,0	87,6	68,4	35,3	19,1	14,0	7,0	7,0
	Dezember	262,0	144,0	118,0	58,6	34,9	24,5	12,0	12,5
	Insgesamt	2 088,8	1 028,1	1 060,7	544,5	289,3	226,9	97,9	129,0
Bundes-									
	Oktober	190,7	114,7	76,0	40,8	20,7	14,5	6,2	8,3
	November	169,0	94,1	74,9	37,8	21,1	16,0	8,0	8,0
	Dezember	275,7	149,7	126,0	62,2	36,7	27,1	13,5	13,6
	Insgesamt	635,4	358,5	276,9	140,8	78,5	57,6	27,7	29,9
1950	Januar	230,0	120,1	109,9	56,5	30,3	23,1	11,8	11,3
	Februar	167,6	77,1	90,5	50,1	21,6	18,8	9,9	8,9

¹⁾ Die Ein- und Ausfuhrwerte in RM bzw. DM sind nicht miteinander vergleichbar, da die Bewertung zum Teil nach Weltmarkt-, zum Teil nach Inlandspreisen erfolgt.

Wirtschaftsgebiets bzw. Bundesgebiets¹⁾

handel -

Ausfuhr									Monat
Insgesamt	Ernährungs- wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft							
	Zusammen	Zusammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Zusammen	Fertigwaren			
						Vorerzeug- nisse	Enderzeug- nisse		
Wirtschaftsgebiet									Werte in Mill. RM bzw. DM
1 816,8	48,6	1 768,2	475,4	542,3	768,5	406,7	361,8	1948	Insgesamt
251,1	12,4	238,7	52,7	81,2	104,8	57,2	47,6	1948	Januar
276,2	8,8	267,4	51,1	96,1	120,2	59,4	60,8		Februar
305,5	8,2	297,3	59,2	106,2	131,9	64,9	67,0		März
287,9	6,3	281,6	57,0	94,2	130,4	61,9	68,5		April
332,4	2,8	329,6	63,6	106,0	160,0	69,5	90,5		Mai
294,8	2,0	292,5	59,1	90,2	143,5	61,7	81,8		Juni
308,0	2,3	305,7	68,2	84,3	153,2	70,4	82,8		Juli
303,6	2,4	301,2	66,0	76,7	158,5	74,0	84,5		August
335,1	2,0	333,1	69,3	92,5	171,3	70,9	100,4		September
315,7	8,0	307,7	67,0	73,7	167,0	58,8	108,2		Oktober
340,8	13,0	327,8	73,3	86,6	167,9	53,5	114,4		November
454,5	16,6	437,9	91,4	111,6	234,9	80,4	154,5		Dezember
3 805,6	84,8	3 720,8	777,9	1 099,3	1 843,6	782,6	1 061,0		Insgesamt
gebiet									
342,2	8,9	333,3	73,4	77,0	182,9	63,6	119,3		Oktober
370,2	15,9	354,3	78,9	90,2	185,2	60,1	125,1		November
485,4	17,3	468,1	96,8	115,8	255,5	88,2	167,3		Dezember
1 197,8	42,1	1 155,7	249,1	283,0	623,6	211,9	411,7		Insgesamt
1950									
442,8	9,4	433,4	84,6	104,9	243,9	91,4	152,5		Januar
473,4	11,6	461,8	80,6	103,1	278,1	97,6	180,5		Februar
Wirtschaftsgebiet									Werte in Mill. \$
592,0	11,8	580,2	183,1	189,9	207,2	106,2	101,0	1948	Insgesamt
70,0	3,4	66,6	15,7	23,7	27,2	14,2	13,0	1949	Januar
78,7	2,5	76,2	15,4	28,4	32,4	15,1	17,3		Februar
85,7	2,4	83,3	17,8	29,5	36,0	16,8	19,2		März
82,1	1,8	80,3	17,1	27,3	35,9	16,5	19,4		April
94,5	0,8	93,7	19,0	30,0	44,7	18,6	26,1		Mai
84,2	0,6	83,6	17,7	25,7	40,2	17,0	23,2		Juni
89,7	0,7	89,0	20,4	25,2	43,4	19,5	23,9		Juli
88,3	0,7	87,6	19,8	22,9	44,9	20,4	24,5		August
93,1	0,5	92,6	19,3	26,5	46,8	19,1	27,7		September
74,6	1,9	72,7	16,0	17,8	38,9	13,2	25,7		Oktober
80,9	3,1	77,8	17,6	21,1	39,1	12,2	26,9		November
107,7	4,0	103,7	21,6	27,0	55,1	18,9	36,2		Dezember
1 029,5	22,4	1 007,1	217,4	305,1	484,6	201,5	283,1		Insgesamt
gebiet									
80,9	2,1	78,8	17,6	18,6	42,6	14,3	28,3		Oktober
87,9	3,8	84,1	18,9	22,0	43,2	13,8	29,4		November
115,0	4,1	110,9	22,9	28,0	60,0	20,7	39,3		Dezember
283,8	10,0	273,8	59,4	68,6	145,8	48,8	97,0		Insgesamt
1950									
104,4	2,3	102,1	20,1	25,2	56,8	21,6	35,2		Januar
112,4	2,8	109,6	19,2	24,8	65,6	23,2	42,4		Februar

Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

VII. Produktion, Beschäftigung, Verkehr und Preise

Index der industriellen Produktion

arbeitstäglich

(Bundesgebiet)

1936 = 100

Zeit	Arb.-tage	Gesamt-index		Investitionsgüterindustrien															
		ein-schl. Strom und Gas	ohne Strom und Gas	insgesamt	Rohstoffe								Fertigwaren						
					Gesamt	darunter ausgewählte Industrie-gruppen							Gesamt	darunter ausgewählte Industrie-gruppen					
						Eisen-erz-bergbau	Eisen-und Stahl	Eisen-, Stahl-, Temp.	NE-Metalle	Steine und Erden	Säge- und Holz-industrie	Stahlbau		Schiffbau	Ma-schinenbau	Fahrzeugbau	Elek-tro-technische Ind.	Eisen-Stahl-Blech-Metall-waren	
1949																			
Januar	25	80	77	75	64	103	53	69	58	57	100	82	58	8	84	68	170	64	
Februar	24	85	81	79	67	108	59	68	63	61	107	86	61	9	92	74	178	66	
März	27	85	81	77	68	111	61	68	68	62	97	84	53	11	93	78	161	60	
April	24	86	83	81	72	108	60	66	73	76	106	87	56	30	93	81	168	59	
Mai	25	88	85	82	76	113	63	67	76	87	104	86	58	14	94	86	166	60	
Juni	24,5	89	86	84	77	114	65	63	75	91	101	88	59	19	96	92	168	60	
Juli	26	86	83	81	77	114	63	64	73	94	99	84	50	17	92	89	155	54	
August	27	88	84	82	78	115	65	64	72	97	95	84	58	22	87	94	159	58	
September	26	93	89	86	78	112	62	67	70	100	94	92	62	16	96	99	180	62	
Oktober	26	94	91	88	76	114	58	69	68	96	99	95	60	15	96	106	187	69	
November	25,5	98	95	92	77	112	64	75	67	87	94	101	64	14	102	108	210	76	
Dezember	26	96	92	88	73	111	64	75	65	72	90	97	59	16	101	102	199	72	
1950																			
Januar	26	95	91	84	73	118	70	76	68	61	88	92	58	15	96	100	186	68	
Februar*)	24	98	94	88	74	127	74	77	71	59	95	97	59	.	103	114	203	69	

Zeit	allgem. Produktionsguterindustrien						Verbrauchsgüterindustrien							
	insgesamt	darunter ausgewählte Industrie-gruppen					insgesamt	darunter ausgewählte Industrie-gruppen						
		Kohle	Strom	Gas	Chemie o. Kunst-fasererz.	Papier-erzeug.		Leder-erzeug.	Textilien o. Kunst-fasererz.	Keramik	Bereif. u. Kaut-schuk-erzeug.	Schuhe		
1949														
Januar	100	90	149	79	81	67	62	58	60	96	109	61		
Februar	104	90	149	80	88	74	70	56	69	98	114	62		
März	104	90	148	81	88	77	75	52	76	92	110	59		
April	101	90	143	82	87	78	77	51	77	94	98	62		
Mai	103	93	144	83	87	82	82	61	82	94	98	74		
Juni	104	91	140	83	90	80	79	63	78	87	98	77		
Juli	103	92	141	85	89	75	77	53	75	80	89	55		
August	105	91	147	86	88	78	75	57	81	81	96	58		
September	108	92	152	87	88	87	76	67	92	84	105	81		
Oktober	109	94	156	88	91	89	78	74	95	86	111	83		
November	113	99	167	88	93	95	83	77	100	94	112	87		
Dezember	112	96	173	88	91	92	84	70	98	92	104	73		
1950														
Januar	113	97	172	90	98	92	86	67	98	91	94	60		
Februar*)	117**)	98	169	91	101**)	95	90	68	101	95	100	65		

*) Vorläufig

**) Zahlen von Februar 50 infolge Änderung der Berechnungsmethode mit den Zahlen der Vormonate nicht vergleichbar

Quelle: Verwaltung für Wirtschaft

Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß

(Bundesgebiet, in 1000 t)

Zeit	Steinkohlenförderung		Ausfuhrüberschuß			
	im Monat	arbeits-tätiglich	Steinkohle	Koks		
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.		
1947 "	5 927	234,7	.	.		
1948 "	7 253	285,1	.	.		
1949 "	8 603	338,1	.	.		
1948 Januar	6 624	254,8	4 208	2 656		
Februar	6 423	267,6				
März	7 203	288,1				
April	6 980	268,5				
Mai	5 931	265,8				
Juni	7 412	285,1				
Juli	7 761	287,4			786	675
August	7 456	286,8			627	662
September	7 567	291,0			743	631
Oktober	7 865	302,5			733	620
November	7 715	308,6			697	628
Dezember	8 096	311,4			632	626
1949 Januar	8 204	328,2	852	683		
Februar	7 871	328,0	777	667		
März	8 893	329,4	947	759		
April	7 898	329,1	810	815		
Mai	8 377	335,1	865	818		
Juni	8 107	333,4	930	745		
Juli	8 749	336,5	1 023	670		
August	9 047	335,1	966	601		
September	8 776	337,5	941	453		
Oktober	8 990	345,8	956	402		
November	9 199	368,0	958	541		
Dezember	9 125	351,0	1 304	602		
1950 Januar	9 327	358,7	1 016	624		
Februar	8 682	361,7	951	651		

Quelle: Deutsche Kohlenbergbauleitung; Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets

Eisen- und Stahlerzeugung

(Bundesgebiet, in 1000 t)

Zeit	Roheisen einschl. Ferro- legierungen	Rohstahl- blöcke und Stahl- formguß	Walzwerk- fertig- erzeugnisse
1949 Januar	551	677	453
Februar	531	691	470
März	602	780	545
April	575	729	496
Mai	619	793	539
Juni	603	777	539
Juli	636	805	551
August	651	845	582
September	598	770	535
Oktober	557	704	518
November	584	765	555
Dezember	633	812	566
1950 Januar	697	907	605
Februar	671	899	573

Quelle: Fachstelle Stahl und Eisen

Arbeitsmarkt (Bundesgebiet)

Zeit	Beschäftigte in 1000	Arbeitslose in 1000	Offene Stellen in 1000	Arbeitslosen- und Arbeitslosen- fürsorgeunterstützungsempfänger in 1000
1948 31. März	.	471,8	757,0	18
30. April	.	469,4	794,4	15
31. Mai	.	448,2	802,9	13
30. Juni	13 468,1	451,1	677,1	13
31. Juli	.	665,0	285,1	79
31. August	.	784,2	271,1	194
30. September	13 463,1	784,1	297,2	263
31. Oktober	.	739,4	305,5	287
30. November	.	715,1	276,2	310
31. Dezember	13 702,8	759,6	225,8	380
1949 31. Januar	.	962,9	216,9	521
28. Februar	.	1 068,9	212,3	650
31. März	13 447,3	1 168,1	197,2	749
30. April	.	1 232,4	183,6	771
31. Mai	.	1 256,9	157,1	827
30. Juni	13 488,7	1 283,3	144,6	887
31. Juli	.	1 302,9	135,7	931
31. August	.	1 308,1	125,7	963
30. September	13 604,4	1 313,7	127,9	963
31. Oktober	.	1 316,6	119,7	969
30. November	.	1 383,8	99,5	1 030
31. Dezember	13 556,2	1 558,5	75,4	1 203
1950 31. Januar	.	1 897,6	87,7	1 446
28. Februar	.	1 981,7	106,1	1 623

Quelle: Bundesministerium für Arbeit

Verkehrsentwicklung (Bundesgebiet)

Zeit	Eisenbahn					
	Durchschnittliche arbeits-tägliche Güterwagenstellung in 1000	Umlaufzeit der Güterwagen in Tagen ²⁾	Güterverkehr (ohne Expresgut) in 1000 t	beförderte Personen in 1000	betriebs-fähige Güterwagen in 1000	betriebs-fähige Dampf-lokomotiven in 1000
1948 M.-D.	43,7	6,1	17 757	137 314	263,7	7,9
1948 Januar	35,1	7,6	14 977	147 664	260,0	7,3
Februar	36,8	7,2	14 258	145 080	264,3	7,3
März	39,1	7,1	15 761	161 993	267,9	7,4
April	39,6	6,6	17 000	157 822	260,1	7,5
Mai	41,3	6,9	15 322	174 890	256,4	7,6
Juni	40,0	6,2	16 456	161 566	263,9	7,7
Juli	44,0	5,7	19 347	98 255	258,7	7,9
August	47,0	5,6	19 053	114 513	261,7	8,1
September	48,9	5,2	19 521	113 430	262,5	8,3
Oktober	50,2	5,2	20 797	123 605	262,9	8,5
November	53,1	5,1	20 707	126 745	271,7	8,7
Dezember	49,2	5,5	19 889	122 206	274,7	8,9
1949 Januar	49,4	5,4	19 697	133 010	268,6	8,8
Februar	51,4	5,1	18 546	113 382	270,6	8,9
März	50,7	4,8	20 515	115 877	261,1	8,8
April	51,8	5,0	18 794	114 120	256,6	8,9
Mai	51,2	4,8	19 258	118 274	250,4	8,9
Juni	50,0	4,8	18 084	106 922	261,6	9,0
Juli	51,1	4,5	19 480	107 839	261,3	9,0
August	50,3	4,4	17 860	107 936	260,4	9,0
September	53,2	4,4	19 704	104 325	265,4	9,0
Oktober	56,6	4,7	21 269	115 614	264,0	8,9
November	57,3	4,6	21 677	110 556	259,7	8,9
Dezember	51,5	4,8	19 404	111 182	258,3	9,1
1950 Januar	48,2	4,6	17 556	119 915	258,0	8,9
Februar	46,1	4,4	.	104 204	254,6	8,9

Zeit	Schifffahrt und Post						
	Binnen-schiffahrt ³⁾ Gesamt-güter-umschlag in 1000 t	See-schiffahrt Gesamt-güter-umschlag in 1000 t	Deutsche Post ²⁾				
			Briefsendg. einschl. Ein-schreibesdg. in Mill.	Gewöhnl. Paket-sendungen in 1000	Tele-gramme in 1000	Orts-gespräche in Mill.	Fern-gespräche einschließlich Schnellgespr. in Mill.
1938 M.-D.	.	4 160 ¹⁾	279,4	13 234	1 168	103,6	15 0
1947 "	2 367	1 424	277,2	5 906	3 282	124,2	21,4
1948 "	4 072	1 886	280,1	6 387	2 577	124,8	22,0
1948 Januar	2 281	1 282	289,9	6 113	2 955	128,4	21,6
Februar	2 982	1 420	286,6	6 004	2 890	125,6	21,7
März	3 899	1 608	325,4	6 586	3 655	132,7	24,0
April	4 460	1 997	297,6	6 692	3 627	138,9	25,1
Mai	3 816	1 964	289,1	5 733	4 030	132,7	24,0
Juni	4 743	2 071	299,0	5 131	3 484	137,5	23,7
Juli	4 755	2 146	228,3	4 715	1 233	111,7	18,1
August	4 755	2 508	251,6	5 443	1 518	108,6	19,1
September	4 898	2 325	265,4	6 482	1 752	114,3	20,9
Oktober	4 528	1 818	246,3	6 849	1 874	119,8	22,1
November	4 245	1 726	267,1	7 291	1 813	121,8	21,9
Dezember	3 506	1 761	315,1	9 606	2 128	127,6	22,0
1949 Januar	3 903	1 968	237,8	6 798	1 556	114,9	20,4
Februar	3 859	1 795	234,3	7 108	1 499	111,3	19,8
März	4 718	2 005	252,3	8 288	1 705	119,9	21,8
April	4 595	2 029	255,7	7 614	1 742	112,0	20,5
Mai	5 107	2 010	246,0	8 030	1 805	113,4	21,6
Juni	5 240	2 113	234,4	7 353	1 733	111,0	21,1
Juli	5 567	2 200	242,7	7 713	1 783	114,6	22,5
August	5 340	2 330	258,7	7 891	1 844	115,9	23,0
September	5 052	2 233	250,3	8 390	1 851	116,8	23,0
Oktober	4 592	2 085	316,0	10 619	2 125	132,1	26,7
November	4 343	2 122	318,3	13 065	2 003	132,2	25,7
Dezember	4 573	2 226	403,8	16 585	2 193	137,3	25,6
1950 Januar	5 899	2 199	298,4	10 047	1 694	130,3	24,0
Februar	.	.	286,7	10 116	1 591	.	22,6

¹⁾ Nur wichtige Häfen. ²⁾ Bis einschl. Sept. 1949 nur Vereinigtes Wirtschaftsgebiet. ³⁾ Bis Dez. 1949 beförderte Güter V. W. Geb. Quellen: Hauptverwaltung der Bundesbahn, Generaldirektion der Südwestdeutschen Eisenbahnen, Hauptverwaltung der Binnenschifffahrt, Deutsche Post (Posttechnisches Zentralamt).

Index der Grundstoffpreise

1938 = 100

Zeit	insgesamt	davon	
		Nahrungs- mittel	Industriestoffe (Rohstoffe und Halbzeuge)
1948 Juni ¹⁾	154,8	123,5	175,6
Juli	158,6	127,2	179,3
August	171,9	129,2	200,3
September	178,8	132,2	209,9
Oktober	187,7	148,6	213,7
November	190,1	150,6	216,5
Dezember	192,6	154,4	218,0
1949 Januar	191,6	154,8	216,2
Februar	189,7	155,5	212,5
März	188,5	155,8	210,3
April	186,1	152,7	208,4
Mai ²⁾	189,2	167,6	203,6
Juni	191,2	174,0	202,7
Juli	192,1	178,5	201,1
August	193,6	183,4	200,4
September	193,2	184,8	198,8
Oktober	199,1	188,8	205,9
November	197,2	185,0	205,3
Dezember	194,6	179,7	204,6
1950 Januar	196	168	215
Februar	197 ³⁾	169 ³⁾	215

¹⁾ Monatsmitte

²⁾ Ab Mai 1949 unter Berücksichtigung der an den Schlachtviehmärkten tatsächlich gezahlten Preise

³⁾ Vorläufige Zahlen

Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets

Indexziffer der Lebenshaltungskosten

für eine 4 köpfige Arbeiterfamilie ¹⁾ (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

1938 = 100

Zeit	Lebens- haltung insge- samt	Er- näh- rung	Genuß- mittel	Miete	Heizung und Be- leuchtung	Be- kleidung	Reini- gung und Körper- pflege	Bildung und Unter- haltung	Haus- rat	Ver- kehr
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1948										
Juni	.	142	.	100	105	201	145	133	189	135
Juli	159	157	399	100	108	214	145	137	195	138
August	157	147	403	100	111	230	145	139	198	131
September	159	147	401	100	115	244	148	136	202	133
Oktober	165	155	399	100	116	261	149	137	206	135
November	166	164	292	100	119	272	152	139	210	135
Dezember	168	168	292	100	119	271	155	142	211	136
1949										
Januar	168	169	292	100	120	260	157	142	208	136
Februar	168	173	292	100	121	250	157	143	203	136
März	167	174	293	100	121	240	158	142	198	135
April	164	168	293	102	120	232	158	142	192	135
Mai	161	165	291	102	120	223	157	142	187	134
Juni	159	164	287	102	120	215	157	141	183	134
Juli	160	169	285	102	120	209	156	141	179	134
August	157	160	284	102	120	204	155	141	175	134
September	155	158	284	102	120	201	155	144	173	134
Oktober	155	160	286	102	119	200	154	144	172	134
November	156	162	287	102	119	199	152	143	171	134
Dezember	156	163	287	102	119	199	151	142	171	134
1950										
Januar	154	160	287	102	119	197	150	142	170	134
Februar	154	160	286	102	119	194	149	142	168	134

¹⁾ Darunter 2 Verdienner und 1 Kind unter 14 Jahren.

Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets

VIII. Internationale Übersichten

Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder

(1938 = 100)

Zeit	Vereinigte Staaten (Bureau of Labor)	Großbritannien (Economist)	Frankreich (Officiel)	Schweiz (Monatsbericht der Schweizerischen Nationalbank)	Italien (Economist)	Schweden (Economist)
1945 M.-D.	135	166	375	206	.	.
1946 "	154	176	648	200	2883	.
1947 "	194	204	989	209	5157	180
1948 "	210	225	1712	217	5442	194
1949 "	.	235	1917	206	.	.
1948						
Januar	211	218	1463	218	5371	188
Februar	205	220	1537	218	5350	189
März	205	225	1536	218	5316	190
April	207	223	1555	218	5238	193
Mai	209	226	1653	218	5182	194
Juni	211	228	1691	218	5140	195
Juli	215	226	1698	217	5137	195
August	216	225	1783	216	5704	196
September	215	227	1791	215	5769	196
Oktober	210	227	1887	215	5724	196
November	209	229	1977	217	5667	196
Dezember	206	231	1974	216	5697	196
1949						
Januar	204	232	1946	215	5698	196
Februar	201	231	1898	214	5656	196
März	202	231	1872	212	5556	195
April	200	230	1846	209	5393	195
Mai	198	235	1890	206	5278	195
Juni	196	233	1812	205	5215	195
Juli	195	229	1854	205	5034	195
August	194	230	1918	205	4889	194
September	195	241	1958	204	4910	195
Oktober	194	244	2002	201	4841	197
November	193	245	2005	201	4826	197
Dezember	192	246	2002	199	4732	198
1950						
Januar	193	248 ¹⁾	2065	198	.	.
Februar	.	250 ¹⁾	2048	195	.	.
März	.	249 ¹⁾

¹⁾ Vorläufige Zahlen

Moody's Index für USA-Rohstoffpreise

Jahres-, Monats- und Wochendurchschnitte

31. Dezember 1931 = 100

Jahr	Monat	Monat	Monat	Woche
	1948	1949	1950	1950
1938	143,5	Januar 450,3	Januar 390,5	Januar 352,0 ¹⁾
1939	150,0	Februar 413,9	Februar 375,9	Februar 356,6 ¹⁾
1940	159,9	März 409,0	März 372,0	März 356,6 ¹⁾
1941	198,1	April 417,2	April 351,6	8. 1. — 14. 1. 350,0
1942	230,9	Mai 420,4	Mai 344,2	15. 1. — 21. 1. 351,7
1943	245,8	Juni 431,3	Juni 338,8	22. 1. — 28. 1. 354,6
1944	249,6	Juli 433,1	Juli 339,9	29. 1. — 4. 2. 355,3
1945	257,4	August 427,2	August 340,2	5. 2. — 11. 2. 356,4
1946	311,9	September 419,7	September 346,3	12. 2. — 18. 2. 358,2
1947	418,8	Oktober 404,6	Oktober 338,6	19. 2. — 25. 2. 357,3
1948	418,6	November 401,0	November 344,2	26. 2. — 4. 3. 357,1
1949	352,4 ¹⁾	Dezember 395,9	Dezember 346,1	5. 3. — 11. 3. 357,7
				12. 3. — 18. 3. 355,9
				19. 3. — 25. 3. 355,7
				26. 3. — 1. 4. 356,5

¹⁾ Vorläufige Zahlen

Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren

(Durchschnittspreise)

Zeit	Weizen	Mais	Kaffee	Zucker	Schweine	Baumwolle	Kautschuk	Kupfer	Zinn	Blei	Zink	Erdöl, roh	Häute
	Chicago 1 Bushel = 60 lbs. \$	Chicago 1 Bushel = 56 lbs. \$	NewYork 1 lb. \$ cents	NewYork 1 lb. \$ cents	Chicago 100 lb. \$	New Orleans 1 lb. \$ cents	NewYork 1 lb. \$	NewYork 1 lb. \$ cents	NewYork 1 lb. \$ cents	NewYork 1 lb. \$ cents	St. Louis 1 lb. \$ cents	Pensylvan. 1 Barrel = 1,59 hl \$	Chicago 1 lb. \$ cents
1946	1,98	1,64	17,61	4,43	18,69	29,58	0,23	13,06	52,00	7,69	8,81	3,15	18,38
1947	2,62	2,17	26,63	6,21	24,85	32,39	0,21	21,04	78,33	14,67	10,50	4,29	29,29
1948	2,45	2,08	26,77	5,52	23,65	31,51	0,22	22,21	99,25	18,04	13,38	5,00	27,00
1949	2,18	1,32	31,03	5,74	18,51	30,09	0,18	19,41	99,32	15,34	12,03	3,59	21,36
1948 Januar	3,20	2,81	26,50	5,60	27,50	33,70	0,22	21,38	94,00	15,00	10,50	5,00	30,00
Februar	2,54	2,07	26,25	5,50	22,45	30,20	0,21	21,38	94,00	15,00	12,00	5,00	25,00
März	2,57	2,37	26,25	5,45	23,05	31,65	0,20	21,38	94,00	15,00	12,00	5,00	21,00
April	2,62	2,42	26,50	5,37	20,45	35,35	0,23	21,38	94,00	17,50	12,00	5,00	25,00
Mai	2,49	2,37	27,00	5,15	19,20	35,65	0,24	21,38	94,00	17,50	12,00	5,00	27,50
Juni	2,40	2,33	27,00	5,20	23,35	35,15	0,23	21,38	103,00	17,50	12,00	5,00	28,00
Juli	2,30	2,20	27,00	5,70	25,65	30,50	0,23	21,38	103,00	17,50	12,00	5,00	29,50
August	2,21	2,07	27,00	5,78	27,40	28,05	0,23	23,38	103,00	19,50	15,00	5,00	28,50
September	2,26	1,95	26,50	5,65	27,50	31,15	0,28	23,38	103,00	19,50	15,00	5,00	28,50
Oktober	2,26	1,55	27,00	5,60	25,50	27,85	0,23	23,38	103,00	19,50	15,00	5,00	26,50
November	2,27	1,39	27,25	5,68	21,25	29,05	0,20	23,38	103,00	21,50	15,50	5,00	29,50
Dezember	2,27	1,45	27,00	5,60	20,55	29,80	0,18	23,38	103,00	21,50	17,50	5,00	25,00
1949 Januar	2,34	1,44	27,00	5,70	19,90	30,30	0,19	23,38	103,00	21,50	17,50	4,50	27,00
Februar	2,25	1,30	26,50	5,65	20,00	30,50	0,18	23,38	103,00	21,50	17,50	4,00	20,00
März	2,20	1,32	26,50	5,65	20,25	30,35	0,19	23,38	103,00	18,00	17,50	4,00	18,50
April	2,40	1,38	26,00	5,70	18,70	31,00	0,18	21,38	103,00	15,00	14,00	3,55	19,00
Mai	2,39	1,39	26,75	5,85	18,35	30,95	0,18	17,88	103,00	14,00	12,00	3,40	20,00
Juni	2,17	1,38	27,25	5,85	19,40	30,85	0,16	16,38	103,00	12,00	9,00	3,27	19,50
Juli	1,94	1,42	27,75	5,85	17,50	29,25	0,17	17,50	103,00	14,00	9,00	3,40	19,50
August	1,91	1,23	28,50	5,90	18,05	29,20	0,17	17,50	103,00	15,00	10,00	3,40	23,00
September	2,09	1,23	30,19	6,01	20,92	29,94	0,18	17,63	102,13	15,06	10,00	3,40	24,56
Oktober	2,13	1,17	36,12	6,03	18,22	29,30	0,16	17,63	95,73	13,48	9,31	3,40	24,50
November	2,12	1,23	45,11	5,40	15,98	29,48	0,17	18,39	91,09	12,53	9,26	3,40	21,37
Dezember	2,20	1,30	44,70	5,24	14,87	29,97	0,18	18,50	78,93	12,00	9,26	3,40	19,37
1950 Januar	2,17	1,29	46,57	5,27	15,05	30,86	0,18	18,50	76,13	12,00	9,75	3,48	18,99
Februar	2,18	1,28	46,29	5,10	16,71	31,79	0,19	18,50	74,39	12,00	9,75	3,54	18,75
März	2,26	1,31	44,53	5,05	16,46	31,75	0,19	18,50	75,77	10,96	9,94	3,54	19,20

Quelle: VWD (Vereinigte Wirtschaftsdienste G. m. b. H.)

